Donnerstag, 8. Dezember 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 286 - 49.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Generaldebatte: In der allgemeinen Aussprache des Bundestags über die Regierungspolitik hat Bundeskanzler Kohl die „Vorverurteilung" von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff gerügt und das Verhalten der Staatsanwaltschaft als „ungeheuerlich" bezeichnet. Er habe keinen Grund, an der Integrität des Grafen zu zweifeln, sagte Kohl in der weitgehend von diesem Thema beherrschten Debatte. (S. 1 u. 3)

Özal wurde Regierungschef: Der türkische Staatspräsident Evren hat den Sieger der Parlamentswahl vom 6. November gestern zum Ministerpräsidenten ernannt.

DGB fürchtet Spaltung: Arbeitgeber und Regierung wollten die Gewerkschaften in „vernünftige und unvernünftige" spalten – je nachdem, ob sie für die Lebensarbeitszeitverkürzung oder die 35-Stunden-Woche seien – erklärt DGB-Chef Breit.

Abgeordneter ermordet: Die „provisorische IRA" hat sich zum Mord an dem nordirischen Abgeordneten Edgar Graham bekannt.

Waffenexporte Chinas? Peking ist in der Lage, Kampfflugzeuge aus eigener Entwicklung und Produktion auf dem internationalen Markt anzubieten, berichtet das in Hongkong erscheinende Fachblatt „Conmolit".

Shultz gesprächsbereit: Der US-Außenminister will an der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) im Januar teilnehmen und ist bereit, dort auch seinen sowjetischen Kollegen Gromyko zu treffen. Das verlautete nach Aussprachen des Ministers mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in Bonn.

Hartling in Bonn: Der UN-Flüchtlingskommissar äußert zu Beginn seines Besuches Sorgen über Tendenzen zur Ausländerfeindlichkeit in mehreren europäischen Ländern.

Neonazis verboten: Mit dem Verbot der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" und anderer dazugehöriger Organisationen will Bundesinnenminister Zimmermann ein „unübersehbares Zeichen" gegen jedwede Form von Neonazismus setzen.

Kunze verläßt FDP: Der ehemalige Berliner FDP-Vorsitzende ist aus seiner Partei ausgetreten; er gehörte dem linken Flügel an. Sein Mandat in Berlin will er behalten.

Heute: Bundestag befaßt sich in der Haushaltsdebatte mit Wirtschafts- und Sozialpolitik. – Staatsanwaltschaft will formell Anklage gegen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff erheben. – Spaniens König Juan Carlos bei Präsident Reagan in Washington.

Kunst- und Bildbände

In einer vierseitigen Sonderbeilage der WELT werden Neuerscheinungen aus den Bereichen der Malerei, der Graphik, der Skulptur und der Fotografie rezensiert – dazu Kalender auf das Jahr 1984.

WIRTSCHAFT

Positive Bilanz: Die Deutsche Bundesbank ist mit dem Wirtschaftsgeschehen im abgelaufenen Jahr zufrieden und beurteilt auch die Konjunkturaussichten für 1984 günstig. (S. 1)

Conti-Dividende: Erstmals seit 1980 will die Continental Gummi-Werke AG, Hannover, 1983 wieder eine Dividende zahlen. (S. 13)

Weniger Interesse: Das Interesse der Arbeitnehmer an der 35-Stunden-Woche sinkt nach Erhebungen des Emnid-Instituts im Auftrag des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall.

Mehr Auslandsaufträge: Das verarbeitende Gewerbe konnte im Oktober einen deutlichen Anstieg der Auslandsaufträge verbuchen. Das Bundeswirtschaftsministerium verzeichnete ein Plus von 3,5 Prozent gegenüber dem Vormonat. (S. 11)

Guth zuversichtlich: Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank äußert Zuversicht über einen fortgesetzten und sich weiter festigenden Aufschwung im kommenden Jahr. Christians: Zehn-Monats-Ergebnis um 10,8 Prozent verbessert. (S. 13)

Börse: An den Aktienbörsen blieb die erwartete Stimmungsbesserung aus, so daß die Kurse der meisten Standardwerte zurückgenommen wurden. Auch der Rentenmarkt war nachgebend. WELT-Aktienindex 149,1 (149,7). Dollarmittelkurs 2,7347 (2,7374) Mark. Goldpreis pro Feinunze 399,75 (397,00) Dollar.

ZITAT DES TAGES

„Nach meiner Überzeugung kann uns nichts den Sieg nehmen. Das System ist ineffizient, es funktioniert nicht; so werden wir neue Lösungswege vorbereiten müssen."

Der polnische Arbeiterführer und Friedens-Nobelpreisträger Lech Walesa in einem von der „Times" veröffentlichten Interview (S. 10) FOTO: POLY-PRESS

KULTUR

Filmförderung: Das Bundesinnenministerium legt den Referentenentwurf zur Neuordnung der Filmförderung vor. Ziel ist, stärker als bisher Filme zu fördern, die ein größeres Publikum anziehen.

Peter-Huchel-Preis: Südwestfunk und das Land Baden-Württemberg haben gemeinsam den mit 10 000 Mark dotierten neuen Preis gestiftet, um die Entwicklung der Lyrik und das Andenken an Huchel (1903–1981) zu fördern.

SPORT

Alpiner Ski: Irene Epple hat zum ersten Mal in ihrer zwölf Jahre langen Karriere eine Weltcup-Abfahrt gewonnen. In Val d'Isere siegte sie vor Ariane Ehrat, Schweiz. (S. 9)

Schach: Innerhalb von 24 Stunden verlor Viktor Kortschnoi im Halbfinale des Kandidatenturniers zum zweiten Mal gegen Garri Kasparow. Er liegt jetzt mit 3:4 zurück.

AUS ALLER WELT

Wieder Flugzeugunglück: Auf dem Madrider Flughafen Barajas sind zwei Verkehrsflugzeuge zusammengestoßen. Mehr als 100 der 135 Insassen kamen dabei ums Leben. Eine anrollende Maschine rammte ein startendes Flugzeug. (S. 18)

Spuren im Goldraub: Die britische Polizei verhörte gestern fünf Männer und drei Frauen im Zusammenhang mit dem spektakulären Goldraub.

Wetter: Im Norden mild, im Süden noch kalt.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Diskussion über Lambsdorff bestimmt Debatte im Bundestag

Kohl und Genscher stellen sich vor Minister / Vogel erneuert Rücktrittsforderung

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die für heute von der Bonner Staatsanwaltschaft in Aussicht gestellte formelle Anklageerhebung gegen Otto Graf Lambsdorff und die von der SPD erneuerte Rücktrittsforderung gegen den Minister stand gestern im Zentrum des zweiten Tages der Bundestagsdebatte über den Bundeshaushalt 1984. Dabei lieferten sich insbesondere Bundeskanzler Helmut Kohl und Oppositionsführer Hans Jochen Vogel ein hartes Wortgefecht.

In seiner einstündigen Rede warf Kohl dem SPD-Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Bundesjustizminister vor, seine Forderung nach einem Rücktritt von Lambsdorff sei eine „weitere Vorverurteilung", und stellte sich ausdrücklich vor den Bundeswirtschaftsminister: „Ich habe keinen Grund, an seiner Integrität zu zweifeln." Er bekräftigte, daß die Entscheidung über Lambsdorffs politische Zukunft erst getroffen werde, wenn die Anklageschrift geprüft worden sei und er sich mit Lambsdorff sowie dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher beraten habe. Genscher selbst stellte später im Verlauf der Debatte fest: „Ich bin persönlich von der Unschuld meines Freundes überzeugt."

Der Bundeskanzler übte ausdrücklich Kritik am Verhalten der Staatsanwaltschaft und des Düsseldorfer Justizministeriums. Denn noch vor der Immunitätsaufhebung und der Zustellung der Anklageschrift habe die Staatsanwaltschaft auf einer Pressekonferenz in Bonn die Öffentlichkeit über den Gegenstand des Verfahrens und Beweismittel informiert. Er selbst sei betroffen darüber, daß er davon über eine Presseerklärung und nicht vom zuständigen Ministerium unterrichtet worden sei. Kohl zitierte, wie zuvor der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Alfred Dregger, den hessischen Generalstaatsanwalt Horst Gauf. Mit klarer Kritik an dessen Kölner Amtskollegen hatte Gauf erklärt, „für mich wäre es eine Sache der Fairneß gewesen, daß der Angeschuldigte von der Anklageschrift Kenntnis hat, bevor ich eine Pressekonferenz gebe".

SEITE 3:
Ein Gefecht um Lambsdorff
SEITE 5:
Weitere Beiträge

Vor diesem Hintergrund fragte der Kanzler Vogel, ob er nicht auch „die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgangs" empfinde, zumal Lambsdorff immer noch nicht die Anklageschrift erhalten habe.

Der Oppositionsführer hatte am Morgen vehement den Rücktritt von Lambsdorff gefordert und einen entsprechenden Antrag der SPD angekündigt: „Ein Mann, der sich eines solchen Verdachts zu erwehren hat, kann keinen Tag länger Bundesminister bleiben." Es gehe darum, daß eines der wichtigsten Bundesressorts nicht von einem Mann geleitet werden dürfe, „der seinen Kopf nicht für die Regierungsgeschäfte frei" habe. Lambsdorff solle sich, so Vogel, nicht als „Mittel im Machtkampf" zwischen Kohl und CSU-Chef Franz Josef Strauß „mißbrauchen" lassen.

Der Oppositionsführer warf dem Kanzler nach dessen Rede den „untauglichen Versuch" vor, vom „Kern", dem Vorwurf der Bestechlichkeit, auf Nebenschauplätze ablenken zu wollen. Es sei ein „absolutes Novum", daß ein Bundeskanzler die Strafverfolgungsbehörden „in dieser Art und Weise" kritisiere, sich aber nicht zu den jüngsten Anschuldigungen des CSU-Generalsekretärs Gerold Tandler geäußert habe.

Genauso wie Hans-Günter Hoppe für die FDP („Nicht Kumpanei, sondern Anstand ist gefragt.") lehnte auch der Fraktionsvorsitzende der Union, Alfred Dregger, die Rücktrittsforderung ab. Denn, so Dregger, solange die Anklageschrift nicht wie angekündigt von Lambsdorff, Genscher und Kohl geprüft worden sei, seien die Angriffe „stilwidrig".

Kohl, der zu Beginn der Plenarsitzung in einer Regierungserklärung seine „tiefe Enttäuschung" über das Scheitern der Tagung des Europäischen Rates in Athen verbunden mit der Hoffnung auf eine Lösung bei der nächsten Konferenz im Frühjahr 1984 geäußert hatte, wies jegliche Angriffe der Opposition auf seine Führungskraft zurück. So sagte er zum Beschluß über die Nachrüstung: „Wir haben das international gegebene Wort von Helmut Schmidt auf den Tag eingelöst. Das nenne ich Führungskraft." Dagegen hielt er Vogel „Opportunismus" vor. Denn er habe noch unmittelbar vor der Wahl die Wähler in dem Glauben gelassen, die SPD halte am Doppelbeschluß fest.

■ Fortsetzung Seite 5

DER KOMMENTAR

Realitäten

GEORG SCHRÖDER

Scharfe Klingen oder stumpfe Säbel – mit welchen Waffen stachen die Kombattanden im Bundestag bei der Aussprache über den Haushalt des Bundeskanzlers aufeinander ein? Die Antwort fällt nicht leicht. In diesen Nebeltagen wirken viele Abgeordnete jeglicher Couleur lustlos. Die Realitäten sind nun einmal so, daß wenig Grund zur Freude, zum Jubel besteht. Und das schon gar nicht an einem Tag, der nach dem Scheitern des Athener Europa-Gipfels im Bonner Parlament mit einem Appell Helmut Kohls begann, die europäische Flinte nicht ins Korn zu werfen. Befürchtet der Bundeskanzler, in Deutschland könnte sich eine Stimmung ausbreiten, die ein Ende der Gemeinschaft ohne Tränen hinnehmen würde?

Parlamentarischer Oppositionsführer und Bundeskanzler kreuzten die Klingen. Das gehört nun einmal zum Ritual der Haushaltsdebatte. Zugegeben: Hans-Jochen Vogel hat es schwer, die Trompete zum Angriff zu blasen. Schließlich ist erst ein Jahr vergangen, seit die SPD aus der Regierung ausgeschieden ist. Ob es um Raketen, Bundeswehr-Etat, ob es um die Finanzen oder um die Krisen bei Stahl, Kohle, Werften geht – all das sind Fragen, die uns und damit Kohls Vorgänger seit Jahren beschäftigten. Deshalb wohl auch schwelgte Vogel in Personalien: Kohl, Strauß, Lambsdorff.

Der Bundeskanzler schlug zurück ohne Glacéhandschuhe, sehr selbstsicher übrigens. Gewiß waren es keine vergnüglichen Minuten für Vogel, als er sich vorrechnen lassen mußte, wer denn bei der Raketenfrage Führungskraft bewiesen habe, und als dem früheren Bundesjustizminister vorgehalten wurde, ein Stück Vorverurteilung Lambsdorffs zu betreiben, wenn er, ohne die Anklageschrift überhaupt zu kennen, schon den Rücktritt fordere.

Sucht man den sachlichen Kern der Debatte zu packen, dann bleibt die Feststellung, daß die Regierung ihren jetzigen Kurs der Konsolidierung des Haushalts und der Belebung der Wirtschaft konsequent fortsetzen will, „zäh festhalten" will, wie Kohl ohne Einschränkung versicherte. Daß dies nicht leicht sein wird, deutete der FDP-Abgeordnete Hans-Günter Hoppe in seiner vorzüglichen Rede an. Die Verführer, die von diesem Weg fortlocken wollten, säßen mitten unter uns und nicht nur bei der Opposition, so Hoppe.

Der Weg bleibt dornig. Ob Hoppe, Dregger oder Kohl, alle betonten mehr als einmal, für die Regierung gebe es keinen Anlaß, selbstzufrieden zu sein. Und das erscheint realistisch.

Skepsis über dauerhaften Aufschwung

Bundesbank: Strukturelle Schwächen / Pöhl erwartet für 1984 drei Prozent Wachstum

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bundesbank schätzt die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ebenso wie der Sachverständigenrat günstig ein; sie ist aber noch skeptisch, ob die zyklische konjunkturelle Erholung in einen langfristigen Aufschwung einmündet, solange strukturelle Schwächen der deutschen Wirtschaft nicht überwunden sind.

Für 1984 erwartet die Notenbank ein reales Wachstum von eher drei als zwei Prozent mit einem auf 3½ Prozent beschleunigten Preisauftrieb. Positiv bewertet Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl die verstärkte Investitionstätigkeit und die zunehmenden Impulse von der Auslandsnachfrage. Die Bundesbank geht davon aus, daß dieser Trend auch im nächsten Jahr anhält.

Für nachhaltig abgesichert hält Bundesbankvizepräsident Helmut Schlesinger die konjunkturelle Aufwärtsbewegung erst dann, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch ausreichende Ertragskraft und Eigenkapitalbildung sowie durch Umsetzung wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Produktion und Verkauf mit Gewinn gefestigt sei. Weitere Schwachpunkte sehen Pöhl und Schlesinger in der noch nicht ausreichenden Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die Erfolge beim Defizitabbau würden durch die Alimentierung des Bundeshaushalts durch zweistellige Milliardengewinne der Bundesbank verschönt.

Diese sei auf Dauer auch aus geldpolitischen Überlegungen nicht wünschenswert, betonte Pöhl. Bei allem Verständnis für den Wunsch nach einer Steuersenkung müsse der Defizitabbau Vorrang haben. Im übrigen versprechen sich die Bundesbankiers von der Ankündigung steuerlicher Erleichterungen keine Konjunkturimpulse.

Entscheidende Voraussetzung für eine anhaltende konjunkturelle Belebung seien nicht zuletzt vernünftige Tarifabschlüsse. Pöhl warnte vor der Illusion, eine Arbeitszeitverkürzung schaffe zusätzliche Beschäftigung; sie gefährde vielmehr die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und vernichte damit Arbeitsplätze. Für noch labil hält Vizepräsident Schlesinger das außenwirtschaftliche Gleichgewicht. Er schließt nicht aus, daß mit höherem Wirtschaftswachstum ein Importsog einhergeht, der die leichte Überschußtendenz der Leistungsbilanz schwächt.

Mit ihrer Geldpolitik will die Bundesbank im kommenden Jahr ein angemessenes Wirtschaftswachstum nicht behindern. Die Erhaltung der

● Fortsetzung Seite 10

Gruppe von Neonazis verboten

dpa, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat gestern die rechtsextremistische „Aktionsfront nationaler Sozialisten – nationaler Aktivisten" (ANS/NA) verboten. Wenige Stunden zuvor waren am Mittwoch morgen in neun Bundesländern Wohnungen aktiver Neonazis durchsucht worden. An der Spitze der verbotenen Organisation steht der ehemalige Bundeswehrangehörige Kühnen.

Die 1977 gegründete Aktionsfront zählt nach den Erkenntnissen des Bundesinnenministeriums 270 Mitglieder, die in 32 örtlichen „Kameradschaften" zusammengefaßt waren. Zimmermann bewertet sie als die bedeutendste neonazistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland, deren Aktivitäten sich eindeutig gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten. Am Vortag hatte der Innenminister bereits im Bundestag von einer wachsenden Bedrohung durch Rechtsextremisten für die innere Sicherheit gesprochen.

Verboten wurden auch die zur ANS/NA gehörende „Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung" und der „Freundeskreis deutsche Politik".

Den Neonazis werden allein für 1983 52 Gewalttaten vorgeworfen, darunter Brandanschläge, Raubüberfälle, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums sind derzeit etwa 1400 Neonazis in der Bundesrepublik Deutschland bekannt, von denen 300 militantes Verhalten gezeigt hätten.

Staatliche Filmförderung wird eingeengt

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das Bundesministerium des Innern wird künftig Spielfilmherstellung nur noch mit dem Ziel fördern, das Kino-Publikum zurückzugewinnen, nachdem der Marktanteil des deutschen Films an den Kinobesuchen in der Bundesrepublik 1983 auf den Tiefstand von unter fünf Prozent absinken wird. Das geht aus der Neufassung der Filmförderungsrichtlinien hervor, die das Ministerium als Referentenentwurf jetzt an alle beteiligten Institutionen verschickt hat. Die bis Jahresende erbetenen Stellungnahmen könnten sehr kontrovers ausfallen. Während es im Ministerium hieß, es gehe bei der Neuerung nur um „Akzentverschiebung, nicht um Revolution", haben Filmemacher im Vorfeld des Entwurfs schon ihre Einsprüche angekündigt.

„Neue Akzente" werden bei der vom Innenminister mit fünf, vom Wirtschaftsminister mit 50 Millionen Mark finanzierten Filmförderung vor allem dadurch gesetzt, daß künftig vor allem Filme unterstützt werden, „die beim Publikum in den Filmtheatern Erfolg haben". Risikolos mit staatlicher Hilfe produzierte Filme, die sich praktisch in der Herstellung erschöpfen, sollten nur in Fällen „unbestreitbaren künstlerischen Ranges" begünstigt werden. Die bisher übliche Obergrenze von 300 000 Mark Förderung für einen Film soll beibehalten werden. Jedoch werden künftig nur höchstens 30 Prozent der Herstellungskosten übernommen. Damit soll verhindert werden, daß Filme hundertprozentig vom Staat bezahlt werden, die später in Kinos laufen.

NATO: Neue konventionelle Waffen

Verteidigungsminister einig über weitere Gültigkeit des Harmel-Berichts

RÜDIGER MONIAC, Brüssel

Mit einem von allen Verteidigungsministern unterstützten Appell an die Sowjetunion, die von ihr ohne Grund unterbrochenen Verhandlungen zur Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenwaffen (INF) wiederaufzunehmen, hat die NATO die zweitägige Sitzung des Verteidigungsplanungsausschusses beendet. Der deutsche Verteidigungsminister Wörner erklärte vor Journalisten, das Bündnis habe damit die „Grundphilosophie" des Harmel-Berichtes von 1967, der auf der Grundlage ausreichender Verteidigungsfähigkeit den Dialog und die Zusammenarbeit mit dem Osten wolle, bekräftigt. Es ist zu erwarten, daß am morgigen Freitag auch die Außenminister im NATO-Rat diese Position einnehmen werden und damit alle Spekulationen gegenstandslos sein dürften, die Allianz könnte mit einem in der Substanz neuen INF-Verhandlungsangebot die Sowjetunion zur Rückkehr nach Genf bewegen.

Nach den Worten des deutschen Verteidigungsministers hat die NATO mit der Sitzung des Planungsausschusses abermals unterstrichen, daß das Bündnis Frieden, Freiheit und Sicherheit seiner Mitglieder mit „möglichst wenig Waffen" will. Wörner forderte die Sowjetunion auf, nicht nur im Nuklearbereich zu konkreten Verhandlungsergebnissen bereit zu sein, solche sowjetische Bereitschaft sei auch bei der Minderung konventioneller Rüstung erforderlich, damit sich der Grundsatz „Sicherheit mit immer weniger Waffen" durchsetzen könne.

Einigkeit erzielten die Verteidigungsminister über die Notwendigkeit, für die Entwicklung neuer konventioneller Waffentechnologien einen konzeptionellen wie organisatorischen Rahmen schon innerhalb des nächsten Jahres zu schaffen. US-Minister Weinberger erkannte an, daß darin die europäischen Industrieinteressen gleichwertig einbezogen werden müßten. Das Prinzip der „Zweibahnstraße" müsse voll realisiert werden, hieß es.

Trotz der positiven Ergebnisse bestimmte streckenweise auch wieder Streit die Ministersitzung. Der dänische und der griechische Vertreter bekräftigten ihre Vorbehalte gegen die Stationierung westlicher Nuklearwaffen in Westeuropa. Der griechische Ministerpräsident Papandreou, der gleichzeitig das Amt des Verteidigungsministers bekleidet, irritierte seine Kollegen mit distanzierenden Äußerungen über die Strategie der NATO, die in seinen Augen von Nuklearwaffen unabhängig sein müsse. Papandreou wurde entschieden widersprochen und das Konzept des nuklearen Ersteinsatzes als wesentliches Element der kriegsverhindernden Abschreckung bekräftigt.

Sowjetische Kampftruppen nach Syrien?

Gefahr einer amerikanisch-sowjetischen Konfrontation / Bombenanschlag in Haifa

dpa/rtr/AFP, Beirut/Washington

Die Gefahr einer direkten amerikanisch-sowjetischen Konfrontation hat sich im Nahen Osten verstärkt. Wie die unabhängige Zeitung „Annahar" gestern berichtete, will die syrische Regierung eventuell um die Stationierung sowjetischer Kampftruppen in Syrien nachsuchen, um ein Gegengewicht zu der Ende November beschlossenen Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel zu schaffen.

Unter Berufung auf diplomatische Kreise berichtete das Blatt weiter, Syrien wolle auch den 1980 geschlossenen Freundschafts- und Kooperationsvertrag mit der UdSSR erweitern. In Syrien sollen sich bereits rund 7000 sowjetische Militärexperten aufhalten, die die Syrer in der Bedienung sowjetischer Raketen unterweisen.

Ein syrischer Sprecher hatte am Dienstag erklärt, die Regierung in Damaskus überlege Möglichkeiten, um nach der amerikanisch-israelischen Übereinkunft „das Gleichgewicht in der Region wiederherzustellen". Moskau hat Israel und die USA unterdessen eindringlich davor gewarnt, „Syrien wie Grenada behandeln" zu wollen. Ein Angriff auf die Unabhängigkeit dieses Landes würde „unausweichliche Folgen" haben.

Die Regierungen Großbritanniens und Italiens haben gestern Beratungen über die Beteiligung ihrer Länder an der multinationalen Friedenstruppe in Libanon begonnen. In London wie in Rom war nach den amerikanischen Luftangriffen auf syrische Stellungen in Ostlibanon der Ruf nach einem Abzug des britischen und des italienischen Kontingents immer lauter geworden.

Zu einem weiteren Sprengstoffanschlag kam es gestern auf einem Markt der nordisraelischen Stadt Haifa, bei dem nach ersten Angaben zwei Menschen verletzt wurden. Am Vortag waren in Jerusalem vier Menschen ums Leben gekommen, als eine Sprengladung einen vollbesetzten Linienbus in Jerusalem zerstörte.

Griechenland will heute mit der geplanten Ausschiffung von 4000 Arafat-treuen palästinensischen Kämpfern aus der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli beginnen. Wie aus Athen bekannt wurde, würden vier griechische Schiffe am Freitag vor der libanesischen Küste eintreffen und die PLO-Kämpfer an Bord nehmen.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Luftabwehr-Zweibahn

Von Cay Graf Brockdorff

Die Luftverteidigung war, bislang jedenfalls, das Stiefkind der Nation. Das alternde Raketensystem Nike Hercules, das die mittleren und großen Höhen im quer durch die Bundesrepublik laufenden NATO-Luftverteidigungsgürtel abdeckt, mußte ersetzt werden. Die Flugplätze der deutschen und der US-Luftwaffe waren ungeschützt. Die dort stehenden Flugzeuge, ohne die an die Verteidigung Europas nicht gedacht werden kann, waren gegnerischen Luftangriffen ausgeliefert. Mittel, um diese Lücken zu schließen, waren nicht in Sicht. Die Situation schien hoffnungslos.

In dieser Lage zeigte Verteidigungsminister Wörner Phantasie. Das deutsch-amerikanische Abkommen, das er in Brüssel mit US-Verteidigungsminister Weinberger unterzeichnete, wischt die Sorgen einfach weg: In einer echten Zweibahnlösung kaufen die Vereinigten Staaten die Masse des Patriot-Luftabwehrraketensystems zum Ersatz der Nike für beide Partner. Die Bundesrepublik andererseits erwirbt das Raketensystem Roland für die Verteidigung amerikanischer und deutscher Einsatzflugplätze. Ein Durchbruch in historischen Dimensionen ist geglückt.

Im Pentagon wurde zunächst gepokert. Man glaubte, die Deutschen seien in der Klemme; sie müßten schließlich einwilligen, die amerikanische Patriot zu kaufen, wenn sie nicht den Zusammenbruch der bodengestützten NATO-Luftverteidigung riskieren wollten. Wörners Planungschef Hans Rühle überzeugte die Amerikaner in unermüdlicher Kleinarbeit vom Gegenteil. Er handelte ein Abkommen aus, das in der NATO als Paradebeispiel internationaler militärischer Zusammenarbeit gefeiert wird.

Für Eberhard Eimler, den Chef der deutschen Luftwaffe, bedeutet der Vertrag das Ende eines Albtraums. Über nichts machte er sich größere Sorgen als über die Schwächen der Luftverteidigung. Die Finanzierung der Vereinbarung über einen Zeitraum von zehn Jahren ist gesichert. So kann er sich jetzt zielbewußt dem „Jäger 90" zuwenden – dem Zukunftsflugzeug, das der Verteidigung aus der Luft den letzten Biß geben soll.

Aufmarsch in Angola

Von Manfred Neuber

Weder die jüngste Aufforderung der UNO-Vollversammlung, Südafrika solle gemäß der Resolution 435 des Weltsicherheitsrates aus dem Jahre 1978 dem früheren Deutsch-Südwest endlich die Unabhängigkeit gewähren, noch der Appell der Gipfelkonferenz des Commonwealth, die USA dürften in dieser Frage nicht länger auf dem vorherigen Abzug der Kubaner aus dem benachbarten Angola bestehen, wird eine friedliche Löung in Namibia näherbringen.

Solange die Vereinten Nationen die Swapo als „alleinige Interessenvertreterin des namibischen Volkes" – wie jetzt wieder – anerkennen, herrschen nicht nur in Südafrika ernste Zweifel an freien Wahlen. Und bevor nicht Castros Söldner jenseits der Grenzen Namibias verschwinden, hätten die anderen politischen Kräfte in Windhuk keine Aussicht, den Marsch in einen marxistischen Ein-Parteien-Staat zu verhindern.

Seit fünf Jahren versucht nun schon die Kontaktgruppe fünf westlicher Nationen, das namibische Knäuel zu entwirren. Sah sich Südafrika anfangs dem stärksten Druck durch die Carter-Administration ausgesetzt, so findet sie nun bei der Regierung Reagan den größten Rückhalt. Das führte zu Gegensätzen zwischen den Vermittlern und lähmte ihre Bemühungen.

Südafrikas Außenminister Botha wurde auf seiner Europa-Reise – in London mehr, in Bonn weniger – gedrängt, den Unabhängigkeitsplan für Namibia zu verwirklichen. Bei der gegenwärtigen Brüsseler Tagung des NATO-Ministerrates wollen Großbritannien und Kanada darauf hinwirken, daß im Sinne des Commonwealth-Beschlusses das Junktim Namibia/Angola aufgehoben wird.

Welche Position die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich (als weitere Mitglieder der Kontaktgruppe) auch beziehen, der atlantischen Allianz bleibt ein Reibungspunkt außerhalb ihres Bereichs nicht erspart. Nicht von ungefähr weiß Washington dieser Tage vom beginnenden Abzug der Kubaner aus Äthiopien. Doch die 10 000 Compañeros sollen nicht nach Hause zurückkehren. Endstation ist vielmehr Angola. Womit alles über die „internationalistischen Pflichten" Kubas und das revolutionäre Gebot, sie auch in Namibia zu übernehmen, ausgesagt wäre.

Kinder und Koalition

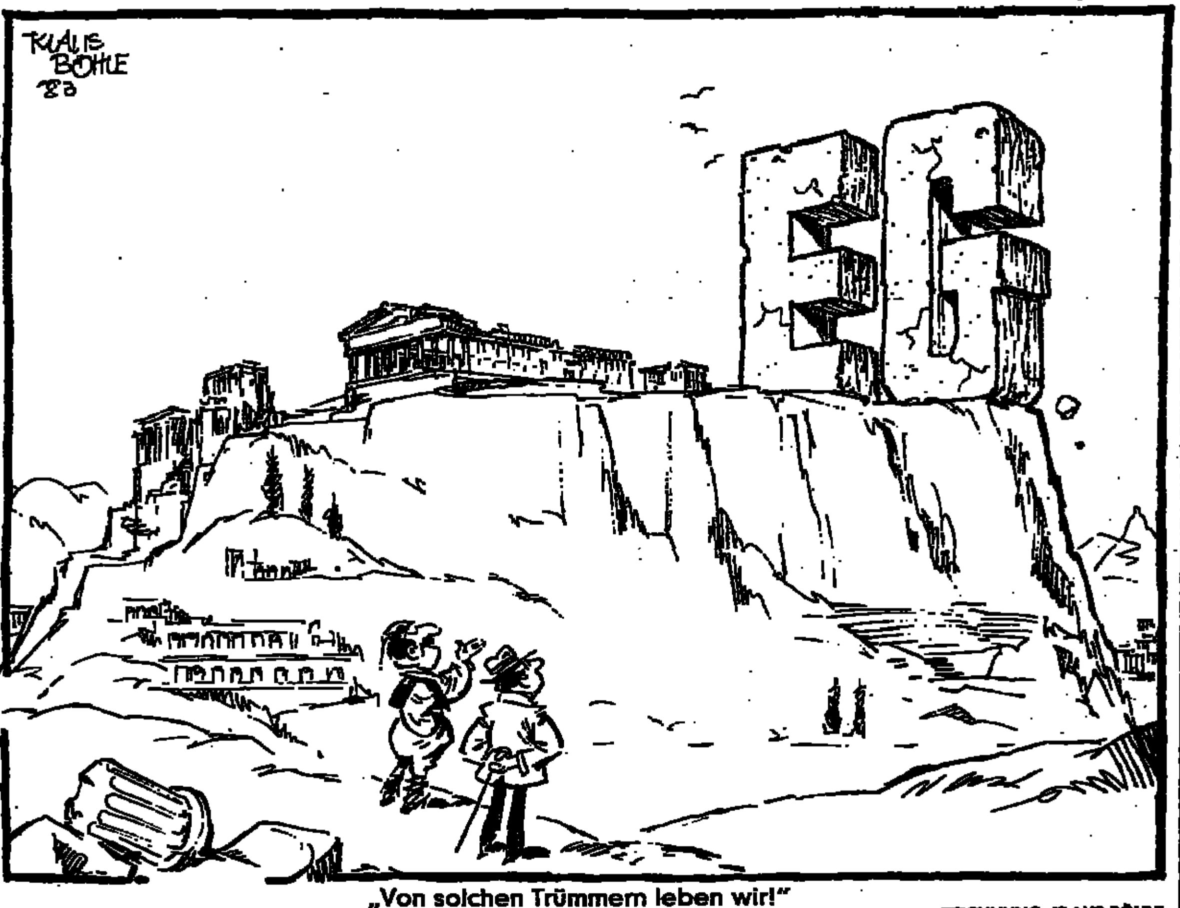
Von Dankwart Guratzsch

Die künftige Ausländerpolitik in der Bundesrepublik darf nicht zu einem Thema werden, das nach bewährter Manier durch „Schleifenlassen" der Entscheidung von selbst eine Lösung findet – nämlich eine schlechte. Zu den Essentials dieser Politik sollte eine Senkung des Nachzugsalters für die Kinder von Ausländern auf sechs Jahre gehören – eine Maßnahme, die, wie die Bundesregierung selbst nicht müde geworden war zu erläutern, vor allem im Namen der Menschlichkeit, nämlich zugunsten der Kinder, empfohlen worden war.

Die Möglichkeiten zur Integration halbwüchsiger Gastarbeiterkinder, die zwar die Schule in ihrem Heimatland absolviert haben, aber kein Wort Deutsch sprechen, sind nämlich erfahrungsgemäß in der Bundesrepublik begrenzt. Diese Heranwachsenden werden automatisch aufs soziale Abstellgleis und damit auch in die Randzonen von Kriminalität und Verwahrlosung gedrängt. Da sie kaum beruflich vermittelt werden können, belasten sie die Arbeitslosenbilanz der Bundesrepublik und den sozialen Standard der eigenen Familien.

Die sich hier aufstauende Unzufriedenheit verstärkt also die Tendenzen zur Gettobildung und zur gesellschaftlichen Konfrontation. Aus allen diesen Gründen war das Eintreten der Regierung für einen früheren Zuzug der Gastarbeiterkinder (der nach Lage der Dinge nur durch gesetzlichen Ausschluß eines späteren Nachzuges, selbstverständlich nach einer Übergangsfrist, erreicht werden kann) eine Forderung, für die es in der Bundesrepublik seit anderthalb Jahren so etwas wie eine „Große Kaolition" von der CDU bis zu den Fraktionsvorsitzenden der SPD und übrigens auch bis zu den großen Kommunalverbänden gegeben hatte.

Nun aber hört man von „Unklarheiten" über die „Sechsjahresgrenze" selbst zwischen unionsgeführten Ministerien in Bonn, von neuen Forderungen der Türkei, von unbearbeiteten Prüfungsaufträgen. Die Nachzugsproblematik kann nicht wie eine untergeordnete Verwaltungsfrage behandelt werden. Sie ist – und zwar gerade von Unionspolitikern – in zahlreichen Wahlreden bis in die jüngste Vergangaenheit hinein zu einer Frage der geistigen Führungsfähigkeit erklärt worden.



„Von solchen Trümmern leben wir!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Drehung gegen den Sinn

Von Peter Gillies

Die nackte Fürstentochter auf feurigem Stier daherstiebend, die Grenzzäune niederreitend – ist das Europa? Ist Europa vielleicht die mausgraue Normalität, die just eine siebzehnte Durchführungsverordnung zur Gemüsepolitik verfaßt, um den Mindestdurchmesser für ungeputzten Rosenkohl auf fünfzehn Millimeter festzusetzen? Ist diese Idee, von Politikern und Bürokraten zielstrebig in die Krise geführt, verbraucht oder nur erschüttert?

Das Einigungswerk Europa sollte die geschichtliche Ausnahme der Regel sein, daß bisher nur Gewalt und Krieg Staatenbünde und schließlich Bundesstaaten zusammenfügten oder -preßten. Der Plan einer stufenweisen Integration begann vor einem Vierteljahrhundert unter gutem Vorzeichen: mit einer Versöhnung. Die deutsch-französische Freundschaft, von mißtrauischen EG-Partnern auch als Achse Bonn–Paris definiert, ist der Nukleus Westeuropas.

Der wirtschaftliche Aufstieg brachte den lockeren Zusammenschluß in Blüte (genauso wie die Rezession ihn in Turbulenzen stürzte). Der großen Perspektive wurden gestern im Bundestag Hilfsperspektiven hinzugefügt: Handelsaustausch, Rückhalt der Ostpolitik, Europa als Reflex auf Bedrohung, schließlich die Vision des „deutschen Bildes im europäischen Rahmen".

Nun unterliegen Visionen wie die der europäischen einer hohen Abnutzung in der Tagespolitik. Sie gehen von Hand zu Hand und sind am Ende gesichtslos wie die von Abgasen zerstörten Heiligen an Kathedralen. Wenn schon keine Visionen mehr – dann vielleicht Nutzeffekte? Zollverein, oder darf es etwas mehr sein?

Es sei nach dem Scheitern des Gipfels von Athen an der Zeit, das Bild einer europäisch-politischen Union zu begraben, meinte Strauß. In der Tat werden es die Europa-Politiker, die sich im Juni 1984 EG-Wahlen stellen wollen, schwer haben, Argumente für den Erhalt dieser Gemeinschaft zu finden. Sie strahlt den Charme von Ärmelschonern aus, den Kleinmut von Laubenpiepern und die Frivolität neutralistischer Muskelspielereien.

Von den kessen Sprüchen, die EG sei eine organisierte Verschwendung und ihre Bürokratien gehörten in die Luft gesprengt, gehen siebzehn auf ein Dutzend. Gleicher Inflationierung unterliegen die sonntäglichen Reden über ein Europa, das niemand kennt – und eigentlich so auch niemand will. Der de Gaullesche Begriff vom Europa der Vaterländer ist da schon eher ein hilfreiches Lehrstück.

Nun gibt es den historischen Als-ob-Vergleich nicht mit dem es möglich wäre zu ergründen, wie Europa ohne die Römischen Verträge heute aussähe. Ein Flickenteppich kämpfender Interessen oder eine souveräne Partnerschaft des Selbstvertrauens? Jeder hat seine eigene Antwort. Aber was immer Europa geistig ist, politisch ist es schlicht ein Kontinent, so, wie seine 260 Millionen Bewohner ihn haben wollen: Kasse vor Idee. Globalstrategische Denkweisen sind ihnen und den meisten ihrer leitenden Herren fremd. Der Bauer Dupont und sein Berufskollege Schulze denken bei dem Wort „Intervention" nicht an Grenada, sondern an die Molkerei, die Milch zum Garantiepreis aufkauft.

Aber wenn auch die politische Union Europa heute ferner denn je ist, sollte das, was wir haben, nicht geringgeschätzt werden. Der Zollverein, wenn es denn ein solcher ist, hat einen alles in allem erstaunlichen Wohlstand erlaubt, Ansätze zu grenzüberschreitenden Ideen geliefert (wenn auch mit stümperhafter Ausführung). Und ein Deutscher kann ohne Paß nach Frankreich reisen, ein Italiener ins Vereinigte Königreich; alle schreiben sich Briefe zum Inlandsporto.

Solche und andere Integrationsschritte werden belächelt. Aber wer dieses Jahrhundert Revue passieren läßt, darf schon erstaunen, wie diese Europäer einander wahrnehmen. Das ist viel, sehr viel. Es wäre noch mehr, wenn man endlich mit dem Abriß einiger Luftschlösser begänne.



Die Vision und der Milchpreis: Mitterrand, Thatcher FOTO: DPA

An erster Stelle steht der Geburtsfehler, die gemeinsame Agrarpolitik als grüne Klammer Europas zu betrachten. Sie ist in Wahrheit ihr Sprengsatz geworden. In ihr manifestiert sich das Gegenteil der Freihandelsidee, sie tendiert zur Verschleuderung von Steuergeldern und Ressourcen und begründet einen absurden Transfer von Arm nach Reich (statt umgekehrt).

Deswegen: Nicht wer zum Sparen auffordert, schadet Europa, sondern, wer es unterläßt. Natürlich ist den Zahlungsempfängern dies gar nicht recht, denn die Beiträge der anderen sind ihre Einnahmen. Die Lockung, ein sperriger Zahlmeister wie Bonn gefährde seine Absatzmärkte bei seinen wichtigsten Handelspartnern, ist ernst zu nehmen. Französische Tradition ist es ohnehin, den Handel zu dirigieren; der Protektionismus würde ohne die EG noch gewaltigere Ausmaße annehmen. Eine Exportnation wie die deutsche hätte den größten Schaden. Freilich: Das Argument, die Exportmärkte erhalte Bonn nur durch Überzahlung in die FG-Kasse trägt zwar, aber nicht sehr weit.

Zu den Mißhelligkeiten gehört die Potenzierung der nationalen Versäumnisse. Wenn sich die Staatsdienste überall gewaltig aufblähen, sind Brüsseler Blähungen die Folge. Anspruchsinflationen, Unfähigkeiten der Finanzpolitik, Verstöße gegen marktwirtschaftliche Prinzipien, zentralstaatliches Gehabe – alles findet sich in der EG-Bürokratie in peinlicher Häufung wieder.

Nun haben Zentralverwaltungen noch nie in der Geschichte Probleme gelöst, die ihre einzelnen Einheiten nicht zu lösen vermochten. In dieser Logik liegt es, die Agrar*politik aus dem Mechanismus* herauszulösen. Schließlich kann jedes Land allein für Einkommen seiner Landwirte, Versorgungssicherheit und angemessene Preise für Agrarprodukte sorgen. Bei Autos oder Kühlschränken gelingt dies schließlich auch reibungslos.

Wenn die Staatenlenker jetzt über die Richtung ihrer Politik nachdenken, sei ihnen die EG-Richtlinie über landwirtschaftliche Zugmaschinen empfohlen: „Ist ein Lenkrad vorgesehen, muß eine Drehung im Uhrzeigersinn eine Rechtskurve und eine Drehung gegen den Uhrzeigersinn eine Linkskurve ergeben."

IM GESPRÄCH Dr. F. W. Koch

Bestraft für Solidarität

Von Werner Kahl



Studierte den Sozialismus in Bautzen: Koch FOTO: DPA

An der Frontscheibe und am Heck des grünen Lada prangten die polnischen Nationalfarben. So zeigte Chefarzt Friedrich Wilhelm Koch im Sommer 1980 auf den Straßen der Oberlausitz bei der täglichen Achtzig-Kilometer-Fahrt zu seiner Klinik, dem Kreiskrankenhaus Ebersbach im Grenzdreieck „DDR" – Polen – Tschechoslowakei, Flagge: Solidarität des deutschen Mediziners mit den polnischen Arbeitern.

Natürlich hütete sich (zunächst) der Ostberliner Staatssicherheitsdienst, den ärztlichen Direktor des Kreises Ebersbach wegen der Zurschaustellung der weiß-roten Landesfarben des sozialistischen Nachbarn zu reglementieren. „Wohl einer dieser miesen Pazifisten, die es nicht gern sehen, wenn wir mit eiserner Faust im polnischen Laden Ordnung schaffen", stichelte ein Major des Geheimdienstes. Den Haftgrund lieferte schließlich die Postzensur. Ein Brief des Arztes an den Arbeiterführer Lech Walesa, in dem Koch eine Spende von dreitausend Mark ankündigte und sich um eine außerordentliche Mitgliedschaft in der „Solidarnosc" bewarb, wurde ihm als „Volkshetze" ausgelegt.

In den Verhören blieb der redegewandte Chirurg den Stasi-Offizieren keine Antwort schuldig, wovon die Öffentlichkeit freilich kein Wort erfuhr, da sich Verhaftung und Prozeß unter strenger Geheimhaltung abspielten. Friedrich Wilhelm Koch verwies die Wächter des „Arbeiter- und Bauernstaates" vor allem auf seine Herkunft aus dem Arbeiterstand: der Vater Metallarbeiter in Thüringen, er selber gelernter Möbeltischler, bevor er an der Arbeiter- und Bauernfakultät in Jena Medizin studierte. So lernte der Arbeitersohn die Tradition des Humanismus kennen – und zugleich die Leerformel des Einparteienregimes: Sozialistisch sei unser Leben, unser Denken, unser Handeln. Sozialistisch fiel denn auch die Strafe aus: ein Jahr Gefängnis.

Die Drohung des Stasi, ihn nach der Strafverbüßung „jederzeit" erneut zu verhaften – er wurde als Klinikdirektor entlassen, blieb aber als Arzt tätig –, veranlaßte die Familie, nachdrücklich die Ausreise zu fordern. Unerschrocken schilderte Koch dem UNO-Generalsekretariat, dem Vatikan und der Kirchenleitung in Sachsen seine Verfolgung wegen freier Meinungsäußerung und solidarischer Hilfeleistung für polnische Arbeiter. Erich Honecker erhielt jedesmal eine Kopie. Kochs Antrag, am 28. Januar 1983 in Dresden für Freizügigkeit zu demonstrieren, lehnten die Behörden als „Provokation" ab. Der Antrag kostete den heute 51jährigen auch die Stellung als Arzt, den Sohn die Tätigkeit als Ingenieur. Später bekam der Arzt noch einmal zwölf Monate in Bautzen.

Vater und Sohn wurden schließlich von der Bundesregierung freigekauft. Der Adventssonntag sah die Familie – die Mutter ist schon früher in den Westen gelangt – dennoch in Hamburg nicht vereint. Denn den beiden noch nicht volljährigen Töchtern, so erfuhren die Eltern, sollen die Fahrkarten für die Reise in den Westen erst in einigen Monaten ausgehändigt werden. Der Arzt, der aus dem Arbeiterstand kam und sich für Arbeiter einsetzte, hat den Arbeiter- und Bauernstaat am eigenen Leibe erfahren. Er hat viel zu berichten für die, die Ohren haben zu hören.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Rundschau

Das Blatt kommentiert eine Entscheidung des Landgerichts Hamburg, dem Schriftsteller Joachim Seyppel die Behauptung zu verbieten, daß der Ostberliner Schriftsteller-Funktionär Hermann Kant ein Oberstleutnant des Ministeriums für Staatssicherheit sei:

Dies vom Dr. h. c. Hermann Kant aus der Leipziger Straße Berlin-DDR zu behaupten, hat das Landgericht Hamburg untersagt. Die Unterstellung, Kant sei ein Stasi-Spitzel, wäre geeignet, sich „wirtschaftlich nachteilig für ihn auszuwirken". Für ihn als „freien Schriftsteller" wohlgemerkt. Eine höchst zweifelhafte Begründung: Erstens bezahlt der Stasi seine Spitzel ordentlich, und zweitens gibt es in der DDR keine freien Schriftsteller, wieso kämen die Jungs (und Mädels) sonst zu uns? Aber die Hamburger Richter treiben's noch toller: Sie können sich so richtig vorstellen, daß der arme Kant der Seyppelschen Behauptung wegen „Gefahr läuft, sowohl bei den Schriftstellerkollegen – insbesondere in seinem Verband – als auch bei seinen Lesern in Mißkredit zu geraten, daß ihm Isolierung droht". Das Schnupftuch, Nachbar, uns kommen die Tränen.

THE NEW YORK TIMES

Zur Aufgabe der in Libanon stationierten US-Soldaten schreibt die Zeitung:

Sie sind passive Diplomaten in olivgrün, zeigen Flagge in verwundbaren Lagern. Selbst wenn sie verstärkt würden, könnten sie nicht hoffen, ein Ende des libanesischen Bürgerkriegs oder den Abzug der 40 000 syrischen Soldaten zu erzwingen. Es geht deshalb nicht an, über die Marineinfanteristen in materiellen Kampfparolen zu sprechen. Sie riskieren ihre Leben und die Ehre der Nation, doch sie haben nichts Greifbares zu gewinnen. Sie sind Instrument von Verhandlungen, die, wenn nicht alles schiefgeht, zu nicht mehr als zu einem faulen Kompromiß führen können. Warum soll man sie dabehalten?

YOMIURI

Unter der Überschrift „plumpe Diplomatie" kommentiert die japanische Tageszeitung die Moskauer Pressekonferenz von Marschall Nikolai Ogarkow:

Ein Mitglied der sowjetischen Führung hat gesagt, daß sein Land die Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen (INF) niemals wieder aufnehmen werde, solange nicht der Zustand vor der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen wiederhergestellt sei. Wir nehmen die Erklärung nicht wörtlich. Wir glauben, daß es der schnellste Weg ist, die Sowjetunion zur Rückkehr zu den INF-Verhandlungen zu bewegen, wenn die westlichen Nationen ihre Einigkeit bewahren und dem (NATO-)Doppelbeschluß von 1979 ihre volle Unterstützung geben.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

In Athen sei die vom Rat der Regierungschefs in Stuttgart errichtete „Fassade" zusammengebrochen, meint das Blatt:

Die Athener Verhandlungen, soweit von solchen überhaupt gesprochen werden kann, schufen wenig Kompromißbereitschaft. Über den Inhalt einer verstärkten Ausgabendisziplin bestanden ähnlich viele Meinungen wie Ratsmitglieder. Das Erfordernis erhöhter fiskalischer Eigeneinnahmen der EG blieb an Bedingungen gebunden, über die es keine einmütigen Meinungen gab ... Die Existenz der Gemeinschaft ist es ... die heute gefährdet scheint.

Ortskrankenkassen auf der Suche nach einer heilen Welt

Patentrezept: Die anderen sollen sich krankschrumpfen / Von Peter Jentsch

In einem neunzigseitigen Positionspapier, das jetzt auf dem 43. Krankenkassentag in Hamburg verabschiedet wurde, rufen die Ortskrankenkassen wieder einmal nach dem Staat. Dieser möge ihnen und ihren 27 Millionen Versicherten gleiche Wettbewerbschancen innerhalb des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung einräumen.

Zwar erkennen auch die Autoren des Papiers an, daß der „Wettbewerb ein tragendes Element unserer Leistungsgesellschaft und der privaten Wirtschaft" ist. Doch dann folgt die Einschränkung: „Der Wettbewerb kann jedoch nicht zum Grundprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung gehören." Und die Folgerung heißt: „Die Ortskrankenkassen fordern, das Beitrags-, Leistungs- und Mitgliedschaftsrecht unter Berücksichtigung der Rollenverteilung der Krankenkassen und Kassenarten im System der Krankenversicherung soweit als möglich gesetzlich gleich zu regeln."

Diese Forderung richtet sich gegen die Ersatzkassen, deren Versichertenzahl ständig zunimmt – auf Kosten der Ortskrankenkassen. Denn der Anteil der Angestellten nimmt gegenüber den Arbeitern zu. Damit wächst die Zahl derjenigen, die die Ortskrankenkassen verlassen können. Der neuerworbene Status soll sich auch in der Krankenversicherung manifestieren – eine Präferenz für die Ersatzkassen.

Diese fördern dies Verhalten, indem sie einmal günstigere Beitragssätze erheben als im allgemeinen die Ortskrankenkassen; zum anderen durch einen in einzelnen Bereichen besseren Leistungskatalog. Das gilt etwa für die großzügigere Kurgewährung, das gilt für Heil- und Hilfsmittel, für die Gewährung von Krankengeld. Darüber hinaus bieten die Ersatzkassen einzelnen Versicherten wahlweise Kostenerstattung an. Das heißt, der Versicherte kann sich „privat" behandeln lassen, zahlt die Rechnung und erhält die Kosten von der Ersatzkasse erstattet.

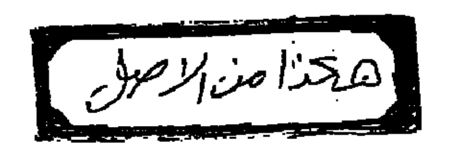
Das alles wurmt die Ortskrankenkassen. Wettbewerb dürfe in einer Solidargemeinschaft nicht mit den Leistungen selber betrieben werden, heißt es in ihrem Papier. Vielmehr dürfe er sich nur in der Darbietung von Leistungen (vielleicht ein Katalog auf Hochglanzpapier?), in der Art der Betreuung und Beratung der Versicherten und in ihrer „Hinführung zu gesunderhaltenden Lebensweisen" ausdrücken.

Das freilich ist alles andere als Wettbewerb. Doch die Ortskrankenkassen gehen noch weiter: Sie fordern die Aufhebung von Sonderregelungen für die Ersatzkassen, sie verlangen eine Beschränkung des Umfangs der Versicherungstätigkeit, also etwa das Verbot der Krankengeldversicherung, und sie sprechen sich gegen die Wahlfreiheit aus. Konkret: Wer einmal Mitglied in einer Ortskrankenkasse ist, darf sie sein Leben lang nicht mehr verlassen. So wird der Versicherte zum lebenslangen Risiko- und Solidarausgleich verpflichtet.

Den AOK-Managern ist zugute zu halten, daß sie das soziale Netz für die großen Versicherungsrisiken mit den kleinen Einkommen bilden. Sie fühlen sich nicht ganz zu Unrecht als der Kuchen, aus dem die smarten Ersatzkassen die Rosinen herauspicken. Damit haben sie jedenfalls Anspruch auf Gehör, womöglich wirklich auf Hilfe.

Aber sicher nicht mit Leibeigenschaftsgesetzen, die den einmal eingefangenen Kunden lebenslang binden – das hätte jeder Einzelhändler gern; das würde im AOK-Fall allerdings dazu führen, daß jeder junge Mensch beim Sprung ins Berufsleben gewarnt werden müßte: Überleg's dir genau, ob du dich mit denen einlassen willst; von einer Frau kannst du dich scheiden lassen, von der AOK nie. Daß das verfassungswidrig wäre, bedarf keiner Begründung.

Ebenso undiskutabel ist auch der Einfall, den anderen die Leistungen zu vermiesen, damit man selber nicht mehr ganz so unattraktiv wirkt. Was dann – sollen zähnefletschende Kartellwächter lauern, ob nicht eine Versicherung doch eine Kur mehr verschreiben läßt als die AOK? Was wäre, wenn die Versicherungen ins Ausland gingen und ihre Wohltaten grenzüberschreitend gewährten – Versicherungsparadiese neben Steuerparadiesen? Wie käme der Staat überhaupt dazu, allen Bürgern schlechtere Leistungen zu verschreiben, weil eine bestimmte Institution nun mal keine besseren bieten kann? Vielleicht führt der Weg doch über Beteiligungslösungen – aber was immer man auch machen könnte, das AOK-Papier jedenfalls ist ganz gewiß kein Rezept für kranke Kassen.





Ein Gefecht um Lambsdorff und den Stil der Justiz

Die Koalition, allen voran der Kanzler, bescheinigte in der Haushaltsdebatte dem unter dem Vorwurf der Bestechlichkeit stehenden Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff Integrität. Dennoch sind seit gestern die Zweifel eher größer, daß der Minister noch lange im Amt bleibt.

Von MANFRED SCHELL

Regungslos, den Kopf zeitweilig auf die rechte Hand gestützt, hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) gestern im Deutschen Bundestag die einstweilen dramatischsten Minuten seines politischen Lebens überstanden. Lambsdorff saß auf der Regierungsbank. Wenige Meter von ihm entfernt, in direktem Sichtkontakt, stand Bundeskanzler Helmut Kohl am Rednerpult.

Es ging um die persönliche Integrität des Ministers Graf Lambsdorff, um seinen politischen Kopf, um die Bestechungsvorwürfe der Staatsanwaltschaft und um die zweifelhafte Praxis der Justizbehörde. Es war eine jener, immer seltener werdenden Stunden im Parlament, in denen Ruhe, vielleicht auch ein Stück Betroffenheit in den Plenarsaal einkehren.

Kohls „Wort zur Diskussion um den Bundeswirtschaftsminister", wie der Kanzler die Vorgänge nennt, gerät zu einer schneidenden Abrechnung mit Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel, dem Einser-Juristen und früheren Bundesjustizminister, und mit der Art und Weise, in der die Bonner Staatsanwaltschaft bislang diesen Fall behandelt hat. Als Kohl diese Passage mit der Erklärung beendet, er habe „keinen Grund, an der Integrität des Bundeswirtschaftsministers zu zweifeln", wird dies mit spontanem und heftigen Beifall der CDU/CSU und der FDP quittiert. Die Antwort auf den Entlassungsantrag, den Vogel in Aussicht stellte, war damit schon vorab gegeben.

Der Bundeskanzler zog Bilanz: Am 2. Dezember habe der Deutsche Bundestag die Immunität von Graf Lambsdorff aufgehoben. Sechs Bonner Staatsanwälte hätten schon am 29. November auf einer Pressekonferenz über „Gegenstand und Beweismittel" berichtet. Kohl: „Bis in diese Stunde hinein kennt Graf Lambsdorff die Anklageschrift nicht." Protestrufe wie „unglaublich", „skandalös", erschollen im Plenarsaal. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hatte sich auf seine Abgeordnetenbank gesetzt, um den Unmut, den Kohl zum Ausdruck brachte, unterstützen zu können.

Der Kanzler, das war zu spüren, will nicht nur einen seiner kompetentesten und im Koalitionsgefüge wichtigen Minister retten. Ob dies tatsächlich gelingt, darüber gibt es Zweifel, zumindest aber keine übertriebenen Hoffnungen bei Kohl und Graf Lambsdorff selbst. Bisher war die Linie so, daß der Minister im Falle der Eröffnung des Hauptverfahrens zurücktreten werde. Ob es bei diesem Markierungspunkt bleibt, ist seit gestern offen. Kohl sagte, von einer Würdigung der Anklageschrift durch Graf Lambsdorff und ihn würden „weitere Entscheidungen abhängig gemacht": Das läßt zumindest die Möglichkeit offen, daß Lambsdorff schon eher von der politischen Bühne abtritt, um seine Kraft für die Verteidigungsschlacht zu bündeln.

Vogel hat eingeräumt, das Verfahren, sollte es eröffnet werden, könnte auch mit „Freispruch" enden. Aber Lambsdorff könne angesichts der Beschuldigung nicht im Amt bleiben, wie dies im übrigen auch bei keinem Beamten der Fall sein könne. Politisch, das wissen Kohl, Lambsdorff und natürlich auch Vogel, würde ein Freispruch nicht viel bewirken. Der Rücktritt wäre nicht rückgängig zu machen.

Kohl, das zeigte seine Reede, ist persönlich berührt von der Art und Weise, in der Justiz und SPD mit Lambsdorff umgegangen sind. „Ich verschweige nicht meine Betroffenheit", sagte Kohl. Und er wandte sich dabei direkt an Vogel: „Empfinden Sie nicht auch die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgangs?" Gemeint war die Vorverurteilung von Graf Lambsdorff in der Öffentlichkeit. Ein unbescholtener, um das Land verdienter Mann, werde „öffentlich heruntergezogen", ohne Chance, dazu Stellung nehmen zu könnnen. Kohl nannte dies ein „ungewöhnliches Ereignis in der Prozeßgeschichte". Damit sei ein „Klima geschaffen worden, das einen fairen Prozeß erschwert".



Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff: Von der Regierungsbank auf die Anklagebank? FOTO: AP

Vogel hatte in seiner Rede den Kanzler herausgefordert, als er den Rücktritt des Ministers verlangte. Es sei unzumutbar, so Vogel, daß die Bundesrepublik Deutschland von einem Regierungsmitglied repräsentiert werde, das wegen des Verdachts der Bestechlichkeit unter Anklage stehe. „Dies geht doch nicht."

Die Solidarität der Koalition, die Lambsdorff gegen diese Attacken der SPD schützte, war beträchtlich. Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger zitierte Stimmen des hessischen Generalstaatsanwalts und eines Staatsanwalts aus Frankfurt, wonach es ein „Gebot der Fairneß" sei, Beschuldigte vorab, also früher als die Öffentlichkeit zu informieren. Angesichts der Tatsache, daß die Anklageschrift überhaupt noch nicht vorliege, seien Angriffe gegen den Minister im Parlament „„stilwidrig". Die Anklageschrift müsse in „Ruhe studiert" werden und an Lambsdorff liege es, so meinte Dregger, mit Kohl und dem FDP-Vorsitzenden dann seine „Entschlüsse" zu erörtern.

Lambsdorff und mit ihm der Bundeskanzler warten jetzt auf die Anklageschrift. Dann, frühestens in der nächsten Woche, werden Entscheidungen fällig. Es gibt inzwischen auch in der Union und in der FDP Abgeordnete, die meinen, Graf Lambsdorff könne schon in der nächsten Woche sein Amt zur Verfügung stellen. Die Haushaltsdebatte gestern ist, trotz der Attacken gegen Lambsdorff, vom Bundeskanzler gewonnen worden, und zwar im direkten Schlagabtausch mit Vogel, dem Kohl vorhielt: Mit seiner „opportunistischen Haltung" zum Beispiel in der Frage der Nachrüstung habe er sich „jede Chance" genommen, „über Führungskraft nachzudenken". Die SPD-Fraktion duckte sich wie unter Peitschenhieben. Vogel hatte in der Tat eine schwache Rede zur Generalabrechnung mit der Politik des Bundeskanzlers gehalten. Sie geriet zur buchhalterischen Aneinanderreihung von einzelnen Themen: Nachrüstung, Mutterschaftsgeld, Arbeitslosenhilfe etc. Mit hochrotem Kopf redete sich Vogel in Rage und hatte dabei mit einem Angriff auf Kohl auch noch Pech. „Sie lassen die Verleumdung, die SPD sei die 5. Kolonne Münchens ..." Helles Gelächter im Plenarsaal. Vogel hatte natürlich „Moskau" sagen wollen und damit die Aussagen von CDU-Generalsekretär Geißler gemeint.

Im Verhältnis zum CSU-Vorsitzenden Strauß muß es bei Vogel einen tiefsitzenden Komplex geben. Mehrfach, selbst im Zusammenhang mit der Diskussion um Lambsdorff, nannte Vogel den CSU-Vorsitzenden, wie überhaupt der Name Strauß in den letzten Wochen von ihm häufig genannt wurde. Die Frage, ob Strauß nun nach Bonn kommt oder nicht, konnte freilich auch Vogel nicht beantworten. Es gibt aber hochrangige CSU-Politiker, die sagen, Strauß komme nicht.

Die Allianz setzt zum Sprung über den Kanal an

In der britischen Presse ist vom größten Übernahmegeschäft in der Geschichte des Landes die Rede. Manche Zeitungen sprechen von einem mächtigen deutschen Eindringling: Es geht um den Versuch des Versicherungskonzerns Allianz, die Eagle Star Holdings zu übernehmen. Heute fällt die Entscheidung.

WILHELM FURLER

Seit Mitte 1981 läuft bei der Allianz die Aktion Eagle Star, doch richtig zugespitzt hat sie sich erst in den letzten Wochen, als plötzlich mit dem britischen Zigaretten- und Einzelhandelskonzern BAT ein mächtiger Übernahmekonkurrent auftrat. Am heutigen Donnerstag nun wird sich entscheiden, ob Allianz das Rennen gemacht hat – wofür eigentlich alles spricht.

Denn heute werden in London die Vorstände von Allianz und Eagle Star über einen angemessenen Übernahmepreis zur Empfehlung an die Aktionäre, über künftige Formen der Zusammenarbeit und Interessenteilung sowie über die Zukunft der britischen Gruppe diskutieren. Es ist schlecht vorstellbar, daß sich die Führungsetage von Eagle Star weiter gegen eine Übernahme von Allianz stemmen kann.

Der deutsche Versicherungskonzern hat in den letzten Jahren enorm sein Auslandsgeschäft ausgeweitet. Auf dem britischen Markt fiel der Blick der Allianz auf die Eagle Star Holdings, ein Versicherungsunternehmen der mittleren Oberklasse, auf Platz fünf der britischen Unternehmensliste der Branche und damit nicht zu groß, aber auch nicht zu klein. Vor allem: ein selbständiges Unternehmen mit weit gestreuten Aktien.

Ohne ein Wort der Vorwarnung und mit einer – in britischen Augen – typisch deutschen Nacht-und-Nebel-Aktion kaufte die Allianz vor gut zwei Jahren zunächst 14,9 Prozent des Aktienkapitals auf und übernahm kurz darauf weitere 13,1 Prozent. Seither hat der Vorstand aus München vergeblich versucht, den „Board" von Eagle Star unter Vorsitz von Sir Denis Mountain zu einem Kompromiß zu bewegen. Die Allianz schlug vor, es bei dieser oder einer geringfügig erweiterten Beteiligung an Eagle Star zu belassen, wenn den Münchnern einige Sitze in der Londoner Chefetage freigemacht würden.

Doch entrüstet lehnte der Board von Eagle Star ab. Er hatte ohnehin schon das Anfang Juni 1981 vorgelegte Angebot der Allianz zur Übernahme von 15 Prozent der Aktien als „Raub am hellichten Tage" bezeichnet und den Aktionären dringend empfohlen, die Ausschreibung der Allianz für Eagle-Star-Aktien zu einem Höchstkurs von damals 290 Pence je Aktie zu ignorieren.

Der Kurs der Aktie kletterte auf 700 Pence

Bis heute ist der Kurs der Eagle-Star-Aktie auf 700 Pence geklettert, doch der 30-Prozent-Anteil der Allianz hat sich nicht verändert. Zwischendurch sah es einmal so aus, als würden die Münchener aufgeben, als sie nämlich Anfang Juni dieses Jahres plötzlich Interesse an einem anderen britischen Versicherungsunternehmen anmeldeten, der Cornhill Insurance.

Die Allianz wäre damals bereitgewesen, ihre Beteiligung an Eagle Star abzugeben, wenn ihr Wunsch, Cornhill Insurance zu kaufen, realisiert worden wäre. Doch diese Verhandlungen zerschlugen sich, nachdem der damalige Mutterkonzern von Cornhill, Thomas Tilling, in einer anderen Londoner Übernahmeschlacht vom Gummi-, Energie- und Verpakkungskonzern BTR geschluckt worden war.

Ganz überraschend unterbreitete die Allianz dann Mitte Oktober ein offizielles Übernahmeangebot für die verbleibenden 70 Prozent der Eagle Star-Aktien. Es lautete zunächst über 500 Pence je 25-Pence-Aktie. Auch diesmal warnte der Eagle Star-Chairman Sir Denis seine Aktionäre, die Finger von dem Angebot „zu einem lächerlichen Preis" zu lassen. Daraufhin trat mit BAT Industries ein weiterer Bewerber auf den Plan, der den Eagle Star-Aktionären 575 Pence für jede ihrer Aktien bot, ein Angebot, das ihnen von Sir Denis nunmehr wärmstens empfohlen wurde.

An der Börse stieg der Kurs der Eagle Star-Aktie unaufhaltsam. Und nachdem die britischen Kartellbehörden gegen eine Übernahme des britischen Versicherungsunternehmens, sei es durch die Allianz oder durch BAT, nichts einzuwenden hatten, mußten die Münchener rasch handeln. Anfang der letzten November-Woche erhöhten sie ihr Angebot von 500 auf 650 Pence in bar. Doch schon wenige Minuten später lag auch die Offerte von BAT auf dem Tisch, die mit 660 Pence je Aktie prompt um zehn Pence höher ausfiel als die der Allianz.

In jedem Fall ein höheres Angebot als BAT

Bis spätestens 9.30 Uhr am vergangenen Montagmorgen mußte die Allianz dem Übernahme-Kodex der Londoner City entsprechend mitgeteilt haben, ob sie dieses letzte Angebot des Übernahme-Rivalen BAT nochmals überbieten werde. Die Allianz tat es, aber in einer die Londoner Unternehmenswelt überraschenden Weise, indem sie zwar erklären ließ, daß sie in jedem Fall ihr Übernahme-Angebot über die von BAT gebotenen 660 Pence anheben werde, allerdings sich nicht auf eine bestimmte Höhe wie sonst üblich festlegte.

Daß der BAT-Vorstand weiter mithalten wird, ist nun nicht mehr zu erwarten. Bereits auf der außerordentlichen Aktionärsversammlung Mitte vergangener Woche war betont worden, daß BAT auf keinen Fall „einen Sieg um jeden Preis" erkämpfen wolle. Immerhin würde ein Angebot der Allianz von 700 Pence je Aktie das britische Unternehmen auf nahezu vier Milliarden Mark bewerten, einer der höchsten Beträge sowohl in der britischen als auch in der deutschen Übernahmegeschichte.

Gegenüber der WELT betonte Allianz-Vorstandsmitglied Detlev von der Burg, der für das Auslandsgeschäft zuständig ist und an den Verhandlungen in London teilnimmt, daß bezüglich des Angebots an die Eagle Star-Aktionäre über eine sogenannte „roll over-note", wie sie auch im BAT-Angebot enthalten sei, gesprochen werden dürfte. Dabei seien Laufzeit, Höchstbetrag und Verzinsung festzulegen.

Im übrigen begründet die Allianz ihr Interesse an Eagle Star damit, daß dieses Unternehmen „mit einer guten Mischung" des Versicherungsbestandes aus Lebensversicherungen, Industrie, Gewerbe und Britengeschäft gut im heimischen britischen Markt etabliert sei und im übrigen nicht nur ein sehr gutes Management aufweise, sondern gegenüber neuen Entwicklungen auch progressiv und aufgeschlossen sei, „ohne ungesunde Tendenzen aus Wettbewerbsgründen zu übernehmen". Davon abgesehen, sind, so von der Burg, sowohl das Auslandsgeschäft von Eagle Star wie auch das der Allianz „noch erheblich ausbaufähig".

Ganz energisch weist das Allianz-Vorstandsmitglied die gerade von englischer Seite und insbesondere jetzt im Zusammenhang mit Allianz und Eagle Star erhobenen Vorwürfe zurück, der deutsche Versicherungsmarkt sei gegenüber ausländischen Versicherern abgeschottet. In Wirklichkeit, so von der Burg, gebe es in Deutschland schon lange die Freiheit des Kapitalverkehrs.

Schon das Alphabet ist vielen Schülern ein Rätsel

Soll an den Berufsschulen noch deutsche Grammatik unterrichtet werden? Die Mehrheit der Lehrer ist dafür, aber die Begründungen sind verwirrend.

Von JOACHIM NEANDER

Kann ein Bäcker gute Brötchen backen und dazu noch glücklich sein, wenn er nicht weiß, was ein Temporaladverb ist? Natürlich kann er. Ist also die ganze Mühe, die man in der Grund-, Haupt- und Berufsschule darauf verwendet, ihm deutsche Grammatik beizubringen, sinnlos vertan? Um diese Frage streiten sich Wissenschaft und pädagogische Praxis. Derweil wimmelt es in der Realität nur so von Deutschfehlern: Deutscher Sprache schwerer Sprache, und wird sich immer schwerer.

Der Blick in diese Realität ist verwirrend und zum Teil von niederschmetternder Wirkung. Über 90 Prozent der von ihm befragten Berufsschullehrer mit dem Fach Deutsch, erzählte jüngst auf einer Tagung des in Fragen zwischen Beruf und Sprache besonders aktiven Instituts für Sprach- und Literaturwissenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt, Professor Rudolf Hoberg, seien sehr wohl der Meinung, Grammatikunterricht sei wichtig. Ihre Begründungen dafür jedoch gingen bunt durcheinander. Von der tatsächlichen Unmöglichkeit, diese als wichtig erkannte Aufgabe auch zu erfüllen, gar nicht erst zu reden.

Deutsch als Berufsschulfach fällt vielfach ganz aus. Oder es wird (z. B. an bestimmten Schulen in Hamburg) zum Politikunterricht umfunktioniert. Oder die Behörde duldet (wie in Bremerhaven) stillschweigend, daß es nicht stattfindet.

Lehreralltag: Es gibt Deutschlehrer an Berufsschulen, die bei 23 Wochenstunden wie die Wanderprediger jede Woche 23 verschiedene Klassen unterrichten – Klassen unterschiedlichsten Niveaus (was haben Bank- oder Elektronik-Lehrlinge mit Abitur in ihrer sprachlichen Ausdrucksfähigkeit mit ihren Schulgenossen anderer Berufsgruppen überhaupt noch gemein?). Schülermeinungen: „Hauptsache, ich kann lesen und schreiben, was schert mich Grammatik?" Oder: „Grammatik zählt bei der Prüfung doch nicht."

Stimmen zur Lage von der Darmstädter Tagung: „Schon nachschlagen geht nicht, die Kerle kennen die Reihenfolge des Alphabets nicht." Oder: „Wir streichen Rechtschreibungsfehler bei den schlechten Schülern gar nicht mehr an, um ihnen für die Prüfung nicht zu schaden." Oder: „In den Klassen, wo ich auch als Fachlehrer unterrichte, geht es mit der Disziplin, in den anderen, wo ich nur Deutsch unterrichte, geht es nur mit brutaler Gewalt." Oder: „Das Deutsch zu nennen, was wir da machen, ist schon sehr riskant ..."

Meisterhaftes Deutsch auch ohne Grammatik

Die Wissenschaftler sehen es zum Teil ganz anders. Professor Hoberg beispielsweise erkennt von fünf gängigen Argumenten für einen systematischen Unterricht in deutscher Grammatik (definiert als Wortbildungslehre plus Syntax) nur einen an: Man brauche Grammatikkenntnisse, um eigene oder fremde Texte zu analysieren.

Dagegen könne einer sehr wohl ein meisterhaftes Deutsch sprechen oder schreiben (wie gerade prominente Schriftsteller beweisen), ohne einen Schimmer von Grammatiklehre zu haben. Alle Verstehensprozesse, so Hoberg weiter, drehten sich um Wortbedeutungen, nicht um den Satzbau. Auch das abstrakte oder logische Denken werde zum Beispiel durch die Mathematik besser gefördert als durch die Beschäftigung mit der Grammatik.

Viele, die der Grammatik die Treue halten, verwechseln – meint Hoberg – außerdem Grammatik mit Orthographie oder einfach mit dem, was man Sprachkompetenz nennt. Zum (ein wenig schadenfroh präsentierten) Beweis dient ihm ein Test mit 20 erfahrenen Berufsschullehrern. Ein mit Fehlern durchsetzter Text sollte grammatikalisch analysiert werden. Kein einziger analysierte fehlerfrei. Alle 20 aber werden mit Recht von sich behaupten, einwandfreies Deutsch zu reden.

Was in dieser verworrenen Situation zu tun sei, darüber gehen auch unter den Wissenschaftlern die Ansichten kraus durcheinander. Einige fordern die völlige Abschaffung des systematischen Grammatikunterrichts an den Berufsschulen. Ein Diskussionsteilnehmer in Darmstadt, ein Österreicher, schlug vor, alle Deutschlehrer sollten den Dialekt der betreffenden Landschaft beherrschen, um in der Grammatik an vorhandene Mundart-Strukturen anknüpfen zu können.

Da gibt es Versuche, eine vereinfachte sogenannte Grundgrammatik für normale Jugendliche zu entwikkeln. Der Aachener Professor Hans Glinz unterscheidet in der Frage der sprachlichen Verständigung und der Grammatik zwischen „kommunikativer Wichtigkeit" und „Prestige-Wichtigkeit". Nach der ersten genüge ein Satz in „falschem Deutsch" wie „Ich habe noch nichts gehört von diese Sache" völlig. Die zweite müsse man den Jugendlichen auf ehrliche Art nahezubringen versuchen: Im Leben komme es eben auch auf Formen, Regeln und Prestige an.

Sarkastisch ging in Darmstadt der Dortmunder Linguist Professor Bernhard Engelen mit dem Konjunktiv um. Das sei ein sehr komplexes, noch lange nicht ganz erforschtes Gebiet. Aber auch die Frage, wieviel Konjunktiv ein Mensch zum Leben brauche, sei noch längst nicht geklärt.

Bedenken gegen den Konjunktiv

Die erbittertsten Verteidiger des Konjunktivs, meint Engelen, seien die Sprachpfleger, speziell „die in den großen Tageszeitungen". „Was hülfe es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele" – das sei zwar wunderschön, aber zu nichts mehr nütze. Engelen schlägt vor, die Unterscheidung zwischen erstem und zweitem Konjunktiv ganz fallenzulassen, in Zweifelsfällen auch die Hilfskonstruktion mit „würde" oder sogar den Indikativ zuzulassen.

Am schlechtesten kommen bei Engelen die Verdeutschungen der gängigen Grammatikbegriffe weg. Das Wort „Möglichkeitsform" für Konjunktiv, das in allen Lexika steht, sei sachlich falsch: „Wenn die Schüler Konjunktiv hören, wissen sie wenigstens, daß sie nicht wissen, was das ist. Wenn sie Möglichkeitsform hören, dann glauben sie, es zu wissen, aber es ist falsch."

Im Gespräch mit vielen Berufsschulpraktikern merkt man freilich auch, daß solcherart wissenschaftlicher Sarkasmus mit der ständigen Betonung, daß der in fast allen westdeutschen Lehrplänen obligatorische Grammatikunterricht die „verordnete Unvernunft" sei, im Alltag nur wenig Wert behält.

Die meisten Lehrer wissen aus ihrer Praxis viel zu genau, wie wichtig korrektes Deutsch für alle ihre jungen Schüler im Berufsleben sein wird, wie wenig hilfreich da die simple Abschaffung des Grammatikunterrichts oder etwa Versuche mit einem auf pure Nützlichkeit reduzierten „Deutsch für Metzger" (so etwas wird tatsächlich erwogen) sein würden.

Sorge bereitet, wie etwa der Bremer Dozent Manfred Weck erzählt, vor allem die Tatsache, daß viele Jugendliche nicht nur die Grammatik, sondern die Verbesserung und Erweiterung ihrer Sprache überhaupt als lästig ablehnen, sie einfach für ihr Leben nicht mehr für nötig halten. Es gibt offenbar zuviel Kompensation für gute Ausdrucksfähigkeit.

Viele Deutschlehrer in den Berufsschulen versuchen das schier Unmögliche dennoch. Ihr Erfindungsreichtum – auch dies wurde auf der Darmstädter Tagung deutlich – auf der Suche nach „grammatikträchtigen" Situationen, in denen sie ihren Schülern wenigstens das Wichtigste nahebringen können, ist bewundernswert.

Ein ,Tandem' der CDU für Berlin?

Von H.-R. KARUTZ

Auf höchster Partei-Ebene versucht Kohl jetzt die Union in Bonn und Berlin, die Zerstrittenheit der CDU an der Spree durch eine Teilung der politischen Verantwortung zwischen Hanna-Renate Laurien und Eberhard Diepgen zu beenden. Am kommenden Montag werden die beiden Bewerber am Rande des CDU-Bundesausschusses in Bonn mit Parteichef Helmut Kohl sprechen. Die mißliche Lage in Berlin kam auch am vergangenen Sonntagabend in einem Koalitionsgespräch in Anwesenheit von Hans-Dietrich Genscher zur Sprache.

Eine denkbare Macht-Aufteilung in Berlin sieht vor, Frau Laurien angesichts der wachsenden Zustimmung an der Basis und unter den Berlinern als Regierende Bürgermeisterin zu benennen und gleichzeitig Eberhard Diepgen in den Senat zu rufen.

Vor allem Frau Laurien hält nach Informationen aus Bonn in dieser Angelegenheit, die die Handlungsfähigkeit der Berliner Regierungspartei berührt, Kontakt zur Bonner Parteispitze. Sie gehört zu den sieben Kohl-Stellvertretern. Eine Vorentscheidung bahnt sich vermutlich deshalb am Rande der Bonner Sitzung an, weil Kohl am Montagabend wahrscheinlich gemeinsam mit Richard von Weizsäcker nach Berlin fliegt und dort beim Jahresessen der „Berliner Pressekonferenz" eine programmatische Rede hält. „Wir rechnen damit, bei dieser Gelegenheit ein wegweisendes Wort zur Nachfolgefrage zu hören", heißt es in der CDU-Basis. Allerdings wird der Kanzler jede direkte Einflußnahme auf die Kandidaten-Auswahl vermeiden.

Dazu rät ihm auch von Weizsäkker, der wiederum intern Eberhard Diepgen als geeigneten Nachfolger benannte. Anders hätte Diepgens Unterredung mit Kohl Anfang November nach dessen Rückkehr von einer Ostasien-Reise auch nicht interpretiert werden können. Der Kanzler wiederum votiert intern eindeutig für Frau Laurien, weil er ihr wegen ihrer persönlichen Ausstrahlungskraft die günstigeren Wahlchancen im Frühjahr 1985 zubilligt. Diese Meinung teilt Franz Josef Strauß, der – nicht ohne Hintersinn – das CSU-Ja zur Weizsäkker-Nominierung als Bundespräsident durch Generalsekretär Tandler mit der „Haftungs-Frage" für einen CDU-Wahlsieg 1985 verknüpfte.

Der Rückzug des neuen CDU-Landesvorsitzenden Eberhard Diepgen, die Nominierungsrunde für den „Regierenden" nun doch erst am 16. Dezember anzusetzen, wird in Bonner und Berliner Parteikreisen als nachhaltige Niederlage Diepgens bewertet (s. WELT vom 7. Dezember). Im Bonner Konrad-Adenauer-Haus sprachen Parteimanager in diesem Zusammenhang von einem „Hammer". Aus Kohls Umgebung verlautete, der Vorgang müsse wohl unter dem Motto „1:0 für Frau Laurien" betrachtet werden.

Landesbericht Berlin

In Parteikreisen wird der Rückzug von Diepgen, der noch vor dem Parteitag selbst zu „zügigen Entscheidungen ohne jede Hektik" geraten hatte, auch als Minuspunkt für den „Generalsekretär" der sogenannten „Beton"-Fraktion innerhalb der Union betrachtet – den Bundestagsabgeordneten Peter Kittelmann aus Diepgens Wahlkreis Tiergarten.

Noch am Dienstagmittag verteidigte Kittelmann – als Diepgen längst zum Einlenken bereit war – in einem Telefonat mit der WELT den Termin des 10. Dezember rein juristisch: „Das ist völlig satzungsgemäß, denn sie sieht auch verkürzte Einladungsfristen vor." Laurien-Anhänger Ekkehard Wruck, Rechtsanwalt und CDU-Kreisvorsitzender, wertete den Termindruck im lokalen Fernsehen als Ausdruck einer „gewissen Hinterzimmer-Mentalität". Diepgen wiederum warnte Journalisten und die Öffentlichkeit davor, die Verschiebung zu „überinterpretieren". Er habe aus dem Vorgang keine persönlichen Konsequenzen zu ziehen: „Das steht überhaupt nicht zur Diskussion", sagte er.

In der sogenannten „K-Gruppe" um Kittelmann, die auf Diepgen setzt, wächst inzwischen der Unmut über Richard von Weizsäcker. Führende „K-Gruppen"-Funktionäre argumentieren, allein Weizsäckers Weigerung, ohne längeren Verzug zurückzutreten und seinem Wunschkandidaten Diepgen Platz zu machen, habe zu den jetzt eingetretenen „Pannen" geführt. Ursprünglich sah ein Zeitplan nämlich vor, den Nachfolger noch in diesem Jahr im Parlament wählen zu lassen. Weizsäcker sträubte sich jedoch vehement dagegen, die Bundesversammlung am 23. Mai quasi nur noch als Akklamations-Schauplatz für seine Wahl zu betrachten.

Um den merkbaren Schaden im CDU-Ansehen bei den Berlinern in Grenzen zu halten, stellen führende Unions-Köpfe folgende Überlegungen an: Frau Laurien und Diepgen sollen, auch im Hinblick auf den Wahlkampf, als „Tandem" auftreten. Dazu gehöre es, heißt es, Diepgen mit einem Senatsamt und den daraus erwachsenden Profilierungs-Chancen auszustatten. Für ihn käme jedoch eigentlich nur das Finanzressort in Betracht, das Gerhard Kunz als Verantwortlicher für die Berlin-Hilfe aus Bonn vorzüglich versieht. Er sieht jedoch seine berufliche Zukunft mittelfristig eher in Bonn. Bürgermeister Heinrich Lummer will zugunsten Diepgens nicht auf sein Amt verzichten, das bei einer erneuerten Koalition im April 1985 ohnedies Justizsenator Hermann Oxfort (FDP) versprochen ist.

Der Leidensweg eines „DDR"-Arztes

Entlassener Bürgerrechtler erhebt schwere Vorwürfe / 15 Grad Minus in der Arrestzelle

XING-HU KUO, **Frankfurt**

Ungewöhnlich massive Vorwürfe gegen die „DDR"-Justiz hat der ehemalige Chefarzt und „Medizinalrat" Dr. Friedrich-Wilhelm Koch (51) aus Ebersbach (Sachsen) erhoben. Auf einer Pressekonferenz der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM) in Frankfurt am Main bezeichnete der einst leitende Mediziner der „DDR", der „sozialistische Strafvollzug" bedeute eine „harte Klassenjustiz", die durch „völlige Rechtlosigkeit, zügellose Willkür, Unmenschlichkeit, rücksichtslose Ausbeutung sowie äußeren und inneren Schmutz" charakterisiert werde.

Noch völlig unter dem Eindruck eines vierjährigen „Leidensweges", darunter zwei politische Haftstrafen, berichtete der von 70 auf 56 Kilo abgemagerte Arzt, weshalb er und sein Sohn Matthias vom Staatssicherheitsdienst (SD) verfolgt und von „DDR"-Gerichten verurteilt wurden.

Der wegen seines christlichen Glaubens bereits mehrfach mit dem Regime in Konflikt geratene Arzt hatte im Herbst 1980 in einem Brief an Lech Walesa angeboten, Geld für die Angehörigen von inhaftierten oder verfolgten Mitgliedern der Gewerkschaft „Solidarnosc" zur Verfügung zu stellen. Dieses Schreiben sowie das Mitführen einer polnischen Flagge in seinem Pkw wurden als „ungesetzliche Verbindungsaufnahme" bewertet. Dr. Koch wurde von einem Gericht in Dresden im März 1981 zu 16 Monaten Haft verurteilt.

Diese Strafe verbüßte Dr. Koch in Cottbus und Bautzen. Dort wurde der Arzt in besonderer Weise sowohl körperlich als auch seelisch mißhandelt. Als „Kälteterror" bezeichnete er den Aufenthalt in eiskalten Arrestzellen, in denen eine Temperatur von minus 15 Grad herrschte: „Ich bin nächtelang herumgehüpft, um nicht zu erfrieren."

Im Rahmen von Bemühungen Dr. Kochs, zu seiner seit Februar 1980 in Hamburg gebliebenen Ehefrau Marion ausreisen zu dürfen, hatte der Vater von drei Kindern in einem Brief an die Behörden in Löbau gegen die schleppende Bearbeitung seiner Gesuche protestiert. Daraufhin wurden Vater und Sohn Matthias verhaftet und vom dortigen Kreisgericht im Februar dieses Jahres zu zwölf bzw. acht Monaten Gefängnis verurteilt. Von Bonn wurden beide freigekauft; Dr. Koch und Ehefrau Marion warten jedoch noch auf die Ausreise ihrer Töchter Angelika (17) und Andrea (14).

In der „DDR" ist eine starke Welle der Sympathie für die polnische „Solidarnosc" feststellbar. Sogar im Zuchthaus Cottbus gab es Hungerstreiks, Flugblätter und andere Aktionen zugunsten der unabhängigen polnischen Gewerkschaft, die rigoros von Rollkommandos des SSD unterdrückt wurden, berichtete Koch.

Auch beim „DDR"-Besuch des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt Ende 1981 kam es zu Auseinandersetzungen: Aus dem „Neuen Deutschland" wurden Fotos des Kanzlers – ohne SED-Chef Honecker – herausgeschnitten und in den Zellen aufbewahrt. Auf Maschinen wurde mit Kreide geschrieben: „Willkommen, Helmut, wir freuen uns über Deinen Besuch." Mit massiven Drohungen und Disziplinarmaßnahmen sei diese friedliche Aktion beendet worden, berichtete Dr. Koch. Der erst eine Woche in Freiheit befindliche Arzt faßte seine Seelenlage mit den Worten zusammen: „Ich bin jetzt erst sechs Tage alt."

Seite 2: Bestraft für Solidarität

Eine neue Ära im Fernsehen beginnt

Am 1. Januar startet in Ludwigshafen das erste Kabelpilotprojekt mit vier Programmen

Nea. **Ludwigshafen**

Am 1. Januar 1984 um 10.30 Uhr beginnt mit einem Knopfdruck in der Bundesrepublik das Zeitalter der Fernsehvielfalt. In Ludwigshafen startet das erste der vier sogenannten Kabelpilotprojekte mit seinem Programm. Zunächst sind es sieben neue Fernsehprogramme und eine neue Hörfunkwelle.

Empfangsbereit werden am Neujahrstag zunächst nur einige tausend Haushalte sein. Bisher (Stand 5. Dezember) sind Anträge für 1290 Haushalte fest registriert, weitere 2400 Interessenten haben sich gemeldet. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), sozusagen der Vater dieses neuen Medien-Sprößlings, rechnet aber bis Ende 1985 im Raum Ludwigshafen-Worms-Vorderpfalz mit insgesamt 10 000 Anschlüssen. Der erste Pilotanschluß wurde übrigens am 1. Okober im Katholischen Schwesternhaus St. Elisabeth in Schifferstadt bei Ludwigshafen geschaltet.

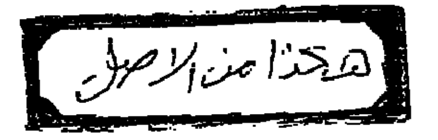
Das Ludwigshafener Projekt läß als bisher einziges auch private Programmveranstalter zu, allerdings unter einer Art öffentlich-rechtlichem Dach – der sogenannten Anstaltsversammlung. Bisher haben sich in der Mainzer Staatskanzlei 125 potentielle Veranstalter – teils für einen ganzen Kanal, teils nur für gelegentliche Beiträge – beworben. 36 von ihnen haben schon eine Erlaubnis in der Tasche.

Die Veranstalter, ihre Ziele und ihre Programme sind sehr unterschiedlich. Sendebereit sind am 1 Januar zunächst:

- Die PKS (getragen von den Genossenschafts- und Raiffeisenbanken) mit einem täglichen Vollprogramm und einem Nachrichtenteil, den die Frankfurter Allgemeine Zeitung beisteuert. Programmbeispiel der PKS für den 1. Januar z. B. Händels Feuerwerksmusik zur Eröffnung, das Ballett „Schwanensee", die Operette „Fledermaus", die Krimi-Serie „Matt Houston" und am Schluß Beethovens Neunte unter Karajan.
- Die Firma EPF (Erstes Privates Fernsehen), die ebenfalls täglich ein von der Zeitung „Die Rheinpfalz" gestaltetes Regionalprogramm (mit Nachrichten, Reportagen und Sport) und zeitversetzte Sendungen des ZDF ausstrahlt. Sendebeispiel vom 1. Januar: Eröffnungsparty mit Prominenten, ein Agatha-Christie-Film (im ZDF um 21.20 Uhr, bei EPF zeitversetzt schon um 21.10 Uhr), Lokalsport und eine Lesung des Dichters George Orell.
- Das Süwestfunk-Bildungsfernsehen, das unter dem Namen „SWF-Kabel" am 2. Januar z. B. die „Sesamstraße", einen Englisch-Kurs, einen Wandertip (Kaiserstuhl), Kochrezepte, einen Film über Brasilien und Nachrichten in französischer Sprache bringt.
- Der sogenannte ZDF-Musikkanal, der am Neujahrstag u. a. ein Wunschkonzert, eine Sendung mit dem Sänger Peter Hofmann, ein Showprogramm und den Liederzirkus mit Michael Heltau ausstrahlt.
- Über Satellit aus England die Firma „Satellite Television" (die endgültige Zuweisung ihres Kanals soll in der Anstaltsversammlung am 12. Dezember erfolgen), die in englischer Sprache ein bereits in anderen Ländern laufendes Programm aus Pop-Musik, Serien, Sport und Nachrichten auch in der Pfalz anbietet. Ein erster Sendeversuch mit einem eigens in Deidesheim an der Weinstraße montierten Parabolspiegel aus Anlaß einer großen Pressekonferenz mit Ministerpräsident Vogel verlief bestens: Hervorragendes Bild (u. a. „Starsky und Hutch").

Dazu kommen ein Bügerservice-Programm (Einzelheiten stehen noch nicht fest) sowie der sogenannte Offene Kanal. Hier bewegt man sich noch auf etwas wackeligem Boden. Laut Konzept soll hier jedermann unentgeltlich die technischen Einrichtungen der in Ludwigshafen mit Investitionen von über 10 Millionen Mark aus dem Boden gestampften Sendezentrale der AKK (Anstalt für Kabelkommunikation) zur Gestaltung eigener Sendungen benutzen können. Eine Abnahme oder Vorzensur dieser Sendungen findet nicht statt. Die volle Verantwortung soll beim Veranstalter der Sendung (nicht bei der Anstalt) liegen. Die AKK berät lediglich. Man hofft, daß es keinen Ärger gibt. Angemeldet ist bisher ein Beitrag zum Thema „1984" von Orwell. In Arbeit ist eine Reportage über Rechtsradikalismus unter den Fußball-Fans des Bundesligavereins Waldhof Mannheim.

Weitere Veranstalter werden im Laufe des Jahres 1984 sendebereit sein, z. B. ein Sportprogramm, für das Franz Beckenbauer und sein Manager Schwan verantwortlich zeichnen. Die Anstalt will alle 14 Tage eine Programmvorschau an Interessenten verschicken.



Bundestag debattiert den Haushalt 1984 / Dregger erteilt Arbeitszeitverkürzung Absage

Kohl: Ich bin überzeugt, daß der Athener Fehlschlag heilsam ist

BERNT CONRAD, Bonn

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat gestern seine Bereitschaft erkennen lassen, an der Eröffnung der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) Mitte Januar teilzunehmen und bei dieser Gelegenheit auch mit dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko zusammenzutreffen. Er entsprach damit den Wünschen, die am Abend zuvor noch einmal von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher an ihn herangetragen worden waren.

Shultz, der am Nachmittag zur Teilnahme an der NATO-Ratstagung nach Brüssel weiterreiste, wies darauf hin, daß es starke Argumente für eine Anwesenheit der Außenminister in Stockholm gebe, um die Bedeutung der Konferenz zu unterstreichen. Er werde darüber am Donnerstag und Freitag mit seinen NATO-Kollegen diskutieren. Sollte man sich dort für die Teilnahme entscheiden, was er glaube, dann würden sich die Vereinigten Staaten dem anschließen. Auf die Frage, ob er dann dort Gromyko treffen werde, erwiderte Shultz: „Sicher. Wenn wir beide dort sind, werde ich selbstverständlich bereit sein, ihn zu treffen. Die Frage ist nur, ob beide dasein werden."

Regierungssprecher Jürgen Sudhoff hatte zuvor mitgeteilt, daß der Kanzler und der US-Außenminister in der Beurteilung des Standes der Ost-West-Beziehungen volle Übereinstimmung erzielt hätten. Mit ihrer Entscheidung zum Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses habe die Allianz ihre politische Handlungsfähigkeit eindrucksvoll bewiesen und damit auch die Voraussetzungen geschaffen, den Dialog mit der Sowjetunion fortzusetzen, sagte Kohl unter Zustimmung von Shultz. Jede Chance, das Ost-West-Verhältnis in emotionsfreier und sachlicher Form fortzusetzen, müsse genutzt werden.

In einer Presesekonferenz äußerte sich der amerikanische Außenminister beeindruckt darüber, wie die Bundesrepublik die Stationierungsfrage geregelt habe. Die USA blieben beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses verpflichtet. Sie seien bereit, zu jeder Zeit über die Mittelstreckenraketen weiterzuverhandeln. Genscher ergänzte, dieses Bekenntnis zeige die Parallelität der Ansichten in Bonn und Washington.

Konkrete neue Initiativen zur Wiederaufnahme der Mittelstreckenverhandlungen bezeichneten Shultz und Genscher übereinstimmend als überflüssig. Der US-Außenminister betonte, seine Regierung habe ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt und sei bereit, darüber zu sprechen. Sein Bonner Amtskollege meinte, es sei nicht Sache des Westens, jetzt Verhandlungsinitiativen zu ergreifen, sondern Sache der Sowjets, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Auf die Frage nach einer möglichen Zusammenlegung der strategischen Raketenverhandlungen (START) mit den Mittelstreckenverhandlungen (INF) erwiderte Shultz, es gebe gute Argumente, das nicht zu tun.

„Die NATO ist stark"

Entschieden wandte sich der amerikanische Politiker gegen die Auffassung, das Scheitern des Athener Europagipfels könnte negative Auswirkungen auf die NATO haben. „Nein, das wird überhaupt nicht der Fall sein. Die NATO ist stark", versicherte Shultz. Nach seinen Worten gibt es in Europa Probleme wie überall in der Welt. „Und wenn eine Tagung schiefgeht, ist nicht alles verloren."

Den gleichen Standpunkt vertrat Bundeskanzler Kohl gestern morgen in einer Erklärung vor dem Bundestag. Athen dürfe kein Anlaß zur Resignation sein, meinte er. Vielmehr komme es darauf an, „die Nerven zu behalten und mit Ruhe und Beharrlichkeit auf die Lösung der anstehenden Probleme hinzuarbeiten". Der Kanzler fuhr fort: „So enttäuschend das Ausbleiben eines konkreten Ergebnisses in Athen für uns alle ist, ich bin überzeugt, daß dieser Fehlschlag heilsam ist. In einer Reihe von Fragen haben wir Fortschritte erzielt, die eine Lösung für das Gesamtpaket im Frühjahr 1984 erleichtern werden."

Die Haushaltskrise in der Gemeinschaft und die Vorgänge auf dem Europagipfel werden nach Ansicht Kohls den Prozeß des Umdenkens in der Gemeinschaft fördern. „Die Kunst der europäischen Staatsmänner muß darin bestehen, im Wege des Kompromisses denjenigen Kurs zu finden, der wirtschaftlich für alle tragbar ist und uns in die gewünschte Richtung führt."

Demgegenüber vertrat der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel in der Haushaltsdebatte die Ansicht, die Zukunft der Gemeinschaft scheine gefährdeter denn je. Alles, was der Kanzler vor und nach dem Stuttgarter Gipfel gesagt habe, erweise sich nun als Fehleinschätzung. Vogel forderte: „Jetzt bedarf es eines neuen politischen Ansatzes, einer Initiative, wie sie seinerzeit in einer vergleichbaren Krise der europäischen Einigung 1955 von der Konferenz von Messina ausging." Dem Kanzler rief er zu: „Entwickeln Sie einen solchen Ansatz. Greifen Sie unsere Vorschläge auf."

Auch in der Frage einer Wiederaufnahme der Raketenverhandlungen verlangte der Oppositionsführer verstärkte Aktivität des Regierungschefs. Kohl solle einen beiderseitigen Stationierungsstopp fordern und initiativ auf neue Verhandlungen drängen.

Abweichend davon stellte der CDU/CSU-Fraktiosvorsitzende Alfred Dregger fest: „Wir bleiben verhandlungsbereit. Wir drängen nicht, da die Sowjetunion Zeit braucht, um sich auf eine Kompromiß-Strategie umzustellen, die auch in ihrem Interesse liegt."

Diskussion über Lambsdorff bestimmt Debatte

■ Fortsetzung von Seite 1

Vogel hatte den Vorwurf der „Führungslosigkeit" damit begründet, daß der Bundesregierung Perspektiven, Konzepte und Orientierung fehlten. Sie biete ein widersprüchliches Bild. In wesentlichen Fragen seien FDP und CSU zerstritten, die Union in sich uneins und Strauß werfe Kohl „Knüppel zwischen die Beine". Das Bild der Regierung knapp neun Monate nach den Bundestagswahlen sei „bedrückend". Vogel hielt ihr Versäumnisse in der Wirtschafts- und Finanzpolitik vor. Einschnitte im Sozialbereich würden zu Lasten der unteren Einkommensgruppen gehen.

Dem stellte der Bundeskanzler eine positive Bilanz entgegen. So sei das Vertrauen der Bündnispartner in die Verläßlichkeit der Bundesrepublik wieder hergestellt, das internationale Ansehen gestiegen und trotz der beschlossenen Nachrüstung würden die Beziehungen zum Ostblock und insbesondere zur „DDR" ausgebaut und verbessert.

Innenpolitisch kündigte der Kanzler an, die Konsolidierung der Staatsfinanzen konsequent fortzusetzen. Kohl, der „keine neuen Wohltaten" versprechen wollte, meinte, daß die sozialen Leistungen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen müßten. Auch wenn es keinen Grund zum Jubeln gebe, sei man auf einem guten Weg.

So gebe es eine Chance, die Arbeitslosigkeit weiter einzudämmen; auch wenn „schnelle Lösungsmöglichkeiten" nicht vorhanden seien. Er lehnte eine Verkürzung der Lebens- und Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ab: „Das wäre eine Katastrophe für die Wirtschaft."

Alfred Dregger betonte, der Aufschwung sei eingeleitet. Er räumte ein, daß es Belastungen für Mitbürger gegeben habe. Noch für diese Legislaturperiode kündigte er Beratungen über eine Reform des Steuertarifs und des Familienlastenausgleichs an.

Vogel: Die Regierung ist geprägt von Streit und Kontroversen

GISELA REINERS, Bonn

Wenn die eigentliche Redeschlacht über Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik auch erst für heute angesagt ist, so nahmen die politischen Kontrahenten doch schon einmal die Aussprache über den Haushalt des Bundeskanzlers zum Anlaß, ihre verschiedene Sicht der Dinge mitzuteilen. Dabei erschienen Unionsfraktionschef Alfred Dregger und Bundeskanzler Helmut Kohl sozusagen Arm in Arm auf dem Rednerpodium, um mit fast gleichen Argumenten und Zahlen zu belegen, wie erfolgreich die Koalition aus CDU/CSU und FDP den negativen Konjunkturtrend schon umgekehrt habe. Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel (SPD) blieb da nur noch die Frage nach dem wirtschafts- und sozialpolitischen Konzept der Regierung für die Zukunft, und die stellte er mehrfach mit bohrender Eindringlichkeit.

Vogel konstatierte, die Regierung biete ein widersprüchliches Bild. Es sei geprägt von Kontroversen und Streit, z. B. zwischen den Sozialausschüssen einerseits und „den Herren George und Albrecht" andrerseits. Zwar kürze man das Mutterschaftsgeld, gehe aber nur halbherzig gegen die Nutznießer des umstrittenen Bauherrenmodells vor. Nach Vogels Ansicht wächst auch in den Reihen der Union der Unmut über die Bevorzugung der „Hochverdienenden". Zu seinem Zeugen rief er den Vorsitzenden der Katholischen Arbeiterbewegung, den Abgeordneten Müller (Wesseling) an, der das „Gezerre um die Sozialpolitik als Ausdruck von Orientierungslosigkeit" bezeichnet hatte. Vogel warf dem Kanzler Mangel an Präzision, an Konzepten und Perspektiven vor. „Sie haben so getan, als ob Ihre Schubladen mit Konzepten gefüllt seien ... Doch Ihre Schubladen sind leer. Wer sie aufzieht, findet nur tote Fliegen."

Der Kanzler verwies, ebenso wie Dregger, auf die unbestreitbaren Erfolge der Regierungspolitik in den vergangenen 13 Monaten. Er verband die Aufzählung der zum Teil einschneidenden Kürzungen, die rund 30 Millionen Bürger „unmittelbar an ihrem Geldbeutel" betraf, mit einem Dank an diejenigen, die ihn unterstützten. Die Einsparungen seien nötig gewesen, um Schlimmeres zu verhüten, und es sei bemerkenswert, mit welcher Festigkeit sie von seinen Freunden, manchmal sogar gegen handfeste Wahlkreis-Interessen, vertreten worden seien.

Er werde keine Versprechungen machen, sagte der Kanzler. Das habe er auch vor der Wahl nicht getan. Durch die Mitteilung bitterer Wahrheiten jedoch könne staatliches Handeln wieder glaubwürdig und verläßlich gemacht werden. Nie habe er sich als „Weltökonom" bezeichnet; er sehe sich gezwungen, die Trümmer wegzuräumen, die andere ihm hinterlassen hätten. Unter diesen Umständen sei er stolz auf die Bilanz.

2,5 Prozent Wachstum

Er sei bescheiden in der Analyse, sagte der Kanzler. Doch für 1984 könne man von 2,5 Prozent Wachstum ausgehen. Am Arbeitsmarkt zeigten sich erstmals mehr Einstellungen als Entlassungen. Ende 84 werde die Verbesserung noch deutlicher. Die Preisstabilität werde sich fortsetzen. Zwar müsse der Aufschwung noch an Kraft gewinnen, doch gebe es eine reelle Chance, wenn sich die verlorengegangene Einsicht wieder erneuere, daß nicht mehr konsumiert werden könne als erarbeitet worden sei.

Auch Dregger betonte die Notwendigkeit der Konsolidierung. Dabei erteilte er eine deutliche Absage den Plänen der Gewerkschaften zur Arbeitszeitverkürzung. Die erfolgreichsten Industrienationen seien diejenigen, die am längsten arbeiteten, wie Japan und die Schweiz. Dort betrügen die Arbeitszeiten 2101 bzw. 2044 Stunden, die Arbeitslosigkeit liege in Japan bei 2,4, in der Schweiz bei sogar nur 0,4 Prozent. In der Bundesrepublik würden nur 1773 Stunden gearbeitet; die Arbeitslosigkeit hier liege im Jahresmittel bei 7,5 Prozent. Dies wollte Dregger dem DGB ins Stammbuch geschrieben wissen, mit der Bitte, darüber nachzudenken, ob eine 35-Stunden-Woche im Interesse der Arbeitnehmer liegen könne.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung hatte Vogel deutlich gemacht, daß die SPD an der Seite der Gewerkschaften zu finden sei. Er setzte sich darüber hinaus für beschäftigungsfördernde Maßnahmen ein und einen „pfleglichen Umgang mit der Massenkaufkraft". Er warnte den Kanzler, nicht mit dem sozialen Frieden zu spielen. Unterstützung für seine Ansicht, daß eine Umverteilung von unten nach oben stattfinde, fand Vogel bei dem Grünen Hubert Kleinert, der Heiner Geißler zitierte, daß sich die neue soziale Frage stelle, wenn Vorteile nur zu Lasten „der Nichtorganisierten, der Kinderreichen, alleinstehenden Mütter, alten Menschen" ... errungen werden könnten.

Hans-Günter Hoppe von den Freien Demokraten machte im Sinne von Lambsdorff deutlich, daß mit der Wende nicht innegehalten werden dürfe. Er habe schon 1979 von der „tickenden Zeitbombe" der Staatsverschuldung gesprochen, die damals insgesamt 420 Milliarden und beim Bund allein 210 Milliarden betragen habe. Bis Ende dieses Jahres würden die Schulden des Bundes 340 und insgesamt 650 Milliarden ausmachen. „Bei diesen Zahlen kommt nur schwer Freude auf", sagte Hoppe. 35 Milliarden habe man an Einsparungen zustande gebracht, und nun walle beim Bürger Unmut auf, weil trotz der Belastungen für ihn die Schulden immer noch wachsen. Angesichts dieses Dilemmas „kommt man sich als Finanzpolitiker vor wie ein Hamster auf dem Laufrad".

„Bayernkurier": Lambsdorffs Erblast

rtr, München

Die CSU hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff erneut Mitschuld an den derzeitigen wirtschaftlichen Problemen der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen. Wenn sich die CSU in der Flick-Spendenaffäre gegen Vorverurteilungen und die „skandalösen Begleitumstände des Verfahrens" gewandt habe, so ändere dies nichts daran, „daß nicht gegen die Politik des FDP-Wirtschaftsministers erhebliche Bedenken anzumelden" seien, heißt es im Parteiorgan „Bayernkurier".

„Die politische Redlichkeit gebietet die Erinnerung daran, daß Lambsdorff jahrelang an entscheidender Stelle Mitverantwortung für liberalsozialistisches Versagen getragen hat und daß er deshalb auch mitschuldig an dem Berg ungelöster wirtschaftspolitischer Probleme ist, vor dem die Bundesregierung heute steht", schrieb das Blatt weiter, deren Herausgeber der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß ist. Die Stichworte Kohle, Stahl und Werften markierten besonders die „Erblast" der früheren Regierung „und damit auch die Rolle und Verantwortung" Lambsdorffs.

„Zum Verteilen von Lorbeer an den von seiner Partei einst reichlich deplaziert als ‚Erhard der achtziger Jahre' gepriesenen Wirtschaftsminister besteht also wahrlich kein Anlaß", zieht der „Bayernkurier" seine Bilanz.

Warum es in Athen zu keiner Entschließung kam

BERNT CONRAD, Bonn

Die Teilnehmer des Athener Europagipfels haben darauf verzichtet, zu internationalen Themen wie Libanon, Ost-West-Beziehungen oder Zypern Stellung zu nehmen, um sich angesichts ihrer eigenen Zerstrittenheit über europäische Probleme nicht vor der Weltöffentlichkeit lächerlich zu machen. Vor allem Bundesaußenminister Genscher hatte darauf hingewiesen, daß es wenig Sinn hätte, der übrigen Welt Vorschriften oder Empfehlungen für Konfliktlösungen zu liefern, wenn man sich selbst nicht einmal über die Milchpreise in der EG einigen könne.

Befürworter einer Zypern-Erklärung, die gegen eine Abtrennung des türkischen Teils der Insel protestieren sollte, war naturgemäß der griechische Ministerpräsident und EG-Ratsvorsitzende Andreas Papandreou. Er unterstützte auch, ebenso wie die Italiener, den Wunsch nach einer Nahost-Erklärung. Die Bundesregierung hatte sich von vornherein dafür ausgesprochen, in der Nahostfrage keine neue Grundsatzerklärung abzugeben oder die Venedig-Erklärung von 1980 fortzuschreiben, weil es prinzipiell nur darum gehen könne, flankierend die amerikanischen Friedensbemühungen zu fördern.

Im politischen Komitee der EG bereiteten die Direktoren und Experten der beteiligten Außenministerien dann in Athen eine Nahost-Entschließung vor, die die bekannten Standpunkte der Gemeinschaft über die Rolle der Palästinenser, eine Mitwirkung der PLO am Friedensprozeß und die Notwendigkeit eines Verzichts auf Gewaltanwendung wiederholte. Gleichzeitig wurde das libanesische Recht auf Sicherheit und Unabhängigkeit unterstrichen und die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens vom 25. September verlangt.

Bevor die Außenminister und die Regierungschefs diesen Text aber überhaupt zu Gesicht bekommen hatten, ließ die griechische Präsidentschaft den Entwurf schon unter den Journalisten zirkulieren. Verärgert meinte Genscher, eine Nahost-Erklärung komme nun erst recht nicht in Frage. Daraufhin fiel der Text unter den Tisch. Einen vergleichbaren Vorgang hatte es auf Europagipfeln bisher nicht gegeben.

Ursprünglich war die Bundesregierung durchaus nicht abgeneigt gewesen, in Athen eine West-Ost-Erklärung zustande zu bringen, die nach dem Beginn der Raketenstationierung die unveränderte Verhandlungsbereitschaft des Westens betonen sollte. Intern zeichneten sich jedoch Einwände der griechischen Gastgeber und der dänischen Regierung ab, die gerade erst von ihrem Parlament zur Forderung nach einem Stationierungsstopp verpflichtet worden war. Die Briten zogen die Verabschiedung einer Ost-West-Erklärung auf der heute beginnenden NATO-Außenministerkonferenz in Brüssel vor.



DIE WELT

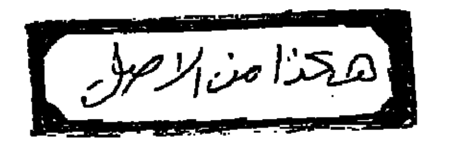
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11)



„Bundesrichter auch nicht bestraft"

F. D. Berlin

Der Berliner Kammergerichtspräsident Diether Dehnicke hat jetzt die Disziplinarverfahren gegen zwei Berliner Richter eingestellt, die sich mit einem Flugblatt unter der Schlagzeile „Richter und Staatsanwälte für den Frieden" an der Friedensdiskussion beteiligt hatten. In dem Einstellungsbescheid vertritt das Kammergericht zwar die Ansicht, daß von den Richtern begangene Dienstvergehen sei „objektiv von solchem Gewicht, daß eigentlich ein Verweis verhängt werden müßte". Das Kammergericht verwies in diesem Zusammenhang auf das Mäßigungsgebot, daß in Paragraph 39 des Deutschen Richtergesetzes zum Ausdruck komme. Das Berliner Kammergericht sah jedoch in beiden Fällen von Disziplinarmaßnahmen ab, da „die zunehmende Politisierung der Öffentlichkeit in letzter Zeit auch die Richterschaft ergriffen hat", so Kammergerichtspräsident Dehnicke in seinen Ausführungen. Auch Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts und der obersten Bundesgerichte hätten öffentlich ihre persönliche Meinung zu politischen Themen, zumeist mit rechtlichem Einschlag, geäußert. Diese seien jedoch für ihr Verhalten auch „disziplinarisch nicht belangt worden".

Grenzen für Betriebsräte

rtr, Kassel

Betriebsräte können nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) keine generelle Regelung über die Ausgestaltung von Bildschirm-Arbeitsplätzen fordern. Das Mitbestimmungsrecht sei darauf beschränkt, „in Einzelfällen" konkrete Maßnahmen zu verlangen, heißt es in einer am Dienstag abend verkündeten Entscheidung des 1. Senats des BAG (AZ: 1 AZR 43/81). Der Betriebsrat könne auch nicht allgemein fordern, daß die Arbeitszeit an den Sichtgeräten zeitlich begrenzt und durch bestimmte Pausen aufgelockert werde.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Schweizer wollen keine Frau im höchsten Staatsamt

Wahlniederlage für Lilian Uchtenhagen und die SPS

WALTER H. RUEB, Bonn

In der Schweiz blieb gestern bei den Ersatzwahlen in den siebenköpfigen Bundesrat die von vielen Eidgenossen erhoffte, von weitaus mehr jedoch abgelehnte politische Revolution aus: Lilian Uchtenhagen, die offizielle Kandidatin der Sozialdemokratischen Partei, schaffte den Sprung in die von zwei Liberalen, zwei Christdemokraten, zwei Sozialdemokraten und einem Angehörigen der bürgerlichen Volkspartei nach einer jahrzehntealten Zauberformel gebildeten Regierung nicht.

Um 10.55 Uhr schlug den politischen Revolutionären in der Schweiz die Stunde: Von 246 Mitgliedern der Vereinigten Bundesversammlung aus Nationalrat (Parlament) und Ständerat (Kleine Kammer) stimmten nur 97 für Lilian Uchtenhagen, 124 aber für Otto Stich, den von der bürgerlichen Mehrheit des Parlaments erkorenen sozialdemokratischen Ersatzmann für den zurückgetretenen und kurz darauf verstorbenen Willy Ritschard.

Das Resultat löste Überraschung, Ratlosigkeit und Verärgerung im Plenum, an Bildschirmen und Rundfunkgeräten aus. Im ganzen Lande aber stellten sich Zuschauer die Frage, was der Affront der Bundesversammlung gegenüber der Sozialdemokratischen Partei wohl für Folgen haben werde. Nur zu gut erinnert man sich in der Schweiz der Drohungen von SP-Chef Hubacher, wonach die Partei gar einen Auszug aus der Regierungskoalition erwäge, falls man ihr „einen unzumutbaren Bundesrat unterjuble ..."

Genau dies ist nach Meinung vieler Beobachter geschehen: Der Solothurner Otto Stich, ein farbloser, doch gemäßigter Politiker und früherer SP-Nationalrat, der bei den Parlamentswahlen im Oktober nicht kandidiert und sich erfolglos um die Aufstellung als Parteikandidat für die Wahl in den Bundesrat beworben hatte, zieht nun überraschend in das höchste nationale Gremium ein. Wird seine Partei jetzt im Gegenzug die angedrohte „Traumrolle der Opposition" übernehmen?

Der Wahlausgang zeigte jedoch unmißverständlich, daß die SPS der Bundesversammlung als Ersatz für Willy Ritschard einen zu wenig konsensfähigen Kandidaten präsentiert hatte – der zudem noch eine Frau war. Wie manche schon vorher prophezeit hatten, war das „eine Todsünde" und angesichts des in der Scweiz nach wie vor herrschenden Patriarchats eine verfrühte Maßnahme der Partei.

Die Niederlage trifft eine Frau, die bisher vom Erfolg verwöhnt war. Lilian Uchtenhagen, 55, Mutter von drei adoptierten Kindern, ist Verwaltungsratsvorsitzende des zweitgrößten Einzelhandelsverbandes der Schweiz und Dozentin für Volkswirtschaft und Politik an einer Schule für Sozialarbeit. Sie begann ihre politische Karriere mit 18 Jahren.

Jene, die ihr politisches Debut miterlebten, haben es bis heute nicht vergessen: Lilian hielt auf dem Parteitag der Freisinnigen ein derart leidenschaftliches Plädoyer für das Frauenstimmrecht, daß selbst ihr Vater das Lager wechselte und fortan die Reihen der Befürworter verstärkte. Nur seiner angestammten FDP aber mochte er selbst seiner Tochter zuliebe nicht den Rücken kehren.

Er sollte vielleicht der einzige Mann sein, den Lilian Uchtenhagen nicht das Fürchten lehrte. Heerscharen von Männern waren erschrocken über Leidenschaft, Pathos und Dynamik dieser Frau sowie ihrem emanzipatorischen Einsatz, ihrer Intelligenz und Sachkenntnis. Sie vermochten Lilian Uchtenhagens Einzug in das Parlament und den Sprung ins Führungsgremium der Partei zwar nicht zu verhindern, ihr aber jetzt den Weg in den Bundesrat zu blockieren.

Die Aufregungen um ihre Nichtwahl ertrugen in der Bundesversammlung keine Steigerung mehr. Die Ersatzwahl für den zurückgetretenen Georges-André Chevallaz ging programmgemäß über die Bühne: gewählt wurde der offizielle FDP-Kandidat Jean-Pascal Delamuraz aus Lausanne. Nach der Wahl des Schweizer Bundespräsidenten und seines Stellvertreters für 1984 – Leon Schlumpf und Kurt Furgler – gingen die Abgeordneten zu den traditionellen Fraktionsessen. Die bürgerlichen Politiker sicher mit größerem Appetit als die sozialdemokratischen ...

Die EG bleibt handlungsfähig

Nach dem Athener Schock / Haltung des Parlaments gegenüber Ministerrat entscheidend

ULRICH LÜKE, Straßburg

Gestern war alles nur noch halb so schlimm. Nach den ersten düsteren Kommentaren über den Fehlschlag des europäischen Gipfeltreffens von Athen analysierten die Europa-Experten in Ministerien, in der EG-Kommission und im Europäischen Parlament nüchtern die Lage und kamen zu dem Ergebnis: Die Gipfelchance von Athen ist zwar vertan, aber ganz reale Auswirkungen auf den Fortgang des alltäglichen EG-Geschäfts gibt es eigentlich nicht – noch nicht!

Denn entgegen allen auf Athen gezielten Beteuerungen über das nahe Ende der Gemeinschaft steht fest: Die EG hat noch Zeit. Mindestens drei, höchstens wohl sechs Monate.

Dieser Zeitraum ist durch zwei Problemkreise abgesteckt: Durch die fällige Entlastung der britischen EG-Kasse und durch eine drohende Zahlungsunfähigkeit der Gemeinschaft bei rechtlichen Verpflichtungen vor allem im Agrarbereich. Margaret Thatcher braucht ihr Geld, wie in all den Jahren zuvor, erst zum 1. April, dem Beginn des britischen Haushaltsjahres. Und die Brüsseler Kassen dürften erst in der zweiten Jahreshälfte leer sein.

Aller Augen richten sich jetzt auf das Europäische Parlament. Die Europa-Abgeordneten haben es in der nächsten Woche in der Hand, den Druck auf den Ministerrat weiter zu erhöhen oder ihn daraus zu entlassen. Am kommenden Montag und Dienstag steht in Straßburg die 2. Lesung des Haushalts der Gemeinschaft für 1984 auf der Tagesordnung. Nach allen bisherigen Erklärungen der Abgeordneten müßte diese 2. Lesung mit einer Ablehnung des Etatentwurfs enden.

Drei Bedingungen

Die Europa-Parlamentarier haben ihre Zustimmung schon in der ersten Lesung von drei Bedingungen abhängig gemacht:

- Erstens sollen fünf Prozent der Mittel für den Agrarmarkt – fünf Prozent von rund 37 Milliarden Mark – so lange blockiert werden, bis eine Lösung für die Reform der Agrarpolitik gefunden ist.
- Zweitens sollen die Erstattungen für Großbritannien so lange eingefroren werden, bis sich die EG-Partner auf ein langfristiges neues Finanzierungssystem geeinigt haben. Auf dem Stuttgarter Gipfel im Juni hatten die Regierungschefs Margaret Thatcher 1,7 Milliarden Mark Rückerstattung für 1983 zugesagt, die Auszahlung aber von der Lösung aller anderen Fragen abhängig gemacht.
- Drittens verlangt das Parlament erheblich mehr Geld für neue Politiken im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für eine europäische Energiepolitik, für Entwicklungshilfe und für eine europäische Industrie- und Forschungspolitik, mit deren Hilfe der Rückstand gegenüber Japan und den USA vermindert werden soll.

In den bisherigen Beratungen hat der Ministerrat all diese Forderungen im wesentlichen abgelehnt. Nach dem „Schock von Athen" werden sich morgen die Präsidenten des Europäischen Parlaments, der EG-Kommission und des Ministerrats in Brüssel zusammensetzen, um neue Kompromisse zu suchen.

Bei genauerem Hinsehen sind die Druckmittel des Parlaments jedoch schwach. Lehnt es den Haushalt 1984 ab, kommt es zu einer Übergangsregelung: Dann darf die EG-Kommission im kommenden Jahr pro Monat nur 1/12 des Etatansatzes aus dem Vorjahr ausgeben. Doch das hätte kuriose Konsequenzen: Da Margaret Thatcher auch 1983 (rückwirkend für 1982) Gelder aus Brüssel zurückerstattet bekam, könnte sie (vorerst) mit der 1/12-Regelung leben. Sie bekäme Teile ihrer geforderten Milliarden.

Anders sähe es für die Bauern aus: Lehnt das Parlament den Etat ab, müßte die Kommission auch hier mit dem 1983er-Geld auskommen. Der Agraretat 1983 liegt jedoch ziemlich genau fünf Prozent unter dem Entwurf für 1984. Das Parlament würde also seine Forderung auch so verwirklichen können.

Die Lieblingsvorstellung der Abgeordneten ist natürlich eine andere: Daß sie nämlich einen Etatentwurf annehmen können, der ihre Forderungen berücksichtigt. Ob der Ministerrat nach dem Fiasko von Athen kompromißbereiter geworden ist, wird sich in den nächsten Tagen zeigen.

Resümee für den Status quo: Athen ändert nichts Wesentliches an der Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft für die kommenden Monate. Auch der Entscheidung des Europäischen Parlaments in der kommenden Woche kommt nicht die Bedeutung zu, die ihr – gezielt – in den letzten Tagen zugeschrieben wurde.

Doch diese „Entwarnung" für die nächsten Monate betrifft natürlich nur den Fortgang des EG-Alltagsgeschäfts, betrifft den Status quo. Mit neuen Impulsen für die Europäische Gemeinschaft hat das alles nichts mehr zu tun.

Spätestens im April kann es ernst werden: Wenn Frau Thatcher bis dahin nicht ihre volle 83er-Entschädigung erhalten hat. Für diesen Fall hat sie bereits mit der Kappung der Zahlungen Großbritanniens in die EG-Kasse gedroht. Spätestens im späten Sommer kann es ernst werden, wenn Brüssel seine gesetzlichen Verpflichtungen im Agrarbereich nicht mehr bezahlen kann.

Ansehen verloren

Am Ende des Athener Gipfels hat Margaret Thatcher erklärt: „Die Gemeinschaft wird bis an den Rand des Bankrotts gehen müssen, ehe es eine Umkehr gibt." Eine Prognose, deren Richtigkeit bereits die Beratungen der letzten Jahre bestätigt haben. Denn nicht erst das berühmte „Stuttgarter Paket" vom Juni war ja der Ausgangspunkt der Reformüberlegungen. Begonnen hatte die Debatte Ende der siebziger Jahre. Wie Athen war ja schon ein Gipfel, der Londoner vom November 1981, an denselben Problemen wie heute gescheitert.

Der konkrete Schaden des Athener Gipfels besteht im weiteren Ansehensverlust der Gemeinschaft: Gegenüber ihren Bürgern, vor allem aber auch gegenüber den Beitrittskandidaten aus Spanien und Portugal, von denen in Athen nur am Rande die Rede war.

Frankreichs Präsident François Mitterrand, der am 1. Januar die EG-Präsidentschaft übernimmt, muß jetzt die Lösung für das Stuttgarter Paket finden: für eine Reform der Agrarpolitik, für die neue Finanzverfassung, für den Beitritt Spaniens und Portugals, für „Impulse zur Neubelebung der Gemeinschaft".

Erfolg können offenbar nur bilaterale Kontakte bringen. Dabei wird die Beziehung Paris–Bonn in vorderster Linie stehen müssen. Kommt es zwischen diesen beiden Staaten im Frühjahr nicht zu einer Übereinstimmung, stünden erst dann die Zeichen wirklich auf Sturm.

Seite 2: Drehung gegen den Sinn

China: Hongkong bleibt kapitalistisch

AFP, Peking

Die Volksrepublik China hat bekräftigt, daß es in Hongkong das kapitalistische Gesellschaftssystem auch nach 1997 erhalten will. Zu diesem Zeitpunkt laufen die Kolonialverträge mit Großbritannien für die Kronkolonie vor der Tür Chinas aus. Vor Journalisten in der chinesischen Hauptstadt sagte ein Sprecher des Pekinger Außenministeriums, daß nach der Souveränitätsübernahme Volksrepublik in Hongkong „das soziale und wirtschaftliche System sowie auch die Lebensweise unverändert" blieben. Gestern begann die siebente chinesisch-britische Verhandlungsrunde über die Zukunft der Kronkolonie.

Evren ernennt Özal zum Ministerpräsidenten

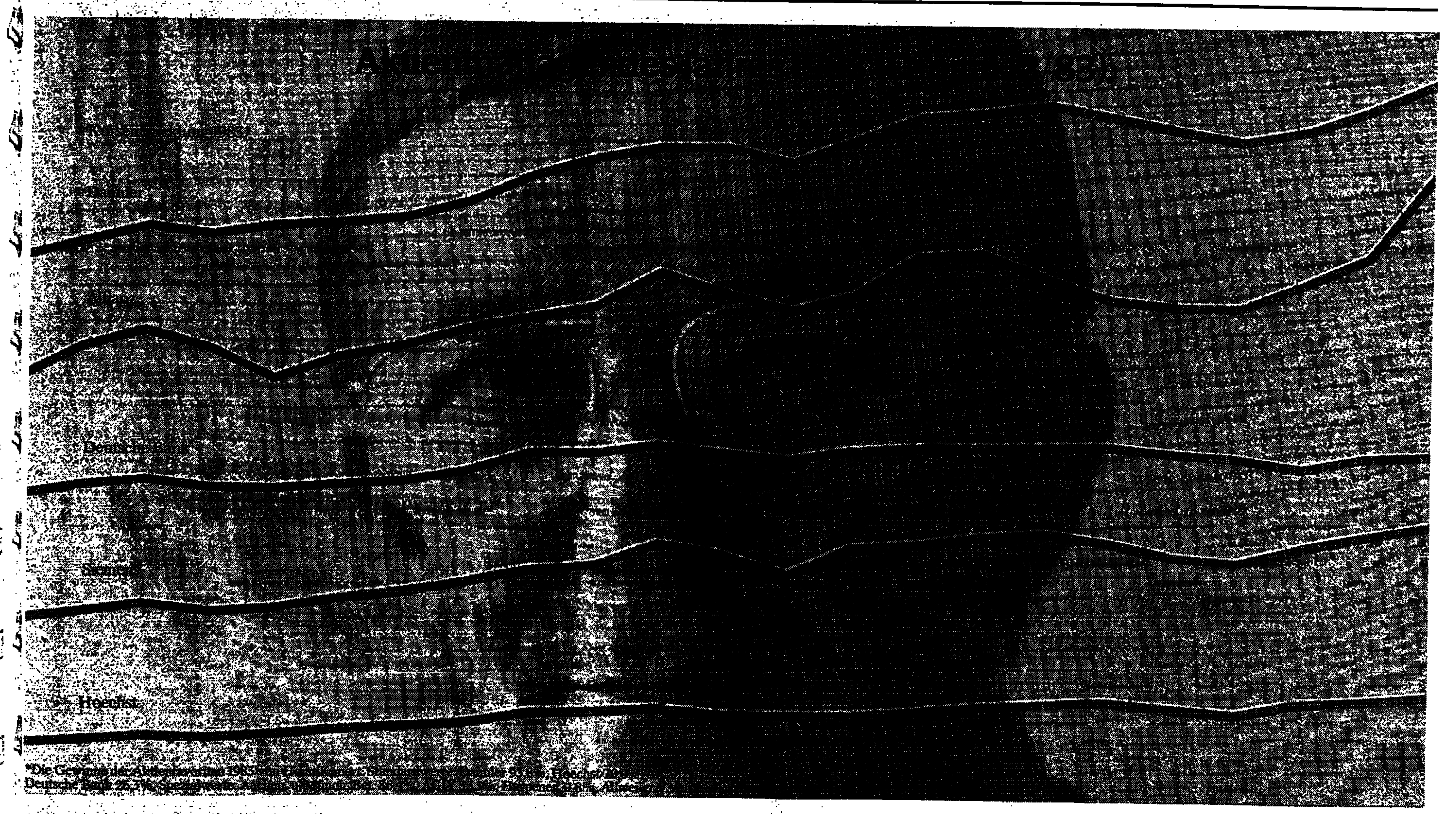
AP, Ankara

Der türkische Staatspräsident General Kenan Evren hat gestern den Sieger der Parlamentswahlen vom 6. November, den konservativen Wirtschaftsfachmann von der Mutterlandspartei, Turgut Özal, zum Ministerpräsidenten ernannt. Nach einem einstündigen Gespräch mit Evren erklärte Özal der Öffentlichkeit, er werde sein Kabinett „so schnell wie möglich" vorstellen. Am Tag zuvor hatte Evren im Rundfunk gesagt, die Macht liege jetzt ganz beim Parlament. Evren bleibt allerdings nach der von den Militärs durchgesetzten Verfassungsreform weiter bis 1989 im Amt.

IRA ermordete Abgeordneten

AFP, Belfast

Der nordirische Parlamentsabgeordnete und Anwalt Adgar Graham ist gestern in Belfast Opfer eines Attentats der katholischen Separatistenorganisation „Provisorische IRA" geworden. Die nordirische Terrorbewegung bekannte sich kurze Zeit nach dem Anschlag gegenüber der Presse in Belfast zu der Bluttat. Der Anwalt, der Mitglied der offiziellen protestantischen Unionisten-Partei ist, war auf dem Gelände der Belfaster Queens-University von zwei Männern aus nächster Nähe erschossen worden. Die Täter konnten anschließend mit einem Motorrad fliehen. Der protestantische Politiker hielt Jura-Vorlesungen an der Universität.



„Keine offizielle Einladung“

Protest vor dem Besuch des Papstes in einer evangelisch-lutherischen Kirche in Rom

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Am Anfang standen eine spontane Frage und eine ebenso spontane Antwort. „Würden Sie auch einmal in unsere nahegelegene evangelische Kirche kommen?“ fragte ein Vorstandsmitglied der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Christusgemeinde in Rom Papst Johannes Paul II. bei einem Empfang anläßlich einer der allsonntäglichen päpstlichen Pfarreivisitationen in der Ewigen Stadt. Das war im Januar 1982, in der katholischen Gemeinde von Santa Teresea d'Avila, mit der die Gemeinde der Christuskirche engen ökumenischen Kontakt pflegt. Der Papst antwortete: „Sehr gern. Am liebsten würde ich sofort kommen, aber das lassen meine Leute nicht zu. Eines Tages wird das aber geschehen, und in gar nicht so ferner Zeit.“

Jetzt soll es tatsächlich geschehen. Am kommenden Sonntagabend wird zum ersten Mal ein Papst in eine evangelisch-lutherische Kirche einziehen, um dort an einem Adventsgottesdienst teilzunehmen und eine deutsche Predigt zu halten (Text: Matthäus 11,2 bis 10). Nach dem Papstdokument vom 31. Oktober, mit dem der deutsche Reformator quasi in den Stand eines Kirchenlehrers erhoben wurde, ein weiteres weithin ausstrahlendes ökumenisches Leuchtzeichen zum Abschluß des Lutherjahres?

Rein lokaler Charakter

Daß dies Karol Wojtyla bei seinem spontanen „Ja, gern“, vorschwebte, gilt in vatikanischen Kreisen als sicher. Der Gemeindepfarrer der Christuskirche, Pastor Christoph Meyer, der gleichzeitig Dekan der Evangelisch-Lutherischen Kirche Italien (ELKI) ist, rollte jetzt seinem Gast jedoch einen merkwürdig fleckig wirkenden Empfangsteppich aus. Fünf Tage vor dem angekündigten Besuch beteuerte er zwar, daß sich seine Gemeinde über den „Besuch des Bischofs von Rom freut“, gleichzeitig unterstrich er aber, was niemand jemals ernsthaft bezweifelt hat: Daß der gemeinsame Gottesdienst „nicht die Anerkennung des päpstlichen Primats bedeuten kann“. Er hob den rein lokalen Charakter des Ereignisses hervor, den er auch dadurch deutlich machen will, daß er bei dem Besuch nicht sein Dekanskreuz trägt. Er stellte den Besuch in den Rahmen der Visiten, die die katholischen Bischöfe von Mailand, Neapel und Florenz bereits den dortigen evangelisch-lutherischen Gemeinden abgestattet haben und fügte hinzu: „Hier besteht das Problem nur darin, daß der Bischof von Rom auch Papst ist.“ Schließlich beklagte er, daß man den Gast (wegen des katholischen Verbots der interkonfessionellen Kommunion) „nicht an den Tisch des Herrn einladen“ könne.

Dann bemühte er sich in einem Pressegespräch, die Bedeutung des ganzen Besuchs noch weiter herunterzuspielen. Er ging dabei sogar so weit, sich von der Initiative seines eigenen Vorstandsmitgliedes zu distanzieren und von einer „halbwegs ausgesprochenen Selbsteinladung“ des Papstes zu sprechen. Das Kirchenvorstandsmitglied, so stellte er es dar, habe nur „ganz spontan und frech“ gefragt, ob der Papst kommen würde, und der Kirchenvorstand habe dann die positive päpstliche Antwort ein halbes Jahr später zum Anlaß genommen, in Briefen an Kardinalstaatssekretär Casaroli lediglich anzufragen, ob und wann der Besuch stattfinden werde. „Eine offizielle Einladung haben wir nie geschrieben.“

Schließlich gestand der Pastor noch auf Nachfrage: „Die Anrede ‚Eure Heiligkeit‘ oder ‚Heiliger Vater‘ kommt mir auf deutsch nicht über die Lippen.“ Er will Johannes Paul II. italienisch mit ‚Santitá‘ anreden. Das falle ihm leichter, denn „hier in Italien habe ich mich daran gewöhnt, immer wieder ‚Eccellenza‘ oder ‚Eminenza‘ zu sagen.“

Im Vatikan war man einigermaßen erstaunt. Man hüllte sich offiziell nur deshalb in Schweigen, weil man sich bewußt ist, daß die von Meyer voll mitgetragene Initiative des Kirchenvorstandes kirchenpolitische Folgen gehabt hat, denen der nach Rom entsandte Pastor aus Norddeutschland offensichtlich nicht ganz gewachsen sein könnte.

Von informierter protestantischer Seite in Rom wird glaubwürdig versichert, daß Meyers Äußerungen keineswegs als trutzige Herausforderung des Papstes gedacht seien. Statt dessen sind sie wohl eher ein Reflex auf die Kritik, die sich die römische Gemeinde und ihr Pastor mit ihrer Einladungsinitiative im protestantischen Lager sowohl Italiens als auch Deutschlands zugezogen haben.

Großer Schaden möglich?

Als erste protestierten lautstark die Waldenser, Mitglieder der ältesten und größten einheimischen protestantischen Kirche Italiens, die sich jahrhundertelang gegen eine oft grausame Unterdrückungspolitik der Papstkirche behaupten mußte. Sie äußerten die Befürchtung, daß die römische Luthergemeinde einer Umarmungstaktik des Papstes zum Opfer fallen könnte, was dem ganzen Protestantismus in Italien großen Schaden zufügen würde.

Dann meldete sich die EKD über ihr kirchliches Außenamt in Frankfurt zu Wort. Das Amt drang darauf, den Besuch möglichst klein zu spielen. Auch Meyers eigene Kirche, die ELKI, ordnete in einer Konsistoriumsentscheidung an: „Die Einladung des Papstes muß den Charakter eines Gemeindebesuches bewahren. Die damit gegebenen Begrenzungen sind zu beachten. Das gilt auch für die eventuell vorgesehenen Begrüßungsworte, die möglichst vermieden werden sollten.“

Der Gemeindevorstand entschied schließlich: Begrüßungsworte werden doch gesprochen, zwar nicht vom Pastor, aber vom Vorstandsvorsitzenden. Die Gottesdienstliturgie sieht dann ein vom vatikanischen Einheitssekretariat vorgeschlagenes, von Luther verfaßtes gemeinsames Gebet für die Einheit der Christen vor, eine Predigt Meyers über einen Jesaja-Text (40,3 bis 5), die Papstpredigt, ein Wechselgebet zwischen Papst, Pfarrer und Gemeinde für die Einheit der Christen und das gemeinsame Gebet des „Vater unser“.

Paris: Verlegenheit über Pressegesetz

Frankreichs Sozialisten wollen die Opposition so schnell wie möglich mundtot machen

AUGUST GRAF KAGENECK, **Paris**

Das französische „Gesetz über die Presse“, wie die Sozialisten ihr Projekt zur besseren Kontrolle des geschriebenen Wortes in offensichtlicher Verlegenheit umschreiben, wird nun doch nicht mehr in diesem Jahr vor die Nationalversammlung kommen. Zum dritten Mal wurde die Beratung des Textes im Parlament aufgeschoben, einmal vom Ministerrat und zweimal vom Staatsrat. Wahrscheinlich werden die Volksvertreter das Gesetz kurz vor der Weihnachtspause auf die Tagesordnung setzen und es dann vielleicht in einer eigens einberufenen Sondersitzung im Januar durchpeitschen. Denn die Gesetzesmacher drängt es, endlich zu verwirklichen, was General de Gaulle in den Tagen der Befreiung Frankreichs im August 1944 als Dekret erließ: „Vielfalt und Durchsichtigkeit der Presse“ – so hieß das damals – als Unterpfand der Demokratie ein für allemal sicherzustellen.

Den Sozialisten gehe es, wie der zuständige „Staatssekretär für Kommunikationstechnik“, Georges Fillioud, dieser Tage im kleinen Kreis mit der Hand auf dem Herzen versicherte, um dies allein und um nichts anderes. Sie erklären, die von zunehmender Konzentration im Pressewesen gefährdete Pressefreiheit „konsolidieren“, die „finanziele Transparenz“ der Presseunternehmungen sicherstellen und den „Pluralismus“ gewährleisten zu wollen.

Für die Opposition reduziert sich die Absicht der Machthaber auf ein handfestes Nahziel: Durchbrechung einiger starker Presseunternehmen, vor allem im Raum Paris, darunter an erster Stelle die mächtige Hersant-Gruppe mit ihren drei beherrschenden Tageszeitungen „Figaro“, „Aurore“ und „France Soir“. Für sie ist das „Pressegesetz“ der Regierung eine „Lex Hersant“, um die letzte Opposition mundtot zu machen.

Den Hauptvorwurf der Rechtsopposition, das Gesetz sei in aller Heimlichkeit vorbereitet worden, weist Minister Fillioud mit dem entwaffnenden Hinweis zurück, hier handele es sich um eine Angelegenheit öffentlicher Ordnung, die angesichts der wachsenden Gefahren für die Grundfreiheiten schnell hätte durchgezogen werden müssen. Statt dessen werde man bei der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über die Pressesubventionen, das als Ergänzung des neuen Pressestatuts verabschiedet werden soll, alle Beteiligten zu Rate ziehen.

Fillioud verweist auf einen ähnlichen Vorgang, der sich noch unter dem Regnum des liberalen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing 1978 abgespielt hatte. Der reformfreudige Giscard, der in Hersant einen Feind sah, hatte den unabhängigen Rechtsgelehrten Georges Vedel mit der Ausarbeitung eines Entwurfs beauftragt, der vom Staatsrat mit überwältigender Mehrheit angenommen worden war. Allein, es kam nie zu einem Gesetzentwurf.

Die Sozialisten griffen den Plan in ihrem Wahlprogramm auf, wobei sie sich weitgehend von den Plänen Vedels inspirieren ließen, brauchten aber fast drei Jahre zur Vorlage eines Textes. Auf zwei Parteikongressen ließen sie diesen Entwurf von ihren Anhängern, in der Regel fanatische Hersant-Gegner, plebiszitieren. In einer von der Regierung organisierten Umfrage antworteten 82 Prozent der Franzosen auf die Suggestivfrage, ob sie für den Pluralismus im Pressewesen seien, natürlich ebenfalls mit „ja“.

Wie der Text in seiner Endform aussehen wird, weiß noch niemand zu sagen. Das letzte Wort hat der Verfassungsrat, der annähernd paritätisch mit Anhängern und Gegnern besetzt ist. Ein wichtiges Wort hat die im Text vorgesehene „Hohe Kommission für Pluralismus und Transparenz“ zu sagen, die letztlich darüber zu entscheiden hat, ob entsprechend den vier Prinzipien des Entwurfs zu viele nationale oder regionale Pressetitel oder ein zu großer Marktanteil (über 15 Prozent) in der Hand einer physischen oder moralischen Person konzentriert sind. Sie besteht aus sechs Mitgliedern. Drei werden vom Staatsrat, dem Rechnungshof und dem Obersten Berufungsgericht ernannt, der Rest vom Präsidenten der Republik und den beiden Vorsitzenden von Kammer und Senat. Nur einer unter den Bestellern, der Senatsvorsitzende Alain Poher, kann der Opposition zugerechnet werden, so daß die politische Couleur der Kommission und damit der Charakter ihrer Entscheidung von vornherein feststehen dürften.

Den Sozialisten ist sichtlich nicht wohl bei ihrem abenteuerlichen Unterfangen. Minister Fillioud stellte denn auch „trostreiche“ Fristen in Aussicht.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Vorschläge zur Rentenreform

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine der großen Herausforderungen dieser Bundesregierung wird die Sanierung der Renten sein.

Allein die Tatsache, daß immer mehr Jugendliche auf den Arbeitsmarkt drängen, dafür aber nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen werden und somit kein Geld in die Rentenversicherung fließen wird, läßt dieses Problem für unlösbar erscheinen.

Damit der Staat nicht noch mehr Geld vom Kapitalmarkt nehmen muß, wird es unumgänglich sein, einen Teil dieser Lasten diesem Markt zuzuführen.

Es muß daher eine private (gesetzliche) Rentenkasse geschaffen werden, in der die zukünftigen Rentner eine Rentenanwartschaftsversicherung erwerben können.

Bei einer Vollrente von 75 Prozent sollte die gesetzliche, Rente auf 50 Prozent herabgestuft werden. Die noch ausstehenden 25 Prozent erhält der Rentner durch seine Rentenanwartschaftsversicherung.

Hierzu sollte ein flexibles Übergangsrentenalter von 59 bis 63 Jahren geschaffen werden. Scheidet der Rentner mit seinem 59. Lebensjahr aus dem Berufsleben aus, dann erhält er eine gesetzliche Rente von 46 Prozent. Bis zum vollendeten 63. Lebensjahr steigt diese jährlich um ein Prozent, bis sie 50 Prozent erreicht hat. Die Leistung der privaten Rentenkasse bleibt bei 25 Prozent.

Dadurch wird erreicht, daß das Finanzaufkommen des Staates sich verringert und somit die Rentenfinanzierung möglicherweise überschaubarer und finanzierbarer wird.

Die Beiträge für die private Rentenkasse müßten im Falle der Arbeitslosigkeit durch das Arbeitsamt erbracht werden.

Durch ein Rentenanpassungsgesetz sollten Betriebe verpflichtet werden, für wegrationalisierte Arbeitsplätze Ausgleichsbeiträge für die staatliche Rentenversicherung zu entrichten. Sollte der Betrieb nachweisen können, daß er seine Gewinne überwiegend investiert hat, dann würde ihn dies automatisch davon befreien.

Mit einem einmaligen Rentenkonsolidierungsprogramm müßte die Bundesregierung Arbeitnehmer, die von 1950 an erstmals Beiträge für die Rentenversicherung entrichtet haben, nachversichern. Dafür wird der Anspruch dieser Gruppe im Rentenalter nur noch 50 Prozent betragen.

Das Finanzvolumen der Rentenversicherung könnte dadurch auf ein finanzierbares Maß geschrumpft sein.

Mit freundlichem Gruß
F. Niemann,
Nienburg

Wo kann die Bahn sparen?

Sehr geehrte Damen und Herren,

glaubt die Bundesregierung allen Ernstes, durch die Stillegung von mehr als 25 Prozent des Streckennetzes, auf dem Personenverkehr betrieben wird, die DB sanieren zu können? Die Regierung in Bonn sollte doch wissen, daß diese Maßnahme lediglich eine Einsparung von rd. 2,2 Prozent der jährlichen Bundesleistungen in Höhe von 13,8 Mrd. D-Mark, die derzeit an die Bahn erbracht werden, bedeutet, aber die DB keineswegs aus ihrer katastrophalen Finanzlage führen wird.

Seit Kriegsende wurde Verkehrspolitik zu Lasten der Bahn gemacht, indem durch die einseitige Bevorzugung anderer Verkehrsträger Marktanteile systematisch von der Schiene abgezogen wurden. Ein Vergleich: Während von 1971 bis 1980 für Erweiterungsinvestitionen im Bundesfernstraßennetz 33,5 Mrd. D-Mark ausgegeben wurden, waren es für die DB lediglich 1,2 Mrd. D-Mark. Jetzt wird der Schwarze Peter wieder der DB zugeschoben.

Es sollte auch der Bundesregierung nicht entgangen sein, daß die Bahn Lasten zu tragen hat, die in anderen Verkehrsbereichen gar nicht direkt anfallen und von denen sie befreit werden muß: Vorhaltung der Verkehrswege, Versorgungsleistungen für ehemalige Bedienstete von DB und Reichsbahn, Mineralölsteuerpflicht (im Gegensatz zur Binnenschiffahrt).

Interessant ist die Reaktion der SPD auf das „Sanierungsprogramm“. Bereits 1979 – die SPD bildete noch zusammen mit der FDP die Regierung – wurde der Grundstein für das gestern von der Bundesregierung vorgelegte Konzept gelegt, als von der DB das sog. „6000-km-Programm“ (Stillegung von über 6000 Kilometern Streckennetz) erarbeitet wurde. Die jetzt protestierende größte Oppositionspartei hielt sich damals mit kritischen Äußerungen dezent zurück. Damals hätten bereits die Weichen für eine Sanierung der DB gestellt werden können. Man hat es versäumt!

Verbessert werden kann die Situation der DB nur durch konsequente Rationalisierung im Personalbereich (über 70 Prozent der Einnahmen gehen hier hinein) und durch Modernisierung, ganz besonders auf den Nebenstrecken. Ein attraktives Angebot wird dazu führen, daß die Deutsche Bundesbahn sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr Marktanteile zurückgewinnt, wie bereits zahlreiche Beispiele gezeigt haben.

Mit freundlichen Grüßen,
PRO BAHN e.V.,
V. Schäper,
Gladbeck

Nur Redefigur

„Demokratie am Fenster“; WELT vom 21. November

Herbert Kremp schreibt in seinem Artikel u. a.: „denn das deutsche Volk ist mehrheitlich christlich, jedenfalls aus Tradition.“

Bewußt oder unbewußt hat Herbert Kremp hier eine traurige Wahrheit ausgesprochen, denn bei den meisten Christen in unserem Land handelt es sich leider tatsächlich um Namenschristen aus Tradition.

Menschen, die es aufrichtig mit der Nachfolge von Jesus Christus meinen, die die Bibel wirklich ernst und sich zu Herzen nehmen, die sich offen zu ihrem Glauben bekennen, ohne dies gleich wieder politisch auszuschlachten, und die sich bemühen, ihr praktisches Leben auf die Gebote Gottes abzustimmen, sind sehr selten.

Wir sollten daher ehrlicherweise damit aufhören, von einer „christlichen Mehrheit“ in unserem Land zu sprechen.

Mit freundlichen Grüßen
J. Angerstein,
Essen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Überlaufbecken?

„Asylbewerber müssen mit Arbeitsverbot rechnen“; WELT vom 24. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

anläßlich einer Arbeitstagung der Otto-Benecke-Stiftung zum Thema „Flüchtlinge in Europa“ äußerte der Vorsitzende des Kuratoriums dieser Einrichtung, Professor Wolfgang Zeidler, es sei eine Illusion, anzunehmen, Deutschland könne sich angesichts der rasant steigenden Bevölkerungszahl in der Türkei gegen diesen Bevölkerungsdruck abschotten.

Die Verantwortlichen in unserem Land sollten sich auch keine Illusionen über die Stimmung in unserer Bevölkerung machen, was ein weiteres Anwachsen der ausländischen Wohnbevölkerung betrifft. Diese ablehnende Einstellung der Bevölkerung gegen eine Überfremdung ist nur zu natürlich und wird von den anderen europäischen Nationen und Staaten, die vor dieser Problematik stehen, geteilt.

Eine Zustimmung, Deutschland zu einem Überlaufbecken für die Bevölkerungsexplosion in der Türkei und in anderen Ländern zu machen, wird man in der deutschen Bevölkerung niemals finden. Das bis jetzt stets angewendete Mittel, den Widerstand aus der Bevölkerung klein zu halten, indem man Widerstand als Fremdenhaß diffamiert, wird auf die Dauer ganz sicher seine Wirkung verlieren.

Keiner, der heute in Deutschland Verantwortung trägt, hat das Recht, unser Land zur Besiedlung durch fremde Volksgruppen zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen
R. Bertelsmann,
Velbert 15

Doppelter Profit

„Leserbrief: Welche Polenhilfe?“; WELT vom 18. November

Sehr geehrte Redaktion,

Herr Dr. Gnauck von der Int. Ges. für Menschenrechte spricht sich für eine erneute Portofreiheit für Pakete nach Polen aus. Ich sende selber Pakete nach Polen, bin aber gegen eine allgemeine Portobefreiung, solange die polnische Post darauf besteht, für Geschenksendungen auch noch ihren Portoanteil in harter DM von der Bundespost zu bekommen. Ich meine, daß auch auf internationaler Ebene darauf hingewiesen werden sollte, wie hier der gute Wille zur Hilfe durch die unverständliche Haltung des polnischen Staates blockiert wird.

Freundliche Grüße
K.-H. Frommen,
Reutlingen

Wort des Tages

„Wie seit der Erschaffung unserer Erde kein Sonnenstrahl auf ihr verlorengegangen ist, so ist auch kein abgefallenes Blatt eines Baumes, kein verflogener Same eines Gewächses, kein Leichnam eines modernden Tieres, noch weniger eine Handlung eines lebendigen Wesens ohne Wirkung geblieben. Jedes der lebendigen Geschlechter ist in den Schranken, die ihm die Natur durch andere Lebendige setzte, fortgewachsen.“

Johann Gottfried Herder, dt. Theologe und Philosoph (1744–1803)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

„Den Frieden gibt es nicht zum Nulltarif und auch nicht auf Krankenschein.“ Mit diesem Zitat leitete Bayerns Staatsminister **Peter Schmidhuber** gestern eine besonders interessante Buchpremiere ein. Im Bonner Haus der Landesvertretung stellte er das jüngste Buch von **Dietrich Wilhelm von Menges** vor. Titel „Der Preis des Friedens“. Die Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft und Verleger **Siegfried Zoglmann** brachten das Werk auf den Markt. Peter Schmidhuber faßte kurz und präzise die Intention des Autors zusammen: „Das Buch enthält eine kompakte, die wesentlichen Fakten hervorhebende Darstellung der globalen außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Konstellation der Gegenwart.“ Von Menges, der sich an Oswald Spenglers Begriff des Abendlandes orientiert, ist der Überzeugung, daß die internationalen Probleme lösbar sind, und daß insbesondere der Frieden erhalten werden kann, wenn die Völker bereit sind, den dafür notwendigen Preis zu zahlen. Den Preis des Friedens aber definiert der Autor mit „Geduld und Entschlossenheit auf westlicher Seite, mit dem Wissen um die Überlegenheit der eigenen Wirtschaftsform und der Bereitschaft, etwaiger Gewalt entgegenzutreten“. Dietrich Wilhelm von Menges, 1909 in Wangritten in Ostpreußen geboren, war in Aufsichtsräten und Vorständen großer in- und ausländischer Unternehmen tätig.

*

Das Mobiliar und die China-Sammlung des italienischen Grafen **Carlo Maria Franzero** sind von dem Bonner Auktionator **Hans-Jürgen Wichert** en bloc an den Mann gebracht worden. Zugeschlagen hat ein süddeutscher Kunststoffindustrieller, der für die Einrichtung aus Schloß Cobham Lodge in England 2,5 Millionen DM auf den Tisch legte. Die Kunstsammlung des Grafen wird im Frühling im Detail in die Auktion gehen.

ERNENNUNGEN

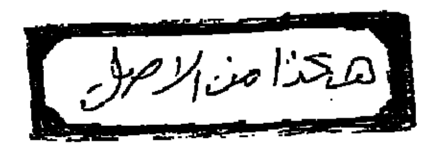
Walter Gorenflos, seit 1980 Leiter der Dritten Politischen Abteilung für die Beziehungen zur Dritten Welt im Auswärtigen Amt, geht als Botschafter nach Brasilia. Gorenflos erhielt inzwischen sein Agrément. Der Diplomat stammt aus Bötzingen bei Freiburg. Walter Gorenflos, Jahrgang 1928, studierte in Basel, Erlangen und Heidelberg Jura. Er arbeitete zunächst als Rechtsanwalt, ehe er 1959 in den Auswärtigen Dienst eintrat. Erster Auslandsposten war Bangkok. Von 1968 bis 1971 war er Botschafter in Obervolta. Seit 1971 arbeitete er in der Zentrale in Bonn. Er war zunächst stellvertretender Referatsleiter für osteuropäische Länder, dann wurde er Referatsleiter und schließlich Leiter der Unterabteilung Vereinte Nationen. In Brasilien ist Gorenflos Nachfolger von Botschafter **Franz Jochen Schoeller**, der nach Paris ging.

*

Neuer Leiter der Handelsabteilung im Britischen Generalkonsulat in Hamburg wurde **Michael Alan Charles Dibben**. Der 40jährige Diplomat war vorher im Britischen Generalkonsulat in München tätig. Sein neues Arbeitsfeld umfaßt neben dem Stadtstaat Hamburg die Länder Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen.

EHRUNG

Bundeswirtschaftsminister **Otto Graf Lambsdorff** hat Dr. **Klaus-Joachim Hübner**, den Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks das Große Bundesverdienstkreuz überreicht. In seiner Laudatio nannte Lambsdorff den Generalsekretär „einen zähen, kenntnisreichen und sehr effizienten Gesprächspartner des Bundeswirtschaftsministerums, der Bundesregierung und des Bundestages“.



Eine enorm vielseitige Vokalistin: Gitte Haenning

„Etwas ist geschehen“

Als Teenager hat sie viel über Judy Garland geweint und über Edith Piaf. Und noch viel früher, sie war noch nicht zehn, ging sie mit ihrem Herrn Papa ins Kopenhagener „Montmartre“ und lauschte dem Jazz von Stan Getz, Bud Powell und Oscar Pettiford. Als sie elf war, stellte der Vater sie auf einen Stuhl, damit sie ans Mikrophon langte, und da sang sie „Stormy Weather“, begleitet vom Vater und dessen Swinggruppe: ein kleines Wunder namens Gitte.

In nun bereits 29 Jahren ist sie, auf Bühnen und in Studios, das große Wunder Gitte Haenning. Damals, als sie acht Jahre jung war, versprach

Die Gitte-Show – ZDF, 19.30 Uhr

der Papa ihr ein Fahrrad, wenn sie mit ihm gemeinsam „Ich heirate Papi“ singen würde. Das Rad, sagt sie, hat sie bis heute nicht, dafür aber jede Menge jenem Mann zu verdanken, der selber daheim in Dänemark ein populärer Sänger ist und Tochter Gitte den Weg ebnete: 1946 in Aarhus geboren, sammelte sie im Heimatland nach 1956 Erfolge mit Kinderliedern (insgesamt 16 Longplays), dann als Teeny-Star, 1960 als Fernsehdebütantin und in Göteborg als Jazz-Vokalistin. Und 1963 kannte man KleinGitte in ganz Skandinavien, in Belgien und England dazu.

Sie trug isländische Pullis, Sandalen, Jeans und lange Haare, als sie, gerade 17, nach eben abgeschlossener Tournee mit den Jazzern Pettiford und Getz beim „Deutschen Schlagerfestival“ 1963 den ersten Platz belegte. „Ich will 'nen Cowboy als Mann“, kündete sie da an, und nach diesem Deutschlandentrée ging es so ziemlich Schlag auf Schlag. Die Dänen, sagt sie heute, seien zwar nicht so tüchtig wie die Deutschen, dafür vermisse sie hierzulande, wo sie seit dem Baden-Badener „Cowboy-“-Erfolg (800 000 verkaufte Singles) lebt, „Wärme, Zärtlichkeit und Berührung“. Aber wenn sie so was sagt, fließt kein Schmalz am Mikrophon hinunter.

Fortan ganz auf deutsche „Tüchtigkeit“ eingestellt, begab sie sich in ein seinerzeit enorm populäres Duo mit dem sexy Rexy Gildo (Titel: „Im Stadtpark die Laternen“), wirkte mit in über 100 TV-Shows in Deutschland, Dänemark, Skandinavien, Island, Holland, Belgien und England, und konnte dann auch das Kino nicht bleiben lassen. Dazwischen die für sie noch heute eminent wichtige, in Köln aufgenommene Jazz-LP „My Kind Of World – Gitte And The Band“ mit der Kenny Clarke/Francis Boland Big Band.

1974, am 1. Mai, hat sie endlich ihre erste deutsche TV-Personality-Show: „Begegnungen mit Gitte“. Aber längst will sie nicht mehr in die vom Vater favorisierte dänische Troubadour-Tradition zurück, sagt, sie selber sei „faul“ und Papa „ein Tyrann“; einige Jahre wird es ruhig um die schöne Blonde aus Aarhus – bis 1980: Da arbeitet sie mit einem neuen Produzenten in München zusammen. Peter Kirsten, und der scheint genau zu wissen, wie Kunst und kommerzielle



Hat bereits eine 29jährige Karriere hinter sich: Gitte (39)
FOTO: JÜRGEN THOMAS

Interessen vereinbar sind. Ihre LP „Bleib noch bis zum Sonntag“, deutsche Version der von Andrew Lloyd Webber („Evita“) komponierten Ein-Frau-Show „Tell Me On A Sunday“, ist das erste überragende Ergebnis der neuen Kooperation, zu der Michael Kunze („Cats“) deutsche Texte beiträgt – Gitte wird „Künstler des Jahres 1981“ der Deutschen Phonoakademie im Pop-National-Bereich.

Ein Jahr später kürt die Akademie ihre neue Single „Etwas ist geschehen“ zur Jahres-Single, und im selben Jahr legt sie ihre vorletzte LP „Ungeschminkt“ vor, mit der sie bis zu ihrer 1983 erschienenen Longplay „Berührungen“, auf der sie zum ersten Male amerikanische Vorlagen verarbeitet, ihren Trend überzeugend bestätigt: Als aussagekräftige, enorm vielseitige Vokalistin, die so feminin ist, wie sie „Ich bin stark“ oder „Ich brauch dich nicht“ singt.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Die deutschsprachige Fernsehsendung **„Kaffeeklatsch etc.“**, die seit acht Monaten probeweise im Großraum New York ausgestrahlt wird, soll ab Mitte Januar in ganz Amerika zu sehen sein. Wie „Kaffeeklatsch“-Produzent Tony Höller jetzt nach Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages mit dem Verlagshaus „Horizon Press Inc.“ in New York berichtete, wird das bislang auf 28 Minuten begrenzte Wochenmagazin auf eine Stunde verlängert und über Satellit an mehr als 400 Kabelsysteme geliefert. Die englisch untertitelte Unterhaltungssendung stellt Künstler vor, bringt kurze Talk-Shows und zeigt Filme vor allem über Themen aus der Bundesrepublik und anderen deutschsprachigen Ländern. Die Sendung wird durch Werbeeinblendungen zumeist deutscher Firmen und Institutionen finanziert.
(dpa)

KRITIK

Herrliche Schwarzweiß-Manier

Kampfreich und abenteuerlich war das Leben des Ferdinand Lesseps – so kampfreich und abenteuerlich, daß uns wohl auch ein solides historisches Porträt, ohne all die simplen Strichzeichnungen vom braven Mann, ohne den ganzen Flitter an Heldentum einen aufregenden Blick in die Gründungsgeschichte des Suez-Kanals hätte werfen lassen. Autor und Regisseur aber hielten es ganz mit der Legende. Ihren **„Mann von Suez“**, vom ZDF viergeteilt auf dem adventlichen Fernsehschirm serviert, haben sie randvoll zugestopft mit Zielstrebigkeit und Opfersinn, mit edler Mitmenschlichkeit und Wagemut. Zwischen Bewundertheit und Neid, zwischen politischen Kabalen und menschlichem Haß, zwischen Frauenliebe und Tod rudert Claude Titres Lesseps mit kräftigem Arm geradeaus durch das bunte, gefahrenstrotzende Gewimmel von Tausendundeiner Nacht.

Eine simple, ganz simple Heldenfigur also, die sich von den schmierigen Händlern, den spionierenden Koch- und Diener-Intriganten in herrlicher Schwarzweiß-Manier distanziert. Eine Verzerrung ins Heiligmäßige, die uns gleichwohl – oder gerade deshalb – entzückt. Da taucht wie ein wundersamer Regenbogen all die orientalische Pracht wieder auf, die seinerzeit unsere Jugendphantasien beflügelt hat – und doch ist es, ganz drin im Kern, kein Märchen. Es ist die Geschichte vom hartnäckigen Kampf um eine Idee, wie er sich – noch immer – lohnen kann. Mitten im modischen Lamento über eine triste gefährliche Zukunft erinnert man uns leicht, simpel und charmant ans Gewinnenkönnen.

HERMANN A. GRIESSER

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender des ZDF
- **10.00 heute**
- **10.03 Fußball-UEFA-Pokal**
- **10.55 Titel, Thesen, Temperamente**
- **11.25 Bitte umblättern**
- **12.10 Bilanz**
- **12.55 Presseschau**
- **13.00 heute**

ARD

- **08.50 Aus dem Bundestag**
  Fortsetzung der Debatte zum Bundeshaushalt '84
- **13.15 Videotext für alle**
- **15.10 Tagesschau**
- **15.15 „Das ist kein Traum“**
  Von der Stadt aufs Land
- **16.00 Matt und Jenny**
  Abenteuer im Ahornland
- **16.25 Drei Wochen Nordost**
- **16.50 Unternehmen „Spacelab“**
  Landung in Kalifornien
- **17.20 ARD-Sport extra – aus Val d'Isère**
  Ski-Weltcup
  Abfahrt der Damen
- **17.50 Tagesschau**
  dazw. Regionalprogramme
- **20.00 Tagesschau**
  Anschließend:
  Der 7. Sinn
- **20.18 Auf der Suche nach der Welt von morgen**
  Das Ringen mit dem großen Bruder
  Film von Rüdiger Proske
  In wenigen Wochen bricht das Jahr 1984 an, das Jahr, in dem George Orwell den totalen Überwachungsstaat verwirklicht sah. Seit Orwells Buch erschien, sind 40 Jahre vergangen. Ist seine Vision inzwischen Wirklichkeit geworden? Die Öffentlichkeit ist sensibilisiert. Eine Volksbefragung mußte aufgeschoben werden, die Ausgabe eines neuen Personalausweises ist in das Kreuzfeuer der Kritik geraten.
- **21.00 Mary & Gordy**
  ... auf dem Lande
- **22.00 Souvenirs, Souvenirs**
  Ausgesucht von Chris Howland
- **22.30 Unternehmen „Spacelab“**
  Bilanz eines Weltraumflugs
  Bericht von Günter Siefarth und Heiner Stelter
- **23.00 Tagesthemen**
- **23.30 Arena**
  Orwells „1984“ – Beginn einer Epoche?
- **1.30 Tagesschau**

ZDF

- **15.30 Videotext für alle**
- **15.47 ZDF – Ihr Programm**
- **15.50 heute**
- **15.54 Vorurteile**
  anschl.: heute-Schlagzeilen
- **16.25 Mandara**
- **16.50 heute**
  mit Spacelab aktuell
  Live-Übertragung von der Landung
  anschl.: Aus den Ländern
- **17.15 Tele-Illustrierte**
  mit Spacelab aktuell
- **17.50 Flohmarkt**
  Anschl. heute-Schlagzeilen
- **18.20 Mama, halt die Luft an!**
- **19.00 heute**
- **19.30 Die Gitte Show**
- **20.30 Locker vom Hocker**
- **21.00 heute-journal**
- **21.20 Kennzeichen D**
  Lichtblick in Bremen? – Während die Zukunft der Bremer Großwerften ungewisser ist denn je, versucht eine Bremer Maschinenfabrik einen ungewöhnlichen Weg, um über die Runden zu kommen / Auch eine Antwort – nach Protesten und Petitionen von Bürgern gegen die Stationierung kommen jetzt Reaktionen öffentlicher Arbeitgeber: Disziplinarmaßnahmen / Amnesty International berichtet: „DDR“-Gummiparagraphen ermöglichen Härte gegenüber Bürgern, die von ihrem Recht auf politische Meinungsäußerung Gebrauch machen / Der erste Deutsche im Weltall – Interview mit Fliegerkosmonaut Siegmund Jähn, „DDR“, über deutsche Raumfahrt.
  Moderation: Joachim Jauer
- **22.05 Das kleine Fernsehspiel**
  Berliner Stadtbahnbilder
- **23.05 Das Musik-Porträt**
  Anton Webern – zum 100. Geburtstag
- **00.10 heute**
  Anschl.: Eva Zeller liest aus dem Buch der Bücher

III.

WEST
- **18.00 Telekolleg**
- **18.30 Die Sendung mit der Maus**
- **19.00 Aktuelle Stunde**
- **20.00 Tagesschau**
- **20.15 Der Schrecken schleicht durch die Nacht**
  Amerik. Spielfilm, 1958
- **21.30 Jack Arnold erzählt (8)**
- **21.45 Billiges Bauen**
- **22.15 Augenzeugen berichten**
  Ludwig II. von Bayern
  Ein Film von Christina von Braun
- **23.00 Tonga**
  Das letzte pazifische Königreich
- **23.45 Letzte Nachrichten**

NORD
- **18.00 Die Sendung mit der Maus**
- **18.30 Aerobic – Fitness mit Vernunft (10)**
- **18.45 Norwich now**
- **19.15 Was tun?!**
- **19.45 News of the Week**
- **20.00 Tagesschau**
- **20.15 Kultur aktuell:**
  Nachrichten
- **21.00 Der Wind und der Löwe**
  US-Spielfilm, 1975
- **22.55 In Concert:**
  Miriam Makeba
- **23.40 Letzte Nachrichten**

HESSEN
- **18.00 Sendung mit der Maus**
- **18.30 Die Opodeldoks**
- **19.00 4 fröhliche Frechdachse**
- **19.10 Wie der Elefant zu seinem Rüssel kam**
- **19.15 Von Menschen und Maschinen (5)**
- **20.00 Tagesschau**
- **20.15 Mein Leben in Luxus**
  US-Spielfilm, 1937
- **21.40 Drei aktuell**
- **21.55 Kulturkalender**
- **22.25 Neue Städte – neue Menschen?**
- **23.10 Vor vierzig Jahren**

SÜDWEST
- **18.00 Die Sendung mit der Maus**
- **18.30 Telekolleg I**
  Nur für Baden-Württemberg
- **19.00 Abendschau**
  Nur für Rheinland-Pfalz
- **19.00 Abendschau**
  Nur für das Saarland
- **19.00 Saar 3 regional**
  Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
- **19.25 Nachrichten**
- **19.30 Das Lächeln der Vernunft (5)**
- **20.40 Bilderbogen**
- **21.00 Sport unter der Lupe**
  Nur für Baden-Württemberg
- **21.45 Treffpunkt Fernsehturm**
  Nur für Großraum Mannheim
- **21.45 Treffpunkt Alte Feuerwache**
  Nur für Rheinland-Pfalz
- **21.45 Guten Abend aus Mainz**
  Nur für das Saarland
- **21.45 TV-Club Saar 3**

BAYERN
- **18.15 Avanti! Avanti! (12)**
- **18.45 Rundschau**
- **19.00 Z. E. N.**
- **19.05 Damals Tagesgespräch**
  Der Monddiamant (1)
- **20.45 Rundschau**
- **21.00 Rudis Tagesshow (3)**
- **21.45 BR unterwegs**
  anschließend
  Rundschau





Locker vom Hocker: plaudert Walter Giller diesmal mit E. T. – Um 19.30 Uhr im ZDF
FOTO: KINDERMANN

FUSSBALL / Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko wird alle Finanz-Rekorde brechen

Jeder Mannschaft werden 1,35 Millionen Franken garantiert – Firmen kaufen schon jetzt Karten

sid, **Zürich**

Das Endturnier der Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko (31. Mai bis 29. Juni) wird alle bisherigen Finanzrekorde dieses 1930 geborenen Spektakels brechen. Schon vor der Auslosung der WM-Qualifikation stand gestern fest, daß der Internationale Fußball-Verband (FIFA) eine Einnahme von 145 Millionen Schweizer Franken (über 184 Millionen Mark) verbuchen kann. Zu dem Honorar von 95 Millionen Franken für die Fernseh- (49 Millionen) und Werbe-Rechte (46 Millionen) kommen noch mindestens 50 Millionen Franken aus dem Kartenverkauf. Diese Summe wurde den FIFA-Gewaltigen von den Mexikanern garantiert. Zum Vergleich: 1982 brachte die WM in Spanien die Rekord-Einnahme von 115 Millionen Franken (64 Millionen Gewinn).

„Hinter der Garantie stehen Firmen, die entsprechende Karten-Kontingente abnehmen und zum Teil verbilligt an die Bevölkerung abgeben“, erklärte Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und WM-Chef der FIFA. Auch Sepp Blatter, der Generalsekretär der FIFA, hat keinerlei Zweifel, daß die wirtschaftliche Hochrechnung am Ende tatsächlich aufgehen wird: „Schon die Junioren-WM im letzten Frühjahr brachte in Mexiko den sensationellen Zuschauerschnitt von 37 000. Ich bin überzeugt, daß die WM-Spiele 1986 zu 90 Prozent ausverkauft sein werden.“

Neuberger und seinen Helfern fiel es angesichts des Finanz-Booms leicht, das WM-Reglement der FIFA vor allem in den Wirtschaftsbestimmungen (u. a. die Gewinn-Verteilung) neu zu gestalten. Er kann jedem der 24 WM-Teilnehmer, von denen bislang nur Titelverteidiger Italien und Gastgeber Mexiko feststehen, für 1986 einen Gewinn-Anteil von mindestens 1,35 Millionen Franken versprechen. „Pro Spiel erhält jeder Teilnehmer wenigstens 450 000 Schweizer Franken“, verspricht Hermann Neuberger. Im Vergleich zu Spanien, als etwa 300 000 Franken pro Spiel an jeden Starter gingen, ist das eine Steigerung um 50 Prozent. Der DFB, der als Vize-Weltmeister von Spanien aus dem 82er-Turnier 3,1 Millionen Mark erhielt, könnte bei einem erneuten Einzug ins WM-Finale von Mexiko noch stärker kassieren. Denn zu den garantierten 3,15 Millionen Franken für erneut sieben Spiele kämen noch fette Zuschläge für den weiten Vorstoß und die in die Stadien gekommenen Zuschauer.

Insgesamt wird die FIFA nach dem neuen Reglement, das heute noch vom Exekutiv-Komitee abgesegnet werden muß, aus dem WM-Gewinn je fünf Prozent mehr an die 24 Teilnehmer (vormals 65 Prozent, nun 70 Prozent) und den Gastgeber (vormals 25 Prozent, nun 30 Prozent) ausschütten. Die FIFA selbst und die Mexikaner kommen noch zu weiteren Millionen-Einnahmen aus der Vermarktung des WM-Spektakels.

Die europäischen Vertreter im WM-Organisationskomitee hatten sich übrigens in der Frage des Termins durchgesetzt. Die Mexikaner wollten mit der WM schon am 17. Mai beginnen. Neuberger: „Da konnten wir nicht zustimmen, weil in fast allen europäischen Verbänden die Meisterschaftssaison erst Anfang Mai zu Ende geht.

*

Die Teilnahme von Bundesliga-Profis am olympischen Turnier ist weiterhin offen. „Sollte sich unsere Fußballmannschaft qualifizieren, kann ich noch nicht sagen, wie entschieden wird.“ Das erklärte Willi Daume bei einem Seminar in Berchtesgaden. Bevor das Nationale Olympische Komitee eine Entscheidung fällen muß, hat sich die DFB-Mannschaft im Frühjahr noch in zwei Spielen gegen Frankreich sportlich zu qualifizieren.

Der DFB steht mit Unterstützung des Weltverbandes (FIFA) auf dem Standpunkt, daß auch Spieler wie der Hamburger Schatzschneider und der Braunschweiger Franke für Los Angeles zugelassen werden. Dem steht die IOC-Regel 26 entgegen, die die Olympia-Teilnahme eines Berufssportlers nicht zuläßt. Ein zwischen dem Internationalen Olympischen Komitee und der FIFA ausgehandelter Kompromiß gibt den NOKs ein besonderes Entscheidungsrecht.

NOK-Präsident Daume kündigte an, daß sich vor einer nationalen Entscheidung die IOC-Zulassungskommission, deren Vorsitzender er ist, mit dieser Frage auch noch beschäftigen wird.

SPORT-NACHRICHTEN

Müller gesperrt

Mailand (dpa) – Die Disziplinarkommission des italienischen Fußball-Verbandes hat das Foul des deutschen Fußball-Nationalspielers Hansi Müller (Inter Mailand) hart geahndet. Für seinen Fausthieb gegen Walter Biagini (AS Avellino) wurde der ehemalige Stuttgarter drei Spieltage gesperrt.

Niederlage für den DFB

Braunschweig (dpa) – Die erste Runde im Streit um die geplante Namensänderung hat Eintracht Braunschweig gegen den Deutschen Fußball-Bund (DFB) gewonnen. Das Vereinsregister-Gericht in Frankfurt lehnte die Eintragung einer Satzungsänderung des DFB (keine Produktwerbung im Vereinsnamen) vorerst ab.

Athleten-Fonds

Berchtesgaden (dpa) – In den neugeschaffenen Athleten-Fonds der Fördergesellschaft der Stiftung Deutsche Sporthilfe sind bereits 2,5 Millionen Mark eingekommen. Die Summe setzt sich vornehmlich aus den Einnahmen von Werbeverträgen zusammen, die bisher für etwa 100 Sportler abgeschlossen wurden.

Basketball-Erfolg

Köln (sid) – Der BSC Saturn Köln gewann das erste Viertelfinal-Gruppenspiel des Basketball-Europapokals der Pokalsieger mit 74:61 gegen Solent Southampton. Der Amerikaner Bob Fronk und Nationalspieler Klaus Zander waren mit jeweils 20 Punkten die erfolgreichsten Schützen der Kölner.

Dritter Titel

München (sid) – Zum dritten Mal in Folge sicherte sich Jahangir Khan bei der Squash-Weltmeisterschaft in München den Titel. Der seit 31 Monaten ungeschlagene 19 Jahre alte Pakistani besiegte im Finale den gleichaltrigen Australier Chris Dittmar mit 9:3, 9:6, 9:0.

Verfahren eingestellt

Frankfurt (sid) – Der Kontroll-Ausschuß des Deutschen Fußball-Bundes hat das Verfahren gegen Emanuel Günther vom Zweitliga-Klub Karlsruher SC eingestellt. Günther war beschuldigt worden, im Spiel gegen Fortuna Köln (4:3) seinen Gegenspieler Hutwelker hinter dem Rücken des Schiedsrichters mit einem Ellenbogenschlag schwer verletzt zu haben.

ZAHLEN

TENNIS

Meisterschaften von Australien in Melbourne, Herren-Einzel, Achtelfinale: Mayotte (USA) – Nystroem (Schweden) 6:4, 6:4, 6:4. Viertelfinale: Wilander (Schweden) – Kriek (Südafrika) 6:3, 6:4, 7:6, Lendl (CSSR) – Smid (CSSR) 7:6, 2:6, 6:1, 6:2, McEnroe (USA) – Masur (Australien) 6:2, 6:1, 6:2. – Damen-Einzel, Viertelfinale: Navratilova (USA) – Durie (England) 4:6, 6:3, 6:4, Garrison (USA) – Turnbull (Australien) 6:2, 7:6.

EISHOCKEY

Bundesliga: Mannheim – Rosenheim 9:0, Kaufbeuren – Rießersee 3:3, Iserlohn – Schwenningen 1:2.

SKI ALPIN

Erste Weltcup-Abfahrt der Damen: 1. Irene Epple (Deutschland) 1:21,72 Minuten, 2. Ehrat (Schweiz) 1:21,80, 3. Attia (Frankreich) 1:22,34, 4. Sölkner (Österreich) 1:22,38, 5. Gantnerova-Soltysova (CSSR) 1:22,46, 6. Wenzel (Liechtenstein) 1:22,49, 7. Eder (Österreich) 1:22,54, 8. Walliser (Schweiz) 1:22,59, 9. Figini (Schweiz) 1:22,60, 10. Winkler (Österreich) 1:22,81, 11. Kiehl (Deutschland) 1:22,84.

FUSSBALL

UEFA-Pokal, Achtelfinale: Lok Leipzig – Sturm Graz 1:0 (Hinspiel 0:2, Graz weiter).

FUSSBALL / Nürnberg wieder auf Trainersuche

Rudi Kröner soll noch nicht einmal Abfindung erhalten

DW. **Nürnberg**

Nur 41 Tage war er im Amt, jetzt wurde ihm fristlos gekündigt, er soll noch nicht einmal mehr eine Abfindung erhalten: Rudi Kröner (41), der den abstiegsbedrohten Fußball-Bundesligaklub 1. FC Nürnberg (Vorletzter der Tabelle) retten sollte, aber aus fünf Spielen nur 1:9 Punkte holte.

Am Dienstag war es zwischen Nürnbergs Manager Udo Klug und Kröner, der hinter seinem Rücken verpflichtet worden war, zum offenen Bruch gekommen. In einem Interview mit der WELT hatte Klug schon am Montag seinem Trainer indirekt vorgeworfen, er sei nicht der richtige Mann. Kröner antwortete, Klug, vorher auch Trainer der Mannschaft, habe ihm die Spieler in einem physisch schlechten Zustand hinterlassen. Klug dazu: „Herr Kröner hat bei seinem Amtsantritt verkündet, mit dem Spielermaterial locker ins Mittelfeld zu marschieren, drei Tage später hat er erklärt, er habe der Mannschaft bereits seinen Stempel aufgedrückt. Und nun äußert er sich in dieser Weise. Das ist ein ganz billiger Stil.“

Das dachte wohl auch das Präsidium des Klubs, das sich mit 2:1 Stimmen gegen Kröner aussprach und ihm wegen vereinsschädigenden Verhaltens keine Abfindung bezahlen will. Vizepräsident Gerd Schmelzer (Präsident und Geldgeber Michael A. Roth ist zur Zeit in Jamaika in Urlaub) sagt: „Mit seiner Kritik an allem und jedem hat er eindeutig gegen seinen Arbeitsvertrag verstoßen.“

Bis Weihnachten soll nun ein neuer Trainer gefunden werden. Drei Kandidaten sind im Gespräch: Heinz Höher, gerade von Olympiakos Piräus entlassen, Uli Maslo, von Dortmund entlassen, und Friedel Rausch, der bei Hellas Saloniki arbeitet. Eine Rückkehr von Manager Klug steht nicht zur Diskussion.

SCHACH

Kortschnoi sehr schnell überspielt

LUDEK PACHMAN, **London**

Viktor Kortschnoi (53) hat innerhalb von 24 Stunden zum zweiten Mal beim Halbfinale des Schach-Kandidatenturniers gegen Garri Kasparow (20) verloren. Kortschnoi, der überraschend schnell überspielt wurde, liegt jetzt nach sieben der zwölf Partien mit 3:4 zurück. Kasparow hat die beiden letzten Spiele in einem für ihn ungewöhnlichen Stil gewonnen – im Endspiel gegen einen Mann, der als der beste Endspiel-Kenner der Welt gilt, sich aber ungewöhnlich schlecht verteidigte. Kortschnoi wäre gut beraten gewesen, nach der Niederlage in der sechsten Partie einen Ruhetag zu nehmen. Oder hört er auf keinen Berater?

Die kommentierte Notation, Katalanisches System, Weiß: Kasparow:

1. d4 Sf6, 2. c4 e6, 3. g3 d5, 4. Lg2 dxc4, 5. Sf3 Ld7.

Eine ungewöhnliche aber keineswegs schlechte Fortsetzung. Ihre Idee ist: 6. Se5 Lc6! 7. Sxc6 Sxc6, 8. Lxc6+ bxc6, 9. Da4 Dd5 oder 8. Da4 Lb4+ nebst 9. ... Sd5.

6. Dc2 c5, 7. 0-0 Lc6, 8. Dxc4 Sbd7.

Schwarz erreichte mit Zugumstellung eine theoretisch bekannte Position, die als zufriedenstellend für ihn gilt. Man beschäftigte sich allerdings nur mit den Zügen 9. dxc5 Lxc5 oder 9. Sc3 b5! Statt dessen folgt eine offenbar vorbereitete Neuerung:

9. Lg5! Tc8?

Auch hier konnte Schwarz mit b5 fortsetzen. Offenbar unterschätzte Kortschnoi den nun kommenden Abtausch auf f6!

10. Lxf6 Sxf6, 11. dxc5 Lxf3,

Interessant aber unzureichend wäre Lxc5?! 12. Dxc5 Lxf3, 13. Dxa7 Lxe2, 14. Te1 b6. Nun geht nicht 15. Txe2? Dd1+ 16. Lf1 Tc1, aber mit 15. Sc3! Lb5, 16. Da4+ Dd7, 17. Db4 kommt Weiß in Vorteil.

12. Lxf3 Lxc5, 13. Db5+! Dd7, 14. Sc3 Dxb5, 15. Sxb5 Ke7?,

Der zweite, vorläufig noch nicht entscheidende Fehler. Besser wäre die kurze Rochade! Falls dann 16. b4 so Lxb4, 17. Sxa7 Tc2, mit Ausgleich.

16. b4! ...

Natürlich nicht 16. Lxb7? Tb8, 17. La6 Tb6, 18. Tac1 Se4.

16. ... Lxb4, 17. Sxa7 Tc7?

Im Unterschied zur eben erwähnten Möglichkeit (15. 0–0) geht hier 17. ... Tc2 nicht – wegen 18. Tab1 nebst Txb7 mit Schach. Aber, 17. ... Ta8! 18. Sb5 Tab8! kam in Betracht.

18. Thc1! Td7, 19. Tab1 Ld2, 20. Tc2 Thd8,

Das verliert endgültig einen Bauern, notwendig wäre 20. ... Ta8, 21. Sb5 Tb8, aber danach hat Weiß die starke Fortsetzung 22. Sa3! nebst Sc4 zur Verfügung. Gar nicht geht 20. ... Tb8? wegen 21. Sc6+!

21. Lxb7 Kf8, 22. Sc6 Te7, 23. Tbb2 Td6, 24. a4! ...

Nach 24. Txd2 Txb7! hätte Schwarz Remis-Chancen.

24. ... Le1, 25. Tb1 Sd5, 26. La6 Te8, 27. Lb7 Te7, 28. Te4! Se7, 29. Se5 La5, 30. Tb5 Sg6, 31. Sc6 Td1+, 32. Kg2 Le1, 33. a5 Se7, 34. a6 Sxc6, 35. Txc6 Txc6, 36. Lxc6 ...

Der unglücklich postierte schwarze Läufer erleichtert jetzt Kasparow die Verwertung seines Mehrbauern.

36. ... Ta1, 37. Tb8+ Ke7, 38. Tb7+ Kd6, 39. Lb5 Lc3, 40. Txf7 Lf6, 41. Td7+ Kc5, 42. Ld3 h6, 43. Tb7 Ta3, 44. a7 Kd5, 45. f3 Kd6 46. Tb6+.

Aufgegeben, da 47. Ta6 folgt.

ALPINER SKI

Tränen der Freude bei Irene Epple

dpa, **Val d'Isère**

Mit der Startnummer 1 raste Irene Epple gestern in Val d'Isère mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 100,26 km/h zu ihrem schönsten Sieg: Mit 1:21,72 Minuten für die 2415 m lange Strecke mit einem Höhenunterschied von 620 m feierte die 26 Jahre alte Allgäuerin ihren ersten Abfahrts-Sieg ihrer nun schon 12 Jahre langen Karriere. Mit 8/100 Sekunden Vorsprung lag sie vor der Schweizerin Ariane Ehrat.

„Ich bin völlig außer mir“, sagte Irene Epple – lachend und weinend zugleich. Erst nach einer Stunde stand fest, daß sie gewonnen hatte. Da nämlich fuhr Marina Kiehl aus München mit der Startnummer 34 durchs Ziel. Sie hatte im letzten Trainingslauf Bestzeit vor Irene Epple erzielt. Martina Kiehl kam immerhin noch auf Platz elf.

Irene Epple war bisher immer einem Abfahrtssieg hinterhergefahren: 1978 bei den Weltmeisterschaften in Garmisch-Partenkirchen war sie von der Österreicherin Annemarie Moser-Pröll abgefangen worden. 1981 beim WM-Test in Haus bei Schladming wurde sie schon als Siegerin gefeiert, dann kam die Kanadierin Gerry Soerensen mit der Startnummer 35 und fuhr Bestzeit.

„Das Schlimmste war das Zittern und Bangen, bis mein Sieg feststand“, stammelte Irene Epple unter Tränen, als sich die Spannung gelöst hatte. „Ich habe nicht gedacht, daß meine Zeit reicht, denn ich habe die Einfahrt in den Zielhang nicht so gut erwischt wie im Training.“

Neidlos gratulierten die Rennläuferinnen aus aller Welt der Allgäuerin, die so lange auf diesen Triumph hatte warten müssen.

Val d'Isère war für Irene Epple schon immer ein gutes Pflaster. Hier startete die Allgäuerin 1972 in ihre erste Weltcup-Abfahrt und wurde auf Anhieb 28. An gleicher Stelle errang sie 1979 und 1980 zwei Weltcup-Riesenslalomsiege. Vor dem diesjährigen Weltcup-Auftakt hatte sie auf einen Start beim Slalom in Kranjska Gora verzichtet, nachdem sie erkannt hatte, daß ihr der Steilhang in dem jugoslawischen Ort nicht lag. Statt dessen trainierten die deutschen Abfahrtsläuferinnen unter den Fittichen des ehemaligen Weltklasse-Abfahrtsläufers Sepp Ferstl, der zweimal die Hahnenkamm-Abfahrt in Kitzbühel gewann, in Lech am Arlberg.

Hinter dem Sieg von Irene Epple steckt jedoch auch ein kleines Geheimnis: Die Allgäuerin hatte erst am Vortag den Ski der Schweizerin Doris de Agostini erhalten, die nach dem Gewinn des Abfahrts-Weltcup im letzten Winter ihre Karriere beendet hat. Auf weitere Fragen wich Irene Epple aus: „Ich habe den gleichen Ski wie die anderen Läuferinnen, die von dieser Firma ausgerüstet werden.“ Doris de Agostini hat mit diesem Ski in den letzten zwei Jahren vier Rennen gewonnen ...

STANDPUNKT / *Der Tennisstar und sein Seelenschmerz*

Auf einer Pressekonferenz, die er selbst einberufen hatte, bekam er einen Nervenzusammenbruch: Schluchzend sagte Yannick Noah, 23 Jahre alt, Weltklasse-Tennisspieler aus Frankreich: „Ich kann nicht mehr. Ich fühle mich überall verfolgt.“ Und dann kam dieser Satz: „Vor zwei Tagen stand ich nachts auf der Alma-Brücke in Paris und überlegte, ob ich in die Seine springen soll.“

Ein junger Mann, vor elf Jahren in Yaounde in Kamerun entdeckt, wollte nicht mehr leben. Eine dramatische Geschichte, für die eine Pressekonferenz einberufen werden muß? Eine Tatsache, die das Mitgefühl herausfordert? Oder der Konflikt eines Menschen, dessen sportliches Talent schneller gewachsen ist als sein Charakter?

Yannick Noah glaubt, er werde in der Öffentlichkeit verfolgt, könne keinen Frieden finden, weil er in Frankreich zu bekannt sei. Er möchte ein „ruhiges Leben führen und mich ganz auf den Sport konzentrieren“. Verständlich klingt das alles schon. Nur: Warum tut er es nicht?

Es gibt bessere Spieler als Noah, bekanntere als er, die der Öffentlichkeit überhaupt keine Chance geben, ständig in ihrem Privatleben herumzuschnüffeln. Noah ist so etwas wie die Lokomotive des Pariser Nachtlebens. Mit Dutzenden von Freunden fällt er in Diskotheken und Nachtklubs ein. Mit 19 Jahren fuhr er einen Abarth-Sportwagen, mit 20 ein BMW-Coupe, mit 21 einen Porsche 928 und einen Jeep, 1983 kaufte er sich einen Ferrari 308 GT, jetzt hat er einen amerikanischen „Exalibur“ bestellt.

Wer macht da wen fertig, die Öffentlichkeit Noah oder der Spieler sich selbst? Sein schluchzender Auftritt wirkt wie ein schlecht inszeniertes Theaterstück: Er ist unglaubwürdig, weil Noah keine Möglichkeit ausgelassen hat, sich als extravaganter Star zu präsentieren. Ob er nun Kollegen vorwirft, sie nähmen Rauschgift oder einfach ein Turnier (in Düsseldorf) über Nacht verläßt.

Noahs Seelenschmerz ist auf alle Fälle nicht dazu geeignet, auf den Gedanken zu kommen, der ach so brutale Spitzensport fresse seine besten Kinder.

(SAD)

AOK fordert gleiches Recht für Versicherte

PETER JENTSCH, **Hamburg**

Die Ortskrankenkassen haben auf ihrem 43. Krankenkassentag in Hamburg den Gesetzgeber aufgefordert, für alle Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung ein gleiches Leistungs-, Beitrags-und Mitgliedsschaftsrecht zu schaffen. Die knapp 2000 Delegierten des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen (BdO), die die 270 Ortskrankenkassen in der Bundesrepublik Deutschland vertreten, verabschiedeten einstimmig ein 90seitiges Positionspapier, in dem es heißt, Sonderrechte für die Ersatzkrankenkassen verzerrten den Wettbewerb innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung. Der BdO-Vorsitzende Detlef Balzer verlangte im Namen der 27 Millionen AOK-Versicherten *mehr Rechte für die* Selbstverwaltung, um Angebot und Nachfrage im Medizinbetrieb besser steuern zu können.

Zugleich forderte Balzer angesichts der übermäßigen Ausgabensteigerungen im Arzneimittelsektor direkte Vertragsbeziehungen zwischen der Krankenversicherung und der pharmazeutischen Industrie. Gelinge das nicht, werde die Einführung einer Positivliste, die auf Kassenrezept verordnungsfähige Medikamente vorschreibt, unvermeidlich.

Kunze aus Berliner FDP ausgetreten

hrk., **Berlin**

In einer durch CDU-Querelen und Richard von Weizsäckers bevorstehenden Rücktritt schwierigen Lage der Berliner Senats-Koalition trat jetzt der ehemalige FDP-Landesvorsitzende Jürgen Kunze aus der Partei aus. Sein Abgeordnetenmandat nahm er jedoch als „unabhängiger Liberaler" mit, so daß die FDP-Fraktion künftig nur noch aus sechs Mitgliedern besteht. Kunze hatte als Repräsentant der FDP-Linken von Anfang an den Pro-Weizsäcker-Kurs der Fraktionsmehrheit bekämpft.

Durch Kunzes Austritt ändert sich an den Mehrheitsverhältnissen in Berlin insofern nichts, als ohnedies seit Sommer 1981 nur höchstens sechs, bisweilen nur fünf FDP-Abgeordnete die seit März fest installierte CDU/FDP-Koalition stützten. Zur Wahl eines Nachfolgers von Weizsäcker und sämtlicher Senatoren benötigt die CDU mindestens zwei FDP-Stimmen.

Walesa: Solidarität kann Sieg nicht verfehlen

USA wollen Appell überprüfen, Sanktionen aufzuheben

DW./rtr, **Washington/Bonn**

Das amerikanische Außenministerium hat gestern versichert, daß es dem Aufruf des polnischen Arbeiterführers Lech Walesa, die wegen Verhängung des Kriegsrechts gegen Polen verkündeten Sanktionen aufzuheben und dem Land neue Finanzkredite zu gewähren, sorgfältig prüfen wolle. Wie der Sprecher des Außenministeriums, Alan Romberg, erklärte, würden die USA öffentlich auf Walesas Appell antworten.

Der polnische Arbeiterführer hatte am Vortag vor westlichen Journalisten in seiner Wohnung in Danzig an die USA appelliert, die Sanktionen gegen Polen aufzuheben, bevor größerer Schaden angerichtet werden könne und Polen neue Kredithilfen zu gewähren. Allerdings befürwortete Walesa eine Art Mitspracherecht westlicher Gläubiger über die Verwendung neuer Kredite in Polen. Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban hatte gestern in einer ersten Reaktion Walesas Appell als „schlechten Scherz" abgetan. Urban gestand allerdings ein, daß die Sanktionen Polen empfindlich getroffen hätten.

„Das System ist steril"

Präsident Reagan hatte Anfang November die Teilnahme der USA an internationalen Umschuldungsverhandlungen mit Polen zugesagt und mit einem Betrag von 425 Millionen Dollar ausgestattet. Polens Auslandsverschuldung wird auf insgesamt 23 Milliarden Dollar veranschlagt. Reagan hat bislang jedoch eine Milderung der übrigen nach Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 gegen Polen verfügten Sanktionen ausgeschlossen. Die verbotene Gewerkschaftsbewegung „Solidarität" kann in Polen nach den Worten von Lech Walesa „den Sieg nicht verfehlen. Dieses System ist steril. Es hat wiederholt gezeigt, daß es nicht funktioniert. Wir müssen uns um neue Lösungen bemühen." In einem gestern gleichzeitig in mehreren europäischen Tageszeitungen veröffentlichten Interview sagte der ehemalige Gewerkschaftsführer: „Allerdings können wir nicht schon morgen gewinnen. Auch sollten wir uns nichts vormachen: Wir müssen mit den geringstmöglichen Verlusten dorthin gelangen."

Als Schlüssel für die Zukunft der „Solidarität" nannte Walesa in dem Interview die gewerkschaftliche Aktivität in den Betrieben. „Dort haben wir im August 1980 begonnen. Dort werden wir auch jetzt wieder siegen." Zugleich warnte er vor der Gefahr einer Spaltung und forderte die Ausarbeitung konkreter wirtschaftlicher und administrativer Lösungen. Der Arbeiterführer kündigte an, am 16. Dezember unter dem Denkmal der Opfer des Aufstandes in Warschau „diese Fragen ausbreiten" zu wollen.

„Reine politische Rache"

Walesa widersprach entschieden dem „Gerede von einem extremistischen Flügel der Solidarität". Er habe mit allen Funktionären zusammengearbeitet, „und wenn irgend jemand diese anderen für schuldig hält, muß er auch mich für schuldig befinden". Die angekündigten Prozesse gegen die sieben Mitglieder des Landesausschusses der verbotenen Gewerkschaft und des Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR), nannte Walesa „nicht Recht, sondern reine politische Rache. Hier dreht es sich darum, uns zu spalten."

Vom Westen erwartet der Gewerkschaftsführer „Beharrlichkeit". Im Westen solle man daran denken, „daß wir hier eine große Arbeit tun, nicht nur für uns. Wir propagieren friedliche Methoden zur Erreichung von Zielen. Unsere Ideale sind nicht nur auf Polen bezogen. Auf ihrer Basis sollte sich eine internationale Solidarität entwickeln."

Walesa begründete auch, warum seine Frau Danuta für ihn nach Oslo reisen wird, um am Samstag den Friedensnobelpreis in Empfang zu nehmen. Er befürchte, so Walesa, daß ihm, wenn er selbst nach Oslo reise, die Wiedereinreise nach Polen nicht gestattet werden würde.

Das Geld für den Preis werde er dem unter kirchlicher Kontrolle stehenden Agrar-Hilfsfonds in Polen zur Verfügung stellen, die Medaille, das Diplom und die anderen Auszeichnungen werden auf dem Heiligen Berg Jasna Gora (in Tschenstochau) bleiben, denn „da können sie für alle zugänglich sein." Walesa: „Allen, die mich angerufen haben und mir gratulierten, habe ich gesagt, das ist euer Verdienst und euer Preis."

Strauß: Die politische Union EG ist tot

AP, **München**

Nach dem Scheitern des EG-Gipfels in Athen hat der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß dazu aufgerufen, Europa aus der „Sackgasse" herauszuführen, da ihm sonst der „Verlust seiner einmaligen geschichtlichen Identität" drohe.

In einem Beitrag für das CSU-Organ „Bayernkurier" zog Strauß gestern eine wenig schmeichelhafte Bilanz der Arbeit der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Organe in den vergangenen 34 Jahren. Abschied nahm der CSU-Vorsitzende darin auch von der Idee, eine politische Union Europas zu schaffen. Dies sei mit der Erweiterung der Gemeinschaft zumindest vorerst *eine unlösbare Aufgabe geworden.* Die Chance, über eine Staatengemeinschaft zum Bundesstaat zu kommen, war nach Einschätzung von Strauß „nur gegeben in der Zeit der Sechs". Und auch damals wäre es nur möglich gewesen aufgrund einer besonders engen Zusammenarbeit zwischen Paris und Bonn. „Dieser Weg ist verlassen worden mit der Aufnahme Englands." Jetzt, mit zehn Mitgliedern – und weitere stünden vor der Tür – werde die politische Union auf dem damals geplanten Weg nicht mehr möglich sein.

Grundwasser durch Nitrat gefährdet

hy. **Düsseldorf**

Der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) hat gestern in Düsseldorf vor einer weiteren Belastung des Grundwassers durch Nitrat und chlorierte Kohlenwasserstoffe gewarnt. Matthiesen erinnerte daran, daß schon jetzt nach den EG-Richtlinien nur ein Gehalt von 90 Milligramm pro Liter Trinkwasser erlaubt sei, diese Obergrenze aber in einigen Gebieten überschritten werde. Vom 30. August 1985 an werde dieser Grenzwert sogar auf 50 Milligramm pro Liter heruntergesetzt. Darum werde er eine Verordnung erlassen, die den Bauern verbiete, zwischen dem 15. Oktober und dem 15. Februar Gülle (Jauche) auf die Felder zu bringen, und den Gülleaustrag in der Restzeit auf 3 Kilogramm Stickstoff pro Hektar zu begrenzen.

Gegen Diebstahl und Korruption auf der Straße

Kreml will „radikale Verbesserung" des Transportsektors

AFP/DW. **Moskau**

Die sowjetischen Behörden wollen die erheblichen Mängel auf dem Sektor des Straßentransports beheben und härter gegen den Schlendrian und die Verschwendung von Treibstoffen vorgehen. Das Zentralkomitee der KPdSU und der sowjetische Ministerrat haben jetzt festgestellt, daß der Straßentransport in den letzten Jahren zwar eine Entwicklung verzeichnet, jedoch weiter zahlreiche ernsthafte Mängel bestehen.

In einer vom ZK und dem Ministerrat erlassenen Verfügung wird erklärt, es sei Aufgabe der zuständigen Behörden, eine „radikale Verbesserung" der Organisation, der Planung und der Kontrolle des Straßentransports sicherzustellen, das ungerechtfertigte Stilliegen des rollenden Materials zu beenden und die Leerfahrten massiv zu reduzieren. Ferner müßten Betrügereien und Treibstoffdiebstähle bekämpft und die Disziplin in den Tankstellen und an den Lkw-Sammelstellen verstärkt werden.

Drakonische Maßnahmen gegen die im Straßentransport herrschenden Zustände, die hohe volkswirtschaftliche Verluste zur Folge haben, *waren von der sowjetischen Presse* in der Vergangenheit immer wieder gefordert worden. Die Verluste, die allein durch mangelhafte Transporte der eigenen Ernte und des Importgetreides dadurch entstanden, wurden allein für dieses Jahr in Sibirien und dem Getreidehafen Naehodka bei Wladiwostok mit 520 000 Tonnen Getreide beziffert. Die Presse unterstrich in den letzten Monaten wiederholt, daß dieser Sektor zu den Bereichen gehört, die von Korruption und Verschwendung am stärktsten betroffen werden. Die Behörden hatten erst im Oktober in Moskau, Kiew und Karaganda eine Sonderaktion durchgeführt, um den Verkauf von gestohlenem Benzin zu unterbinden, der den Fahrern von Behördenwagen und Lkw erhebliche zusätzliche Einnahmen verschafft oder zum Eintauschen von Mangelartikeln verwendet wird. So wurden in Kiew und Karaganda mehrere Lkw-Fahrer und Tankstellenleiter überführt, Benzin zur Bestechung verwendet zu haben, um auf diese Art und Weise für ihre Angehörigen Behandlungsplätze in Kliniken zu bekommen. Als beliebtestes Eintauschobjekt gegen 10 Liter Treibstoff gelten 500 Gramm Watte, 2 Kilo Waschmittel, Gemüse und Obst.

Neben dem herrschenden Schlendrian, der Korruption und den Diebstählen wird der Straßentransport jedoch auch durch den starken Mangel an Fahrzeugen und dem allgemeinen schlechten Zustand des Fuhrparks beeinträchtigt. Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" hatte bereits Anfang dieses Jahres beklagt, daß allein die Kühlwagen für den Fleischtransport in Moskau seit drei Jahren stilliegen, weil sie überholt werden müssen. Ähnlich sieht es in anderen Landesteilen aus, wo zahlreiche Nutzkraftwagen nicht repariert werden können, weil entweder die Ersatzteile fehlen oder auf dem Lieferweg zu Objekten des Tauschhandels werden.

Der Transport auf der Landstraße, der Anfang der sechziger Jahre 5,2 Prozent des gesamten Gütertransportes ausmachte, war bis Ende des vergangenen Jahrzehnts nur unwesentlich angestiegen und erreichte 6,8 Prozent gegenüber 56 Prozent für den Transport auf der Schiene. Dafür ist nicht zuletzt das völlig unzureichende und weitgehend schlechte Straßennetz in der Sowjetunion verantwortlich. Nach offiziellen Statistiken sind nur 25 Prozent aller Straßen mit einer Asphaltdecke versehen und nur zwei Prozent für eine Belastung von zehn Tonnen pro Achse vorgesehen. Der zur Zeit laufende elfte Wirtschaftsplan sieht den Bau von 80 000 Kilometer Straße vor, welcher aber nur utopisch bleiben wird, da es allenthalben an Arbeitskräften und an modernen Baumaschinen und -material mangelt.

Der sowjetische Parteichef Juri Andropow hatte im November vergangenen Jahres unmittelbar nach seinem Amtsantritt bereits die für den Transportsektor Verantwortlichen hart kritisiert. Innerhalb seines Gesamtkonzeptes gegen Korruption und Disziplinlosigkeit in der sowjetischen Wirtschaft war in diesem Zusammenhang auch der Eisenbahnminister Iwan Pavlovski als erste hochstehende Persönlichkeit ausgebootet worden. Die jetzt neu gestartete Kampagne, um im Straßentransportsektor Ordnung zu schaffen, wird vermutlich zahlreiche weitere Funktionäre ihre Stellung kosten.

Tandler sieht sich in seiner „Ehre verletzt"

DW. **München**

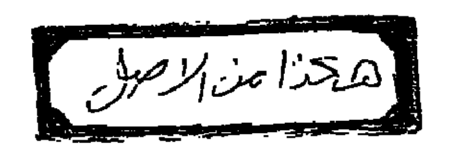
Der Kölner Generalstaatsanwalt Walter Steffens hat gestern formell bei der Münchner Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Beleidigung gegen den amtierenden CSU-Generalsekretär Gerold Tandler gestellt. Steffens begründete seine Anzeige mit den für die Bonner Staatsanwälte „ehrverletzenden Äußerungen" Tandlers. Der CSU-Politiker hatte das Vorgehen gegen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff mit der Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer und des Bankiers Jürgen Ponto verglichen.

Gegen die Kritik des deutschen Richterbundes an seinen Äußerungen hat sich inzwischen Tandler „empört" verwahrt. In einem Brief an den Vorsitzenden des Richterbundes, Helmut Leonardy, schrieb der CSU-Generalsekretär, er fühle sich durch die Angriffe in seiner „Ehre als Politiker einer großen demokratischen Partei sowie als Staatsbürger in der Öffentlichkeit tief verletzt". Auch in der CSU-Fraktion sind die Äußerungen Tandlers auf Kritik gestoßen. Mehrere Abgeordnete, die allerdings nicht genannt sein wollen, sprachen von einem „miserablen Ausrutscher" oder meinten: „Da kann man nur den Kopf schütteln".

Skepsis über dauerhaften Aufschwung

● Fortsetzung von Seite 1

Preisstabilität werde jedoch noch mehr im Vordergrund stehen als bisher, sagte Pöhl unter Hinweis auf die Gefahr, daß bei fortschreitender Konjunkturbelebung ein größeres Inflationspotential entstehen könne. Er sieht für absehbare Zeit keinen Anlaß für eine Änderung der Geldpolitik, die er als wichtigen Beitrag zur konjunkturellen Erholung und Wahrung der inneren und äußeren Stabilität bezeichnete. Chancen für einen nennenswerten Zinsrückgang in den USA und bei uns und für einen wesentlich niedrigeren Dollarkurs sieht der Notenbankchef für die nächsten Monate noch nicht. Die internationale Schuldenkrise hat sich nach Pöhls Urteil entspannt, aber es wäre eine Illusion, schon von einer Lösung der Krise zu reden.



Das Spiel um Aral

JB. – Im Vorfeld der wohl kaum noch zu verhindernden Aufteilung der Aral hat das Hin- und Herschieben des Schwarzen Peter begonnen. Keiner der Beteiligten will sich später vorwerfen lassen, die Zerschlagung des größten deutschen Tankstellennetzes vorsätzlich betrieben zu haben.

Über jeden Verdacht erhaben, in diesem Spiel die Karten mitzumischen, ist eigentlich nur Wintershall. Der BASF-Tochter kann an einer Teilung nicht das geringste liegen und folgerichtig hat sie ihren Widerstand erklärt. Ohne Know-how und entsprechende „man power" muß es Wintershall am schwersten fallen, ein künstlich verkleinertes Tankstellennetz in eigener Regie zu betreiben und gar noch einen neuen Markennamen aufzubauen.

Eine aktive Rolle hat nun freilich auch die Mobil Oil AG von sich gewiesen. Sie hätte ohne das Eingreifen des Kartellamts keinen Anlaß gesehen, die Aufteilung zu betreiben, halte diese aber auf Grund schlechter Erfahrungen über jahrelange rechtliche Auseinandersetzungen unter Konsorten für das „kleinere Übel". Aus Sicht der Mobil macht dies Sinn. Die deutsche Tochter des drittgrößten Ölkonzerns der Welt kann den Alleingang sicher am ehesten wagen, zumal sie einen feinen Joker in der Hand hat. Den Verzicht auf den Markennamen „Aral" muß ihr erst jemand abkaufen.

Im Zweifel ist es die Veba AG, die nach Lage der Dinge das größte Interesse an einer Lösung der jetzigen Aral-Verträge hat. Sie ist mit 56 Prozent größter Aktionär, verfügt aber nur über die gleichen Stimmrechte wie Mobil und Wintershall. Mobil-Chef Herbert Lewinsky hat es denn auch an Deutlichkeit nicht fehlen lassen, wo er den wahren Initiator des Spiels sitzen sieht. Unter Wettbewerbsaspekten sei das Vorgehen des Kartellamts „dubios" und es müsse andere Motive geben als „den Wettbewerb zu hüten", sagt er. Die rechtliche Konstruktion bei Aral dürfte für Veba ein solches Motiv sein.

Importüberschuß

J. Sch. (Paris) – So sehr die Franzosen ihre nationale Küche schätzen, so vertrauen sie beim Kauen doch eher auf importierte Werkzeuge. An künstlichen Zähnen und Zahnprothesen sowie an sonstigem zahnärztlichen Material deckt das Ausland etwa 80 Prozent des Bedarfs. Das ergibt einen Importüberschuß von immerhin acht Milliarden Franc. Deshalb werden die Franzosen jetzt ermahnt, sich stärker auf nationale Lieferanten zu stützen. Die Kauft-französisch-Welle erhält dadurch eine neue Dimension. Bahnt sich damit in Frankreich ein zahnmedizinischer Protektionismus an? Diesem stünden aber die meisten Zahnärzte sehr skeptisch gegenüber. Dabei mag auch das Honorar eine Rolle spielen. Für importiertes Zahnmaterial können sie ihren Patienten offensichtlich höhere Honorare aus der Tasche ziehen. Dafür soll aber auch die Qualität besser sein. Außerdem hätten die nationalen Hersteller gar nicht genügen Lieferkapazität. Jedenfalls erhält „Französisch Essen" damit eine doppelte Bedeutung.

WIRTSCHAFTSLAGE / Bundeswirtschaftsministerium registriert lebhafte Ordertätigkeit

Wachsende Nachfrage aus dem Ausland stabilisiert die Aufschwung-Tendenz

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der Auftragseingang bei der deutschen Industrie hat sich auf hohem Niveau weiter stabilisiert. Dazu hat, wie aus den jüngsten Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums über die Ordertätigkeit hervorgeht, vor allem die in den vergangenen Monaten erheblich gestiegene Nachfrage des Auslands nach deutschen Produkten beigetragen. Damit könnte sich die vom Sachverständigenrat vorausgesagte wirtschaftliche Erholung, die vor allem von der Auslandsnachfrage und den Investitionen getragen wird, durchsetzen.

Der Auftragseingang beim Verarbeitenden Gewerbe, der im September preis- und saisonbereinigt um zwei Prozent angewachsen war, hielt sich im Oktober nach noch vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes auf dem erhöhten Niveau. Der Auftragseingang für September ist von den Statistikern nachträglich um knapp einen Indexpunkt nach oben korrigiert worden.

Im Oktober setzte sich der Anstieg der Auslandsnachfrage, der seit Mai in Gang gekommen ist, mit beachtlichem Tempo fort. Gegenüber September wurde ein Plus von 3,5 Prozent registriert. Dagegen gingen die Bestellungen aus dem Inland wieder leicht zurück. Sie nahmen um ein Prozent ab.

Der Zwei-Monats-Vergleich September/Oktober gegenüber Juli/August, der kurzfristige Zufallsschwankungen glättet und damit die konjunkturelle Grundtendenz besser zum Ausdruck bringt, weist sogar einen weiteren deutlichen Anstieg der Nachfrage aus. Danach nahm die Ordertätigkeit bei der Industrie sogar um plus drei Prozent zu. Während die Inlandsnachfrage lediglich um zwei Prozent ausgeweitet wurde, hat sich der Zustrom neuer Aufträge aus dem Ausland mit einem Plus von 5,5 Prozent erheblich verbreitert.

Allerdings verlief die Entwicklung in den Hauptgruppen des Verarbeitenden Gewerbes unterschiedlich. Überdurchschnittliche Zuwächse konnte mit plus fünf Prozent weiterhin das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe verbuchen. Auch die Hersteller von Investitionsgütern schnitten mit einer Zunahme ihrer Aufträge um 4,5 Prozent recht gut ab, wozu sowohl inländische als auch ausländische Besteller beigetragen haben. Dagegen verringerte sich der Ordereingang in der Verbrauchsgüterindustrie um 1,5 Prozent. Hier haben zuletzt vor allem die ausländischen Abnehmer deutlich vorsichtiger disponiert.

Im September/Oktober übertrafen die Auftragseingänge bei der Industrie den entsprechenden Vorjahresstand, der den Tiefpunkt der zurückliegenden Rezession bildete, beträchtlich. Die Auftragseingänge lagen dem Volumen nach um 9,5 Prozent höher als vor einem Jahr. Wertmäßig bedeutet dies ein Plus von 10,5 Prozent. Dabei zogen die Bestellungen beim Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe volumenmäßig um 15 und wertmäßig um 16 Prozent an. Die Produzenten von Investitionsgütern konnten Zunahmen von 7,5 und zehn Prozent verbuchen. Die Verbrauchsgüterhersteller kamen auf Zuwächse von sechs und acht Prozent.

Auch im Vorjahresvergleich zeigt sich die Dynamik der Auslandsnachfrage. Die Ordereingänge aus dem Ausland kletterten volumenmäßig immerhin um zwölf Prozent, was einem wertmäßigen Plus von 14 Prozent entsprach. Die Bestellungen aus dem Inland zogen um acht beziehungsweise zehn Prozent an.

Die in letzter Zeit deutlich belebten Auslandsbestellungen schlugen sich bereits in den jüngsten Exportzahlen nieder. So nahm das Volumen der ausgeführten Waren in den Sommermonaten erstmals wieder spürbar zu und lag saisonbereinigt im dritten Quartal um drei Prozent über dem Stand der vorangegangenen drei Monate. Damit dürfte die Exportflaute des Frühjahrs zu Ende gegangen sein. Allerdings konnte durch die zuletzt wieder günstigere Ausfuhrentwicklung im bisherigen Jahresverlauf das entsprechende Exportergebnis des Vorjahres noch nicht wieder ganz erreicht werden.

DEUTSCHE BANK

Kostenneutrale Verkürzung der Arbeitszeit gibt es nicht

LEO FISCHER, Düsseldorf

Eine positive Zwischenbilanz nach einem Jahr Umschuldung zog Wilfried Guth, Sprecher der Deutschen Bank, auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf. Dank des flexiblen Zusammenwirkens von IWF, Regierungen, Notenbanken und Geschäftsbanken sei es gelungen, die aufbrechenden Liquiditätsschwierigkeiten einer Anzahl von Ländern einzudämmen und das internationale Banken- und Finanzsystem intakt zu halten. In einigen Umschuldungsländern wie Mexiko habe der Stabilisierungsprozeß beachtliche Fortschritte gemacht, meinte Guth.

Gleichzeitig mahnte der Sprecher der Deutschen Bank davor, sich bei der Verschuldungsentwicklung nicht auch auf „ungünstige Szenarien" einzustellen. Dies wäre ausgesprochen leichtfertig. Genauso leichtfertig sei es aber, „die Flinte vorzeitig ins Korn zu werfen" und durch abruptes Handeln, wie Verweigerung von neuen Finanzhilfen, die Gefahr einer schweren Verschuldungskrise erst richtig heraufzubeschwören.

Eine klare Absage erteilte Guth einem Schuldenerlaß für ein Land. Dies hätte einen Konvoi-Effekt zur Folge. Aber es sei durchaus erwägenswert, ob man nicht die Zinsen stunden sollte, anstatt durch Zuführung von „fresh money" die Zinszahlungen aufrecht zu erhalten. Auch müßten sich die Banken wohl bei Krediten an Schuldnerländer mit knapperen Zinsmargen zufrieden geben.

Zur konjunkturellen Situation in der Bundesrepublik meinte der Bankier: „Der Anfang für einen breiten Aufschwung ist gemacht." Er äußerte seine Zuversicht, daß der Aufschwung sich im kommenden Jahr fortsetzt und weiter festigt.

Gefahren für das trotz noch immer hoher Zinsen verbesserte Investitionsklima sieht Guth von der Lohnkostenseite und von den Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche. Eine völlig kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung gebe es nicht; die Lösung nach dem IG-Metall-Vorschlag sei aber gewiß die kostenungünstigste Art überhaupt. Unbeschadet möglicher Kritik an einzelnen Maßnahmen der Regierung, zum Beispiel an dem nicht in Angriff genommenen Abbau der Subventionen, stellt Guth fest: „Die Richtung stimmt." Hohes Lob verdienten vor allem die Fortschritte bei der Konsolidierung des Staatshaushalts.

Die grundlegenden ökonomischen Faktoren sprechen nach F. Wilhelm Christians für gute Anlagechancen. Dabei sei der Aktienbörse eine zuversichtlichere Prognose zu stellen als dem Rentenmarkt. Die wachsende Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, verbunden mit besseren Kapazitätsauslastungen, die die Ertragserholung stärken, sollten sich günstig auf den Aktienmarkt auswirken. Er begrüßte in diesem Zusammenhang die Bemühungen (neue Emissionen am Aktienmarkt), die jahrelange Fehlleistung von Eigenkapital (Abschreibungsgesellschaften) zu korrigieren. Christians: „Ein florierender Aktienmarkt ist das Mittel zum Abbau der Fehlkanalisierung von Risikokapital."

Neue Lohnpolitik

Von REINER GATERMANN, Stockholm

In Schweden ist die Tarifrunde 1984 eingeläutet worden. Sie unterscheidet sich von den früheren in mehreren Punkten. Sowohl in den politischen Parteien als auch in der Wirtschaft ist man sich einig in einem: Die Lohn- und Gehaltsabschlüsse werden darüber entscheiden, ob der positive Effekt der drastischen 16-Prozent-Abwertung der Schwedenkrone vom Oktober 1982 volkswirtschaftlich optimal genutzt werden kann oder ob er jetzt durch kräftige Tarifzuschläge aufgesogen wird.

Die Verlockung ist groß, denn nach Jahren mit fallenden Realeinkommen – insgesamt rund sieben Prozent – müßte jetzt angesichts der beträchtlichen Ertragsverbesserung der meisten Industriebranchen ein Umschwung möglich sein. Ihm werden sich auch die Arbeitgeber nicht ernsthaft widersetzen können. Die Frage ist nur, was ist gesamtwirtschaftlich vertretbar.

Vier Posten kennzeichnen die Situation: hohes Budgetdefizit, hohe Staatsverschuldung, hohe Inflationsrate und eine verhältnismäßig niedrige Arbeitslosenquote. Ziel der Regierung ist es, den Ausgabenüberhang nicht weiter anwachsen zu lassen; er liegt bei umgerechnet ungefähr 27 Milliarden Mark, die Teuerungsrate, 1983 etwa neun Prozent, Ende 1984 auf vier Prozent zu senken und die Erwerbslosenquote, falls notwendig, mit weiteren staatlichen Zuschüssen zu drücken.

Dieser Rahmen verträgt jedoch keine Lohn- und Gehaltssteigerungen von nominell sieben bis acht Prozent, wie sie bisher angemeldet worden sind, was neben anderen zusätzlichen fiskalen Belastungen die Unternehmen laut Berechnungen des Arbeitgeberverbandes 11 bis 13 Prozent kosten würde.

Einiges ist neu in dieser Tarifrunde. Erstmals seit dreißig Jahren verhandelt der Gewerkschaftsbund LO nicht mehr zentral mit dem Arbeitgeberverband (SAF), sondern jeder seiner 22 Mitgliedsgewerkschaften für sich mit dem entsprechenden Unternehmensverband. Dies haben verschiedene Arbeitgeberorganisationen seit langem gefordert, um dadurch zu einer besseren branchenspezifischen Tariffestsetzung zu kommen, während sich die Gewerkschaften dem angesichts ihres obersten Gebotes, eine solidarische Lohnpolitik zu betreiben, widersetzen.

In Anbetracht der neuen Situation hat der LO jedoch seine Mitglieder verpflichtet, die Branchenabkommen erst dann zu unterzeichnen, wenn in allen 22 Bereichen sämtliche rund 130 Verträge fertig verhandelt sind. Ist eine Vereinbarung im Zeichen des Solidaritätsdenkens nicht akzeptabel, können andere Gewerkschaften mit in einem Konflikt einbezogen werden. Die Gefahr eines Arbeitsmarktkampfes ist somit erheblich gestiegen.

Industriebetriebe, die bisher von der solidarischen Lohnpolitik profitierten, sind die Automobilhersteller Volvo und Saab, andererseits wurde damit die Konfektionsindustrie an den Rand des Ruins getrieben. Mit einem Stundenlohn von umgerechnet etwa zwölf Mark liegt der schwedische Kfz-Arbeiter weit hinter dem seines amerikanischen Kollegen (21,90), er übertrifft lediglich den Japaner. Der Textilarbeiter dagegen kommt sowohl in Schweden als auch in den USA auf knapp zehn Mark. Vergleicht man die Arbeitskosten, wird die Anpassung der Löhne in Schweden und deren Diskrepanz zum Ausland noch deutlicher. Der Volvo-Arbeiter liegt bei 20 Mark, während auf den Textilarbeiter 16,50 Mark entfallen. Die entsprechenden Ziffern für die USA sind jedoch 36,60 Mark beziehungsweise 12,30 Mark.

Es wird sich nun zeigen müssen, inwieweit die Gewerkschaften bereit sind, stärker branchendifferenzierte Löhne und Gehälter zu akzeptieren oder mit welchen, sicherlich ertragsorientierten Forderungen zum Beispiel die Volvo-Belegschaft an die Unternehmensführung herantritt. Bei allem wird noch ein weiterer Aspekt eine bedeutsame Rolle spielen, der jetzt auch gern von der Regierung ins Feld geführt wird: Jeder zusätzliche Prozentpunkt Arbeitskraftkostensteigerung bedeutet gleichzeitig 20 000 neue Arbeitslose.

Ministerpräisdent Olof Palme hat allerdings seinen Wählern versprochen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, und in diesen Tagen reist er durch die Provinz, um dort zu verkünden, daß Schweden der Welt beweisen werde, daß man die Erwerbslosigkeit erfolgreich bekämpfen und die Staatsfinanzen in Ordnung halten kann, ohne zu drastischen Ausgabenbeschränkungen vor allem im sozialen Bereich greifen zu müssen.

AUF EIN WORT



„Das Scheitern des Athener EG-Gipfels halte ich als überzeugter Europäer immer noch für besser als faule Kompromisse, die langfristig den Bestand der Gemeinschaft in Frage stellen."

Hans Hartwig, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA)
FOTO: DIE WELT

DIW: Der Export belebt Konjunktur

DW. Bonn

Zur Zeit belebt der Export die konjunkturelle Entwicklung. Nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) beginnt der Export – wenn auch mit Verzögerung – wieder Schrittmacher der Konjunktur zu werden. Im verarbeitenden Gewerbe sind die realen Auftragseingänge aus dem Ausland in den vergangenen Monaten deutlich gewachsen. Bemerkenswert sei, so das Institut, daß auch die Nachfrage nach Investitionsgütern aus dem Ausland erstmals wieder zunehme. Für dieses Jahr erwartet das Berliner Institut – bei steigendem Exportzuwachs – in der Leistungsbilanz voraussichtlich einen Überschuß von etwa zehn Milliarden Mark.

ENERGIE

Beherrschende Rolle der Opec ist „für immer dahin"

dpa/VWD/rtr, Bonn/Genf

Ein „gewolltes Preisdiktat" der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) ist nach Auffassung der Internationalen Energieagentur (IEA) nicht zu befürchten. Ihr Generalsekretär Ulf Lantzke meinte im Westdeutschen Rundfunk, die „absolut beherrschende Rolle" der Opec-Länder in der Versorgung der Welt mit Öl sei wohl „für immer dahin".

Lantzke schätzte im Hinblick auf die am Mittwoch in Genf begonnene Opec-Ministerkonferenz die Wahrscheinlichkeit einer Ölpreiserhöhung als gering ein. Der absolute Tiefpunkt des Ölverbrauchs sei vermutlich im dritten Quartal dieses Jahres überschritten worden.

Unstimmigkeiten über die künftige Ölpreisgestaltung haben den Beginn der Opec-Konferenz überschattet. Vor der Minister-Tagung der Opec sagte der saudiarabische Ölminister Scheich Ahmed Zaki Yamani, sein Land werde zumindest bis Ende 1985 die Preise nicht erhöhen.

Auch die Mehrzahl der zwölf übrigen Opec-Mitgliedsstaaten will an den Preisen und Förderquoten festhalten, die im vergangenen März in London festgelegt wurden. So betonte der Erdölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Mana Saeed Otaiba, der die Konferenz leitet, die Londoner Beschlüsse seien gut, und es gebe keinen Grund, an der dort festgelegten Gesamtförderquote von täglich 17,5 Millionen Barrel und dem Preis von 29 Dollar pro Barrel (159 Liter) etwas zu ändern.

Nur wenige Opec-Länder, an der Spitze Iran, wollen trotz der geringer gewordenen Nachfrage den Barrel-Preis um fünf auf 34 Dollar erhöhen. Der iranische Erdölminister Mohammed Gharazi begründete dies damit, daß die Nachfrage auch durch Preissenkungen und die Produktionsbeschränkung nicht größer geworden sei.

BAUGEWERBE

Im kommenden Jahr wird ein kräftiges Plus erwartet

HANNA GIESKES, Bonn

„Wir steuern auf eine kräftige Steigerung der Bauproduktion zu." Fritz Eichbauer, Präsident im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), rechnet im kommenden Jahr mit einem Plus von rund fünf Prozent. Seine Zuversicht richtet sich vor allem auf den Wohnungsbau, wo er Steigerungsraten von sechs bis sieben Prozent erwartet und auf den Gewerbebau, dem er ein Wachstum von drei Prozent vorhersagt. „Die Preise am Bau werden trotzdem moderat steigen", versicherte Eichbauer in Bonn. Der Baugewerbepräsident rechnet überdies damit, daß es in diesem Winter weniger als 200 000 arbeitslose Bauarbeiter geben werde, „wenn das Wetter mitspielt" – im Vorjahr waren es 262 000. Derzeit sind 106 000 arbeitslos bei insgesamt 1,16 Millionen Beschäftigten im Bauhauptgewerbe.

Ein wenig getrübt wird die Zuversicht jedoch durch die Erkenntnis, daß der öffentliche Bau auch 1984 stagnieren wird. Es werde mit Sicherheit noch eine Reihe von Konkursen geben, „und das trifft vor allem die mittleren Unternehmen". In der Branche vor allem im Tiefbau herrsche zur Zeit ein „gewisser" Verdrängungswettbewerb. Beschäftigungsprobleme fürchtet der Baugewerbepräsident außerdem, wenn am 31. Dezember 1984 die Mehrwertsteueroption im Bauherrenmodell ausläuft. Er wiederholte seine Forderung nach einer Verschiebung um ein halbes Jahr, die Bundesbauminister Schneider jedoch abgelehnt hatte.

Für die kommenden Jahre rechnet Eichbauer mit „Sättigungstendenzen" am Wohnungsmarkt, die schon jetzt „unverkennbar" seien. Das Produktionsniveau von 1980 – 400 000 Wohnungen – werde sich „mit Sicherheit" nicht halten lassen. Die Branche steuere auf eine jährliche Produktion von 300 000 Wohnungen zu. So glaubt Eichbauer auch nicht, „daß wir unsere Beschäftigtenzahlen noch einmal steigern können".

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Davignon weist deutsche Stahl-Vorwürfe zurück

Bonn (dpa/VWD) – Die Brüsseler EG-Kommission hat den Vorwurf der Bundesregierung zurückgewiesen, der deutsche Stahlmarkt werde derzeit mit „subventionierten Importen" aus den übrigen Partnerländern der Gemeinschaft überschwemmt. Der für den Stahlbereich zuständige EG-Vizepräsident Etienne Davignon wies in einer Pressemitteilung der EG-Verbindungsstelle in Bonn die deutsche Darstellung, die Stahlindustrie in der Bundesrepublik gehe an Europa zugrunde, als „absurd" zurück. Nach Darstellung des EG-Kommissars sind die gestiegenen deutschen Stahl-Importe im ersten Halbjahr 1983 vielmehr auf „außergewöhnliche Faktoren" zurückzuführen. Ebenso ist nach Meinung von Davignon der von deutscher Seite häufig vorgebrachte Vorwurf, die Bundesrepublik werde bei den Produktionsquoten benachteiligt, mit Zahlen nicht belegbar.

Hart beim KWG

Frankfurt (cd.) – Die Bundesbank fordert im Rahmen der Novellierung des Kreditwesengesetzes (KWG) eine Konsolidierung von Beteiligungen unter 50 Prozent, eine Zusammenfassung von Krediten nach Risikogesichtspunkten statt nach aktienrechtlichen Vorschriften und eine Senkung der Großkreditgrenze von 75 auf 50 Prozent. Ferner lehnt die Bundesbank die Einführung nachrangigen Haftkapitals ebenso entschieden ab wie den Wunsch des Kreditgewerbes, daß die Kredite einer Bank das 18fache ihres Eigenkapitals überschreiten dürfen.

Rekordstand in London

London (fu) – An der Londoner Wertpapierbörse haben die Aktienkurse einen neuen Rekordstand erreicht. Vor allem eine ganze Reihe guter Unternehmensergebnisse, die in den vergangenen Tagen bekanntgegeben wurden, haben zu dem neuerlichen Kursaufschwung beigetragen. So hat etwa der bedeutende Mischkonzern Trafalgar House seinen Gewinn vor Steuern im letzten Geschäftsjahr von 13,47 auf 79,03 Millionen Pfund fast versechsfacht. Pilkington (Glas) hat seinen Gewinn von 16 auf 30,4 Millionen Pfund, Hanson Trust seinen von 60,1 auf 91,1 Millionen Pfund gesteigert. Bis zum Nachmittag des gestrigen Mittwochs stieg der Financial-Times-Index für 30 Industriewerte um fünf Punkte auf den neuen Rekordstand von 753,2 Punkten, nachdem er tags zuvor bereits um 6,2 Punkte gestiegen war.

Wechsel noch möglich

Düsseldorf (Py.) – Freiwillig in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versicherte Angestellte, deren Gehalt (einschl. 13. und weiterer Gehälter sowie vermögenswirksamen Arbeitgeberleistungen) monatlich zwischen 3750 und 3900 Mark liegt und die mit Anhebung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze am 1. 1. 1984 krankenversicherungspflichtig werden, können nur noch bis zum Jahresende in die Private Krankenversicherung (PKV) überwechseln. Die dazu notwendige private Krankheitskosten-Vollversicherung und Krankentagegeld-Versicherung müssen spätestens Ende Dezember abgeschlossen und bis Ende Januar 1984 beim Antrag auf Befreiung von der Versicherungspflicht nachgewiesen werden. Freiwillig Versicherten mit Einkommen oberhalb der Bemessungsgrenze wird je nach Höhe des Beitrags ein höherer Arbeitgeberzuschuß gezahlt.

100-Millionen-Anleihe

Frankfurt (AFP) – Der kanadisch-US-amerikanische Konzern AMCA International Ltd. wird über ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank eine 100-Millionen-D-Mark-Anleihe zu 8¼ Prozent Zins auflegen. Bei acht Jahren Laufzeit beträgt der Ausgabekurs 100 Prozent. AMCA ist eine diversifizierte Gruppe auf dem Gebiet der Investitionsgüter mit Schwerpunkt Baumaschinen. Die Mehrheit liegt bei Canadian-Pacific.

Allianz Leben erhöht

Karlsruhe (DW.) – Das Grundkapital der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, soll Anfang 1984 zur Anpassung an den gestiegenen Geschäftsumfang von 99 auf 110 Millionen Mark aufgestockt werden. Hierfür sollen den Aktionären in Höhe von 11Millionen Mark junge Namensaktien im Nennbetrag von 50 Mark im Verhältnis 9:1 zum Ausgabekurs von 75 Mark angeboten werden. Die neuen Aktien sind für das Geschäftsjahr 1984 voll gewinnberechtigt.

KABELMETAL / Im neuen Geschäftsjahr verbessert

Aufstockung der Dividende?

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Kabel- und Metallwerke Gutehoffnungshütte AG (Kabelmetal), Hannover/Osnabrück, geht davon aus, die für das Geschäftsjahr 1982/83 30. 6.) angekündigte „Anlaufdividende" von 5 Prozent 1983/84 aufstocken zu können. Kabelmetal-Vorstandschef Jög Stegmann erklärte bei der Vorlage der Bilanz, die Entwicklung in den ersten vier Monaten des neuen Jahres rechtfertige diese Aussage. Die Kapazitäten der GHH-Tochter seien voll ausgelastet, die Nachfrage befriedigend. Das Ergebnis liege deutlich über dem Niveau des Vorjahres.

Optimistisch beurteilt Stegmann die Absatzchancen im Baubereich, in den direkt und indirekt rund 45 Prozent der Kabelmetal-Erzeugnisse gehen. Auf dem Gebiet der Sonderprodukte dagegen (Schiffs- und Anlagenbau, Stahlindustrie) sei eher Skepsis angebracht. Für das gesamte Jahr rechnet Kabelmetal aber mit einem gegenüber 1982/83 (700 Mill. DM) höheren Umsatz. Wenn aus der Kupferpreisentwicklung und aus dem Tarifgeschehen nicht außergewöhnliche Belastungen erwachsen, dürfte der Jahresüberschuß deutlich steigen.

Für 1982/83 weist die Kabelmetal einen Bilanzgewinn von 6,9 (i. V. 0,13) Mill. DM aus, obwohl erhebliche Belastungen im Zuge der Umstrukturierung wirksam wurden. Allein 15 Mill. DM erforderte die Verlagerung der Messing-Fertigung von Nürnberg nach Berlin. Insgesamt erreichten die einmaligen besonderen Aufwendungen 29,4 Mill. DM. Ihnen stehen nur 14,1 Mill. DM Einmal-Erträge gegenüber, vor allem aus der Auflösung von Rücklagen im Zusammenhang mit der Veräußerung des Elektrobereichs an die französische Cables de Lyon. Dieser Negativsaldo habe den Cash-flow im Berichtsjahr auf 20,4 (32) Mill. DM sinken lassen.

Die Probleme bei der Berliner Tochter Kabelmetal Messing GmbH habe man zwar inzwischen unter Kontrolle; die endgültige Bereinigung aber sei noch nicht abgeschlossen. Stegmann will nicht ausschließen, daß der vorgetragene Bilanzverlust von 9 Mill. DM sich im laufenden Jahr noch erhöht. Beabsichtigt sei ein weiterer Belegschaftsabbau um etwa 50 auf dann 420 Mitarbeiter.

Zufrieden äußert sich Stegmann zu den Bilanz-Kennziffern, die sich im Vergleich zum Vorjahr erneut verbessert haben. Das Anlagevermögen und die Vorräte sind jetzt voll durch das Eigenkapital und langfristige Verbindlichkeiten gedeckt. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme liegt bei 57,2 Prozent. Neben dem reduzierten Vermögenseinsatz wirkte sich vor allem der Verkauf der Kabelmetal electro aus. Dadurch flossen dem Unternehmen 65 Mill. DM zu.

US-KONJUNKTUR / Handelsminister Baldrige fordert schnelle Zinssenkungen

Unternehmen steigern Investitionen

H.-A. SIEBERT, Washington

Gesichert scheint in den USA die Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs. Aus den neuesten Statistiken des Handelsministeriums in Washington geht hervor, daß die weitere wirtschaftliche Erholung von den betrieblichen Investitionen getragen wird, falls die hohen Realzinsen nach Deckung des Nachholbedarfs immer mehr Käufer von Einfamilienhäusern und Gebrauchsgütern abschrecken.

Wie US-Handelsminister Malcolm Baldrige erklärte, steigen die Kapitalaufwendungen in diesem Quartal, verglichen mit der Oktober-Dezember-Periode des Vorjahrs, preisbereinigt um 7,3 Prozent. Das kräftige Plus, das weit über den Aufbauphasen nach den beiden vorausgegangenen Rezessionen liegt, führte er auf die Investitionsanreize im Economic Recovery Tax Act of 1981 (verbesserte Abschreibungen und Steuervorabzüge) sowie auf die Eindämmung der Inflation zurück, „die das Vertrauen der Unternehmen in die wirtschaftliche Zukunft gestärkt haben".

Nach einer neuen Umfrage des Ministeriums wachsen im ersten Halbjahr 1984 in Amerika die Investitionen nominal um 3,5 Prozent auf 324,2 Milliarden Dollar (Jahresrate) gegenüber einer Zunahme um 6,8 Prozent im zweiten Halbjahr 1983 und einem Rückgang um 4,9 Prozent von Januar bis Juni. Für das Gesamtjahr 1983 veranschlagt die Behörde den Kauf von Kapitalgütern auf 303,2 Milliarden Dollar – 4,2 Prozent weniger als 1982.

*Real signalisieren die Investitions*pläne der amerikanischen Firmen für das erste Halbjahr 1984 Ausgabenerhöhungen um 3,9 Prozent, während der Rückgang in den Gesamtjahren 1983 und 1982 rund 3,4 und 5,5 Prozent betrug. In den USA sinken die Kapitalgüterpreise in diesem Jahr um 0,8 (1982: plus 4,1) Prozent.

Laut Baldrige erhöhen in den kommenden sechs Monaten vor allem die Verarbeiter ihre Produktionskapazität, um die wachsende Nachfrage zu decken. Real macht die Zunahme 5,2 Prozent aus, verglichen mit minus 5,5 und 9,1 Prozent 1983 und 1982. Im dritten Quartal dieses Jahres hat dieser Sektor mit der Realisierung neuer Investitionsprojekte im Wert von 30 Milliarden Dollar begonnen. Außerhalb der Weiterverarbeitung sinken andererseits die Investitionen um ein (1983 und 1982: minus 2,2 und 3,3) Prozent.

Für Baldrige läßt sich das wirtschaftliche Wachstumstempo in den USA nur halten, wenn die Unternehmen eine große Investitionsbereitschaft zeigen. Dies sei auch der beste Weg, um über höhere Angebote und Produktivitätsfortschritte die Inflation niedrigzuhalten, betonte er. Der Minister warnte in diesem Zusammenhang den Kongreß davor, die steuerlichen Investitionsanreize anzutasten. Vielmehr komme es darauf an, die Zinsen so schnell wie möglich zu senken.

FRANKREICH / Erste Arbeitsniederlegungen

Umstrittene Lohnpolitik

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französischen Gewerkschaften wollen sich nicht mehr mit verbalen Protesten gegen die restriktive Einkommenspolitik der Regierung begnügen. Sie haben jetzt bei der staatlichen Electricité de France (EDF) für den 13. Dezember zu mehrstündigen Arbeitsniederlegungen aufgerufen, um ihrer Forderung nach vollem Ausgleich der diesjährigen Kaufkraftverluste Nachdruck zu verleihen.

Da die einzelnen Elektrizitätswerke zu unterschiedlichen Zeiten bestreikt werden sollen, dürfte durch diese Aktion die Stromversorgung nicht allzu stark beeinträchtigt werden. Aber es handelt sich hier wohl um mehr als einen bloßen Warnstreik. Manche Beobachter sehen darin bereits den Auftakt zu einer größeren Streikwelle.

Tatsächlich werden die französischen Preise in diesem Jahr statt um die vorgesehenen acht Prozent um mehr als neun Prozent steigen, während die Lohnerhöhungen in sämtlichen Tarifverträgen auf acht Prozent festgesetzt worden waren. Andererseits sehen diese Verträge keine Preis-Lohnindexierung vor. Ein voller Inflationsausgleich kann danach nicht gefordert werden.

Für das nächste Jahr will die Regierung den Preis- und Lohnanstieg auf fünf Prozent begrenzen. Sie überläßt dabei im privaten Sektor den Arbeitgeberverbänden, sich mit den Gewerkschaften zu einigen. Da aber alle Unternehmer den behördlichen Preisstopp riskieren, wenn sie ihre Preise über die Norm hinaus erhöhen, haben sie bisher keine Tarifangebote gemacht, die über fünf Prozent hinausgehen.

Verschiedene Verhandlungen sind inzwischen bereits gescheitert. In der Chemie beschloß daraufhin der Arbeitgeberverband einseitig, im März und September 1984 Lohnerhöhungen von je 2,5 Prozent vorzunehmen. Andere Verbände wollen diesmal Nebenleistungen der Lohnberechnung hinzuschlagen, um auf eine optisch bessere Zuwachsrate zu kommen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Shell rechnet mit Verlust

Hamburg (dpa/VWD) – Die Deutsche Shell AG, Hamburg, rechnet für 1983 im Mineralölgeschäft wegen der nach wie vor schwierigen Marktverhältnisse mit einem kräftigen betrieblichen Verlust von 300 bis 400 Mill. DM. Für die Zukunft sei man aber nicht pessimistisch, erklärte Shell-Vor*stand Hans-Georg Pohl. Denn in die* Strukturverbesserungen wie die Konversionsanlage in der Raffinerie Godorf mit einem Investitionsaufwand von 700 Mill. DM würden große Hoffnungen gesetzt.

Herlitz im Aufwind

Berlin (Wz.) – Die Herlitz AG, Berlin, Hersteller von Lernmittel sowie Papier- und Bürobedarf, rechnet in diesem Jahr entgegen den Ausführungen auf der Hauptversammlung im August doch noch mit einem günstigen Ergebnis. Wie das Unternehmen in einem Aktionärsbrief mitteilt, werde eine Trendwende in Umsatz und Ertrag registriert. Infolge der Umsatzzunahme im letzten Quartal dieses Jahres von voraussichtlich etwa 35 Prozent wird das Umsatzziel für 1983 von 350 (Vorjahr 336) Mill. DM erreicht. In Sicht sei außerdem ein Ergebnis wie im Vorjahr. Für 1982 hatte Herlitz eine Dividende von 8 DM je 50-DM-Stammaktie und von 9 DM je Vorzugsaktie ausgeschüttet.

Braun-Preis verliehen

Bonn (DW.) – Den mit 35 000 DM ausgestatteten „Braun-Preis für technisches Design" hat die Braun AG, Kronberg, jetzt zum siebten Mal vergeben. Der Preis fördert die Arbeit junger Industrie-Designer und Techniker. Unter 214 Einsendern aus 20 Ländern hat die Jury zwei Preise zu je 7000 DM verliehen, sowie sechs Anerkennungen ausgesprochen, die mit jeweils 3500 DM dotiert sind.

GB-Inno und Ikea kooperieren

Brüssel (VWD) – Das Möbelhaus Ikea wird mit der größten belgischen Einzelhandelsgesellschaft GB-Inno-BM in Belgien ein Gemeinschaftsunternehmen gründen. Die als Ikea Belgique S. A. firmierende Gesellschaft wird von beiden Partnern zu gleichen Teilen mit einem Kapital von 600 Mill. bfr ausgestattet. Die Zusammenarbeit beschränkt sich nur auf Belgien.

E. Merck: Ertrag gestiegen

Frankfurt (adh.) – Einen kräftigen Ergebnisanstieg um 20 bis 30 Prozent erwartet die Darmstädter Chemie- und Pharmagruppe E. Merck in diesem Jahr, nachdem das Konzernergebnis (vor Steuern) im vergangenen Jahr um 15 Prozent zurückgefallen war. Der Konzernumsatz wird in diesem Jahr um rund 6 Prozent steigen. 1982 hatte der Konzernumsatz bei 1,21 Mrd. DM gelegen; der Gruppenumsatz weltweit machte 2,5 Mrd. DM aus. Auch hier erwartet E. Merck ein sechsprozentiges Umsatzplus. Erstmals seit Jahren sei der Export langsamer als der gesamte Umsatz gestiegen, teilt das Unternehmen ergänzend mit.

HWWA / Günstigere Einkommensentwicklung

Privater Verbrauch nimmt zu

J. BRECH, Hamburg

Mit einem langsamen Anstieg des realen privaten Konsums im kommenden Jahr rechnet das Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung. Im Jahresdurchschnitt geht das Institut von einer Erhöhung um rund ein Prozent aus. Am stärksten dürften dabei die Käufe langlebiger Gebrauchsgüter zunehmen. Die privaten Haushalte, so schreibt das Institut in seinem jüngsten Konjunkturbericht, hätten in diesem Jahr erst einen Teil ihres zuvor aufgestauten Bedarfs an solchen Gütern gedeckt.

Der Anstieg des Verbrauchs wird nach Meinung des HWWA allerdings wesentlich geringer sein als der der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Dies stehe in Einklang mit der Notwendigkeit, die Grundbedingungen für Wachstum und Beschäftigung auf mittlere Sicht zu verbessern.

Eine starke Expansion der Einkommen je Beschäftigten und je Leistungsempfänger würde die Stärkung der Ertragskraft und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte behindern und damit eine Erhöhung der Investitionen hemmen. Ertragsstärkung und Haushaltskonsolidierung seien für die Bekämpfung von Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit wichtiger als kurzfristige Konsumausweitung.

Für die Wiederbelebung des privaten Konsums spricht nach Meinung des HWWA die wieder günstigere Einkommensentwicklung und die abnehmende Sparneigung. Die verfügbaren Einkommen dürften im nächsten Jahr real um ein Prozent steigen.

Einem weiteren Anstieg der Sparquote stehe bei wieder steigenden Einkommen der aufgestaute Ersatzbedarf bei langlebigen Gütern entgegen.

DIW-STUDIE / Produktionsanlagen

Schlechtere Altersstruktur

PETER WEERTZ, Berlin

In der Bundesrepublik haben sich der Altersaufbau und der Modernitätsgrad des Anlagevermögens (Ausrüstungen und Gebäude) im verarbeitenden Gewerbe seit 1970 erheblich verschlechtert. Auf Grund dieser Entwicklung schließt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Einbußen in der technischen Qualität des Anlagevermögens der Unternehmen und negative Rückwirkungen auf die internationale Konkurrenzfähigkeit und die Arbeitsproduktivität nicht aus.

Zugleich weist jedoch das Berliner Institut in seiner Strukturstudie über das Anlagevermögen darauf hin, daß wirtschaftliches Wachstum und Ertragserwartungen einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung der Investitionen und das Anlagevermögen des verarbeitenden Gewerbes haben. Hierzu heißt es in der DIW-Studie: „Solange gesamtwirtschaftlich eine nachhaltige wirtschaftliche Expansion ausbleibt und sich auch keine Beschleunigung im Strukturwandel zwischen entwicklungsstarken und strukturschwachen Fertigungen zeigt, müssen die Kosequenzen aus einem alternden Anlagengefüge auf Produktivitätsentwicklung und Konkurrenzfähigkeit hingenommen werden." Hierbei spiele auch der geringere Auslastungsgrad der Produktionsanlagen eine Rolle.

Wie aus den Zahlenangaben hervorgeht, war 1983 etwa ein Drittel der Produktionsanlagen (Ausrüstungen) älter als elf Jahre. 1970 hingegen nur 22,4 Prozent. Fünf Jahre und jünger waren 36,1 (1970: 42,1) Prozent. Allerdings ist die Altersstruktur und damit der Modernitätsgrad von Branche zu Branche unterschiedlich: Das beste Ergebnis erzielt das Investitionsgütergewerbe.

JOHN DEERE / Schub durch Investitionszulage und Mehrwertsteuer-Erhöhung

Kräftiger Zwischenspurt der Traktoren

JOACHIM WEBER, Mannheim

Nur auf den Schub der Investitionszulage und der damals anstehenden Mehrwertsteuer-Erhöhung führt Michael Frank, Europa-Chef des US-Landmaschinenkonzerns John Deere, es zurück, daß der deutsche Traktoren-Markt im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 10.) mit 45 700 (41 400) Zulassungen kräftig zugelegt hat. Inzwischen hat sich der kurze Boom wieder gelegt. Fürs neue Geschäftsjahr erwartet Frank bestenfalls 43 000 Neuzulassungen. Der Landmaschinenmarkt in Westeuropa bleibt gedrückt, so seine Prognose.

Zwar konnte John Deere mit seinem Mannheimer Traktorenwerk an dem Miniaufschwung nicht voll teilhaben, weil die zunehmend gefragten Niedrigpreis-Versionen im eigenen Maschinenprogramm fehlten. Trotzdem gelang es, das Betriebsergebnis der Regionalzentrale für Europa, Nahost und Afrika von einem Verlust von 52 Mill. DM auf einen Gewinn von 43 Mill. DM zu bringen.

Dazu trug freilich nicht nur die Steigerung der Produktion um 25 Prozent auf 37 800 Einheiten (davon 89 Prozent für den Export) bei, mit der sich die Auslastung auf 75 (66) Prozent verbesserte. Eine Änderung der Richtlinien für die Verbuchung von Währungsgewinnen brachte ein zusätzliches Plus von 38 Mill. DM.

Für 1984 hofft Frank, wenigstens ein positives Betriebsergebnis halten zu können. Das Jahr werde zwar nicht so gut wie das gerade abgeschlossene, weil die Exporte nach Nah- und Mittelost und den USA, die 1982/83 für Aufwind gesorgt hatten, nun zurückgingen. Doch nach einer Verbesserung der Kostenstruktur und mit einer neuen Serie von Spar-Traktoren gehe man gestärkt ins neue Jahr.

Vor allem wegen der Dollar-Stärke wurde der Umsatz der von Mannheim aus verwalteten Gesamt-Region nur um 2,5 Prozent auf 951 (928) Mill. Dollar gesteigert. Da in lokalen Währungen gerechnet (zum Beispiel Deutschland um 20 Prozent auf 231 Mill. DM) teilweise erheblich höhere Zuwächse erzielt wurden, ergibt sich ein „reales" Plus von 4 Prozent.

Im Weltkonzern führte ein Umsatzrückgang um 13 Prozent auf 4 (4,6) Mrd. Dollar auch zu einem Rückgang des Reingewinns 23,3 (52,9) Mill. Dollar. Dabei blieben die Produktionsbereiche Landmaschinen (3,3 nach 4 Mrd. Dollar) und Baumaschinen (654 nach 575 Mill. Dollar) weiterhin in den roten Zahlen – der Gewinn (74 Mill. Dollar) kam aus dem hauseigenen Finanzierungs- und Versicherungsgeschäft.

NORWEGEN / Abkommen mit UdSSR

Fischereiquoten festgelegt

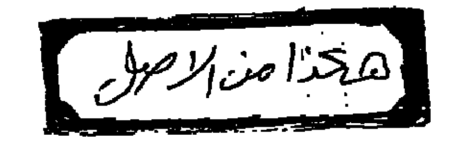
DW. Oslo

Norwegen wird im nächsten Jahr 180 000 Tonnen Kabeljau und 900 000 Tonnen Lodde in der Barentssee fangen dürfen. Über diese Zahlen einigten sich norwegische und sowjetische Behörden in Moskau nach schwierigen Verhandlungen über die Verteilung der Fischerei-Quoten im Norden.

Gunnar Gundersen vom Fischereiministerium zufolge haben die norwegischen Behörden Grund zur Zufriedenheit. Der Internationale Rat für Meeresforschung (CIEM) hatte empfohlen, für das nächste Jahr die Quoten für Kabeljau und Lodde insgesamt zu halbieren, aber Gundersen erklärte, daß es in der Praxis nicht möglich war, dem Rat der Forscher zu folgen. Die Meeresforscher werden statt dessen im September nächsten Jahres eine erneute Bestimmung des Loddenbestandes vornehmen. Bei positivem Ergebnis werden die Beteiligten sich Anfang Oktober wieder treffen, um die Lodden-Quote noch einmal zu erörtern.

In diesem Jahr betrug die Kabeljau-Quote insgesamt 300 000 Tonnen. Für 1984 ist sie auf 220 000 Tonnen festgesetzt. Was die Lodde betrifft, so haben die Beteiligten sich darauf geeinigt, die Quote des nächsten Jahres auf 1,5 Millionen Tonnen zu senken, verglichen mit 2,3 Millionen Tonnen für dieses Jahr.

Die Lodde ist für die Sowjetunion interessanter als der Kabeljau. Das gleiche gilt für den Blauen Wittling. Dem Abkommen zufolge darf die Sowjetunion entlang der norwegischen Küste und bei der Insel Jan Mayn 385 000 Tonnen Blauen Wittling fangen, das ist – verglichen mit diesem Jahr – eine Reduktion von 100 000 Tonnen.



SELEX + TANIA / „Problemlöser für Kleinbetriebe"

Neue Entwicklung im Handel

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Als „Problemlöser für Klein- und Mittelbetriebe" versteht sich die S + T-Handelsgruppe, die in diesem Jahr aus dem Zusammenschluß der Handelsgruppen Selex/A & O, Offenburg, und Tania, Hamburg, entstanden ist. Die vorbereitenden Arbeiten für den Beginn der „größten privatwirtschaftlichen, mittelständischen Handelsgruppe" seien abgeschlossen, heißt es aus der S + T-Bundeszentrale in Offenburg; damit vollziehe sich ein neuer Entwicklungsschritt der freiwilligen Zusammenschlüsse im Handel. Bisher haben sich 88 Klein- und Mittelbetriebe des Handels der S + T-Handelsgruppe angeschlossen – es sind also nicht alle Altgesellschafter (vor allem der Tania) den neuen Weg mitgegangen.

Sie repräsentieren nach Angaben der Bundeszentrale einen Außenumsatz von rund 18 Mrd. DM. Dahinter stehen gut 300 Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser sowie über 100 Cash- and Carry-Betriebe. Die Zahl der angeschlossenen selbständigen Einzelhandelsgeschäfte (A & O, Ifa, Végé, Vivo, Gefra und Himmelreich) wird mit 12 000 angegeben. Neue Klammer der Gruppe ist der Name „Ihre Kette".

Die neue Gruppe, deren Entstehen in Handel und Industrie mit Argwohn verfolgt wurde, versteht sich nach eigenem Bekunden als „ein Partner, der ungleichgewichtige Marktchancen der Klein- und Mittelbetriebe ausgleicht". Denn, so Klaus Jürgen Kaiser, Vorstandsvorsitzender der Bundeszentrale, der gesamte privatwirtschaftliche Handel mit 127 Betrieben von über 60 Mill. DM Umsatz erreiche zur Zeit nur einen Marktanteil von 35 Prozent. Dem gegenüber stünden die Genossenschaften (Edeka und Rewe) mit einem Anteil von 30 Prozent und die überregionalen Filialbetriebe Aldi, co op, Metro und Tengelmann mit einem Marktanteil von ebenfalls 35 Prozent.

Aldi allein, die in den letzten zehn Jahren die rasanteste Entwicklung im Handel genommen haben, halten nach einer Untersuchung der G + I Forschungsgemeinschaft für Marketing, Nürnberg, einen Anteil von gut 15 Prozent am gesamten Lebensmitteleinzelhandel; den Aldi-Umsatz schätzt G + I auf rund 14 Mrd. DM in diesem Jahr. Etwa 17 Prozent der Nahrungsmittelwarengruppen, die Aldi führt, werden wertmäßig über ihn umgesetzt, bei Wasch- und Reinigungsmitteln hält Aldi diesen Angaben zufolge einen Anteil von 15 Prozent. Der „Kleinste" der vier Großen kommt übrigens immer noch auf einen Jahresumsatz von über 10 Mrd. DM.

Vor diesem Hintergrund wird der Impetus der Neugründung verständlich: Nicht 127 einkaufende Mittelbetriebe (gegenüber 8 bei den Genossenschaften und 4 bei den Filialbetrieben), sondern mehr Zusammenballung dieser Einkaufsmacht. In diesem Jahr erreichte die „alte" Selex im zentralen Vertragsgeschäft 4,5 Mrd. DM Umsatz (darunter 1,2 Mrd. DM Eigengeschäft), die Tania 2,0 Mrd. DM. Für 1984 peilt die neue Bundeszentrale gut 7,5 Mrd. DM an.

NAMEN

Dr. Christoph Dorschel, Finanzvorstand in der Vereinigten Versicherungsgruppe, wurde per 1. Januar 1984 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bestellt. **Erhard Puschmann** wurde zum gleichen Termin zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Vereinigten Eos-Isar Lebensversicherung AG berufen. Prof. Dr. **Fritz Raidt**, Personal-Vorstand in der Vereinigten Versicherungsgruppe, wird zum 31. Dezember 1983 aus dem Vorstand ausscheiden.

Dr. **Werner Freund**, wurde zum Geschäftsführer der Sigri Elektrographit GmbH, Meitingen, bestellt. Er ist Nachfolger von **Heinrich Bauer** (64), der aus dem aktiven Dienst ausschied.

Dr. **Jens Odewald** (43), Finanzchef der Kaufhof AG, Köln, wird per 1. Januar 1984 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden ernannt. **Karl Josef Baum** (46), Chef des Zentral-einkaufs, und **Rolf Leisten** (42), Verkaufschef des Unternehmens, werden per 1. Januar 1984 zu ordentlichen Mitgliedern des Vorstandes der Kaufhof AG bestellt.

Rolf Maciejewski, geschäftsführender Mitinhaber der Juwelier Jos. Deiter, Essen, vollendete am 7. Dezember das 65. Lebensjahr.

Peter-D. Wendt, Finanzdirektor der Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG, wurde zum Vorstandsmitglied bestellt.

DEUTSCHE BANK / Betriebsergebnis deutlich verbessert – Zinsmarge 3,3 Prozent – Keine Dividendenprognose

Auch in diesem Jahr hohe Risikovorsorge nötig

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Für 1983 „aus heutiger Sicht wieder einen befriedigenden Jahresabschluß vorlegen zu können", ist für den Vorstand der Deutsche Bank AG unstrittig. Zu konkreteren Hinweisen auf die Dividendenhöhe ließ sich Vorstandssprecher Wilhelm F. Christians jedoch nicht verleiten. Die Steigerung des Teilbetriebsergebnisses (Zins- und Provisionsüberschuß minus Personal- und Sachaufwand) während der ersten 10 Monate um 16,3 (17,3) auf 1,745 Mrd. DM sowie des Betriebsergebnisses (Überschuß aus laufendem Geschäft einschl. Eigenhandel) um 10,8 (28,6) Prozent macht die Vorjahresausschüttung von 11 DM je 50 DM-Aktie unangreifbar. Einige Hinweise zum Ergebnis von Christians und seinem Sprecherkollegen Wilfried Guth nähren zumindest einen vorsichtigen Optimismus über eine nochmalige Anhebung der Dividende. Ganz abwegig ist dies jedenfalls nicht.

Da ist einmal der Hinweis darauf, daß auch nach Risikovorsorge für latente Kreditrisiken im In- und Ausland das Wachstum des Teilbetriebsergebnisses 1983 „sicher nicht schlechter" ausfallen wird als 1983.

Zwar sei es auch bei erkennbar nachlassender Insolvenzwelle im Inland notwendig, die Wertberichtigungen zu erhöhen, doch machen z. B. die Stahlengagements der Bank nur 1,6 Prozent des inländischen Firmenkreditgeschäfts (ohne Abzug von Wertberichtigungen), sogar nur 0,3 Prozent (ebenfalls brutto) des um 11 Prozent auf 156,3 Mrd. DM gestiegenen Kreditvolumens im Gesamtkonzern aus.

Als größter Beitragszahler zum Einlagensicherungs-Fonds (50 Mill. DM) läßt sich die Deutsche Bank die Rettungsaktion für die SMH-Bank (mittelbare Konzernquote 23,9 Prozent) zusätzlich 19,2 Mill. DM kosten. An der zusammengebrochenen IBH-Gruppe bestehen keine Forderungen. Die ungesicherten Kreditengagements in Problemländern betragen nach den Worten Guths etwa 6,4 Mrd. DM. Die gesamte Risikovorsorge will die Bank vor allem aus den Eigenhandelsgewinnen darstellen, die 1983 insgesamt ebensogut ausgefallen sind wie im Vorjahr, wenn auch nicht in allen Teilsparten. Das Kundenwertpapiergeschäft hatte sein bisher bestes Jahr. Das gesamte Wertpapiergeschäft lag in den ersten 10 Monaten um 19 Prozent über dem Vorjahr.

Zum Ergebnis hat das Auslandsgeschäft insgesamt sehr stark beigetragen, wenn auch die Ertragskraft des Inlands größer war. In diesem Zusammenhang: alle Auslandsfilialen haben erfolgreich gearbeitet. Vor diesem Hintergrund ist auch die Beteiligungserhöhung auf 60 Prozent bei der European Asian Bank (Euras) AG, Hamburg, zu sehen.

Die Verbesserung des Teilbetriebsergebnisses resultiert wesentlich aus dem um 8 Prozent auf rund 3,42 Mrd. DM gewachsenen Zinsüberschuß, in dem sich die im 1. Halbjahr zunächst noch auf 3,3 (3,12) Prozent gestiegene Zinsmarge sowie das Wachstum des durchschnittlichen Geschäftsvolumens widerspiegelt. Stärker – auch gegenüber dem Vorjahr – entwickelte sich der mit einem Plus von 12,6 Prozent auf 883 Mill. DM gestiegene Provisionsüberschuß.

Das Geschäftsvolumen der Bank ist in den ersten 10 Monaten des Jahres um 2,1 auf 118 Mrd. DM zurückgegangen, vornehmlich eine Folge des deutlich ermäßigten Umfangs des kurzfristigen Interbankengeschäfts. Das gesamte Kreditvolumen lag Ende Oktober mit 69,5 Mrd. DM um 0,5 Prozent unter dem Vorjahr. Während die Kredite an Banken um 1 auf 5,5 Mrd. DM abnahmen, stieg das Wechselkreditgeschäft um 600 Mill. DM auf 7,4 Mrd. DM. Der Bestand an Kundenforderungen blieb mit 56,6 Mrd. DM auf Vorjahresniveau. Die Fristenstruktur beginnt sich, so Christians, wieder zu den langfristigen Ausleihungen hin zu verschieben. Die Baufinanzierungskredite erhöhten sich seit Ende 1982 um 1,5 auf 15 Mrd. DM. Der Gesamtbestand der Privatkredite hat mit 27,6 (25,7) Mrd. DM fast die Hälfte der Kundenforderungen erreicht.

Die fremden Gelder gingen um 4 auf 99,1 Mrd. DM zurück. Gut die Hälfte der Abnahme entfiel auf Banken, die Termineinlagen von Kunden gingen um 700 Mill. DM zurück. Der Bestand an Spareinlagen zeigte ein Abschmelzen um 700 Mill. auf 20,4 Mrd. DM. Die Gesamtsparleistung der Kunden lag mit 2,1 Mrd. DM leicht unter Vorjahreshöhe.

Im Konzern erhöhte sich das Geschäftsvolumen um 5,5 auf 209,6 Mrd. DM. Das Kreditvolumen erreichte 156,3 (144,9) Mrd. DM. Von diesem Plus entfiel gut die Hälfte auf die Euras-Bank, rund 2,8 Mrd. DM auf die Hypothekenbanken und 2 Mrd. DM auf die Luxemburg-Tochter.

CONTI GUMMI / Schwarze Zahlen in allen Bereichen

Dividende für 1983 sicher

DOMINIK SCHMIDT, **Hannover**

Die Aktionäre der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, werden 1983 eine Dividende erhalten. Einen entsprechenden Vorschlag will der Vorstand dem Aufsichtsrat und später dann der Hauptversammlung unterbreiten. Conti-Vorstandschef Helmut Werner und Finanzvorstand Horst W. Urban, die sich noch vor wenigen Wochen mit dieser Frage nicht beschäftigen wollten, lassen zwar noch offen, wie hoch der Ausschüttungssatz sein wird, sichern aber zu, daß er „höher als 5 Prozent" ausfallen wird.

Conti-Gummi hatte zuletzt 1980, nach achtjähriger Pause, eine Dividende von 5 Prozent gezahlt. Die jetzt getroffene Entscheidung des Vorstands sei mit der damaligen Situation nicht vergleichbar. Urban: „Das wird keine Eintagsfliege bleiben." Conti-Gummi werde alles tun, um wieder „Kontinuität in den Rhythmus der Dividendenzahlung zu bekommen". Die Voraussetzungen dafür seien nicht schlecht. Werner verweist auf die nachhaltige Verbesserung der Finanzstruktur.

Den Ausschlag für die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung habe die günstige Entwicklung in den Monaten November und Dezember gegeben. Werner rechnet für die AG mit einem Umsatzzuwachs von 6 Prozent und für den Konzern mit einem Plus von deutlich 5 Prozent. Alle Bereiche würden schwarze Zahlen schreiben. Auch im Ausland habe sich die Ausgangsbasis verbessert. Dies ermutige den Vorstand, die Investitionen für 1984 um 20 Prozent auf gut 160 Mill. DM im Konzern zu erhöhen. Dabei sei das Umstrukturierungsprogramm der Werke Vahrenwald und Limmer (70 Mill. DM) nicht berücksichtigt.

Werner und Urban wiesen darauf hin, daß die zur Ausschüttung kommende Dividende allein aus dem Geschäft des laufenden Jahres verdient wird. Der Gewinnvortrag aus 1982 (8,4 Mill. DM) werde dafür nicht benötigt. Conti-Gummi verfügt über ein Grundkapital von 270 Mill. DM.

DANFOSS / Zum Jubiläum geht es wieder aufwärts

Plus bei deutscher Tochter

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Nach einer „Funkpause" von zweieinhalb Jahren (und nachdem die Kennzahlen wieder deutliche Besserung zeigen) gibt der dänische Kälte-, Antriebs- und Regeltechnik-Konzern Danfoss wieder einmal Einblick in sein Zahlenwerk. Danach scheint das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) fast nahtlos an das gute Jahr 1980 anzuschließen.

So erreichte der Konzernumsatz, 1980 bei gut einer Milliarde Mark, mit umgerechnet 1,2 (1,06) Mrd. DM ein Wachstum von 13 Prozent. Die Umsatzrendite der 11 500-Mitarbeiter-Gruppe von 9,1 Prozent vor Steuern hat zwar noch nicht ganz wieder das Glanz-Niveau der 13,4 Prozent von 1980 erreicht, deutet aber gegenüber den 6,2 (5,1) Prozent des Vorjahres auf deutliche Besserung hin.

An der Wiederbelebung ist auch der deutsche Teilkonzern mit seinen 2400 Mitarbeitern in zwei Werken und einer Vertriebsgesellschaft nicht unbeteiligt. Ihr Gesamtumsatz nahm um 18 Prozent auf 508 (432) Mill. DM zu. Dabei wuchs der Export um 23 Prozent auf 279 (227) Mill. DM, das Inlandsgeschäft um 11 Prozent auf 229 (205) Mill. DM.

Mit dem Exportschub wurden vor allem Einbußen im Geschäft mit Kühlschrank-Kompressoren wettgemacht, die Danfoss aus seinem Flensburger Werk (1956 gegründet, um ein Bein in der EWG zu haben) an Markenhersteller in aller Welt vertreibt. In diesem Markt hatte die japanische Konkurrenz deutlich an Boden gewonnen, nachdem sie ein Niedrigkosten-Werk in Singapur eröffnet hatte. Eine hochautomatisierte Produktion in Flensburg gleicht den Vorsprung inzwischen aus.

Die dänische Muttergesellschaft, eine Aktiengesellschaft, die sich mehrheitlich im Besitz einer gemeinnützigen Stiftung befindet, feiert in diesem Jahr ihr 50jähriges Bestehen. Nur ein Sechstel der Konzernumsätze entfallen noch auf Dänemark.

BÖWE MASCHINEN

Ertraglose Zeit ging zu Ende

DANKWARD SEITZ, **München**

Nach zwei ertragslosen Jahren konnte die Böwe Maschinenfabrik GmbH, Augsburg, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) erstmals wieder einen „zufriedenstellenden Gewinn" erzielen. Auf eine Gewinnausschüttung mußte nach Angaben des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Peter Boden, jedoch erneut verzichtet werden. Ob sich dies für 1983/84 ändert, wird noch offengelassen. Doch geht man davon aus, daß aufgrund von Neuentwicklungen für die Bereiche Datenträger-Verarbeitung sowie Textilreinigung und -ausrüstung ein „wieder ähnlich gutes Ergebnis" erreicht werden kann.

Im Geschäftsjahr 1982/83 konnte das Augsburger Maschinenbauunternehmen seinen Umsatz um 15 Prozent auf 132,5 Mill. DM steigern, wobei der Exportanteil 60 Prozent betrug. Die beiden Produktlinien Textilreinigung und Datenträgerverarbeitung waren mit plus 14 Prozent auf rund 70 Mill. DM sowie mit plus 13,7 Prozent auf etwa 55,5 Mill. DM am Wachstum gleichermaßen beteiligt. Auf dem Gebiet der „Textilausrüstung im Lösemittel" konnte trotz der Investitionszurückhaltung in der Textilindustrie eine beachtliche Expansion von 38 Prozent auf 7,5 Mill. DM erreicht werden. Wesentlichen Anteil hieran hatte das Inlandsgeschäft.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Dortmund: Egon Naskret, Handel, u. Egon Naskret, Betonwerk, Castrop-Rauxel; **Kaufbeuren:** Buron Sportfahrzeuge GmbH; **Koblenz:** Gewerkschaft Blücher, Grube Kreuzberg b. Kaub, Weisel; **Mainz:** Inter Bau Consulting GmbH, Mainz-Laubenheim; **München:** Nachl. d. Volker Widmann, Eching; **Neu-Ulm:** Nachl. d. Franz Kurbos, Senden/Ay, Wolfgang Werschnik GmbH, Werkzeuge; **Recklinghausen:** Dipl.-Ing. Helmut Jerosch, Architekt, Herten; **Varel:** H.-J. Baar GmbH; **Verden:** Ehlermann Verwaltungsges. mbH; Dipl.-Ing. Hans Ehlermann GmbH & Co. KG, Maschinen- u. Klebstoffabrik; **Westerstede:** Thermo-Schall-Fenster GmbH.

Vergleich eröffnet: Bamberg: Otto Grasser, Alleininh. d. TMG-Teppichboden-Markt Otto Grasser, Eggolsheim.

Vergleich beantragt: Balingen: a) Adam Maier GmbH & Co. KG, Frommern; b) Möbel Maier GmbH, Frommern; **Reutlingen:** Reutlinger Papierfabrik GmbH & Co. KG; **Wuppertal:** Heinrich Neuhaus, Alleininh. d. Robert Spies, Velbert 15.



Aktien weiter nachgebend

Dividendenankündigung beflügelt den Conti-Gummi-Kurs

DW. – Obwohl sich der Dollar nicht mehr weiter befestigt hat, gab es keine Stimmungsbesserung auf dem deutschen Aktienmarkt. Die Kurse der meisten Standardwerte wurden zurückgenommen. Nur dort, wo positive Nachrichten vorlagen, wie jetzt bei Conti-Gummi (dort ist die Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen angekündigt), führten Meinungskäufe zu einer Kursbefestigung. Wie schon am Vortag wurden erneut die Bezugsrechte für Daimler und Mercedes mit 66,50 DM bzw. 59 DM über der rechnerischen Parität gehandelt.

Die Daimler- und Mercedes-Aktien konnten sich nicht völlig der leicht nachgebenden Tendenz entziehen, sondern gaben gegenüber dem Vortag um 2 bzw. 4 DM nach. Bei den Maschinenbauaktien nahmen die Meinungskäufe weiter ab. Immerhin konnten sich aber Linde noch um weitere 3 DM befestigen. Stabil lagen auch Deutsche Babcock-Stämme. Großbankaktien fielen bis zu 2 DM zurück. Im Bereich der Stahlwerte konnten sich Hoesch mit 95 (plus 1 DM) vergleichsweise gut behaupten.

Düsseldorf: Balcke Dürr erhöhten um 3 DM auf 168 DM und Hochtief um 10 DM auf 455 DM. Huta stockten um 5 DM auf 110 DM auf und Mauser um 3 DM auf 110 DM. Nachgeben mußten Hein. Lehmann um 10 DM und Keramag um 6 DM. Pongs und Zahn gaben um 9 DM auf 68 DM nach und Langenbrahm St. um 30 DM auf 1430 DM. Bei den Versicherungen verminderten Aachen Münchner Bet. um 18 DM auf 970 DM und Allianz Leben um 20 DM auf 330 DM.

Frankfurt: Daimler- und Mercedes-Bezüge lagen weiterhin gut auf Parität mit 66,50 DM bzw. 59 DM. Wibau wurden erstmals im ungeregelten Freiverkehr umgesetzt mit Kursen von 2 DM für die alte und 1 DM für die junge Aktie. Von Bauwerten blieben Holzmann 425 DM (minus 13 DM), Hochtief 455 DM (plus 7 DM). Von Nebenwerten veränderten sich Binding-Stämme 227 DM (plus 10 DM) und Buderus 430 DM (plus 10 DM).

Hamburg: Phoenix Gummi gingen zu 151,50 DM (minus 1 DM) aus dem Markt. Haller Meurer konnten sich um 2 DM auf 205 DM erholen. HEW lagen bei 98 (plus 0,50 DM) und NWK-Vorzüge bei 175 DM (minus 0,20 DM). Markt und Kühlhallen wurden mit 319,50 DM (plus 0,50 DM) bezahlt. Beiersdorf gaben um 2 DM auf 346 DM nach.

München: Agrob Vz. erhöhten um 4 DM auf 300 DM und Dywidag um 1,50 DM auf 172 DM. Ekatit Riedinger stockten um 2 DM auf 70 DM auf. Nachgeben mußten Audi NSU um 2 DM auf 260 DM nach und NAK Stoffe um 1,80 DM auf 54,20 DM. Leonische Draht verloren 3 DM auf 312 DM.

Berlin: Rheinmetall erholten sich um 5,50 DM und Herlitz Stämme um 1,50 DM. Engelhardt wurden um 6 DM niedriger taxiert. Orenstein büßten 5,50 DM, Schering 3,50 DM, Herlitz Vorzüge 3 DM und DUB-Schultheiss 1 DM ein.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex vom 7. 12.: 149,1 (149,7);
WELT-Umsatzindex vom 7. 12.: 2828 (2517)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Aktien-Umsätze

Ungeregelter Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Hongkong

Sydney

Wien

	7. 12.	6. 12.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	211	210
Gösser-Brauerei	325	324
Länderbank Vz.	210	211
Österr. Brau AG	291	295
Perlmooser	311	314
Reininghaus	–	–
Schwechater Br.	–	–
Semperit	–	114
Steyr-Daimler-P.	150	150
Universale Hoch Tief	–	207
Veitscher Magnesit	201	201
Index	54,43	54,49

Kopenhagen

	7. 12.	6. 12.
Den Danske Bank	–	307
Jyske Bank	540	550
Kopenh. Handelsbk.	271	279
Novo Industri	3025	3100
Privatbanken	272	281
Ostasiat. Komp.	133	139
Dan. Sukkerfabr.	646	652
For. Bryggerier St.	1210	1245
Kgl. Porz. Fabr.	390	390

Brüssel

	7. 12.	6. 12.
Arbed	1144	1140
Brux. Lambert	2145	2135
Cockerill Ougrée	160	158
Ebes	2585	2575
Gevaert	2900	2900
Kreditbank	5900	5900
Pétrofina	5850	5850
Soc. Gén. d. Belg.	1660	1655
Sofina	5070	4960
Solvay	3270	3320
UCB	4020	4020
Index	129,87	–

Singapur

	7. 12.	6. 12.
Cycle + Car.	6,20	6,15
Cold Storage	5,00	4,96
Dev. Bk. of Sing.	9,45	9,35
Fraser + Neave	6,25	6,15
Kl. Kepong	2,92	2,90
Mal. Banking	9,10	9,00
Nat. Iron	5,85	5,90
OCBC	10,90	10,80
Sime Darby	2,36	–
Singapur Land	5,90	5,80
Un. Overs. Bank	5,45	5,45

Optionshandel

Frankfurt: 7. 12.: 526 Optionen = 31 300 (33 900) Aktien, davon 127 Verkaufsoptionen = 6850 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-75/5, 1-80/2,80, 4-65/4,60, 4-90/3, 7-85/10, Siemens 1-380/3, 4-360/37, 4-370/26, 4-380/18, 4-400/9, 7-380/33, 7-400/21,80, Veba 1-162,50/9, 1-170/7, 4-170/11,20, 7-180/11, BASF 1-150/18, 1-160/8,20, 1-170/3,80, 1-170/3,80, 4-150/25, 4-160/17,40, 4-170/9,60, 4-180/4, 7-180/10,40, Bayer 1-160/10,60, 1-166/40, 1-170/3,30, 4-150/24, 4-160/17,20, 4-170/8, 4-180/5,40, 4-190/3, 7-170/16,50, 7-180/11, 190/6,50, 7-200/5,50, Hoechst 1-170/5, 4-170/15, 4-180/11,60, 7-180/17, BMW 1-340/86, 1-410/30, VW 1-170/35, 1-180/24,20, 1-210/3, 10/1, 4-210/19,40, 4-220/12, 4-230/8,60, 4-240,10, 4-250/3, 7-220/22, 7-240/15,50, 7-260/6, Conti Gummi 1-85/10,60, 1-110/6, 1-120/2, 4-120/10,50, 7-120/14,75, 7-150/5, Lufthansa St. 1-120/21, 1-127,50/15,15, Commerzbank 1-170/3,80, 4-170/12,50, 4-180/7,70, 4-190/5, 7-180/13,60, 7-190/9,40, Dt. Bank 1-320/7,40, 1-330/1,55, 4-320/20, 7-350/14,50, Dresdner Bank 1-170/7, 4-180/9,80, 4-190/6,40, Hoesch 1-90/5,60, 1-100/1,65, 7-100/7,30, Mannesmann 1-130/5,60, 1-140/1,50, 4-130/10,50, 4-140/7,50, 7-130/17,40, 7-140/10,80, Preussag 4-270/20,80, Thyssen 1-80/2, 4-75/7, 4-85/3,50, 7-85-0,90, 7-90/4, 7-95/3,50, Daimler 4-600/112, 4-640/74, Babcock St. 1-170/18,50, 7-190/19,40, VZ 1-160/29, 4-180/18, Degussa 7-370/35, GHH St. 7-140/18, VZ 7-150/3, Harpener 4-270/5,15, Karstadt 1-300/7, 4-300/12,80, Klöckner 1-40/1, RWE VZ 4-180/5, VEW 4-120/7,60, Chrysler 4-70/1180, Xerox 1-120/11, Philips 1-35/4,90, 1-40/1, 1-30/13,40, 4-40/3,50, 7-40/5,20, EH 4-60/0. Verkaufsoptionen: AEG 1-80/2,60, 1-85/7, -75/3,20, 7-75/3, Siemens 1-380/8, 7-370/7,50 Veba 4-170/3,49, BASF 4-170/4, Bayer 4-170/4, Hoechst 1-180/6, 4-170/3, 4-180/7, 7-180/8, VW 1-210/6,70, 1-220/15, 4-200/4,85, 4-210/8,50, 4-220/13,60, 4-230/23,60, 7-210/9,50, 7-220/17, Lufthansa St. 7-140/7,40, VZ 7-140/8, Commerzbank 7-170/6,50, Dt. Bank 4-320/8,10, Dresdner Bank 1-180/9, 4-170/3,90, 4-180/12, 7-170/6, Hoesch 7-95/5,50, Mannesmann 4-130/5, 7-130/7, Thyssen 1-80/4,40, 7-75/4, 7-80/7, BBC 7-210/5,60, Daimler 4-660/19, GHH St. 4-140/10,60, Harpener 1-270/14, Karstadt 4-290/8, Klöckner 7-40/4, Chrysler 1-75/2,50, 4-75/5,20, 4-80/7, 7-80/8,30, 7-85/13,20, IBM 1-330/8,05, Sperry Rand 7-120/10, Xerox 4-120/3,40, Philips 7-40/4,20, Norsk Hydro 4-180/8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 12.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	6⅛–6½	4⅛–4⅜
3 Monate	9⅞–10⅛	6⅛–6⅜	4 –4¼
6 Monate	10 D–10⅜	6⅛–6⅜	4⅛–4⅜
12 Monate	10½–10¾	6⅜–6⅝	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7. Dezember folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

	Ankauf	Verkauf
Gesetzliche Zahlungsmittel)*		
20 US-Dollar	1475,00	1775,00
10 US-Dollar (Indian) **)	1198,00	1390,56
5 US-Dollar (Liberty)	456,00	609,90
1 £ Sovereign alt	256,00	314,64
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	306,66
20 belgische Franken	197,00	251,94
10 Rubel Tscherwonez	265,00	329,46
2 südafrikanische Rand	250,00	306,66
Krüger Rand, neu	1112,00	1308,72
Maple Leaf	1130,00	1308,72
Platin Noble Man	1139,00	1338,36
*Außer Kurs gesetzte Münzen *)*		
20 Goldmark	271,00	340,56
20 schweiz. Franken „Vreneli"	207,00	264,48
20 franz. Franken „Napoléon"	207,00	259,92
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1022,00	1240,32
20 österr. Kronen (Neuprägung)	206,00	257,64
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	140,22
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	475,00	561,40
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	112,00	150,48

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

7. 12. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Ankfs.-Kurs⁴)	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankauf	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,7307	2,7387	2,7100	2,68	2,77
London¹)	3,951	3,965	3,929	3,90	4,05
Dublin¹)	3,106	3,120	3,088	3,10	3,16
Montreal³)	2,1949	2,2029	2,1802	2,14	2,23
Amsterd.	89,230	89,450	88,34	87,75	89,75
Zürich	125,080	125,280	125,18	123,75	126,50
Brüssel	4,921	4,941	4,871	4,75	4,97
Paris	32,850	33,010	32,38	32,25	34,00
Kopenh.	27,540	27,680	27,310	26,50	28,50
Oslo	35,860	35,980	35,32	35,00	36,75
Stockh.**)	34,035	34,195	33,66	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,646	1,656	1,608	1,61	1,71
Wien	14,172	14,212	14,185	14,00	14,32
Madrid**)	1,736	1,746	1,678	1,66	1,78
Lissabon**)	2,095	2,115	2,010	1,60	2,40
Tokio	1,1675	1,1705	–	1,13	1,18
Helsinki	46,940	47,040	45,96	46,00	47,75
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,782	2,806	–	2,10	2,90
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4800	2,4880	–	2,43	2,53
Johannesbg.*)	2,2460	2,2680	–	2,13	2,38

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Schien sich die Situation am Morgen des 7. 12. mit einer etwas schwächeren Tendenz ein wenig zu *entspannen nachdem der US-*Dollar bis 2,7315 zurückgewonnen wurde, so kam es am Nachmittag mit Eintritt des New Yorker Marktes zu einer neuen Nachfragewelle, die den Kurs bis auf 2,74 hochzog. Neue Faktoren waren nicht zu verzeichnen. Die Bundesbank setzte ihre Aktivitäten zur amtlichen Notiz mit einem Verkauf von 34,7 Mill. Dollar zu 2,7347 fort. Die übrigen Währungen wiesen meist geringe Veränderungen in beiden Richtungen auf. Der Yen und das Englische Pfund notierten etwas höher, der Schweizer Franken etwas schwächer. US- Dollar in: Amsterdam 3,0620; Brüssel 55,4450; Paris 8,3050; Mailand 1656,75; Wien 1926,30; Zürich 2,1846; Ir. Pfund/DM 3,113; Pfund/Dollar 1,4473.

Ostmarktkurs am 7. 12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Leicht befestigte Euro-Dollar-Depots im Tagesverlauf führten am 7. Dezember zu einer Erweiterung der Dollar-Abschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,86/0,76	2,55/2,45	5,23/5,03
Pfund/Dollar	0,10/0,12	0,24/0,27	0,30/0,34
Pfund/DM	1,60/0,20	3,60/2,20	8,80/5,40
FF/DM	25/ 9	62/ 46	129/113

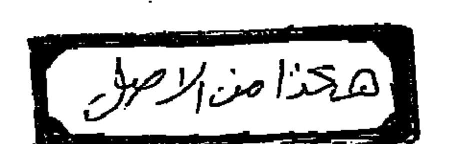
Geldmarktsätze

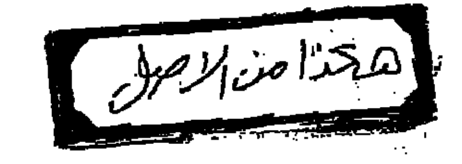
Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 12.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 6,4–6,5 Prozent; Dreimonatsgeld 6,4–6,5 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 12.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 7. 12.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,35). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 7,33. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,80, Rendite 8,05.





Bundesanleihen

		7. 12.	6. 12.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,4G	100,4G
5½ Bund 78 I	1/84	99,9	99,9
6 dgl. 64 I	1/84	100G	100G
8 dgl. 78 I	2/84	100,2G	100,2
7 dgl. 77	3/84	100,05	100,05
7½ dgl. 76 II	4/84	100,25	100,25
5 dgl. 78	5/84	99,45	99,4
6 dgl. 78 III	9/84	99,6	99,6
8½ dgl. 78	9/84	101,15G	101,15G
6 dgl. 78 IV	12/84	99,4	99,45G
6½ dgl. 79	1/85	99,55	99,5
8½ dgl. 73 I	3/85	101,6	101,6
7 dgl. 79	4/85	99,9	99,9
7½ dgl. 79 II	6/85	99,9	99,9
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,6	100,6
8 dgl. 76 IV	10/85	101,2	101,2
5½ dgl. 78 II	3/86	96,1	96,1
5¾ dgl. 78	5/86	95,45	95,40G
7¼ dgl. 76 I	12/86	98,05	98,05
6½ dgl. 79	1/87	96,9	96,9
7¼ dgl. 78 II	1/87	98,6	98,6
6¾ dgl. 77	4/87	97,15G	97,15
6½ dgl. 77	7/87	96,45	96,45
6 dgl. 77	10/87	94,75	94,85
6 dgl. 78 I	1/88	94,15	94,15
6½ dgl. 78 I	9/88	95,15	95,15
6½ dgl. 78 II	12/88	94,85	94,85
6¾ dgl. 79	1/89	94,8G	94,8
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,5G	96,5G
10 dgl. 81	4/89	108,1G	108,1G
7½ dgl. 79 I	6/89	97,25	97,25
8 dgl. 79 I	7/89	99,5	99,5
8 dgl. 79 II	8/89	99,45	99,4
7¾ dgl. 79 II	9/89	97,25	97,25
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,4	98,4
7¾ dgl. 80 I	1/90	97,8	97,7
10 dgl. 80	4/90	108,2	108,3
5¾ dgl. 78	5/90	90,4	90,45
8¾ dgl. 80 I	7/90	99,7	99,75
8¾ dgl. 80 II	11/90	99,75	99,85
7¾ dgl. 82	11/90	97,1	97,1
9 dgl. 81	2/91	103,6G	103,6
10¾ dgl. 81	7/91	110,3	110,3
10¾ dgl. 81	9/91	113,2	113,3G
10 dgl. 81 II	12/91	109,4G	109,4
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,65	107,75
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,75	107,8
6 dgl. 78 II	3/93	87,75G	87,75
9,5 dgl. 82	4/92	106,3	106,3G
9 dgl. 82	5/92	103,25G	103,25
8½ dgl. 82	6/92	100,6G	100,6G
9 dgl. 82	8/92	103,4	103,4
8¾ dgl. 82	9/92	102,05	102,05
7¾ dgl. 82	12/92	96,2G	96,2
7½ dgl. 83	1/93	94,4G	94,4
7½ dgl. 83 II	3/93	94,15	94,2
7½ dgl. 83 III	5/93	95,4G	95,4
8¼ dgl. 83	6/93	99G	99
8 dgl. 83	7/93	97,45	97,45
8¼ dgl. 83 II	8/93	99	99
8¼ dgl. 83 III	10/93	99G	99
8¼ dgl. 83 IV	11/93	99,45	99,45
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,8	100,9
8 dgl. 80 S.2	2/85	101G	101G
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,25G	101,25G
9¼ dgl. 80 S.4	3/85	102,2	102,25
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	101,8	101,9
8¼ dgl. 80 S.6	5/85	101,2	101,2
8 dgl. 80 S.7	7/85	100,9	100,9
7¾ dgl. 80 S.8	8/85	100,2	100,2
8¾ dgl. 80 S.9	10/85	101,1	101,1
8¾ dgl. 80 S.10	1/86	102,3	102,4
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,05	102,2
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	103,9	103,9G
10 dgl. 81 S.13	3/86	103,8	103,85
9½ dgl. 81 S.14	4/86	103,2	103,2
10 dgl. 81 S.15	4/86	104,15	104,15
10½ dgl. 81 S.16	6/86	105,5	105,5
11 dgl. 81 S.17	8/86	106,85	106,85
10½ dgl. 81 S.18	10/86	105,75	105,9
10 dgl. 81 S.19	10/86	104,8	105G
9½ dgl. 81 S.20	11/86	103,7G	103,9G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	105,6G	105,8
10 dgl. 81 S.22	11/86	104,95G	105,05
9¾ dgl. 81 S.23	12/86	103,6G	103,5
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	104,3	104,3
9½ dgl. 82 S.25	3/87	103,75	103,8
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,2	103,2
9 dgl. 82 S.27	4/87	102,35	102,2
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101	101
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104	104
9 dgl. 82 S.30	8/87	102,5	102,6
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	101,9G	101,9
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,05	100,35
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,7bG	99,6
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	98,7	98,65
7½ dgl. 82 S.35	12/87	97,8	97,8
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	96,85	96,8
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	95,2	95,2
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,6	95,1
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	96,6G	96,6G
7½ dgl. 83 S.40	6/88	97,5G	97,5
8 dgl. 83 S.41	8/88	99,35bG	99,35
F 6½ dgl. 79	2/85	99,5bG	99,6G
8½ dgl. 73	2/85	101,6	101,6
7 dgl. 77	2/87	97,65G	97,73
6 dgl. 77	9/87	94,25	94,25G
6 dgl. 78 II	7/88	93,05	93,05G
6½ dgl. 77	5/88	93,05G	93
8 dgl. 79 I	7/88	99,45	99,45
6 dgl. 78 I	2/90	90,15	90,15
8 dgl. 80 II	7/90	98,5	98,5
9 dgl. 81	3/91	103,55	103,55
10½ dgl. 81	8/91	111,7G	111,7G
10¾ dgl. 81	11/1	110,7	110,7
8 dgl. 80 I	2/92	97,8	98
10 dgl. 82	2/92	109,45	109,45
9½ dgl. 82	7/82	106,6	106,6
8 dgl. 82	11/92	97,55	97,65
7¾ dgl. 83	1/93	96	96,1G
8¼ dgl. 83	10/93	99	99

Bundesbahn

		7. 12.	6. 12.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,35G	100,4G
7½ Bdbahn 72	2/84	100,1	100,1
8 dgl. 72	9/84	100,9	100,95
8½ dgl. 76	9/84	101,1	101,1G
6 dgl. 78 II	11/84	99,45	99,45bG

Bundespost

		7. 12.	6. 12.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,35G	100,4G
6½ Bdpost 66	6/86	98,4	98,4
8 dgl. 72 I	9/87	100,4	100,4
10 dgl. 81	3/88	107,9	107,9
10¼ dgl. 81	6/88	109G	109G
8 dgl. 80	3/90	99,05	99,05
7¾ dgl. 80	9/90	97,8	97,8
8¾ dgl. 80	12/90	102,5	102,5
10½ dgl. 81	10/91	111,85G	111,85
9¾ dgl. 82	2/92	108G	108G
8¾ dgl. 82	6/92	102,1	102,2G
8½ dgl. 82	10/92	100,8	100,8
7¾ dgl. 83	2/93	95,9	95,9
8½ dgl. 83	9/93	100,75	100,9

Länder – Städte

		7. 12.	6. 12.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	88	96,15G	96,15
8¼ dgl. 82	92	99	99,1
M 7 Bayern 65	88	99,75G	99,75G
6½ dgl. 67	87	99,5G	99,5G
6 dgl. 68	85	98G	98G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100,15G	100,15G
6 dgl. 78	88	92,8G	93,1
8¾ dgl. 80	90	101,8	101,8G
8¾ dgl. 82	90	102	101,8G
7½ dgl. 83	93	94	94,25
B 8½ Berlin 70	85	101,25	101,25G
8 dgl. 72	85	100,25G	100,25G
7½ dgl. 76	84	101,1G	100,2G
7 dgl. 77	85	99,8G	99,8
6½ dgl. 78	88	95,75G	95,75G
8¾ dgl. 80	88	102,6	102,6
Br 7¾ Bremen 71	87	100,5G	100,5G
8 dgl. 72	87	100,8G	100,8G
7½ dgl. 83	93	94,25G	94,25G
H 8½ Hamburg 70	85	101,1	101,3G
6¾ dgl. 77	92	93,9bG	94,25G
8 dgl. 80	92	98,5G	98,5G
9¾ dgl. 82	92	107,4G	107,4G
7½ dgl. 83	92	93,9G	93,9G
F 8 Hessen 71	86	100,2	100,2G
6¾ dgl. 78	88	92,9	92,9
Hn6 Nieders. 60	84	99,9G	99,9G
8½ dgl. 70	85	101,25	101,25G
7½ dgl. 72	87	98,1G	98,1G
8 dgl. 72	87	99,75G	99,75G
7½ dgl. 79	87	97,75	98
7¾ dgl. 82	92	95,25	95G
8 dgl. 83	93	96,25	96,5G
D 7½ NRW 83	93	94G	94
7¾ dgl. 83	93	95,5G	95,5G
8½ dgl. 83	93	100	100G
8¼ dgl. 83	93	99	99
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,3G	99,3
8 dgl. 71	86	100	100
F 8½ Saar 70	85	100,5G	100,5G
7 dgl. 72	87	97,85G	97,85G
6 dgl. 78	88	92,5	92,3G
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,7G	99,7G
6 dgl. 64 II	84	99,5G	99,5G
7¾ dgl. 72	87	98,5G	98,5G
8½ dgl. 73	85	101G	101G
D 7 Essen 72	85	99,8G	99,8G
M 6 München 64	84	99,6G	99,6G
S 7½ Stuttgart 71	86	99,75	99,75
7¾ dgl. 72	87	99,75G	99,75G
8 dgl. 83	93	97,5G	97,5G

Bankschuldverschreib.

	7. 12.	6. 12.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	98,5	99G
F 7¼ Bakolo Pf 104	99,5G	99,7G
9 dgl. Pf 105	101,6G	102,6G
10 dgl. Pf 108	106,4G	107,4G
7 dgl. KS 132	94,5G	94,5G
8 dgl. KS 155	97,4G	98,4G
9 dgl. KS 169	101,85G	102,05G

Renten abbröckelnd

Am Rentenmarkt hält der Zinspessimismus an. Er wurde durch die Feststellung der Deutschen Bank verstärkt, wonach es zur Zeit keine Basis für eine Zinsprognose gibt. Die Konditionen der neuen Bundesanleihe erweisen sich von Tag zu Tag mehr als überzogen. Im Handel unter Banken wird diese Emission mit Abschlägen von eins bis 1,25 Punkten genannt. Öffentliche Anleihen setzten am Mittwoch ihren Abstieg bis zu 0,30 Prozentpunkten fort. Nur in Einzelfällen ergaben sich minimale Verbesserungen. Ähnlich war die Situation bei den DM-Auslandsanleihen, deren Markt als total verstopft gilt.

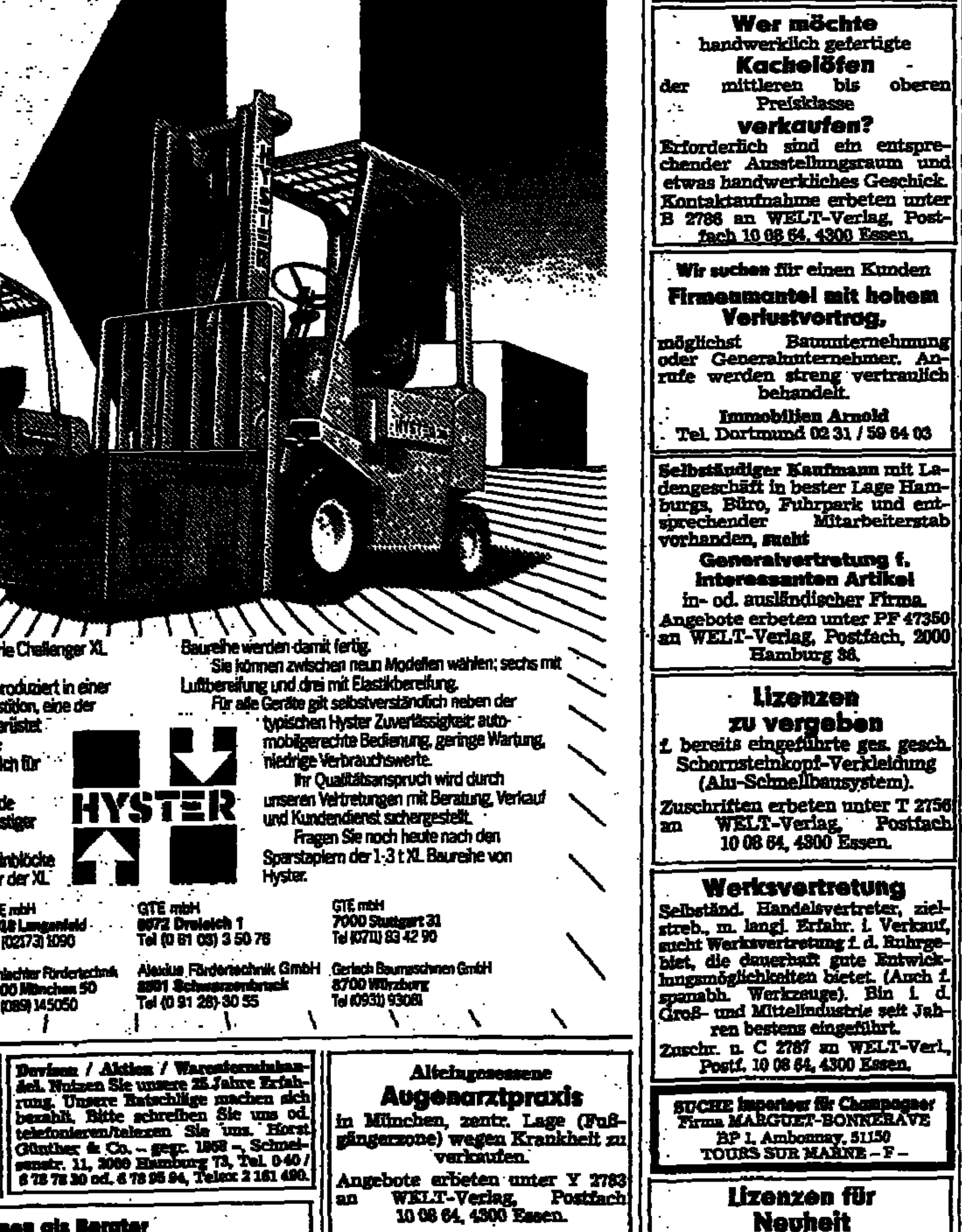
	7. 12.	6. 12.
M 5½ Bayer.Hdbs Pf 14	90G	90G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	93,5G	93,5G
7 dgl. Pf 3	93,25G	93,25G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	95,5G	95,5G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	78G	78G

	7. 12.	6. 12.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,75	88,75
6 dgl. 47	77,5G	77,5
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	108G	108G
6 dgl. Pf 80	92,85G	92,85G
6 dgl. Pf 73	99,85G	99,85G
4 dgl. KO 5	99G	99G

	7. 12.	6. 12.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	116G	116G
6 dgl. Pf 95	77G	77bG
7 dgl. Pf 100	98,75G	99,75bG
D 8 WestLB Pf 350	100,25G	100,25G
8¼ dgl. Pf 403	98G	98G
9¾ dgl. Pf 1007	104,75G	104,75G
8 dgl. Pf 1015	97,7G	97,7G
7 dgl. KO 556	99,2G	99,2G
6¾ dgl. KS 420	94,35G	94,35G

	7. 12.	6. 12.
5¾ NEW 62	[illegible]	[illegible]
7½ dgl. 71	99,25	99,2
4½ Harpen 59	1810G	1810
6 Hoechst 64	99,5G	99,5
6 Hoesch 64	98,8G	98,8
7½ dgl. 71	98,5G	98,5
7½ Karstadt 71	99,1G	99,3
7½ Kaufhof 71	99G	99G
7¾ dgl. 71	98,25G	99,2
7½ dgl. 76	98,85G	98,8
7½ Klöckner W. 71	98,5G	98,5
8 dgl. 72	98,5G	98,5





Warenpreise – Termine

Knapp behauptet schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Leichte Gewinne verzeichnete Silber. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Durchweg höher bewertet wurden auch Kaffee und Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	6. 12.	5. 12.
Dez.	339,50	342,00
März	352,50	355,25
Mai	350,00	354,25

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	6. 12.	5. 12.
St. Lawrence 1 CW	231,05	231,75
Amber Durum	259,35	258,15

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	141,50	144,80
März	146,70	147,80
Mai	150,50	152,30

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	121,20	121,20
März	123,10	123,30
Mai	122,40	122,40

Hafer Chicago (c/bush)	6. 12.	5. 12.
Dez.	178,00	178,25
März	180,75	179,50
Mai	183,00	182,50

Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	328,75	330,75
März	329,75	332,00
Mai	330,50	332,50

Gerste Winnipeg (can. $/t)	6. 12.	5. 12.
Dez.	127,40	128,00
März	131,40	132,10
Mai	132,00	132,40

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	6. 12.	5. 12.
Dez.	153,20	152,75
März	148,80	146,25
Mai	141,00	140,51

Kakao New York ($/t)	6. 12.	5. 12.
Dez.	2335	2290
März	2335	2285
Terminkontr. Mai	2340	2288
Umsatz	3628	4716

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	8,85	8,95
März	9,42	8,91
Mai	9,87	9,84
Juli	9,98	10,15
Sept.	10,16	10,35
Umsatz	6060	6535

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6. 12.	5. 12.
	8,11	8,16

Kaffee London (£/t) Robusta-	6. 12.	05. 12.
Kontrakt Jan.	1968–1970	1965–1966
März	1932–1934	1936–1937
Mai	1857–1858	1867–1869
Umsatz	1854	3176

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1708–1712	1679–1680
März	1706–1707	1678–1680
Mai	1701–1703	1676
Umsatz	9001	5305

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	–	–
März	162,15	159,70–159,75
Mai	167,30–167,40	164,90–165,00
Umsatz	3094	1807

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	6. 12.	05. 12.
schw. Sarawak spez.	420,00	420,00
weißer Sarawak	642,50	642,50
weißer Muntok	650,00	650,00

Orangensaft New York (c/lb)	6. 12.	05. 12.
Jan.	124,00	124,00
März	122,90	123,00
Mai	122,30	122,35
Juli	122,15	122,25
Sept.	122,15	122,25
Umsatz	125	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	6. 12.	5. 12.
Südstaaten fob Werk	49,00	49,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	26,50	26,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	25,75	25,75
Jan.	25,90	25,90
März	26,40	26,35
Mai	26,82	26,75
Juli	27,00	26,90
Aug.	26,50	26,50
Sept.	25,50	25,30

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	28,00	28,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	17,50	17,25
Choice white hog 4% fr. F.	16,75	16,75

Talg New York (c/lb)		
top white	17,25	17,25
fancy	16,75	16,75
bleichfähig	16,50	16,50
yellow max. 10% fr. F.	15,00	15,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	44,10	43,45
Febr.	48,35	47,65
April	47,70	47,25

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	59,65	58,30
März	60,15	58,75
Mai	61,80	60,55

Häute Chicago (c/lb)	6. 12.	5. 12.
Ochsen stark schwere River Northern	56,00	55,00
Kühe stark schwere River Northern	–	52,50

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	765,00	767,00
März	781,00	783,00
Mai	788,00	791,00
Juli	787,00	792,00
Aug.	770,00	773,00
Sept.	715,00	719,00
Nov.	665,00	670,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	215,80	216,00
Jan.	217,00	217,50
März	218,50	219,30
Mai	218,50	218,00
Juli	216,50	217,50
Aug.	211,50	213,00
Sept.	204,00	204,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	6. 12.	5. 12.
Dez.	364,50	362,80
März	376,00	375,50
Mai	381,20	380,00

Kokosöl New York (c/lb)	6. 12.	5. 12.
Westküste fob Werk	42,00	41,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	7. 12.	6. 12.
jegl. Herk. cif	885,00	885,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	525,00	520,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	700,00	695,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	189,50	189,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippines cif	955,00	942,50

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	300,50	302,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb)	6. 12.	5. 12.
Kontrakt Nr. 2: Dez.	78,80	78,00
März	80,25	80,00
Mai	81,40	81,16
Juli	82,17	81,90
Okt.	76,25	76,20
Dez.	74,85	74,80

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	58,75	58,75

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	6. 12.	05. 12.
Dez.	400–408	403–410
Jan.	402–404	406–407
März	412–414	416–417
Umsatz	121	53

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	6. 12.	05. 12.
Dez.	46,50	46,50
März	46,70	46,70
Mai	47,50	47,50
Juli	47,50	47,50
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	6. 12.	5. 12.
Dez.	533,00–535,00	534,00–537,00
März	555,00–556,00	555,00–556,00
Mai	572,00–572,00	572,00–575,00
Umsatz	27	108

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	6. 12.	5. 12.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	6. 12.	5. 12.
Dez.	13 910	13 919
März	13 916	13 920

Kautschuk London (p/kg)	6. 12.	5. 12.
Nr. 1 RSS loco	82,50–84,50	83,00–85,00
Jan.	83,60–84,50	84,00–85,00
Febr.	83,50–84,50	84,00–84,70
Jan./März	83,40–83,50	84,00–84,10
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	6. 12.	05. 12.
Nr. 1 RSS loco	261,00–262,00	261,50–262,50
Dez.	263,50–264,50	264,00–265,00
Jan.	266,00–266,50	267,00–268,00
Nr. 2 RSS Dez.	258,50–259,50	259,00–260,00
Nr. 3 RSS Dez.	255,00–256,00	255,50–256,50
Nr. 4 RSS Dez.	248,50–249,50	249,00–250,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	6. 12.	05. 12.
BWC	400,00	400,00
BWD	390,00	390,00
BTC	400,00	400,00
BTD	390,00	390,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	7. 12.	6. 12.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	111,91–112,01	111,13–111,23
drittfolg. Monat	115,78–115,88	115,20–115,29
Zink: Basis London		
laufend. Monat	236,91–237,31	234,95–235,14
drittfolg. Monat	242,86–243,05	240,60–240,80
Produz.-Preis	280,18	280,43
Aluminium 99,0%	3778–3815	3765–3802

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7. 12.	6. 12.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	398,49–400,86	396,50–398,97
Blei in Kabeln	119,50–120,50	118,75–119,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	7. 12.	6. 12.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	368–378	367–377
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	414–416	412–416
MS 63	408–413	407–411

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.-/kg)	6. 12.	5. 12.
	29,56	29,76

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	7. 12.	6. 12.
Leg. 225	425–428	423–425
Leg. 226	427–430	425–427
Leg. 231	457–460	455–457
Leg. 233	467–470	465–467

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	7. 12.	6. 12.
Platin (DM je g)	38,05	37,80
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	35 700	35 500
Rücknahmepr.	34 950	34 750
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	35 550	35 400
Rücknahmepr.	34 480	34 400
verarbeitet	37 310	37 210
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 320	35 150
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	854,90	850,10
Rücknahmepr.	825,00	820,30
verarbeitet	392,80	884,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	7. 12.	6. 12.
London 10.30	399,75	398,00
15.00	399,75	397,00
Zürich mittags	399,75–400,25	397,80–398,30
Paris (Ff/1-kg-Barren) mittags	108 250	106 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	660,60	657,80
3 Monate	674,60	671,65
6 Monate	690,55	688,50
12 Monate	723,25	719,80
Platin (£-Feinunze) London	6. 12.	5. 12.
fr. Markt	278,35	276,70
Palladium (£-Feinunze) London	–	–
f. Händlerpr.	106,80	106,55

New Yorker Preise	6. 12.	5. 12.
Gold H & H Ankauf	397,00	397,25
Silber H & H Ankauf	950,00	944,40
Platin fr. Händlerpr.	410,00–412,00	410,00–412,30
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	153,00–155,00	154,00–156,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	960,00	956,00
Jan.	968,00	964,00
März	973,50	978,00
Mai	980,00	992,00
Juli	998,00	1008,00
Sept.	1017,00	1030,40
Dez.	1033,00	1065,00
Umsatz	25 000	37 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	6. 12.	5. 12.
Dez.	65,30	64,80
Jan.	65,85	65,25
März	67,05	66,30
Mai	68,45	67,50
Juli	69,80	69,85
Sept.	71,15	70,50
Dez.	73,20	72,55
Umsatz	7 000	10 000

Londoner Metallbörse

	7. 12.	6. 12.
Aluminium (£/t) Kasse	1086,5–1087,0	1079,0–1080,5
3 Monate	1114,5–1115,0	1107,0–1108,0
Blei (£/t) Kasse	282,25–282,50	282,00–282,50
3 Monate	292,00–292,25	292,25–292,50
Kupfer Higher grade (£/t) mittags Kasse	992,50–993,00	988,50–989,00
3 Monate	1017,5–1018,0	1013,0–1013,5
abends Kasse	–	994,00–995,00
3 Monate	–	1018,5–1019,0
(Kupfer-Standard) Kasse	976,50–977,00	978,00–978,50
3 Monate	977,00–1001,5	1001,0–1003,0
Zink (£/t) Kasse	597,50–598,50	593,50–594,50
3 Monate	612,50–613,00	608,50–609,00
Zinn (£/t) Kasse	8697–8700	8700–8710
3 Monate	8825–8830	8825–8876
Quecksilber ($/Fl.)	–	305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	66–67

Am 1. Dezember 1983 verstarb im 81. Lebensjahr Herr

Dr. Herbert Martini

Mitglied des Vorstands unserer Bank von 1950 bis 1971 und stellvertretender Vorsitzender unseres Verwaltungsrats von 1971 bis Ende 1973.

Wir trauern um eine Persönlichkeit, die auf die Entwicklung der Bank und der deutschen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg maßgeblichen Einfluß genommen hat. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit und Verehrung.

Verwaltungsrat, Vorstand, Personalrat und Mitarbeiter der

KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU

Am 5. Dezember d. J. verstarb im Alter von 83 Jahren das ehemalige Vorstandsmitglied unserer Gesellschaft

Werner Simon

Mit ihm verlieren wir eine markante Persönlichkeit unserer Firmengeschichte. Ausgestattet mit Ideenreichtum und großem persönlichem Engagement hat sich Werner Simon während seiner 34jährigen aktiven Tätigkeit große Verdienste, insbesondere beim Aufbau unserer Auslandsorganisation, erworben. Auch nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand blieb er dem Unternehmen mit Rat und Tat stets eng verbunden.

Tiefe Menschlichkeit, große Hilfsbereitschaft und seine bescheidene Art brachten Werner Simon neben beruflicher Hochachtung zahlreiche Freunde im In- und Ausland. Sein Bild wird in uns fortleben. Wir verabschieden uns von ihm in großer Dankbarkeit und Verehrung.

Die Trauerfeier findet heute um 10.00 Uhr in der Friedhofskapelle in Koblenz, Beatusstraße, im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

Dem Wunsch des Verstorbenen entsprechend möge anstelle von Blumen dem Deutschen Roten Kreuz eine Spende überwiesen werden (Sparkasse Koblenz, Nr. 44 016, BLZ 570 501 20).

Bochum, den 8. Dezember 1983

Aral Aktiengesellschaft

Irene Klose

* 15. 9. 1917 † 30. 11. 1983

In stillem Gedenken
im Namen aller Angehörigen
Dr. Herbert Klose

Hamburg 13, Hallerstraße 46

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.
Wir bitten von Beileidsbesuchen Abstand zu nehmen.

Singende Tramway

egw. – Das Wiesel, das sich bei Christian Morgenstern mit dem Bachgeriesel verband, wußte, was es wollte. Welchen Reim sich die Fahrgäste der Wiener U-Bahn auf das Musik-Geriesel machen sollen, mit dem sie von einer weisen Stadtverwaltung kürzlich beglückt worden sind, ist weit fraglicher. Sie wissen's nicht, halten's mit Wilhelm Busch, wonach Musik als Geräusch empfunden wird, und empörten sich in hitzigen Telephongesprächen, Zeitungszuschriften und anderen Protesten. Sie wollen in Ruhe die Langeweile beim Warten auf den Zug genießen, sind ohnehin vom Straßenlärm hinreichend mit Ohrenschmaus gesättigt. Immerhin: eine überraschende Reaktion, die nicht vorauszusehen war. Daß man die Empfänger dieser Volksbeglückung vorher hätte demokratisch befragen können, ob sie darauf neugierig seien, schien angesichts der bekannten melodienfreudigen Mentalität der Wiener allem Anschein nach überflüssig. Aber sie wäre es nicht gewesen, was dem geistigen Gehabe der Stadtbewohner hoch anzurechen ist.

Der praktische Einwand, daß Wiens Straßenbahn, die zu den teuersten der Welt zählt und „nichtsdestotrotz" demnächst wieder teurer wird, eine Millioneninvestition, wie sie das Musikerlebnis auf den Stationen erfordert hat, kaum legitimiert, wurde in den Wind geschlagen. Ein Stadtrat hatte eben einmal einen Einfall, und den gilt es durchzuziehen. In dieser Hinsicht kennt die Gemeindeverwaltung nichts, das hat sie seinerzeit schon bei der Zerstörung der barocken Rauchfangkehrerkirche gegen tausendfachen Protest gezeigt. Die letzte Phase in dem ungleichen Kampf zwischen Amtswillkür und beherrschtem Volksgenossen geht dahin, es werde eine Dreimonatsprobe geben, dann werde man ja sehen. Natürlich sind dann die Gegenstimmen ermüdet. Aber selbst wenn sie sich noch melden sollten, hat man das gute Argument, die Demontage koste doch eine Menge Geld.

Meteorite in Mainz

Urmaterie, die vom Himmel fällt

Ein eindrucksvolles Himmelsschauspiel ereignet sich alljährlich schätzungsweise vier- bis 22mal über dem Gebiet der Bundesrepublik: Irgendwo über unserem Land stürzt eine Feuerkugel von einigen hundert Metern Durchmesser mit einer Geschwindigkeit von bis zu 250 000 Stundenkilometern durch die Atmosphäre unseres Planeten.

Die leuchtende Gaskugel erlischt, wenn das Geschoß aus dem Weltall seine kosmische Geschwindigkeit verloren hat. Dieser Punkt liegt bei Himmelskörpern von Gewichten unter einer Tonne bei zehn bis 20 Kilometer Höhe. Von dort fällt das außerirdische Objekt mit normaler Fallgeschwindigkeit von rund 100 Metern pro Sekunde auf die Erde. Je nach Größe und Gewicht schlägt es ein Loch bis zu zwei Metern Tiefe in die Erde.

Solche Geschosse aus dem Asteroidengürtel im Raum zwischen den Planeten Mars und Jupiter zeigt bis zum 31. Dezember 1983 das Naturhistorische Museum in Mainz in einer Sonderausstellung mit dem Titel „Meteorite. Urmaterie des Sonnensystems". Zu den ältesten Schaustükken, von denen die meisten vom Max-Planck-Institut für Chemie, Abteilung Kosmochemie, in Mainz, zur Verfügung gestellt wurden, zählt ein Bruchstück des Meteoriten von Mainz. Diesen hatte 1852 ein Bauer beim Umpflügen eines Ackers auf einer Anhöhe gefunden und für Eisenerz gehalten. Erst eine Untersuchung im chemischen Laboratorium zu Wiesbaden enthüllte die wahre Natur des Meteoriten. Von den ursprünglich 1,7 Kilogramm gelangten Bruchstücke in Institute und Museen in aller Welt. Das größte davon wird im Museum of Geological Survey of India in Kalkutta aufbewahrt (201 Gramm schwer).

Neue Untersuchungen des Meteoriten von Mainz am Max-Planck-Institut ergaben ein Alter von mindestens 4,26 Milliarden Jahren. Das entspricht der Frühzeit unseres Planeten. Der Gehalt der Edelgase Neon und Argon des Mainzer Meteoriten belegt, daß das Geschoß aus dem All etwa 50 Millionen Jahre als kleiner Körper seine Bahn zog, bevor es auf die Erde fiel. Die aufgeführten Edelgase werden nämlich zum Teil durch die Einwirkung der Höhenstrahlung erzeugt. Aus ihrer Menge kann man auf die Dauer der Einwirkung der Höhenstrahlung schließen. 27 solcher Meteoriteneinfälle sind in Deutschland bisher beobachtet worden.

ERNST PROBST

München: Medizin-Kongreß über Bluthochdruck

Erbfehler kann keine Diät ändern

Neben dem Zigarettenrauchen ist der Bluthochdruck anerkanntermaßen der wichtigste Risikofaktor für Herzinfarkt und -schwäche sowie für den Schlaganfall. All die kaum noch überschaubaren Datenberge, die zum Hochdruck in den letzten Jahren aufgetürmt wurden, können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Ursachen noch weitgehend unbekannt sind. Mit zwei Ausnahmen: Ein spezieller Tumor der Nebennieren und Engstellen in den Nierenarterien bringen das Druckgefüge aus dem Gleichgewicht. Dann sprechen die Mediziner von symptomatischem Hochdruck. Höchstens 10 Prozent aller Hypertoniker sind allerdings dieser Gruppe zuzuordnen, etwa 90 Prozent leiden an Hochdruck unbekannter Ursache, wofür sich die Tarnbezeichnung „essentiell" eingebürgert hat.

Zu beiden Hochdruckformen, den symptomatischen wie den essentiellen, gibt es neue Erkenntnisse, wie einem Münchener Hochdrucksymposium dieser Tage zu entnehmen war. Verengungen der Nierenarterien müssen nicht mehr generell operiert werden: Das ist die erste frohe Kunde. Ein neues Verfahren, schon seit einigen Jahren in mehreren Universitätszentren in Erprobung, beginnt sich durchzusetzen und die häufig problematische Operation zu ersetzen.

Es ist so einfach, daß man sich heute wundert, nicht schon früher darauf gekommen zu sein. Über die Beinarterien wird ein Ballon-bewaffneter Katheter in die Engstelle geschoben. Unter hohem Druck beginnt dann die Aufweitung. Der Ballon drückt den „Schutt" in die Gefäßwand. Nur bei etwa zehn Prozent der betroffenen Patienten, so berichtete Privatdozent H. Ingrisch von der Zentralen Röntgenabteilung der Universitätspoliklinik München, scheidet dieses Verfahren aus, weil der Katheter nicht im „Nadelöhr" plaziert werden kann. Ingrisch hat an über 100 Patienten Erfahrungen sammeln können. In 80 Prozent der Fälle ging alles gut.

Was den essentiellen Hochdruck betrifft, so ist man den zugrundeliegenden Fehlsteuerungen dicht auf der Spur. Professor Th. Philipp vom Klinikum Steglitz in Berlin verknüpfte auf dem Münchener Symposium wichtige neue Einzelbefunde zu einer plausiblen Hypothese. Schon lange wird eine genetische Disposition zur essentiellen Hypertonie vermutet. Als den wichtigsten Übeltäter sah man Hormonsysteme an, die hauptsächlich in der Niere gebildet werden und letztlich den gesamten arteriellen Gefäßbaum beeinflussen können.

Eindrucksvolle Tierversuche bestärkten den Verdacht. So entwikkeln gesunde Ratten, denen Nieren von hypertensiven Artgenossen transplantiert werden, zuverlässig Hochdruck. Auch umgekehrt funktioniert das Modell: Pflanzt man den hypertensiven Tieren normale Nieren ein, sinkt der Blutdruck wieder in Normalbereiche. Damit steht fest, daß die Nieren zumindest eine wichtige Rolle in der Druckregulierung spielen.

Offenbar genau so fundamental scheint das sympathische Nervensystem zu sein, jener Schenkel des Vegetativums, der ein wenig die Rolle des Einpeitschers, des Antreibers spielt und für die Streßreaktionen verantwortlich ist. Vermittelt werden die Sympathikus-Aktionen über das Hormon Noradrenalin. Die Hypertoniker, so die neue Erkenntnis, reagieren auf die Noradrenalin-Reize anders. Die Gefäße sind sensibler, reagieren verstärkt, und zwar mit einer Konstriktion, wodurch der Gefäß-Widerstand zunimmt und auch der Blutdruck.

Diese veränderte Reagibilität beruht auf einer Ionenverschiebung in den Zellen der Gefäßwand. Zu einer intrazellulären Natriumanreicherung kommt noch ein Kalziumstau. Es erscheint wenig wahrscheinlich, daß diese Überflutung der Zellen ausschließlich mit Diätfehlern zu tun hat, obwohl man längst weiß, daß der üppige Kochsalzkonsum drucksteigernd wirken kann. Vielmehr sieht man in einem genetischen Defekt der Enzyme, die für die Aufrechterhaltung der intra- und extrazellulären Ionenkonzentrationen zuständig sind, die eigentliche Ursache für die Entgleisung.

Kürzlich konnte ein Faktor bei Hypertonikern isoliert werden, der die Aktivität des einschlägigen Enzyms hemmt: das fehlende Glied in der Ursachenkette? Wenn dies der Fall sein sollte, bräuchte sich die Pharmaindustrie „nur" einen weiteren Hemmstoff einfallen zu lassen, der den eben gefundenen Aktivitätsbremser neutralisiert. Das grenzt freilich derzeit noch an üble Spekulationen.

Viel näherliegender ist der Einsatz einer anderen Substanzgruppe, die bereits seit einigen Jahren von sich reden macht und mehr und mehr als Mittel gegen den Bluthochdruck verschrieben wird: die Kalzium-Antagonisten. Wenn es, wie offensichtlich bewiesen, bei Hypertonikern zu überhöhtem Kalziumgehalt der glatten Muskulatur in den Gefäßwänden kommt, vermögen diese Substanzen die Kalzium-Überflutung zu drosseln. Tatsächlich läßt sich damit der Hochdruck senken, das ist in vielen Studien nachgewiesen worden.

Am dramatischsten wirken die Kalzium-Antagonisten, je höher der Druck ist. Bei den sogenannten hypertensiven Krisen – eine lebensbedrohliche Situation – holt der Kalzium-Antagonist Nifedipin den Blutdruck innerhalb weniger Minuten in ungefährliche Bereiche herunter. Darüber berichtete Dr. D. Conen vom Kantonspital Basel. Der Schweizer Experte, und nicht nur er, sieht in dieser medikamentösen Krisenintervention einen wichtigen Fortschritt, mit dem zahlreiche Risiken der bisherigen Maßnahmen vermieden werden können.

Damit hat ein theoretisches Konzept (die Kalziumanreicherung in den Zellen als wichtige Hochdruckursache) bereits eine therapeutische Entsprechung. Als man vor über einem Jahrzehnt die Kalzium-Antagonisten in der Bundesrepublik entdeckte, war ihre Bedeutung auch nicht im entferntesten abzuschätzen. Inzwischen haben diese Substanzen die richtigen Krankheiten gefunden.

JOCHEN AUMILLER

Die Vorhaben des Berliner Design Zentrums

Standbein und Zehen

Die bisherigen Räume des Internationalen Design Zentrums in der Ansbacher Straße in Berlin sehen schon ziemlich leergeräumt aus. Zwar ist der Kelch einer vollständigen Liquidierung noch einmal an dem Institut vorübergegangen. Aber im Zuge strenger Sparmaßnahmen, nachdem der Finanzsenator keine Zuschüsse aus dem Kulturressort mehr bewilligt hatte, sich der Bundesverband der Deutschen Industrie zurückzog, ist jetzt mit 400 000 Mark (rund zwei Drittel des Etats) der Wirtschaftssenator der Hauptgeldgeber. Diese Konstellation ist zugleich wegweisend für die künftige Programmatik des IDZ.

Das IDZ zieht Ende des Monats in die Wielandstraße in Kurfürstendammnähe. Dort gibt es jedoch keine Ausstellungsräume mehr, nur ein Büro. Vier feste Mitarbeiter bleiben übrig. Die Bibliothek ist dann auch nicht mehr öffentlich zugänglich. Ob sie in die Hochschule der Künste eingebracht werden kann, steht noch offen. Im Sinne allgemeiner Benutzbarkeit sollte man vielleicht über den Standort Kunstbibliothek in der Jebensstraße nachdenken.

Mit Billigung des Wirtschaftssenators hat der IDZ-Vorstand ein neues, primär wirtschaftsorientiertes Konzept verabschiedet. Nach einem „Übergangsjahr" 1984 soll eine Kooperation und „gemeinsame Politik" mit dem Rat für Formgebung, Darmstadt, angestrebt werden. Beide Institute sollen sich verstärkt der Beratung mittelständischer Unternehmen und Verbände in Design-Fragen widmen, Design-Seminare, -Symposien, -Wettbewerbe, -Konferenzen veranstalten.

In enger Zusammenarbeit mit dem Berliner Institut für Weiterbildung von Führungskräften der Wirtschaft wird das IDZ im Bereich Marketing, Produktentwicklung und Produktgestaltung von Berliner und westdeutschen Unternehmen Fortbildungsseminare durchführen. Auch zukünftig werden Ausstellungsaktivitäten vom IDZ ausgehen. Der Zwang zur Kooperation mit anderen politischen und kulturellen Institutionen (demnächst bereits mit der Neuen Nationalgalerie) könnte positive Effekte, gerade in puncto Besucherzahl, bringen.

François Burkhardt, der seit 1971 fachlicher Leiter des IDZ war, wird unter der Voraussetzung, daß weiterhin experimentelle Arbeit möglich ist, noch als Berater für die Durchführung von Ausstellungen, Kolloquien, Wettbewerben zur Verfügung stehen. Um die Dienstleistungen für die Wirtschaft zu realisieren, wird ein neuer Geschäftsführer eingestellt.

Design steht traditionell auf den Füßen Wirtschaft und Kultur. Das IDZ mag sich in der Vergangenheit vielleicht allzusehr auf das kulturelle Spielbein verlassen haben. Jetzt sieht es so aus, als bliebe dem Institut nur noch das wirtschaftliche Standbein – eventuell mit ein paar zusätzlichen Zehen. Ob die in der Anfangseuphorie großgeschriebenen Buchstaben I (für international) und Z (für Zentrum) noch sinnvoll sind, war selbst dem Vorstandsvorsitzenden des IDZ, Dr. Arend Oetker, einige Zweifel wert. Ob die jetzige Amputation bereits eine Beerdigung auf Raten einleitet, muß man abwarten – den Hut in der Hand: Spenden und Zuwendungen sind willkommener denn je.

PETER HANS GÖPFERT



Ein Buch und eine Summe, die die Gemüter bewegen: Während der Versteigerung bei Sotheby's in London wird das Evangeliar Heinrichs des Löwen gezeigt FOTO: AP

Die Rückkehr des Evangeliars nach Deutschland: Schatz mit 1600 Initialen

Wieviel sind uns die Gefühle wert?

Die Schlacht ist geschlagen. Das Evangeliar Heinrich des Löwen ist wieder in deutschen Händen. In der Herzog-August-Bibliothek zu Wolfenbüttel wird es künftig aufbewahrt werden. Damit kehrt ein „Welfenschatz" in das Land zurück, in dem er entstand und lange aufbewahrt wurde. Es ist eine teure Heimkehr.

Denn mit dem Zuschlagpreis von 7,4 Millionen Pfund ist es nicht getan. Zehn Prozent erhält Sotheby's als Versteigerer. Die Mehrwertsteuer beträgt normalerweise 15 Prozent, und die beiden berühmten Antiquare, H. P. Kraus aus New York und Bernard Quaritsch aus London, die den Kauf übernahmen, sind sich gewiß auch ihres Wertes bewußt. Trotzdem meinte Hans Peter Kraus nach der Versteigerung, es sei ein günstiger Handel gewesen. Man wäre auch bereit gewesen, bis zu zehn Millionen Pfund zu gehen.

An der Finanzierung beteiligen sich der Bund (6 Mill.), die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (3 Mill.), Bayern (7,5 Mill). Außerdem stehen 2,25 Millionen Mark aus Spenden zur Verfügung. Den Rest wird Niedersachsen übernehmen, das können noch einmal zwischen 15 und 20 Millionen werden. Für das Engagement der Stiftung Preußischer Kulturbesitz spielte eine Rolle, daß der Welfenschatz, die wertvollen mittelalterlichen Reliquiare und Goldschmiedearbeiten aus der Braunschweiger St. Blasiuskirche, nicht, wie im Vertrag zwischen Niedersachsen und der Stiftung vorgesehen, regelmäßig in Niedersachsen gezeigt werden können, weil die meisten Stücke nicht mehr transportfähig sind.

Mit dem Evangeliar hat das Land, das sich noch immer dem welfischen Erbe verbunden fühlt, ein Kunstwerk zurückgewonnen, mit dem sich über seinen historischen und künstlerischen Wert hinaus hohe Gefühlswerte verbinden. Der Preis ist der höchste, der je für ein Kunstwerk gezahlt wurde. Leonardos „Codex Leicester", das zweitteuerste Buch, kam 1980 auf 2,2 Millionen Pfund, eine Gutenbergbibel erreichte 1978 in New York 3,8 Millionen Mark. Und den zweithöchsten Versteigerungserlös erzielte mit 2,31 Millionen Pfund 1970 das Gemälde „Juan de Pareja" von Velasquez.

Bei dem Evangeliar handelt es sich um die umfangreichste und schönste der 19 bekannten Handschriften, die im 12. Jahrhundert im Kloster Helmarshausen entstanden. Mit 226 Seiten, mehr als 1600 kleinen und 77 großen verzierten Initialen sowie 41 ganzseitigen Miniaturen entfaltet es einen künstlerischen Reichtum, der allenfalls mit dem drei- bis vierhundert Jahre älteren „Book of Kells", dem irischen Nationalheiligtum, zu vergleichen ist.

Das Evangeliar wurde nach 1173 von Heinrich dem Löwen in Auftrag gegeben. Das verrät das vorletzte Bild, das die Krönung Heinrichs mit Mathilda zeigt, flankiert von Heinrich II. von England, dem Vater Mathildas, und dem gerade heiliggesprochenen Thomas Becket. Wie diese Darstellung erlauben auch die anderen Miniaturen eine Fülle historischer Rückschlüsse.

Die wissenschaftliche Arbeit kann überhaupt erst jetzt richtig beginnen, weil die Handschrift bisher nie der Forschung zur Verfügung stand. Viele der Miniaturen sind im Auktionskatalog zum erstenmal reproduziert. So erhofft man sich wichtige Aufschlüsse über die frühe Buchmalerei. Denn das Evangeliar ist eines der wenigen Werke, deren Schöpfer, hier der Mönch Herimann, bekannt sind.

Dennoch: Am wichtigsten ist wohl doch, daß mit dem Evangeliar ein Kunstwerk in seine Heimat zurückkehrt, in dem sich deutsche Geschichte wirklich exemplarisch manifestiert. Das hätte auch noch höhere Preise gerechtfertigt.

PETER DITTMA…

Der Durchbruch kam mit Breughel – Brüssel zeigt „Das Kind in der Kunst"

Wer die Großmutter zur Freundin hat

Ein wenig hochmütig schaut Mademoiselle de Buysscher von ihrem Ehrenplatz in der Weihnachtsausstellung der Belgischen Sparkasse. Mademoiselle – höchstens vier Jahre alt – ist ein bezauberndes Kinderporträt, das die Veranstalter zum Emblem ihrer Ausstellung gewählt haben, die sie in ihrem Stammsitz im Zentrum von Brüssel bis 5. Februar zeigen.

„Das Kind in der belgischen Kunst" ist das Motto. Ein reizvolles Thema, das zu einem Panorama belgischer Kunst von 1800 bis zur Gegenwart wird. Bedeutende belgische und ausländische Museen und private Sammlungen haben dazu beigetragen – und in der Eingangshalle auch einige namenlose belgische Kinder mit ihren farbenfrohen Zeichnungen.

Erst seit dem 15. Jahrhundert wurden Kinder porträtiert. Und auch später gab es nur wenige Familien, die ihre Kinder malen ließen. Meist waren es die eigenen Kinder des Malers, die da Modell standen, wie der kleine Nicolaus Rubens. Die Rubens und Breughel allerdings, die ganz Großen des Landes, sind nicht im Original zu sehen, wohl aber die „Modernen", Magritte, Tytgat, Evenepoel, Ensor, Khnopff, Permeke.

Die Ausstellung ist chronologisch in mehrere Säle gegliedert. Sie beginnt mit den großen Porträtisten zu Beginn des 19. Jahrhunderts: mit François-Joseph Navez, der 1787 in Charleroi geboren wurde und 1869 in Brüssel starb, mit Ferdinand de Braekeleer aus Antwerpen und dem Wallonen Joseph Barthélemy Vieillevoye, der den später sehr berühmten belgischen Geiger und Komponisten Henri Vieuxtemps als achtjähriges Wunderkind malte.

Die alten Ölbilder in ihren kostbaren Rahmen und warmen Farben scheinen die Besucher mehr anzuziehen als die Modernen. Das Abstrakte scheint dem Thema Kind nicht gemäß und kann es scheinbar nur auf verschlüsseltem Wege erreichen, wie Paul Delvaux' „Visite" und ein Happening, das sich „Freitagabend" nennt, zeigen: Da ist ein Puppenjunge mit Frottierhandtuch um die Schultern zu sehen, den man zum abendlichen Bad in einen alten Kochtopf auf einem altmodischen Gasbrenner gesetzt hat. Das alles ist nicht etwa ein Gemälde, sondern die Aufreihung alltäglicher Gegenstände.

Immer wieder begegnen wir dem Motiv der Großeltern in zärtlicher Begegnung mit den Enkeln. Hatten sie mehr Zeit, sich malen zu lassen, als die Eltern? Auch Hund und Kätzchen treten als Freunde und Spielgefährten auf. Zwar überwiegen die Bilder in Samtanzug und Spitzenkleid, aber auch Bilder wie das der kleinen Waisenmädchen in ihren einförmigen blauen Kitteln und das traurige „Kinderhospital" fehlen nicht.

Belgiens Banken und Sparkassen überbieten sich in letzter Zeit mit sehenswerten Kunstausstellungen. Sie sind zu großzügigen Mäzenen alter und neuer Kunst geworden. Der Eintritt ist frei und die Besucher zahlreich. Meist kommen sie in ihrer Mittagspause aus den umliegenden Büros und Geschäftshäusern. Am „Groten Markt" veranstaltete die Kredietbank, die größte flämische Bank, gerade eine Ausstellung über alte und neue Orgeln des Landes, und die Gläser-Ausstellung einer anderen belgischen Bank bleibt unvergessen.

JUTTA BURGHARDT

JOURNAL

Weißer Schutzanstrich für Kölner Dom

dpa, Köln

Der Kölner Dom ist nach Auffassung von Experten unter Umständen nur durch einen weißen Schutzanstrich langfristig vor dem „Steinfraß" zu retten. Allein im Rheinland sind – so der Kölner Dombaumeister Arnold Wolff – weitere 50 000 Baudenkmäler in akuter Gefahr. Auch im übrigen Bundesgebiet sehe es kaum anders aus, sagte Wolff anläßlich der Eröffnung einer Ausstellung „Steinzerfall – Gefahr für Denkmäler". Zugleich forderte er eine rigorose Entschwefelung der Luft. In der Öffentlichkeit werde häufig übersehen, daß saurer Regen nicht nur die Wälder, sondern auch Denkmäler bedrohe.

Trier bereitet seinen 2000. Geburtstag vor

E. N. Bonn

Mit Blick auf die 2000-Jahr-Feier der Stadt Trier im kommenden Jahr zeigt jetzt die Rheinland-Pfälzische Landesvertretung in Bonn eine Ausstellung zur Geschichte dieser Stadt. Trier wurde 16 v. Chr. von den Römern als Augusta Treverorum gegründet und galt bald als „urbs opulentissima", als „prächtigste Stadt". Zu sehen sind in der Landesvertretung bis zum 15. Dezember unter anderem der 983 für den Erzbischof Egbert von Trier hergestellte „Codex Egberti", antike Schreibgeräte, Münzen und Keramiken aus Trierer Funden und der aus dem Rheinischen Landesmuseum in Trier stammende Pfahlquerschnitt der ältesten Römerbrücke in Deutschland.

Verzeichnis der Autoren und Künstler

DW. Düsseldorf

Eine Übersicht über „Bildende Künstler und Autoren in Düsseldorf" bietet die gleichnamige Broschüre, die jetzt vom Literaturbüro Nordrhein-Westfalen (Bilker Str. 6) herausgegeben wurde. Auf jeweils einer Seite dieses umfangreichen Bandes wird den beteiligten Künstlern Gelegenheit gegeben, sich mit einer Arbeit, einer kurzen Biographie und einer Ausstellungsübersicht vorzustellen. Die Autoren müssen sich dagegen mit einem Foto und einer Kurzbiographie begnügen. Der Band kann vom Literaturbüro für 16 Mark (plus Porto) bezogen werden.

Maulkorb für Polens Filmschaffende

JGG. Warschau

Polens Chef der Kinematographie", Vizekulturminister Jerzy Bajdor, ist mit der „Vereinigung Polnischer Filmschaffender" weiterhin unzufrieden. Zwar sei die „Vereinigung" neben den Verbänden der Komponisten, Musiker und Fotografen die einzige Künstlerorganisation gewesen, die auf die Militärregierung zuging, doch sei sie weiterhin eine „Gleichung mit vielen Unbekannten", ja ein „Konglomerat sehr verschiedener Tendenzen". Er gab zu verstehen, daß weitere Säuberungen in der Verbandsspitze erforderlich seien. Bajdor kündigte ferner ein neues Filmgesetz an und engere Bindungen sowie Koproduktionen mit Film-Ateliers in der UdSSR und CSSR.

Peter-Huchel-Preis für Lyrik

dpa, Baden-Baden

Einen Peter-Huchel-Preis für Lyrik in Höhe von 10 000 Mark haben der Südwestfunk (SWF) und das Land Baden-Württemberg gemeinsam gestiftet. Die Auszeichnung soll die Entwicklung der Lyrik fördern und gleichzeitig das Andenken an den bedeutenden Lyriker Huchel (1903–1981) wachhalten. Er wird künftig alljährlich am 3. April, dem Geburtstag des Lyrikers, erstmals 1984, verliehen. Die Preissumme wird zu gleichen Teilen vom Land und dem SWF aufgebracht.



Ein junger Manager zieht um: Daniel Mesguich als Walter in Robbe-Grillets neuem Film FOTO: DIE WELT

Fast ein Poem: Robbe-Grillets Romanverfilmung „Die schöne Gefangene"

Walters Tod auf offener Bühne

Alain Robbe-Grillet, der einstige Vater des „nouveau roman" in Frankreich, hat nicht zum ersten Mal eigene Arbeiten als Vorlage zu einem Drehbuch benutzt. Fast alle seine Filme fanden zwar oft die Zustimmung der Kritik, nicht aber die des breiten Publikums, dem sie zu esoterisch und einfach zu unverständlich waren. Auch „Die Schöne Gefangene", Robbe-Grillets jüngster Film, ist ein Fest für Insider und Fans.

Der Titel spielt auf ein Gemälde des surrealistischen Malers René Magritte an, dessen Hauptelemente immer wieder vorkommen: rote, halbgeöffnete Theatervorhänge, irgendwo am menschenleeren Strand wie zufällig aufgehängt; ein weiter Blick auf die Brandung; im Vordergrund eine Staffelei, die Sand und Meer genau so zeigt, als sähe man sie durch den roten Samtvorhang hindurch. Auf dieser Bühne spielt sich das Schicksal eines Mannes ab, der nicht ahnt, daß hier sein eigener Tod zelebriert wird.

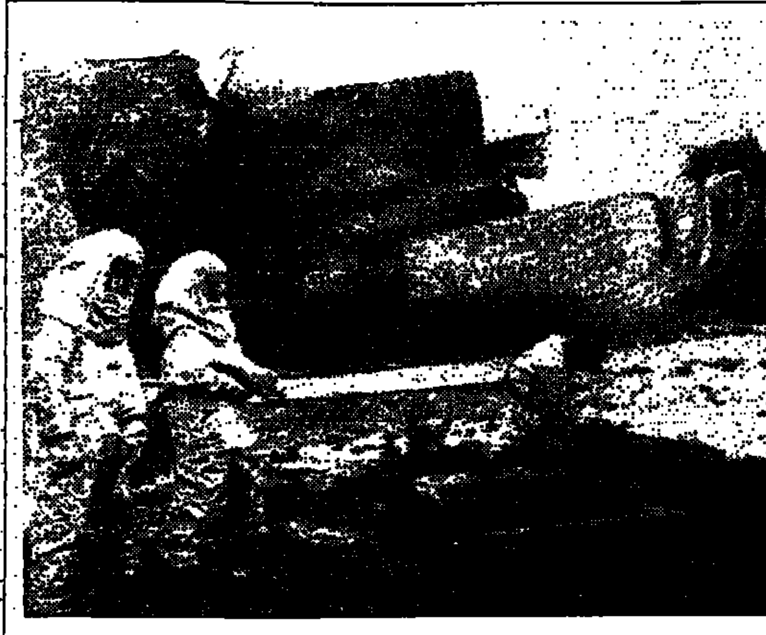
Die Geschichte entzieht sich jeder Eindeutigkeit, spielt in parallelen Welten, die immer dann, wenn man es gerade nicht erwartet, wie durch Schleusen ineinander übergehen. Robbe-Grillet jongliert mit Chiffren des Phantastischen und des Surrealen genauso wie mit Elementen des Vampir- und des Horrorfilms. Besonders angetan hat es ihm der Mythos von der „Braut von Korinth", auf den er hier immer wieder anspielt.

Der Mann, um den sich alles dreht, ist ein junger Manager namens Walter (Daniel Mesguich). Gleich zu Anfang begegnen wir ihm. Er steckt mitten im Umzug. Er verbringt die erste Nacht in seiner neuen Wohnung, die noch ganz leer ist, weil die Lieferung der Möbel auf sich warten läßt. Die ungewohnte Umgebung, körperlicher und seelischer Streß, fremde Geräusche im neuen Haus und draußen auf der Straße bescheren ihm eine unruhige Nacht. Er steht einen ebenso schaurigen wie atemberaubenden Alptraum durch, in dem alle Schrecken und Hirngespinste seiner Kindheit wach werden.

Da erhält er zum Beispiel rätselhafte Aufträge einer Geheimorganisation, die er nicht erfüllen kann, weshalb er zum Tode verurteilt wird. In einer Bar verliebt er sich in eine blonde Frau, die in der Folge bald gefesselt vor seinem Auto liegt, bald wie ein zärtlich-rasender Vampir anämischen Jünglingen das Blut aus den Adern saugt.

Die Bilder dieses rational kaum zugänglichen Films sind von großer Schönheit. Der 75jährige Henri Alekan, einer der besten und experimentierfreudigsten Kameramänner unserer Zeit, hat das märchengleiche Gaukelspiel aus Licht und Farben fotografiert. Alekan hat einst mit Cocteau gearbeitet, mit Chaplin und Abel Gance. Und unlängst mit Joseph Losey und Terence Young. Er hat auch den letztes Jahr in Venedig preisgekrönten Wim-Wenders-Film „Der Stand der Dinge" hervorragend ins Bild gesetzt und nun diesen raffiniert-nostalgischen Kunstfilm, den man genießen sollte wie ein surrealistisches Gedicht, eines von Paul Eluard beispielsweise, in dem der Lyriker steif und fest behauptet, daß die Erde so blau wie eine Orange sei.

DORIS BLUM



Im dichten Nebel fanden die Rettungsmannschaften zunächst nicht einmal die Unfallstelle. Kollision und Explosion der Maschinen hatten nicht viel mehr als einen Berg von Trümmern übriggelassen. FOTOS: AP/DPA

Im Nebel starteten zwei Jets in den Tod

ROLF GÖRTZ/dpa, Madrid

Das Drama blieb nahezu unsichtbar. Dichter Nebel lag wie ein Leichentuch über dem Madrider Flughafen, der zum zweiten Mal innerhalb von elf Tagen Schauplatz einer Flugzeugkatastrophe wurde. Mindestens 104 Menschen kamen beim Zusammenstoß und der anschließenden Explosion zweier spanischer Maschinen ums Leben. Nur 31 Passagiere und Besatzungsmitglieder entkamen dem Inferno.

Bis gestern nachmittag widerprachen sich noch die Berichte über den genauen Hergang des Unglücks. Offensichtlich hatte die Boeing 727 der spanischen Liniengesellschaft Iberia mit rund 300 Stundenkilometern ihre volle Rollgeschwindigkeit erreicht, als eine DC-9 der Chartergesellschaft Aviaco ihren Weg kreuzte. Der Pilot soll noch versucht haben, seine Maschine in letzter Sekunde hochzureißen. Damit brachte er aber nur die Nase seines Vogels über das tödliche Hindernis. Wahrscheinlich aber hat die Iberia-Besatzung diesem verzweifelten Versuch zu verdanken, daß sie überlebte. An Bord der DC-9, die nach Santiago de Campostella fliegen wollte, gab es keine Überlebenden.

Zu den weiteren Überlebenden an Bord der Boeing zählen auch vier Passagiere mit deutschen Namen, darunter die beiden „DDR"-Beamten Bernhard Seifert und Manfred Taube. Die Überlebenden berichteten, alles sei sehr schnell gegangen und die Maschinen hätten sofort gebrannt. Iberia-Kapitän Lopez Barranco stammelte im Schock immer wieder: „Ich hatte Starterlaubnis, ich hatte Starterlaubnis." Gestern allerdings war noch ungeklärt, ob der Kommandant der DC-9 vom Kontrollturm falsche Anweisungen erhielt, die Startbahn verwechselte oder aber in dichtem Nebel unbeabsichtigt auf die Startbahn geriet.

Der in dieser Jahreszeit in Madrid häufig sehr dichte Bodennebel trug sicherlich entscheidend zu dem Unglück bei. Die Sichtweite lag unter 100 Metern. Der Flughafen war schon in der Nacht für Landungen gesperrt worden, für Starts jedoch offen.

In den ersten 20 Minuten nach der Kollision herrschte völlige Verwirrung. Die Rettungsmannschaften fanden die verunglückten Flugzeuge im Nebel erst, als sie ein Überlebender zur Unglücksstelle führte. Beide Flugzeuge waren durch die schweren Explosionen völlig zerstört. Die meisten der Opfer waren bis zu Unkenntlichkeit verstümmelt und verbrannt.

„Ich glaube, mich hat nur gerettet, daß ich mich in der Panik beherrschen konnte", erzählte einer der Überlebenden in einem Rundfunk-Interview. „Was und wie alles geschah, weiß ich eigentlich immer noch nicht. Ich las gerade in der Zeitung, als ein fürchterlicher Schlag die Maschine erschütterte. Sekunden später stand alles in Flammen. Es dauerte schrecklich lange, bis die Krankenwagen und Feuerwehren kamen." Beide Piloten galten als besonnene und erfahrene Flugkapitäne.

Die Katastrophe erinnert an das Unglück von Los Rodeos auf Teneriffa, wo am 28. März 1977 ein vollbesetzter Jumbo von PanAm mit hoher Startgeschwindigkeit auf einen holländischen Jumbo stieß. Bei dieser größten Katastrophe der Fluggeschichte kamen 585 Menschen in den Flammen um.

Erst am Sonntag vor einer Woche war ein Jumbo der kolumbianischen Fluggesellschaft Avianca kurz vor der Landung auf dem Madrider Flughafen abgestürzt. Dabei waren 181 Menschen ums Leben gekommen.

Vier Millionen Mark Lösegeld für Lufthansa-Mann?

dpa, La Paz

Die Lufthansa hat für die Freilassung ihres entführten Mitarbeiters in Bolivien, Michael Wurche, ein Lösegeld in Höhe von umgerechnet rund vier Millionen Mark gezahlt. Das erklärte gestern Boliviens Inneminister Federico Alvarez Plata in La Paz. Sprecher der Lufthansa in La Paz lehnten eine Stellungnahme dazu ab. Der 40jährige Wurche war am 14. November beim Verlassen seines Büros in La Paz von Unbekannten entführt und zwölf Tage später freigelassen worden. Er ist inzwischen mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt.

Die bolivianische Polizei verfolgt nach Angaben von Alvarez Plata „heiße Spuren" bei der Fahndung nach den Kidnappern, die sich als Mitglieder einer bisher unbekannten „Organisation des 10. November" bezeichnet hatten. Nach Ansicht des Ministers sind die Entführer Kriminelle, die keine politischen Motive hatten. Die Zeitung „Ultima Hora" in La Paz berichtete, die Tat sei von einer Bande von zehn Männern begangen worden, die ihr Opfer während der zwölftägigen Entführung an verschiedenen Orten in der Hauptstadt sowie in den Provinzstädten Oruro und Cochabamba gefangengehalten hätten.

Deutsch im US-Fernsehen

dpa, New York

Die deutschsprachige Fernsehsendung „Kaffeeklatsch etc.", die seit acht Monaten probeweise im Großraum New York ausgestrahlt wird, soll von Mitte Januar an in ganz Amerika zu sehen sein. Das bislang auf 28 Minuten begrenzte Wochenmagazin des Verlagshauses „Horizon Press" wird auf eine Stunde verlängert und über Satellit an mehr als 400 Kabelsysteme geliefert.

Premiere in England

rtr, London

Ein Chirurgen-Team des Harefield-Krankenhauses bei London hat sich zum ersten Mal in Großbritannien an einer Herz-Lungen-Transplantation versucht. Die fünfstündige Operation verlief nach Angaben eines Krankenhaussprechers „sehr glatt".

Brücken verkauft

dpa, Minden

Die Deutsche Bundesbahn hat mehr als 30 stählerne Eisenbahnbrücken, die in den ersten Nachkriegsjahren zerstörte Übergänge in der Bundesrepublik ersetzten, nach Tansania verkauft. Im ehemaligen Deutsch-Ost-Afrika werden sie zahlreiche Übergänge ablösen, die noch aus der deutschen Kolonialzeit von 1904 bis 1913 stammen.

Treffen im Gefängnis?

dpa, Rom

Papst Johannes Paul II. wird im Rahmen seines geplanten Weihnachts-Besuchs im römischen Gefängnis Rebibbia möglicherweise auch mit dem Türken Mehmet Ali Agca zusammentreffen, der 1981 auf ihn geschossen hatte.

Schwindler gefaßt

dpa, Frankfurt

Bargeld und Wertsachen für 1,7 Millionen Mark soll ein als Heiratsschwindler aufgeflogener 53jähriger von drei Frauen aus Frankfurt, Offenbach und Karlsruhe ergaunert haben. Der wegen Betrugs vorbestrafte Mann hatte laut Polizei sich bei den wohlhabenden, alleinstehenden Damen als ehemaliger Richter, Geheimdienstagent oder Immobilienmakler ausgegeben.

ZU GUTER LETZT

„Auf dem Weg zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko, die am 31. Mai 1986 mit dem Eröffnungsspiel beginnt und am 29. Juni 1986 mit dem Endspiel endet . . ." Aus einer Meldung der Deutschen Presseagentur.

„Juwelen-Inge" kam mit dem D-Zug

Bandenchefin ging nach 15 Jahren der Polizei ins Netz

WERNER ZWICK, München

Als „Juwelen-Inge" ging die mittlerweile 41jährige Ingeborg Bauer in den späten 60er Jahren in die Annalen der Kriminalgeschichte ein. Als die angebliche „Bandenchefin", die im Gegensatz zu Ali Baba nicht nur 40, sondern sogar über 50 Räuber angeführt haben soll, am vergangenen Samstag in Hof im Interzonenzug Rostock–München verhaftet wurde, war sie aber eher ein Häufchen Elend als eine streitbare Amazone. Keine Schießerei, kein Fight – höchstens der Grund, der zu ihrer Festnahme führte, ist aus dem Stoff, aus dem Räuberballaden sind. Das ehemalige Fotomodell verließ seinen Schlupfwinkel auf Mallorca nur, um seine kranke Mutter in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) in der „DDR" zu besuchen.

Bei der Rückkehr warteten schon die bayerischen Grenzbeamten in Hof mit dem Haftbefehl. „Es war eine gezielte Fahndung", räumt auch der Pforzheimer Staatsanwalt Werner Botz ein. Einen Tip brauchte er schon, denn die „Schwarze Inge" lebte unter einem anderen Namen in Spanien, ist inzwischen verheiratet und hat zwei Kinder.

Der Staatsanwalt ließ durchblikken, daß die Justiz auch den Ehemann gerne erwischen würde, da es sich vermutlich um just jenen Bulgaren Todor Kramarsky handelt, mit dem sie nach ihrem letzten Coup nach Brasilien entfleucht ist, um sich später in Argentinien niederzulassen. Staatswalt Botz hält allerdings wenig von der Version, die die „Schwarze Inge" zur wahren Bandenchefin, Kramarsky dagegen zu ihrem Muskelmann machte.

Das Bundeskriminalamt ging nach der Flucht des Pärchen im Jahr 1969 von mehreren Straftaten aus, die auf das Konto ein und derselben Bande gegangen sein dürften. Der größte Coup gelang den Juwelenräubern zweifellos in Pforzheim, wo zwei junge Männer am 5. Februar 1968 den Juwelenhändler Markus Goldwerger, 53, überfielen und mit Schmuck im Wert von 750 000 Mark entkamen. Neun Monate später wurden Werner Schmidt, 29, aus Weikersdorf in Bayern und Gerhard Steinke, 28, aus Bochum als Räuber festgenommen. Beide nannten das Pärchen als Drahtzieher des Überfalls. Zu diesem Zeitpunkt hatten die beiden auch schon andernorts zugeschlagen. Während Inge Bauer seinerzeit als „Deutschlands gerissenste Bandenchefin" hochstilisiert wurde, glaubt Staatsanwalt Botz, daß sie möglicherweise nur bei den Vorbereitungen für die Überfälle, beim Auskundschaften und Abtransportieren geholfen hat. Noch heute ist das ehemalige Fotomodell für die Kripo ein weitgehend unbeschriebenes Blatt. Es gilt nicht einmal als sicher, daß Inge Bauer ihr wirklicher Mädchenname ist. Als „Bandenchefin" lebte sie damals in



Bandenchefin mit zwei Kindern: Ingeborg Bauer vor etwa 15 Jahren

einer bescheidenen Einzimmerwohnung in München. Erst viel später kam die Polizei dahinter, daß sie sich zusammen mit Kramarsky im Künstlerviertel Schwabing eine feudale Fünf-Zimmer-Wohnung geleistet hatte. Dort fand die Kripo auch Pelze für mehr als 20 000 Mark und einen Schlüssel mit der Nummer 2316, der auf einen Safe bei der Deutschen Bank in München paßte. Dort lagen aber keine Juwelen und auch kein Geld, sondern nur Personalausweise und Paßfotos aus einem Einbruch in das Landratsamt Frankfurt-Hoechst. Erst ein Umzug nach Mallorca vor einigen Monaten brachte die Kripo wieder auf die Spur von Inge Bauer. Als die spanischen Beamten sie wegen eines Auslieferungsantrages festnehmen wollten, erfuhren sie von dem Besuch in der „DDR".

Per Verordnung zu einem feinen Viertel

Frankfurt will im verrufenen Bahnhofsviertel aufräumen

D. GURATZSCH, Frankfurt

Wenn der Reisende in einigen Jahren aus dem Frankfurter Bahnhof tritt, dann soll er auf einen „Boulevard" mit pulsierendem Leben blikken. Restaurierte Bürgerpaläste der Gründerzeit mit schicken Läden und gemütlichen Gaststätten sollen diese Straße säumen, die in vier dichten Reihen mit Alleebäumen bepflanzt werden soll – Entree für das „neue Frankfurt", die Geschäfts- und Kulturmetropole, eine zweite deutsche „Weltstadt mit Herz".

Doch das ist Zukunftsmusik: Heute ist die Kaiserstraße noch die schlechteste Adresse der Stadt. In den Quer- und Seitenstraßen des künftigen „Boulevards" ist eines der größten Zentren zweifelhaften Vergnügens der Bundesrepublik Deutschland entstanden – mit 25 Bordellen, acht Kabaretts, fünf Peepshows, zahlreichen Pornokinos, Sex-Shops, Spielhallen und Bars, ein hessisches „St. Pauli".

Zwar meinen alte Frankfurter bisweilen schnoddrig: „Das war schon immer so, und ein bißchen haben Sie sogar recht: Das sündige Viertel liegt außerhalb der alten Stadtmauern und im Einzugsbereich des hundert Jahre alten Hauptbahnhofs – in einer „Zwischenzone" also, wo traditionsgemäß die bürgerlichen Freiheiten augenzwinkernd noch ein bißchen freier und auch „unbürgerlicher" ausgelegt wurden als im Kernbereich der alten Freien Reichs- und Kaiserkrönungsstadt. Aber die große Sexwelle schwappte erst nach 1945 in die Stadt, nicht zuletzt im Gefolge der Amerikaner. Mit den Amüsierbetrieben zogen Hehlerei und Zuhälterei, Messerstechereien und Skandale, alle Formen der Erpressung und dubioser Handelsgeschäfte bis hin zur Rauschgiftkriminalität in das Bahnhofsviertel ein.

Ausweichquartiere warten

Damit soll jetzt Schluß sein. Mit einer neuen Sperrgebietsverordnung, die Oberbürgermeister Walter Wallmann jetzt vorlegte, soll der Kehraus im Frankfurter Bahnhofsviertel beginnen. Die Bordelle sollen umziehen und bekommen sieben Ausweichquartiere angeboten – alle in wenig attraktiven, schwer erreichbaren Gegenden im Osten und Westen der Stadt. Das Bahnhofsgebiet selbst soll erheblich aufgewertet werden und – Vorbild Zürcher Bahnhofsstraße – Einzelhandelsgeschäfte, Dienstleistungsbetriebe und vor allem wieder Wohnungen aufnahmen. Denn, so lautet die neue Devise in Frankfurt, ausgegeben vom Stadtplaner Professor Albert Speer jr., „vom Citywohnen wird eine langfristige Belebung des Kernbereichs und eine intensive Nutzung der vorhandenen Kultur-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen erwartet". Das positive Echo der Stadt auf seine Pläne wertet Speer mit einem Lob: Frankfurt sei eine der ersten Städte in der Bundesrepublik Deutschland, „in der wieder das Denken beginnt".

Drohung mit Gerichten

Speer geht davon aus, daß Frankfurts Bedeutung als „eigentliches wirtschaftliches Zentrum der Bundesrepublik" weiter steigen werde. Deshalb weisen seine Pläne Entwicklungsachsen für „hochverdichtete Arbeitsplatznutzung" auf 18 Hektar Fläche im Osten und auf mehr als 30 Hektar Fläche im Westen der Stadt aus. In der östlichen Innenstadt und entlang dem Mainufer dagegen sieht der Architekt – so wie im Bahnhofsviertel – „verdichtete Wohnbebauung in attraktiver Lage" vor.

In Frankfurt werden die Pläne zur Neustrukturierung freilich nicht reibungslos über die Büne gehen. Als erste haben die Bordellbesitzer massive Gegenwehr angekündigt. Sie wollen sich mit ihren 4000 bis 5000 Dirnen nicht in Areale zwischen Gleisanlagen und Hafenbecken, zwischen Lagerhallen und Industriegebäuden zwängen lassen. Einer von ihnen, Besitzer des Eros-Centers in der Elbestraße, rechnet der Stadt Investitionen von 25 Millionen Mark im Bahnhofsviertel vor, andere drohen mit der Einschaltung der Gerichte. Zunächst bedarf die neue Sperrgebietsverordnung allerdings noch der Genehmigung des Regierungspräsidenten in Darmstadt – aber die steht schon so gut wie fest.

Der ungeliebte Gast im Schloß

Frankreich will seinen selbsternannten Sohn Bokassa loswerden

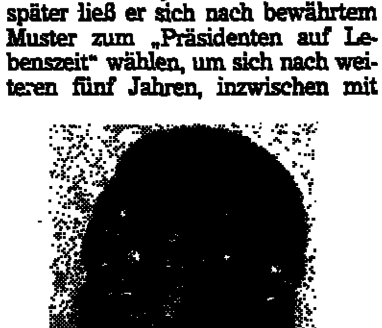
A. GRAF KAGENECK, Paris

In einem cremefarbenen Renaissance-Schlößchen des 17. Jahrhunderts im Dorf Hardricourt westlich von Paris sitzt Jean-Bedel Bokassa und sinnt verbittert über sein verpfuschtes 62jähriges Leben nach. Seit einer Woche ist er wieder in Frankreich, seiner, wie er zu sagen beliebt, zweiten Heimat, der er zunächst als Unteroffizier, später als Hauptmann der Kolonialarmee auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges, des Indochina- und des Algerien-Krieges „seine besten Jahre und sein Blut" (17 Auszeichnungen) opferte. Über Nacht ist er am 4. Dezember, begleitet von fünf Frauen und 15 Kindern, aus dem Innersten Afrikas in Paris eingetroffen.

Der einstige „Kaiser Zentralafrikas", 1979 durch einen von Frankreich unterstützten Putsch seiner Armee des Landes vertrieben, hatte nach vierjährigem Exil in der Republik Elfenbeinküste Ende November einen von französischen Getreuen angezettelten Versuch unternommen, in seine erste Heimat zurückzukehren. Der Versuch scheiterte, und Präsident Houphouet-Boigny von der Elfenbeinküste hatte endlich einen willkommenen Anlaß, den unbequemen Gast nach Frankreich abzuschieben. Paris mußte das „Paket" wohl oder übel akzeptieren. Man ließ den Ankömmling nach Hardricourt, ein Schloß, das Bokassa sich in seiner Glanzzeit – für sich und seine Familie – mit den großzügigen Zuwendungen Frankreichs zugelegt hatte.

Was aus dem Ex-Kaiser werden soll, ist noch Gegenstand diplomatischer Verhandlungen. Das Quai d'Orsay versuchte bisher vergeblich, ein neues afrikanisches Asylland für den abgesetzten Monarchen ausfindig zu machen. Aber offenbar will niemand etwas von dem unberechenbaren, vielfachen Mordes und Kannibalismus' verdächtigen Mannes etwas wissen. Bokassa selbst will in Frankreich bleiben, es sei denn, die Zentralafrikanische Republik und ihr augenblicklicher Präsident, General Kolingba, gewährt ihm einen „fairen" Prozeß, auf dem er sich von allen Anschuldigungen reinwaschen kann. Aber Kolingba, dessen Regime ebenfalls wackelt, fürchtet den Rivalen und hat erst einmal dessen nächste Anverwandte und Freunde festsetzen lassen.

Der Mann steht für Größe und Fall, für alle erdenkbaren Exzesse der afrikanischen Seele und für vieles, was an Frankreichs Beziehungen zum einstigen Kolonialreich umstritten ist. 1966 hatte der damals 44jährige Oberst Bokassa mit einem Putsch die Macht in der Zentralafrikanischen Republik, dem einstigen Ubangi-Chari, an sich gerissen. Sechs Jahre später ließ er sich nach bewährtem Muster zum „Präsidenten auf Lebenszeit" wählen, um sich nach weiteren fünf Jahren, inzwischen mit



Niemand will ihn haben: Jean-Bedel Bokassa

dem Titel „Reichsmarschall" versehen, mit großem Pomp zum ersten Kaiser der neueren afrikanischen Geschichte krönen zu lassen. Das Frankreich Giscards zahlte damals 35 Millionen Mark für die Ausrichtung der Feierlichkeiten.

Aber es war eben jener „Vetter Giscard", der den offenbar größenwahnsinnig gewordenen Bokassa 1979, während dessen Staatsbesuch in Libyen, mit Hilfe französischer Fallschirmjäger absetzen ließ.

Aber Bokassa rächte sich an seinem „Vetter". 1980, ein Jahr vor den französischen Präsidentschaftswahlen, spielte er einer Pariser Zeitung Informationen über Diamantengeschenke zu, die er mehrfach dem Präsidenten und seiner Familie gemacht haben sollte. Ob wahr oder nicht, die „Diamantenaffäre" hat gewiß zur Niederlage Giscards gegen Mitterrand im Mai 1981 beigetragen.

WETTER: Im Norden milder

Wetterlage: Die Ausläufer eines Tiefs bei Island greifen ab heute auf den Nordwesten Deutschlands über, sie führen milde Meeresluft heran, die am Freitag auch dem Süden vorübergehend Milderung bringen.



Vorhersage für Donnerstag:

Nordhälfte Deutschlands: Bewölkungszunahme und vormittags im Westen einsetzender Regen, der bis zum Abend auch den Mittelgebirgsraum erreicht, dort anfangs noch als Schnee. Temperaturen tagsüber bis 7 Grad ansteigend, nachts um 4 Grad.

Süddeutschland: Wolkig mit Aufheiterungen und meist noch niederschlagsfrei. Tages- und Nachttemperaturen um 0 Grad. Schwacher Wind um West.

Weitere Aussichten:

Auch im Süden Regen und milder, zum Wochenende wieder kühler und auch im Flachland Schneeschauer.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	21°
Bonn	2°	Kopenh.	3°
Dresden	–1°	Las Palmas	20°
Essen	3°	London	0°
Frankfurt	3°	Madrid	1°
Hamburg	2°	Mailand	6°
List/Sylt	4°	Mallorca	13°
München	–1°	Moskau	1°
Stuttgart	1°	Nizza	14°
Algier	11°	Oslo	–2°
Amsterdam	4°	Paris	3°
Athen	13°	Prag	0°
Barcelona	10°	Rom	8°
Brüssel	4°	Stockholm	–1°
Budapest	2°	Tel Aviv	22°
Bukarest	–1°	Tunis	12°
Helsinki	–3°	Wien	2°
Istanbul	9°	Zürich	1°

Sonnenaufgang* am Freitag: 8.14 Uhr, Untergang: 16.14 Uhr, **Mondaufgang:** 13.16 Uhr, Untergang: 20.47 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Spacelab sorgt für Sensationen

DIETER THIERBACH, Bonn

Spacelab übertrifft alle Erwartungen, selbst nüchterne Wissenschaftler jubeln angesichts der Flut von neuen, bahnbrechenden Erkenntnissen des heute nachmittag endenden Raumfahrtunternehmens. Die Superlative bewegen sich zwischen „unschätzbar" und „sensationell".

Der amerikanische wissenschaftliche Leiter Richard Chappell berichtete, die Stimmung unter den Forschern sei „wie zu Weihnachten". Sie liefen im Houstoner Zentrum mit den aktuellen Daten umher, „als ob sie Spielzeuge hätten".

Doch die endgültigen Konsequenzen lassen sich erst etliche Monate nach dem Ende dieser wohl erfolgreichsten wissenschaftlichen Mission im All übersehen. Einige spektakuläre Daten sind schon jetzt beeindrukkend: So hat ein an Bord der Raumfähre ausgeführtes Experiment etwa die Theorie des Schweden Robert Barany in ihren Grundfesten erschüttert. 1914 war er dafür mit dem Medizin-Nobelpreis ausgezeichnet worden. Der Schwede hatte die Funktion des menschlichen Innenohrs bei der Stabilisierung des Gleichgewichtes beschrieben. Der nach ihm benannte „Barany-Test", der aus diesen Erkenntnissen hervorgegangen war, wird heute noch von vielen Hals-Nasen-Ohren-Ärzten eingesetzt, um das Gleichgewichtssystem und die Raumorientierung von Patienten zu überprüfen.

Im Johnson-Raumfahrtzentrum erklärte Rudolf von Baumgarten (Universität Mainz), daß sich die Medizin jetzt wohl etwas Neues einfallen lassen müsse. Die Tests, denen sich vier der Spacelab-Astronauten in einer Art „Folterstuhl" mehrfach unterzogen haben, seien den Erwartungen völlig zuwider gelaufen: „Wir sind absolut überzeugt, daß die Theorie widerlegt ist. Alle HNO-Ärzte können sich darauf gefaßt machen, daß die medizinischen Lehrbücher neu geschrieben werden müssen."

Zu den aufsehenerregenden Entdeckungen zählte auch das Aufspüren von Methan in 70 Kilometer Höhe. Nach Ansicht der Experten bringt dies neue Hinweise auf die Zusammensetzung und Streuung der Erdatmosphäre. Mit Hilfe eines Spektrometers wurde der Durchgang der Sonnenstrahlen durch die Atmosphäre analysiert. Dabei fand man Spuren von Stickstoffoxiden und -dioxiden, Kohlenmonoxid und -dioxid in 130 Kilometer Höhe

Professor Bernd Feuerbacher von der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt dazu: „Die fünftägigen Analysen im All, mit denen herausgefunden werden sollte, ob und wie die Atmosphäre mit Umweltgiften von der Erde fertig wird, haben den Forschern drei Jahre an wissenschaftlichen Untersuchungen mit Ballonflügen erspart."

Spacelab hat als zeitweilige Raumstation eine neue Dimension der Forschung erschlossen: Erstmals sind Wissenschaftler im Weltraum mit Wissenschaftlern auf der Erde in ständigem direktem Kontakt. Sie arbeiten über Tausende von Kilometern getrennt quasi „Schulter an Schulter". Und ein weiterer wichtiger Effekt ist zu beobachten: Wo sonst schier unüberwindbare Barrieren zu finden waren, arbeiten jetzt Forscher ohne jegliches Konkurrenzdenken spontan zusammen: So interessieren sich Astronauten auf einmal für die Experimente der Mediziner und umgekehrt.

Erfolgreich waren auch die Binkristallzüchtungsversuche von Silizium bei 1400 Grad Celsius; ein wichtiges Experiment für die Computer- und Elektronikindustrie. Ulf Merbold und Byron Lichtenberg vollführten vor Begeisterung einen schwerelosen „Freudentanz" und beglückwünschten sich gegenseitig.

Neuer Run auf alte Puppe

dpa, New York

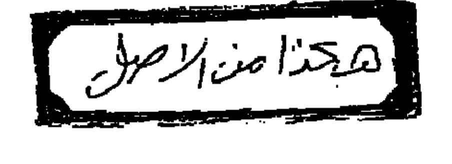
Die Entführer, die den kleinen Jacob aus einem verschlossenen Auto geraubt hatten, drohten mit dem Schlimmsten: Wenn die Polizei in den Fall eingeschaltet würde, dann werde Jacob zu Kohlsalat verarbeitet, kündigte das „Komitee 25. Dezember" an. Jacobs Adoptivvater, der Journalist Rick Coffman aus Nampa im US-Bundesstaat Idaho, muß trotzdem nicht verzweifeln. Es besteht berechtigte Hoffnung, daß die Entführung der Puppe nur ein Kollegen-Scherz ist.

Daß dieser Spaß seit Tagen die amerikanische Presse unter Einschluß der großen Nachrichtensendungen des Fernsehens beschäftigt, deutet in etwa das Ausmaß der an Hysterie grenzenden Begeisterung an, die die mondgesichtige Stoffpuppe mit der kaum zu übersetzenden Bezeichnung „Cabbage Patch Kid" (etwa: Kohlfeld-Bübchen) in den Staaten ausgelöst hat.

Spielzeugläden und Kaufhäuser, die wieder einmal eine der seltenen Sendungen bekommen haben, werden förmlich überrannt. Es gab mehrere Verletzte, als Menschenmengen zu den Verkaufsständen strömten, Käufer harrten stundenlang in bitterer Kälte vor den Läden aus. In Pennsylvania beendete ein Geschäft angesichts des bedrohlichen Andrangs den Verkauf und stiftete die 82 noch übriggebliebenen Puppen fünf örtlichen Krankenhäusern für ihre kleinen Patienten. Der Filialleiter einer Warenhauskette in Lawrence/Kansas deponierte seine letzten fünf Puppen in einem Banksafe und kündigte an, die Käufer würden am 10. Dezember per Los ermittelt.

In Milwaukee fielen zwei Dutzend Leute auf den Scherz einer Runfunkanstalt herein, die angekündigt hatte, 2000 Exemplare des begehrten Weihnachtsgeschenks würden über dem örtlichen Stadion von einem Flugzeug abgeworfen. Interessenten sollten auf dem Spielfeld ihre Kreditkarten hochhalten, damit sie zwecks späterer Abbuchung des Kaufpreises aus der Luft fotografiert werden könnten.

Der selbst für die USA erstaunliche Erfolg dieses immerhin zwischen 20 und 30 Dollar kostenden Spielzeugs kommt um so überraschender, als die Puppe seit Jahren auf dem Markt ist und bislang kaum beachtet wurde. Erst als die Firma Coleco die Puppe mit einem „Geburtsschein" und „Adoptivpapieren" versah und den Preis heraufsetzte, begann der Run.





Er entwickelte die Zeichnung zur autonomen Form: Raphaels Skizze zu drei Frauenfiguren im Musée Condé auf Schloß Chantilly
FOTO: A. GIRAUDON

Im Bann des magischen siebenten Jahres

Ein Katalog sämtlicher authentischen Zeichnungen von Raphael und eine Bildbiographie des Künstlers

Als Beitrag der Albertina Wien, der berühmten Graphik-Sammlung Österreichs, erscheint zum Jubiläumsjahr 1983, in dem sich Raphaels Geburtstag zum fünfhundertsten Male jährt, im Stuttgarter Verlag Urachhaus ein Katalog der Zeichnungen des italienischen Meisters. Bereits zwischen 1913 und 1941 hatte Oskar Fischel es unternommen, das zeichnerische Schaffen Raphaels in acht Bänden katalogmäßig zu erfassen. Konrad Oberhuber, der heutige Bearbeiter dieses umfangreichen Corpuswerks, ist auch ein Mitautor der vorliegenden Veröffentlichung; sie verbindet drei einleitende Aufsätze und einen knappen Katalog sämtlicher als authentisch anerkannten Raphael-Zeichnungen mit einem vorzüglich gedruckten Abbildungsteil, der alle behandelten Blätter in guten Reproduktionen ausbreitet.

Eckhart Knab, Erwin Mitsch, Konrad Oberhuber, Sylvia Ferino-Pagden:
Raphael – Die Zeichnungen
Verlag Urachhaus, Stuttgart. 690 S., 881 Abb., 248 Mark.
Roger Jones, Nicholas Penny:
Raffael
Verlag C. H. Beck, München. 259 S., 273 Abb., davon 120 farbig, 98 Mark.

Ein umfangreiches Literaturverzeichnis, eine Zeittafel, Standortangaben, ein ausführliches Register und Konkordanzen mit Verweisen auf das Werk von Fischel machen den vorliegenden Band zu einem wichtigen Handbuch.

Eckhart Knab, der Autor des einführenden Beitrags, in dem auch „Raphaels Anfänge" behandelt werden, untersucht zunächst die in Italien einsetzende „Entstehung der autonomen Zeichnung" und deren „Befreiung von der unbedingten Werkbezogenheit"; diese „ermöglicht erst die eigentliche Entfaltung der Zeichnung im neueren Sinn". Indem Knab die „Pioniere und Lehrer des Quattrocento" behandelt, weist er auf Raphaels Vorbilder hin und leitet dann zu dessen Anfängen über, wobei er unter anderem zwei Skizzenblätter (Louvre, Paris; Uffizien, Florenz) als Frühwerke des Meisters reklamiert, die dann allerdings im Werkkatalog des Buches keine Aufnahme finden.

Des jungen Künstlers „florentinische und frühe römische Zeit" würdigt Erwin Mitsch in seinem Beitrag. Er beginnt damit, „die Beziehungen Raphaels zu Florenz ganz allgemein" zu beleuchten und geht dann auf die Erschließung von Raum und Bewegung durch den Meister ein. Dabei untersucht er sowohl die Einflüsse von Donatello und Ghirlandaio auf Raphaels Frühwerk, als auch die Wirkung von Michelangelo und Leonardo auf dessen Florentiner Schaffen. In der Komposition des „Bethlehemitischen Kindermordes" sieht Mitsch die „Summe der florentinischen Errungenschaften". Für ihn steht diese „fast programmatische Formulierung" an der „Schwelle zu den großen Wandfresken der Stanza della Segnatura", mit deren ausführlicher Würdigung er seinen Beitrag beschließt.

Die dritte Phase in Raphaels Schaffen, also die „späten römischen Jahre", hat Konrad Oberhuber behandelt. Überraschenderweise setzt sein Text ein mit einer Ausbreitung anthroposophischen Gedankenguts. Die dabei vorgetragene Steinersche Periodisierung: „Mit einundzwanzig ist der Mensch körperlich komplett. Mit zweiundvierzig sollte seine Seele voll ausgebildet sein. Mit dreiundsechzig ist auch die geistige Entwicklung abgeschlossen", wirkt in einem Buch über Raphael ausgesprochen deprimierend. Der bedauernswerte Mann (in den Augen zahlloser Bewunderer ein Genie) ist schon mit siebenunddreißig Jahren verstorben und hatte demnach nicht einmal Gelegenheit, „seine Seele voll auszubilden".

Eingestandenermaßen ist dem Rezensenten jede Art von Verquickung der kunsthistorischen Forschung mit einer wie auch immer gearteten Ideologie zutiefst suspekt. So erscheint es ihm bei diesem Beitrag denn auch auf weite Strecken hin als ausgesprochen peinlich, wie profunde Kennerschaft und eine durchaus überzeugende Darstellung kunsthistorischer Vorgänge vom Qualm weltanschaulicher Ausdünstungen durchzogen werden. In der Regel sucht der Leser dieser Art von Sachbüchern doch wohl Information und Belehrung, nicht aber Bekehrung.

Im vorliegenden Falle führt eine – wie man lernt – für die „Waldorfpädagogik" wichtige „Periodisierung der menschlichen Biographie" mit der Betonung eines Siebenjahresrhythmus zu ebenso apodiktischen wie absurden Urteilen über Raphaels Schaffen, wenn es heißt: „Das siebte Jahr ist immer ein Jahr der Grazie und des Rhythmus, in dem alles Gelernte Schönheit gewinnt." Da erschrickt der von diesem Mythos bisher unberührt gebliebene Leser, denn ihm gefiel die „Grablegung Borghese" oder auch die „Heilige Cäcilie" – obwohl nach dieser Rechnung jeweils in einem dritten Jahr entstanden – vielleicht bislang auch recht gut.

Mit Gewinn liest man dagegen Oberhubers Darlegungen über den Zeichenstil der Raphael-Schüler Giulio Romano und Giovanni Francesco Penni und über deren Heranwachsen zu eigenständiger Leistung, wie überhaupt die Kompetenz des Verfassers, wenn es um echte Raphael-Probleme geht, natürlich außerhalb jeden Zweifels steht.

Der Katalogteil umfaßt insgesamt 625 Nummern. Er ordnet die „hier komplett wiedergegebenen Zeichnungen" im wesentlichen in zeitlicher Reihenfolge und wird, da „eine völlige Übereinstimmung der Meinungen über Chronologie und Umfang von Raphaels zeichnerischem Werk" beim derzeitigen Forschungsstand nicht zu erzielen war, von Sylvia Ferino-Pagden und Konrad Oberhuber verantwortet. Deren Katalogeintragungen, bei denen auch Ernst Wolfgang Huber mitgearbeitet hat, enthalten alle üblichen Angaben und Daten, ferner Literaturhinweise und zumeist einige knappe Bermerkungen über Art oder Zweck des Blattes. Sie machen dank der sorgfältig zusammengetragenen Fakten diese Publikation auch zu einem wichtigen Nachschlagwerk, das im Grunde in jede kunsthistorische Bibliothek gehört.

Demgegenüber richtet sich das Buch von Roger Jones und Nicholas Penny, das monographischen Charakter trägt und nach einer Ausbreitung von Raphaels gesamtem künstlerischen Schaffen strebt, eher an den interessierten Laien, den „Kunstliebhaber", als an den Kunsthistoriker, denn die notgedrungen geraffte Zusammenfassung spart naturgemäß jede Art von wissenschaftlicher Diskussion aus.

Zwar läßt der Klappentext, der diesen Band als die einzige „aktuelle" Gesamtdarstellung Raphaels preist, das jüngst in der Langewiesche-Reihe erschienene Buch von Bruno Santi ebenso außer acht wie die neue Monographie des Leipziger Kunsthistorikers Ernst Ullmann, die auch in der Bundesrepublik erhältlich ist, doch geschieht diese Heraushebung in gewisser Weise zu Recht. Das Werk der beiden Professoren aus Manchester und Cambridge ist nämlich ohne Frage umfassender und auch in wissenschaftlicher Hinsicht auf besserem Stand als alles, was wir in dieser Art an Raphael-Literatur im Jubiläums-Jahr besitzen.

In einem flüssigen und gut lesbaren Stil, dessen Geschmeidigkeit wir der einfühlsamen und in der Fachterminologie sicheren Übersetzung von Grete und Karl-Eberhardt Felten verdanken, werden Leben und Wirken des Künstlers vorwiegend chronologisch geschildert. Dabei legen die Autoren besonderen Wert auf eine Einbindung der besprochenen Werke in das historische Umfeld; so erfährt man ungewöhnlich viel über des Meisters bürgerliche und adlige Auftraggeber und Förderer, über die italienischen Fürstentümer, die Ordensgesellschaften, die Persönlichkeiten der Päpste Julius II. und Leo X. und ihren Hof.

Auch den oft vernachlässigten Themen „Raffael als Archäologe" und „Raffael als Architekt" sind einzelne Kapitel gewidmet. Das Buch verzichtet auf wortreiche Bildbeschreibungen und bleibt etwas karg auf dem Gebiet der Stilanalysen, dafür hält es aber praktisch in jedem Satz griffige Informationen bereit; selbst der anspruchsvolle Leser muß einräumen, daß hier auf rund 250 Seiten eigentlich *alles* für den „Kunstliebhaber" Wissenswerte über den Meister gesagt worden ist.

Die Abbildungen, beinahe zur Hälfte in Farbe, sind von guter Qualität; besonders schön ist eine Reihe von Tafeln, die den nahen Blick auf ein Detail erlauben. Kleine Mängel weisen allerdings die Bildlegenden auf.

Hier werden in der Regel neben Titeln, Maßen und Entstehungsdaten auch die Aufbewahrungsorte genannt. Sehr gern wüßte man nun, wo sich das einst im Museum von Boston ausgestellte, als Farbtafel wiedergegebene und hier Raphael zugeschriebene Damenporträt (Abb. 5) heute befindet. Der Knabe mit dem Tamburin (Abb. 20) ist – wie jedermann sehen kann – keine „Aktstudie". Das „Sposalizio" der Mailänder Brera (Abb. 24) ist ein datiertes Bild (1504), was die Unterschrift der Tafel in diesem Falle verschweigt. Die Kreuztragung (Abb. 259) heißt italienisch auch „Lo Spasimo di Sicilia" (statt Sizilia), und jedenfalls spricht man besser (etwa Abb. 267) von der „Sala di Costantino" (statt Constantino).

Bei solchen Anmerkungen muß freilich gesagt werden, daß – gerade weil das Buch sonst so überaus sorgfältig gearbeitet erscheint – derart wirklich beiläufige Unstimmigkeiten überhaupt erst ins Auge fallen.

HANS WERNER GROHN

Nach Salomo das Zwielicht

Ein Werkverzeichnis der Grafik von Paul Wunderlich

Das Schaffen des 1927 in der Mark Brandenburg geborenen, seit 1947 in Hamburg lebenden Paul Wunderlich entfaltet sich auf drei verschiedenen Ebenen: der Malerei, der Grafik sowie der Skulptur und Objektkunst. Als Maler, Lithograf, Bildhauer und Objektmacher hat sich Wunderlich durch seine artistische Luzidität und sein gläsernes Formbewußtsein international einen Namen gemacht, obwohl hierzulande die Kunsthistoriker und Kunstkritiker seiner nonkonformistischen bildnerischen Brillanz und Intelligenz oft skeptisch gegenüberstehen. Unbestritten aber blieb stets der hohe Rang seines grafischen Œuvres, das nun als dritter Band einer vierbändigen Werkmonografie der Offenbacher Edition Volker Huber vollständig vorliegt: **„Werkverzeichnis der Druckgrafik"** (456 S., 700 Abb., 98 Mark).

Das von Carsten Riediger sorgfältig bearbeitete Verzeichnis umfaßt 690 Grafiken, nahezu ausnahmslos Lithografien, aus dem Zeitraum von 1948 bis 1982. An Hand der jeweils abgebildeten und genau dokumentierten Blätter spiegelt es Wunderlichs Entwicklungsphasen von den noch expressionistisch gefärbten Anfängen über ein kurzes informelles Zwischenspiel und die unheimlich chimärischen Konfigurationen von 1959, mit denen das unverkennbar eigenständige Schaffen einsetzt, bis hin zu den surrealen Werken eines hochgezüchteten Manierismus, den der Künstler in kongenialer Korrespondenz mit den Bildideen seiner Frau, der namhaften Fotografin Karin Szekessy, seit Mitte der sechziger Jahre entwikkelte. Von den frühen, damals noch Empörung hervorrufenden Folgen „20. Juli 1944" und „Qui s'explique" über die Paraphrasen zum „Hohen Lied des Salomo" und die „Twilight"-Serie bis zu den Variationen von Werken alter Meister wie Leonardos „Mona Lisa", Ingres' „Le Bain turc" oder Manets „Olympia" und „Déjeuner sur l'herbe" erstreckt sich eine lange Reihe lithografischer Höhepunkte von einzigartigem Zauber.

Zur umstrittenen Frage der Originalgrafik hat sich Wunderlich selbst in dem Band klar geäußert. „Sie ist nicht die Wiedergabe eines künstlerischen Werkes, sie selbst ist das künstlerische Werk", schreibt er, „sie entsteht mit dem Abdruck von einer Druckplatte, auf welcher der Künstler ein ursprüngliches Werk mit eigener Hand ausgeführt hat ... Mögen nun 10 oder 10 000 Exemplare von der Platte gedruckt werden, ist gleichwohl ein jedes Exemplar ein Original, eine Originalgrafik ..."



Aufgenommen von der Frau des Künstlers: Paul Wunderlich im Atelier
FOTO: KARIN SZEKESSY

„In Wunderlichs Schaffen hat die Lithografie sowohl technisch wie künstlerisch einen Vorstoß in Neuland ohnegleichen erreicht", erklärt Walter Koschatzky, der Direktor der Albertina in Wien, in seiner Einführung. Wunderlichs mit höchster Raffinesse gedruckte Blätter scheinen fast an „Hexenmeisterei" zu grenzen. Der Künstler handhabt die größten Schwierigkeiten der Lithografie mit meisterhafter Sensibilität und Prägnanz. Für den Kenner Koschatzky ist Wunderlich „einer der Größten der sich im Wandel der Zeit immer wieder neu entfaltenden Grafik". Wer den in der Schweiz gedruckten voluminösen Band näher studiert, kann dem nur zustimmen.

HANNS THEODOR FLEMMING

Was Moses verboten hatte

Jüdische Buchkunst und jüdisches Leben im Mittelalter

Die Juden sind das Volk des Buches, aber nicht des Bildes. Diese Meinung ist weit verbreitet. Deshalb war es eine große Überraschung als bei den Ausgrabungen in Dura Europos 1932/35 eine Synagoge mit reichen Wandmalereien entdeckt wurde. Inzwischen hat die Wissenschaft dieses Defizit ausgeglichen, soweit es die spärliche Überlieferung zuläßt. Dabei stützt sie sich auf zahlreiche rabbinische Texte, die seit der Spätantike für und gegen das mosaische Bilderverbot Stellung nahmen, *und die illuminierten hebräischen* Handschriften, die seit dem 13. Jahrhundert erhalten sind.

Diesen Forschungsstand referieren Ursula und Kurt Schubert ausführlich in ihrer **„Jüdischen Buchkunst"** (Akademische Druck- und Verlagsanstalt, Graz. 160 S., 72 Abb., 98 Mark). Im Hauptteil des Werkes stellen sie detailliert die jüdische Buchmalerei der Antike, die nur aus Sekundärquellen rekonstruiert werden kann, und des Mittelalters vor. Dabei arbeiten sie zwei Traditionslinien heraus. Die eine entwickelte sich in der unter islamischer Oberherrschaft lebenden Judenheit. Sie verzichtet, weil sich auch die Moslems an das Bildnisverbot hielten, weitestgehend auf die Darstellung lebender Wesen und beschränkt sich auf eine reiche Ornamentik und auf Pflanzen. Im christlich bestimmten lateinischen Westen überwand man diese Scheu vor dem Figürlichen. Doch ein Rest des Unbehagens blieb. Deshalb erhielten die Menschengestalten oft Tiergesichter – berühmt wurde die sogenannte Vogelkopf-Haggada aus dem Rheinland (um 1300) – oder wurden ausgelassen

In ihren Beschreibungen bemühen sich Ursula und Kurt Schubert auch um die Ursprünge der jüdischen Ikonographie; sie verweisen auf eine gegenseitige Beeinflussung *der jüdischen und christlichen Kunst.* Die Namen der Buchmaler sind meist nicht bekannt. Doch gibt es Hinweise, daß auch christliche Künstler hebräische Bücher ausschmückten. Das belegen auch Thérèse und Mendel Metzger in ihrer Darstellung **„Jüdisches Leben im Mittelalter"** (Edition Popp, Würzburg, 320 S., 397 Abb., 188 Mark). Ziel ihrer wissenschaftlichen Arbeit ist es festzustellen, welche Rückschlüsse die Buchillustrationen in hebräischen Handschriften des 13. bis 16. Jahrhunderts auf den Alltag der Juden erlauben.

Obwohl die Bilder gewöhnlich nur die Feiertagsseite zeigen, können die beiden Autoren eine Fülle von Details herausarbeiten, die Einblicke in das Leben der Juden in Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien erlauben. Das bezieht sich auf das Haus und die Umwelt, auf Berufs- und Familienleben, auf die Religion und das Weltbild. Dabei wird deutlich, daß sich die Juden in ihrer Erscheinung, in ihrem Wohn- und Kleiderstil lange nicht von ihrer Umgebung unterschieden, soweit sie nicht selbst auf eine Unterscheidung Wert legten.



Bibelillustration in der Spätantike: Davidstern mit Tierornamenten

Beide Bücher mit ihrem reichen Bildmaterial und den kenntnisreichen Texten öffnen uns die Augen für eine unbekannte, fremdartige Welt, die Teil unserer Vergangenheit ist.

PETER DITTMAR



Ehrung für Konrad Lorenz

Zwei sehr schöne Publikationen im Nachgang zum 80. Geburtstag von Konrad Lorenz sind anzuzeigen: Der Ueberreuther-Verlag in Wien hat, besorgt von Otto Koenig, eine stattliche Festschrift für den großen Gelehrten herausgebracht, und Piper in München, gewissermaßen der Hausverlag von Lorenz, kommt mit dem Bildband **„Konrad Lorenz"** von Antal Festetics (160 S., 49,80 Mark). Festetics hat tief und gründlich ins private Fotoalbum der Familie Lorenz gegriffen und ist herrlich fündig geworden mit niegesehenen Fotos des Forschers, seiner Eltern, Kinder und Enkel, seiner wissenschaftlichen Wegbegleiter, seiner Tiere, seiner Autos und Motorräder und seines sensationellen Hauses in Altenberg bei Wien. Viele dieser Fotos tauchen auch in Koenigs Festschrift auf, die unter dem Titel **„Verhaltensforschung in Österreich"** steht (480 S., 68 Mark). Zu den Beiträgen gehören u. a. Irenäus Eibl-Eibesfeld, Eberhard Tumler, Wolfgang Wickler und selbstverständlich Otto Koenig selbst, der interessante und auch amüsante Einsichten über Freizeittrachten und Uniformen, Frisuren und Kopfbedeckungen vorlegt. Die Bibliographien und Glossarien in beiden Bänden sind vorbildlich. A.W.

Meditative Stille

Aquarelle des Bildhauers Ewald Mataré sind Kostbarkeiten. Wie die Tuschzeichner des Fernen Ostens spürt Mataré in seinen Landschaften Stimmungen und Atmosphäre nach. Eine Baumgruppe, ein Feldweg, ein winterlicher Acker, sie scheinen von etwa anderem hinter den Dingen zu sprechen. Dabei arbeitet der Künstler mit sensibelsten Farbnuancen und sparsam eingesetzten Kontrasten. Die Dinge werden auf kubische Grundformen reduziert. Eine meditative Stille herrscht auf den Bildern. Die **„Aquarelle 1920–1956"** Ewald Matarés, herausgegeben und eingeleitet von Anna Klapheck mit einem Werkverzeichnis von Ulrike Köcke, publiziert jetzt der Schirmer/Mosel-Verlag mit 60 ausgezeichneten Farbreproduktionen (159 S., 78 Mark). sg.

Theater in Wien

Die bereits in den Umfang eines Konversationslexikons hineinwachsende Reihe „Wiener Geschichtsbücher" des Verlages Zsolnay wurde soeben mit dem Band **„Die Theater Wiens"** fortgesetzt, der angesichts des großen Themas allein vier der üblichen Bände in sich schließt. Die vorliegende Darstellung der Wiener Theater reicht bis in die neueste Zeit und berücksichtigt erfreulicherweise auch die fast unübersehbare Menge von Kleinbühnen, Großstädten auch deshalb vorteilhaft unterscheidet, weil die kleinen Theater durchweg von Enthusiasten geführt werden und viel Bemerkenswertes an Inszenierung und Stoff bringen. Die von der Autorin des Bandes, Verena Keil-Budischovsky, abgegebenen knappen Urteile treffen gut, der Bilderteil ist erfreulich (441 S., zahlr. Abb., 49 Mark). egw

Als das Mutterrecht seine Geltung verlor

K. J. Dover über die Päderastie im alten Griechenland

Über Homosexualität wird heute im freien Westen sehr viel geschrieben, wobei die Neigung vorherrscht, homoerotisches Verhalten in schlechthin jeder Form zu verteidigen, also auch in der neuerdings noch einzigen strafbaren Variante der Verführung von Jugendlichen namentlich durch den Vorgesetzten oder Erziehungsberechtigten. Diese Tendenz speist sich teils aus dem allgemein permissiven modernen Ethos und teils aus einem nachträglichen Bedürfnis zur Wiedergutmachung, weil Homosexuellen zuvor im germanisch-heidnischen und dann im christlichen Bereich Repressionen und sogar die Todesstrafe drohten.

Nichts mit all diesen Modetendenzen zu tun hat die überaus präzise Analyse der Päderastie bei den Griechen vom 7. bis zum 4. vorchristlichen Jahrhundert, die der Präsident des „Corpus Christi College" an der englischen Universität Oxford, Kenneth J. Dover, anhand damaliger Vasenmalerei, Plastik, Dichtung, Sagenwelt, Rechtsprechung, Literatur und Philosophie vorlegt. Eine faszinierende Materie. Die Griechen waren in der Bewertung der Päderastie in der abendländischen Welt ein erratischer Block. Bestraft wurde nur die Vergewaltigung freier Knaben – aber die Schändung von freien Jungfrauen (Sklaven waren diesbezüglich schutzlos) blieb ja auch nicht ohne Strafe.

Homosexuelle Beziehungen waren in solchem Ausmaß üblich, daß sie nicht als anstößig galten und sich für sie sogar bestimmte Normen herausgebildet hatten: Unter Gleichaltrigen fand man sie eher verächtlich. Man sah ihren Wert darin, daß ein reifer Mann in respektabler Position den Jüngling, den er liebte, zugleich auch geistig und beruflich schulte, ihm zur Karriere verhalf und im Krieg an seiner Seite kämpfte. Dabei ging man davon aus, daß nur der gereifte

Kenneth J. Dover:
Homosexualität in der griechischen Antike
Aus dem Englischen von S. Worcester. Verlag C. H. Beck, München. 240 S., zahlr. Abb., 48 Mark.

Liebhaber Leidenschaft zu dem Knaben empfand, dieser seinerseits die Annäherung des Freundes bloß aus Respekt und Dankbarkeit duldete. Man huldigte also einem ähnlichen Vorurteil wie die bürgerliche Welt des 19. Jahrhunderts, die annahm, nur der Mann habe Freude an Sex, die Frau dulde dergleichen widerwillig.

Eine weitere Parallele in beiden Zeiträumen war die Verachtung der Prostitution, und zwar auch dann, wenn sich jemand aus relativ respektablen Gründen (etwa um die verarmten Eltern zu ernähren) ihr zuwandte. Allerdings hatten sowohl die Athener wie die Spartaner (um zwei besonders profilierte Gruppen aus der altgriechischen Welt herauszugreifen) im allgemeinen Landbesitz und auch Sklaven, waren also nur selten so mittellos, daß sie sich aus nackter Not hätten prostituieren müssen. Wer es trotzdem tat, blieb bis zum Lebensende von Staatsämtern ausgeschlossen.

Auch an ihren Götter- und Heldensagen läßt sich die Unbefangenheit der alten Griechen der Päderastie gegenüber ablesen: Zeus raubt den jungen schönen Ganymed; Herakles trauert um den jungen Hylas intensiver als je um eine Frau; die einander in Liebe verbundenen Freunde Harmodios und Aristogeiton genossen als gemeinsame Tyrannenmörder höchste Bewunderung; und die Ilias, das altgriechische Nationalepos, kreist um die tragischen Folgen der Liebesbeziehung zwischen Achill und Patroklos, die zwar nicht von Homer selbst, wohl aber von anderen Bearbeitern des Stoffes ausdrücklich als sexuell geschildert wird.

Die Entwicklung verlief in den einzelnen Regionen Griechenlands verschieden. In Korinth, Elis und vor allem Sparta waren männliche Liebespaare als Kampfpartner in die Armee integriert. Merkwürdigerweise behaupteten die Spartaner trotzdem, die Beziehungen dieser Paare seien nie über „Händchenhalten" hinausgegangen, was man ihnen aber nicht glaubte. In Athen wiederum sah vor allem Platon in der Liebe zu einem schönen Jüngling den Auftakt und Einstieg für die Liebe zum geistig und sittlich Schönen und Guten und zur philosophischen Erkenntnis. In seinem Spätwerk „Nomoi" schmäht er hingegen die Knabenliebe plötzlich als pervers und schändlich.

Erst ganz am Schluß seiner Untersuchung wirft der Verfasser die Frage auf, warum und wieso es gerade im frühen klassischen Griechenland zu dieser positiven Bewertung der Päderastie kommen konnte, die doch anderweitig so hart bekämpft wurde. Dover meint, zum Teil trügen die fast pausenlosen Kriege der Griechen die Schuld daran. Die Hellenen waren auf eine kampftüchtige Jugend angewiesen, deren Erziehung sie sich daher besonders liebevoll zuwandten. Es fällt in der Tat auf, daß man auch vom jugendlichen Passivpartner einer solchen Beziehung sportliche Fitneß und kein weibisches Verhalten und Aussehen erwartete. In der Gemeinschaft der stets kriegsbereiten Männer, die in Sparta übrigens auch Tafelgemeinschaft war, ergaben sich fast von selbst erotische Beziehungen zwischen kriegserfahrenen Männern und Debütanten, zumal es dagegen keine religiösen Einwände gab.

Das leuchtet ein. Es fragt sich aber eben doch, warum gerade dort und damals keine entsprechenden religiösen Verbote aufka-



Theseus bezwingt den Minotaurus: Wandgemälde aus Herkulaneum
FOTO: ARCHIV FÜR KUNST UND GESCHICHTE

men. Im allgemeinen geht die Ablehnung der Homosexualität auf den prähistorischen Kulturkampf zwischen Mutter- und Vaterrecht zurück. Es ist die zornige Reaktion der nunmehr siegreichen Männer auf die matriarchalisch geprägte Form der Tempelhurerei, bei der sich junge Männer zu Ehren der Muttergottheit kastriert hatten, um sich nunmehr in der Rolle von „Frauen" dem Liebespartner anbieten zu können. Die „Wachablösung" durch die Männer vollzog sich zwar nicht überall mit gleicher Brutalität, aber speziell in Griechenland war sie auf jedem anderen als dem erotischen Gebiet blutig genug verlaufen.

Als weiteren Grund für die Toleranz in puncto Päderastie könnte man die Leidenschaft der Griechen für die Schönheit des menschlichen Körpers vermuten, die sie als erste entdeckten und darstellten. Das mag auch ihr Verhalten in erotischen Fragen stärker durch ästhetische Impressionen als durch unbewußte kollektive Reminiszenzen an den prähistorischen Kampf gegen die zuvor übermächtigen Mütter geprägt haben. Doch das bleibt Vermutung.

SALCIA LANDMANN

Vivant Denon: Vermessung des großen Sphinx bei Giza

Memphis in Hollywood

Neue und historische Berichte über das alte Ägypten

Das alte Ägypten ist in den letzten Jahren, nicht zuletzt im Kielwasser der großen Tutenchamun-Schau, in den verschiedensten Variationen besungen, beschrieben und erläutert worden. Auch die Archäologen haben dieser Konjunktur ihren Tribut entrichtet. Das Land der Pharaonen ist nach wie vor eine große Grabungsstelle, und wenn auch kein zweites Tut-Grab entdeckt worden ist, verdankt die Ägyptologie den kontinuierlich fortgesetzten Spatenkampagnen doch eine Fülle neuer Erkenntnisse, die den künstlerischen Horizont bedeutend erweitert, die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe beträchtlich erhellt, die Chronologie ungemein verfeinert haben.

Deutsche Archäologen wirken dabei kräftig mit. Über alle Krisen und Umstürze hinweg haben sie verstanden, sich auf der Szene zu behaupten. Wer den soeben erschienenen neuesten Jahresbericht des Deutschen Archäologischen Institutes zur Hand nimmt, findet darin präzise Informationen. Beispielsweise dokumentieren die bereits 1928 begonnenen, 1977 wiederaufgenommenen Grabungen in Merimde, 45 Kilometer nordwestlich von Kairo, „in vielfältiger Weise die fortschreitende Ausbildung seßhafter Lebensformen" im 4. vorchristlichen Jahrtausend. In Sakkara, der ausgedehnten Nekropole der alten Hauptstadt Memphis, ist in jüngster Vergangenheit eine große Zahl reich ausgestatteter Beamtengräber des Alten Reiches (um 2500 v. Chr.) aufgedeckt und hochnotpeinlichen Untersuchungen mit den modernsten Mitteln und Methoden der archäologischen Wissenschaft unterworfen worden. Bedeutende Königsgräber und eine riesige Tempelanlage des zweiten Ramses standen in Abydos und Theben auf dem Programm.

Die vorliegenden Grabungsberichte wenden sich freilich fast ausschließlich an die Experten und Kollegen der internationalen Fachwelt. Mit um so größerer Neugier nähert man sich daher einem Buch, das über die Anfänge der Ägyptologie berichtet: über eine Zeit, da Archäologie noch das Abenteuer des Suchens, Grabens und Entdeckens war und noch nicht aus der Essenz chemischer, physikalischer und biologischer Experimente, aus Kurven und graphischen Darstellungen bestand. Der von dem englischen Gelehrten Peter H. Cleyton zusammengestellte großformatige Text-Bild-Band läßt den Leser und Betrachter an der Wiederentdeckung des alten Ägyptens unmittelbar teilnehmen, und zwar anhand zeitgenössischer Berichte und Illustrationen. Das Ergebnis ist überraschend.

Die Ägyptologie hat eine lange Geschichte. Schon Herodot, der Vater der Geschichtsschreibung, hat sich im Reich der Pharaonen neugierig umgesehen und darüber einen Bericht verfaßt, der bis heute eine starke Faszinationskraft ausübt. Ein typisch herodotisches Produkt aus „Fakten und Fabeln", hat er jahrhundertelang das Ägypten-Bild der antiken Welt bestimmt. Noch Strabon, Diodor und Plinius haben aus Herodots farbiger Reportage ihren Honig gesogen. Das von den antiken Autoren überlieferte Panorama hat sich erst an der Schwelle der Neuzeit geändert. Auch die bereits Ende des 15. Jahrhunderts beginnende neuere Rezeptionsgeschichte wäre einmal eine eingehende Beschreibung wert.

Die Inkubationszeit der modernen Ägyptologie markiert der berühmte Feldzug, auf dem sich der General Bonaparte, nachmals Kaiser der Franzosen, von 167 Gelehrten begleiten ließ, die allesamt, jeder auf seine Art, versuchten, in die Geheimnisse des

Deutsches Achäologisches Institut:
Ausgrabungen, Funde, Forschungen
Verlag Philipp von Zabern, Mainz. 258 S., zahlr. Abb., 39,80 Mark.

Peter A. Clayton
Das wiederentdeckte alte Ägypten
Gustav Lübbe Verlag, Bergisch Gladbach. 208 S., zahlr. Abb., 72 Mark.

eroberten Landes einzudringen. Schon wenige Jahre später erschien Vivant Denons fundamentale „Voyage dans la Basse et la Haute Egypte" – ein Buch, das die altägyptische Hochkultur endgültig wieder ins europäische Bewußtsein projizierte. Nach der Entzifferung der Hieroglyphenschrift durch den jungen Jean François Champollion brach in Frankreich geradezu eine Ägypten-Epidemie aus.

Die Welle der Begeisterung schwappte bald auch nach Deutschland und England über und produzierte auch hier eine fast unübersehbare Reise- und Forschungsliteratur. Aus dieser Springflut erlebnisträchtiger landeskundlicher Publikationen hat Clayton sein Buch über das „wiederentdeckte Ägypten" zusammengebastelt und damit eine wertvolle, kulturgeschichtlich wichtige Arbeit geleistet.

Die Prosazitate, die er unter anderem aus Reisebüchern von Vivant Denon, Gustave Flaubert, Giovanni Belzoni, Amelia B. Edwards und David Roberts oder wissenschaftlichen Publikationen von renommierten Ägyptologen wie Richard Lepsius ausgewählt hat, bestätigen eindrücklich, daß die Wissenschaftler des 19. Jahrhunderts nicht nur umfassend gebildete, wissensfreudige Experten waren, sondern auch Augenmenschen von starker Vorstellungskraft, die ein gewisses Maß an Phantasie nicht als Schande betrachteten und die im Umgang mit der Sprache geübt: damals eines der Grundkriterien menschlicher Bildung überhaupt. Das heißt, sie alle verstanden zu sehen und das Gesehene in eine pralle, anschauliche Sprache zu übersetzen.

Die gelungene Verbindung von Text und Bild macht Claytons Buch zu einer wahren Fundgrube literarischen und ästhetischen Vergnügens. Von allen Variationen über das alte Ägypten ist es sicher eine der liebenswertesten.

RUDOLF PÖRTNER

Wohin Beethoven reiste

Ein Buch mit 144 aktuellen und prächtigen Farbfotos ist **„Schlesien – Land aus Gottes Hand"** von Josef v. Golitschek (Adam Kraft Verlag, Mannheim. 216 S., 59 Mark). Dazu gibt es eine 72 Seiten umfassende, ausführliche und durch Zeichnungen aufgelockerte Landeskunde. Diese erklärt exakt z. B. das in Oberschlesien gesprochene „wasserpolnische" Platt, die Mentalitätsunterschiede zwischen Nieder- und Oberschlesiern. Unter Schlesien versteht der Autor das gesamte Schlesien mit Ausnahme von Sudetenschlesien, also jene Landschaft, die heute von der Warschauer Zentrale regiert wird. Das Verzeichnis der schönen Bilder ist zweisprachig. JGG

Comic-Star

Hergé, der Autor der Comicserie „Tintin" (deutsch „Tim und Struppi"), scheint respektabel zu werden. Nicht nur, daß jetzt an der Frankfurter Universität Vorlesungen über sein Werk gehalten werden, gerade ist auch ein groß aufgemachter Bildband über ihn erschienen: **„Hergé, ein Leben für die Comics"** von Benoit Peeters (Carlsen-Verlag, Reinbek, 302 S., 98 Mark). So kann man nun verfolgen, wie aus einem unbekannten Zeichner der Star des Comics Hergé wurde.

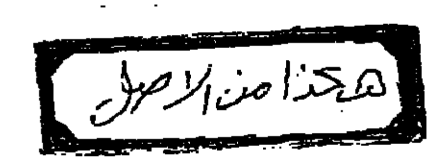
Häuser für Plastiken

Dieses Kunstbuch beginnt ungewöhnlich: Eine Seite mit ein paar Erläuterungen, das ist alles an Text. Dann folgen Skizzen, Zeichnungen, Fotos, die **„Walter Pichler – Skulpturen, Gebäude, Projekte"** (Residenz Verlag, Salzburg, 296 S., 384 Abb., 170 Mark) vorstellen. Der österreichische Künstler, der 1982 mit seinem Biennale-Beitrag in Venedig Aufsehen erregte, macht es dem Betrachter dieses Buches (wie auch seiner Originale) nicht einfach. Nach einer Art Einführung mit Arbeiten aus den sechziger Jahren lädt er zu einem Besuch in St. Martin im Südosten Österreichs ein. Dort wohnt Pichler seit elf Jahren. Und dort entstehen seitdem um den Bauernhof, in dem er lebt, Häuser, die einzelnen Plastiken ihren ganz eigenen Raum geben sollen. Auch das wird weitgehend wortlos in dem Buch vorgeführt. arm

Nostalgie mit Erté

Erté war der Ausstatter der zwanziger Jahre. Er schuf Revue-Dekorationen, die den Blick zurück auf den Jugendstil mit dem stromlinienförmigen Optimismus des Art deco verbanden. In der Nachkriegszeit geriet er in Vergessenheit. Erst als die Nostalgie-Welle über die Jahrhundertwende hinwegschwappte, wurde man erneut auf ihn aufmerksam. Anfang der siebziger Jahre überredete dann eine Galerie-Edition den damals 81jährigen, es doch einmal mit Siebdrucken zu versuchen. Daraus entwickelte sich bald eine rege Produktion, die Erinnerungsstücke mit neuen Erfindungen, exzentrische Bekleidungskunststücke mit arg verkrampften Allegorien verband. Aber da Erté Geschmack hat und sein Handwerk versteht, ist das allemal sehenswert. Das zeigt der Band **„Erté – Das druckgraphische Werk"** (Hrsg. Marshall Lee. Propyläen Verlag, Berlin. 224 S., 194 Abb., 128 Mark). 216 Lithographien und Siebdrucke finden sich da vereint, farbenprächtig und farbkräftig gedruckt. mar





Erste Bilderfolge vom Leben Christi

Zum Jubiläum: Ein Faksimiledruck des 1000jährigen Trierer Codex Egberti

Die Stadt Trier, die sich schon im Mittelalter rühmte, älter als Rom zu sein, feiert die Tausender, wie sie fallen: im nächsten Jahr das 2000jährige Stadtjubiläum und in diesem Jahr das 1000jährige Jubiläum des (vermutlich) in Trier entstandenen und hier aufbewahrten „Codex Egberti", einer der bedeutendsten Zimelien des deutschen Mittelalters. Man hätte die beiden Jubiläen ebensogut zusammenlegen können; denn aufs Jahr genau läßt sich weder die Stadtgründung noch die Vollendung des Egbert-Codex feststellen.

Immerhin wußte man das eine mit dem anderen außerordentlich glücklich zu verbinden. Trier schenkte sich selbst sozusagen zum Geburtstag eine preiswerte Faksimile-Ausgabe der tausendjährigen Handschrift, die allen historischen Wirren, Katastrophen und Kriegsgefährdungen zum Trotz der Stadt bis heute erhalten geblieben ist; und das will etwas heißen bei dieser Stadt, die „in den Annalen der Geschichte berühmt ist durch ihre schrecklichen Katastrophen" (Justin Bonnaire), und wenn man überdies daran denkt, daß die Handschriften aus dem benachbarten Echternach in alle Welt zerstreut wurden.

Bereits 1960 war unter städtischem Patronat eine Vollfaksimile-Ausgabe des Egbert-Evangelistars erschienen, die damals als „buchgeschichtliche Besonderheit" ziemliches Aufsehen erregte und von Fachkennern wegen ihrer ungewöhnlichen Farbtreue gerühmt wurde. Für die Abbildungsseiten wurden bis zu acht Metallplatten (sechs Farben und Gold und Silber) sowie ein achtziger Raster verwendet; das heißt: pro Farbe 6400 Farbpunkte auf einem Quadratzentimeter, bei sechs Farben also 38 400; bei dieser Dichte nimmt das menschliche Auge nur noch eine geschlossene Farbfläche wahr.

Jene Ausgabe ist längst vergriffen; die Druckstücke aber befinden sich im Besitz der Trierer Stadtbibliothek. Sie wurden für die jüngst erschienene Jubiläumsausgabe wiederverwendet, wodurch der bemerkenswert niedrige Preis überhaupt nur möglich wurde. Es handelt sich allerdings um eine Teil-Faksimileausgabe. Der gesamte Codex – ein Perikopenbuch mit den in der Liturgie des Kirchenjahres gebräuchlichen Evangelientexten – umfaßt 330 Seiten. Die neue Faksimile-Wiedergabe beschränkt sich auf die illuminierten Blätter und die zugehörigen Textseiten (geschrieben in einer schönen runden und kräftigen, bis zum Ende hin gleichmäßigen karolingischen Minuskel). Der Tafelband enthält alle sechzig Abbildungsseiten, darunter acht ganzseitige Tafeln mit den vier Evangelisten und dem Stifter Egbert, der sich als Trierer Erzbischof und Kanzler des Reiches besonders um die Kunst und Kultur seiner Zeit verdient gemacht hat.

Bedeutendste Zimelie des deutschen Mittelalters: Der Evangelist Matthäus aus dem Codex Egberti

Die technische Wiedergabe läßt keine Wünsche offen. Man hatte damit den einschlägig erfahrenen Verlag Dr. Ludwig Reichert in Wiesbaden beauftragt, von dem in den letzten Jahren so hervorragende Faksimile-Bände publiziert wurden wie etwa das Hildegard-Gebetbuch der Bayerischen Staatsbibliothek, der „Liber vitae" der Abtei Corvey oder das Perikopenbuch Heinrichs III. aus Echternach, das mit dem Egbert-Codex eng verwandt ist.

Beim Vergleich von Original und Nachbildung kann man nur staunen über die fein nuancierte und differenzierte Wiedergabe der genauen Farbwerte. Das Fehlen der unbebilderten Textseiten empfindet der Kunstfreund nicht unbedingt als Einbuße. Er hat die Miniaturen im originalen Zusammenhang vor sich, und nichts stört den Eindruck der harmonisch gestalteten Einheit von Bild und Text. Für Spezialisten bleibt die Vollfaksimile-Ausgabe ja immer noch greifbar.

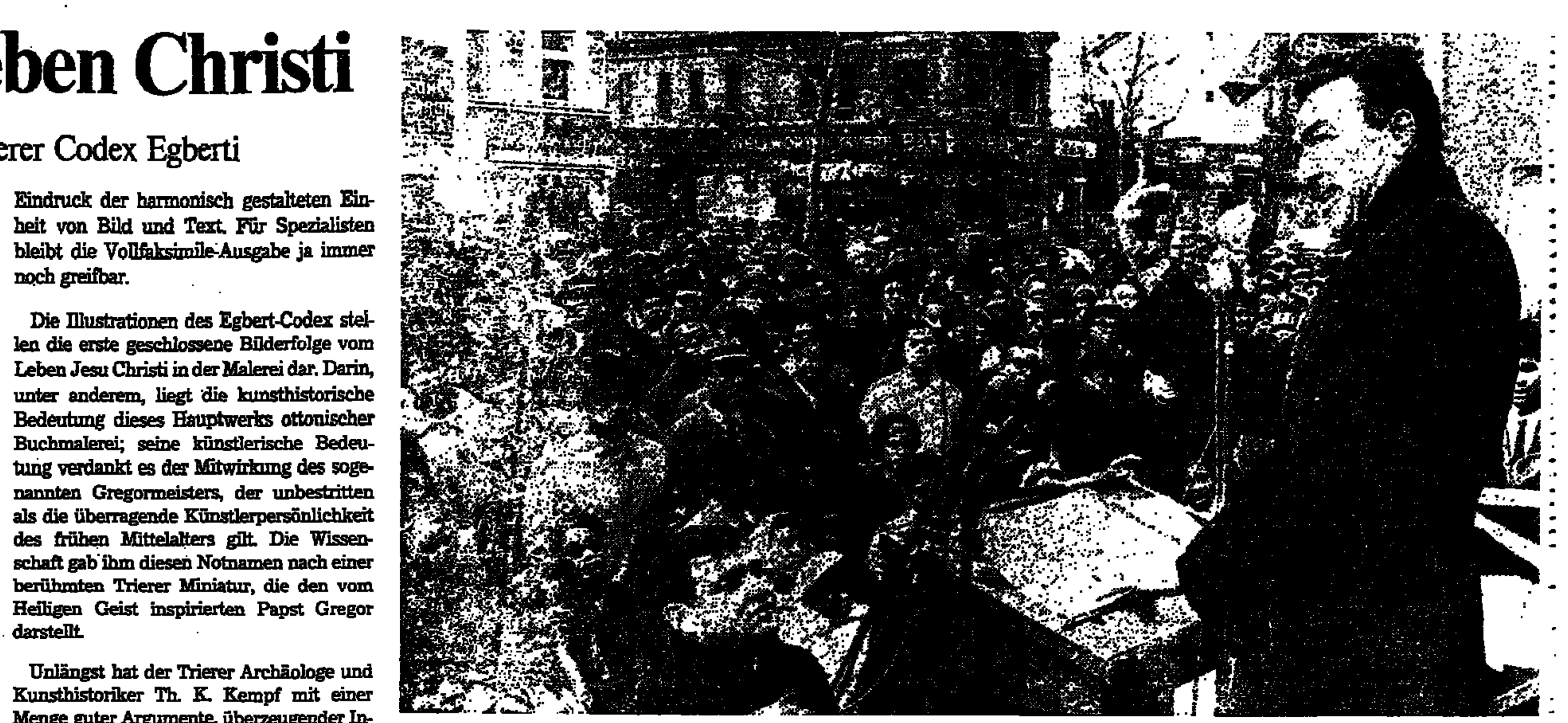
Die Illustrationen des Egbert-Codex stellen die erste geschlossene Bilderfolge vom Leben Jesu Christi in der Malerei dar. Darin, unter anderem, liegt die kunsthistorische Bedeutung dieses Hauptwerks ottonischer Buchmalerei; seine künstlerische Bedeutung verdankt es der Mitwirkung des sogenannten Gregormeisters, der unbestritten als die überragende Künstlerpersönlichkeit des frühen Mittelalters gilt. Die Wissenschaft gab ihm diesen Notnamen nach einer berühmten Trierer Miniatur, die den vom Heiligen Geist inspirierten Papst Gregor darstellt.

Unlängst hat der Trierer Archäologe und Kunsthistoriker Th. K. Kempf mit einer Menge guter Argumente, überzeugender Indizien und offenkundiger Übereinstimmung den bislang namenlosen Künstler als Benna Trevirensis identifiziert, auf den vor knapp zwanzig Jahren bereits der Engländer Dodwell in diesem Zusammenhang hingewiesen hatte. Dieser Benna, von den Zeitgenossen als universeller Künstler gerühmt, war ein Trierer Kanoniker, der eine Zeitlang als Freskenmaler und Goldschmied auch in England tätig war.

Kempfs bestechende Theorie wird von den Autoren des Textbandes, Gunther Franz und Franz J. Ronig, pflichtgemäß erwähnt und von Ronig ziemlich obenhin abgetan. Das ist schwer begreiflich angesichts der ungeahnten Chance, die sich damit zum tausendjährigen Jubiläum der Handschrift womöglich angeboten hätte. Nun sind beide Autoren keine Forscher, sondern referieren lediglich den bekannten Stand der Forschung. Der Bibliotheksdirektor Franz, der die tausendjährige Geschichte des Codex beschreibt, hat es gewiß leichter als der Kunsthistoriker Ronig im Widerstreit der Meinungen; die einschlägige Literatur ist kaum überschaubar.

Vielleicht kann man die Identifizierung des Gregormeisters durch Kempf in Zweifel ziehen wie jede andere Theorie; im gesamten Bereich der frühen Buchmalerei gehen Spekulationen und Skepsis Hand in Hand. Fast alles ist Vermutung, Kombination, Indizienbeweis. „Es gibt", laut H. W. Janson, „in der Kunstgeschichte keine ‚feststehenden Tatsachen', sondern nur verschiedene Grade der Wahrscheinlichkeit." Das gilt nicht zuletzt auch für die Lokalisierung des für den Egbert-Codex zuständigen Skriptoriums. Befand es sich in Trier oder auf der Reichenau? Die größere Wahrscheinlichkeit spricht „wahrscheinlich" für Trier und für das Entstehungsjahr 983 – und warum nicht auch für ein von Benna Trevirensis geleitetes Skriptorium?

EO PLUNIEN



Er wurde 1941 als erster Schwarzer in den New Yorker Stadtrat gewählt: Adam Clayton Powell jr. bei einer Wahlrede

Wie Manna-Hatin zur Metropole wurde

Eine Stadt, die alle ihre Nachrufe überlebt: Bilder aus New York von Thomas Höpker

Niemand hätte New York wohl besser definieren können als Le Corbusier, der diese Stadt einmal die „wunderbare Katastrophe" nannte. Tausendfach ist sie widersprüchlich in sich. Nirgendwo sonst sind Elend und Glanz, äußerster Luxus und bitterste Armut, märchenhafte Karrieren und Einwandererelend so unauflöslich ineinander verschränkt wie hier. Eine Stadt, in der jeder Neuankömmling seine Chance erhält, auch die zu versagen und zu scheitern. Eine Stadt, die das Chaos zu ihrer Normalität braucht. Eine Stadt, über die der Literat Harry Hershfield einmal schrieb: „Hier meutert jeder, aber keiner desertiert." Warum sollte er auch? Denn auf eine schlechte Nachricht kam am Hudson seit Urväter Tagen immer auch zumindest eine gute.

Oft totgesagt, hat New York gleichwohl seit nunmehr über dreihundert Jahren alle Nachrufe überlebt. Denn diese Metropole, vielleicht die einzige wirkliche Weltstadt, die es gibt, frißt sich immer wieder selbst auf, um alsbald wie ein Phönix aus der Asche irgendwo neu zu erstehen. Immer atemberaubendere Wolkenkratzer, so originell, wie man sie schon längst nicht mehr für möglich hielt, recken sich – dynamisch und profitabel – hoch in den Himmel. An der Fifth Avenue sorgt der Trump Tower derzeit für Sensationen und setzt Maßstäbe für teures Shopping und hochnobles Wohnen. Die Silhouette von Manhattan, bei Tag und erst recht bei Nacht betrachtet – vielleicht gar aus dem Fenster eines Hubschraubers heraus –, kommt einer Droge gleich, die süchtig macht. „New York, wie es sich über Manhattan erhebt", sagt Le Corbusier, „ist wie ein rosenfarbener Stein im Blau eines Seehimmels. New York bei Nacht ist wie ein grenzenloser Juwelenhaufen."

Über New York sind schon sehr viele Bücher geschrieben worden. Und doch wartet, wer einmal in den Sog dieser Stadt geriet, gespannt auf jedes neue. Denn keine Stadt verändert sich in so rasantem Tempo wie New York, und immer wieder gibt es Ungeahntes zu entdecken. Thomas Höpker, einer der wichtigen deutschen Illustrierten-Fotografen, legte soeben eine brillante Farbreportage vor, die zahllose Facetten des New York von heute ausleuchtet. Dankwart Grube, ein paar Jahre lang Amerika-Korrespondent, steuert in einem begleitenden Textbeitrag persönliche Impressionen bei: **„Die New York Story"** (Geo Verlag, Hamburg, 383 S., zahlr. Abb., 88 DM).

Ergänzt wird der Band durch ein umfangreiches historisches Kapitel, das nicht so sehr wegen der Fakten imponiert, an die es erinnert; sie sind in der Tat fast alle bekannt. Es besticht vielmehr mit seltenen kolorierten Stichen aus Museumsbeständen und Archiven und mit frühen Pressefotos in Schwarzweiß. Es dokumentiert auf reizvolle Weise, „wie aus Manna-Hatin eine Weltstadt wurde", wie diese unglaubliche Metropole sich entwickelt hat seit jenem 17. April 1524, als Giovanni da Verrazano mit seiner „Dauphine" in einer Bucht vor Manhattan erstmals Anker geworfen hatte. Seit jenen frühen Tagen des Jahres 1609 auch, als Henry Hudson den später nach ihm benannten Fluß befuhr und erkundete, Hudson, der Mann, mit dem der Triumph der Weißen aus dem alten Europa in der Neuen Welt begann, mit dem aber auch eine Tragödie für die arglosen Indianer anhob, denen man ihr Land für ein paar billige Mitbringsel abschwindelte. Insgesamt ein Prachtband für jeden New-York-Fan!

DORIS BLUM

Die Summe internationaler Gelehrtheit

Kindlers Kulturgeschichte Europas jetzt als 20bändige Taschenbuchausgabe

Von den großen, enzyklopädisch angelegten Unternehmungen des Kindler Verlags – sehen wir einmal von den psychologischen und medizinischen ab – haben sich zwei, das „Literatur-Lexikon" und das „Lexikon der Malerei", sowohl in ihrer Originalform wie als wesentlich preiswertere Sonderausgaben des Deutschen Taschenbuch Verlages eines großen Erfolges erfreuen können. Ein drittes, nicht weniger opulent angelegtes, die „Kulturgeschichte Europas", ist nicht ganz so populär geworden. Ihm steht vielleicht der große Durchbruch noch bevor, dank der auf weniger als ein Fünftel des ursprünglichen Preises verbilligten Taschenbuch-Ausgabe, die mit ihren wie stets von Celestino Piatti gestalteten Umschlägen und ihrer makellosen Typographie viele Käufer von Weihnachtsgeschenken bestechen wird, die darauf aus sind, den Gesichtskreis der Beschenkten oder auch ihren eignen zu erweitern.

Friedrich Heer (Hrsg.):
Kindlers Kulturgeschichte Europas
Taschenbuch-Sonderausgabe als dtv Nr. 5941 in farbiger Kassette, Deutscher Taschenbuch Verlag, München. 20 Bde., insgesamt 11 900 S., zahlr. Abb., 298 Mark.

Wie für die Literatur und die Malerei hat das Haus Kindler für das Unterfangen einer europäischen Kulturgeschichte eine Anzahl von Sachkennern mobilisiert, doch ist es in diesem Fall anders als vorher verfahren und hat die einzelnen Autoren nicht Punkt für Punkt nach Auskünften abgefragt, sondern statt dessen ihre Bücher als Ganzes inkorporiert. Es handelt sich überwiegend um Werke, die zwischen 1958 und 1970 erschienen sind: Eine Ausnahme ist Steven Runcimans „Byzanz", das 1932 zum erstenmal aufgelegt wurde, als Helmut Kindler von seinem späteren Ruhm als Großverleger sicher noch *nicht zu träumen* wagte.

Ein anderer gemeinsamer Zug fast aller in der „Kulturgeschichte" versammelten Bücher ist, daß ihre Verfasser sie ursprünglich auf englisch geschrieben haben; das gilt auch für den Wiener Emigranten Hobsbawm und den Berliner Emigranten George Lichtheim, ja selbst für den als Herausgeber des Ganzen zeichnenden Friedrich Heer, der „Mittelalter I" und „Mittelalter II" für Weidenfeld und Nicolson (einen Londoner Verlag, dessen Name hier häufig auftaucht) auf englisch niedergeschrieben und allem Anschein nach für Kindler dann selbst ins Deutsche übersetzt und außerdem erweitert hat.

Man kann nur bewundern, wie es Herausgeber und Verlag verstanden haben, aus 20 wissenschaftlichen Werken, die mit dem Gedanken an einen kritischen, aber wissensdurstigen Laien abgefaßt worden sind, ohne einen über das Thema hinausweisenden Gedanken anzuvisieren, ein in sich geschlossenes Bild der kulturellen Entwicklung Europas herauszugewinnen – von den Funden aus der Vorgeschichte bis zu Wittgensteins „Tractatus" und zu James Joyce, die George Lichtheim neben der bolschewistischen Revolution und dem Kalten Krieg für seine Darstellung von „Europa im 20. Jahrhundert" als unentbehrlich erachtet.

„Ein großartiges Unternehmen von internationalem Rang und Gewicht", schrieb der Rezensent der WELT vor knapp zehn Jahren über die Hard-cover-Ausgabe. Man kann ihm nur beipflichten.

HELLMUT JAESRICH

Von den Gefahren der hellenischen Kunst

Die Geschichte des Alten Rom hat schon zu mancherlei Überlegungen Anlaß gegeben. Was das Imperium hat wachsen und schließlich stürzen lassen, wird nach wie vor unterschiedlich beurteilt. Wie A. Demandt vor kurzem gezeigt hat, geht die Zahl der Deutungen in die Hunderte. Nun ist eine weitere Variante fällig.

German Hafner, Archäologieprofessor der Universität Mainz, ist durch Werke wie „Tatort Antike", „Sternstunden der Archäologie", „Prominente der Antike" dem Publikum vorteilhaft bekannt. Jetzt stellt er ihm – und sich selbst – eine verblüffende Frage: „Hat die griechische Kunst den Untergang des Römischen Reiches bewirkt?" Der Titel seines neuen Buches lautet: **„Als Kunst Geschichte machte"** (Griechisches Erbe und Roms Untergang. Econ Verlag, Düsseldorf. 384 S., 48,50 Mark).

Nach den vielerlei verschiedenen Theoremen über den Untergang Roms, nach Bleivergiftung und Barbarensturm, nach Christentum und Bodenerschöpfung ist jetzt also die hellenische Kunst schuld am Untergang des größten und am längsten bestehenden europäischen Imperiums. Wie kann das angehen?

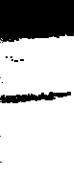
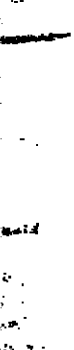
Hafner hebt zunächst hervor, daß es keine wirklich „römische" Kunst gegeben habe: Griechen waren es oder Etrusker, die im Auftrag römischer Herren auf Bestellung öffentliche und private Artefakte schufen. Er betont ferner, daß jenes ernste, geradezu sprichwörtlich strenge Römerwesen, das die Unterwerfung des Mittelmeerraumes anstrebte und durchsetze, erst mit der Vertreibung der Könige begann. Eine Wende vollzog sich, vermutlich pythagoreisch motiviert, von den sinnenfrohen Jahren der frühen Stadt fort zu den eroberungssüchtigen und darum entsagungsvollen Zeiten der frühen Republik.

Mit klaren Strichen zeichnet Hafner die geschichtliche Entwicklung des kleinen Stadtstaates zum „Haupt der Welt". Und stets sieht er „Die Kunst in der Geschichte Roms": Sie spiegelt nicht nur die Haltungen der Menschen, sie beeinflußt auch ihre Empfindungen, ja Entscheidungen. Das alles ist gut, ja glänzend geschildert.

Ineinander von Kunstgeschichte und Reichsgeschichte durch über 100 Bilder beeindruckend belegt. Ein profunder Kenner weiß zu dokumentieren, ein musischer Mensch subtil zu deuten, ein Könner fesselnd zu erzählen.

Ob die Grundthese stichhaltig ist, bleibt zu bezweifeln. Wer sein Metier kennt und liebt, sieht es leicht im Zentrum der Ereignisse, auch wenn es in Wahrheit mehr an der Peripherie steht.

BERNHARD KYTZLER




Lernen beim Schauen

Werke der „klassischen Moderne" will der **„Goldene DuMont-Kunstkalender"** auf seinen zwölf Monats-Blättern vereinigen; das bedeutet, daß von Alphonse Mucha bis Oskar Schlemmer von den meisten Bildern eine heiter-gelassene Seelenstimmung wie von Pablo Picassos „Italienerin" herweht (18 Mark). im **„Großen Kunstkalender"** des gleichen Verlags geht es schon etwas unruhiger zu, obwohl vielfach die gleichen Namen auftauchen und obwohl auf den Einschnitt der Jahrhundertwende mit Kandinskys „Herbsstudie bei Oberau" oder van Goghs „Blaßrosa Rosen" eher noch häufiger zurückgegriffen wird (29,80 Mark). Wie immer bei diesem großen, auf Kunst und Reisen spezialisierten Kölner Verlag, werden alle Erwartungen hinsichtlich der Qualität des Farbdrucks erfüllt.

Ein kleineres Haus wie Katzmann in Tübingen wendet sich mit seinem Kalender für 1984 an den Liebhaber eines bestimmten Meisters, in diesem Falle des Schöpfers des Isenheimer Altars, der unter dem Namen Grünewald bekannt ist und den Paul Hindemith sich zum Opernhelden erwählt hat. Seine zwischen Symbolhaftigkeit und manchmal kruder Realitätsdarstellung oszillierende Kunst wird in den Einführungstexten von Volker Katzmann sehr ausführlich erörtert. Ein Jahr, das man im steten Anblick der wechselnden Blätter und beim Lesen und Wiederlesen der im **„Grünewald-Kalender"** rückwärtig abgedruckten Interpretationen verbrächte, würde einen sowohl künstlerisch wie theologisch gewältig bereichern (24,80 Mark).



Pablo Picasso: Die Italienerin

Wie im Vorjahr mit Karl Friedrich Schinkel hat das Informations-Zentrum Berlin (Hardenbergstr. 20, Berlin 10) sich auch 1984 für seinen leider nicht leicht zu erwerbenden Kalender (nur vom Informations-Zentrum direkt zu beziehen) ein einheitliches Thema vorgegeben: **„Porzellan"** – und da natürlich Berliner Porzellan. Das reicht von dem Rokoko-Teeservice nach Motiven Bouchers von 1765 bis zu der Ausdruckstänzerin Ruth St. Denis, die Herrmann Hubatsch 1908 modelliert hat, oder zu Paul Scheurichs „Dame mit Kniegeige" von 1941. Diese steht auf dem letzten, wohl einem der schönsten Blätter: eine mattschimmernde weiße Figur vor dem Hintergrund einer edlen blauen Vase. jae

Wunderlich, Dali und Pechstein

Zwei Tiger springen mit aufgerissenem Rachen in gewaltigem Satz auf ein unbekleidet daliegendes Mädchen zu, dessen rechte Achselhöhle von einem aufgepflanzten Bajonett geritzt ist; über der Szene hängt auf riesigen Stelzen, die aus dem Wasser ragen, ein blaßblauer Elephant mit einem Felsturm auf dem Rücken, während im Vordergrund eine winzige Biene einen roten, aber schon welken Apfel anfliegt. So sieht das Titelblatt des großformatigen **„Salvador Dali"**-Kalenders der edition cicero aus (52 Mark), der wie ein Beleg für die Selbstinterpretation des Künstlers wirkt; Dali bezeichnete nämlich seine Malerei als „handgefertigte Farbfotografie denkbarer, überdeutlicher, außergewöhnlicher Bilder des konkreten Irrationalen". Daher rührt ihr magischer, manchmal bedrängender, manchmal heiterer oder auch ironischer Zauber. Man wird die technisch perfekten Widergaben dieses Kalenders bestimmt nicht an jedem Monatsende abreißen und fortwerfen.

Gleiches gilt für den **„Paul Wunderlich"**-Kalender im selben Verlag (58 Mark), der von der Stimmung seiner Gouachen und Leinwandarbeiten her viel Ähnlichkeit mit der Dali-Auswahl aufweist; nur komponiert der Deutsche großzügiger, weniger detailbesessen als sein spanischer Konfrater. Jedenfalls lassen sich beide Ausgaben als verschiedene Aspekte eines ästhetischen Konzepts betrachten.

An verlorenes deutsches Gebiet erinnern zwei Begleiter durch das Jahr 1984. Der eine – **„Farbiges Ostpreußen mit Danzig"** – aus der Edition Geisselbrecht (19,90 Mark) zeigt Fotos vom Kurischen Haff im Norden bis hinunter zu den Masurischen Seen und zur Marienburg nach Westen. Es sind Bilder, die mit ihrer Beschwörung landschaftlicher Schönheit und geschichtsträchtiger Vergangenheit jeden anrühren müssen. – Aus dem Dr. Schwarze Verlag kommt ein Kalender, der **„Ostpreußen und seine Maler"** vorstellt (24,80 Mark). Neben bekannten Künstlern wie Max Pechstein oder Ernst Mollenhauer, der nach dem Krieg in Amerika erfolgreich war, sind hier eine Reihe weniger prominenter Namen zu finden – alle vereint in der sichtbar gewordenen Hingabe an Orte ihrer Heimat. sta



S. Dali: Spectre de Vermeer de Delft

Stimmung mit der Kamera

Man nehme ein paar gelungene Photos, und schon ist der Kalender fertig. Das Rezept scheint einfach. Aber die Praxis hat ihre Tücken. Da kann Biederes herauskommen, wie beim Kalender der **„Photoblätter"** (Umschau-Verlag, 19,80 Mark) mit seinen Stadt- und Naturlandschaften, oder knallbunt Poppiges wie bei **„Bananasplit"** (Verkerke, 27,80 Mark) von Cheyco Leidmann, der verrückte Mädchenphotos mit einem schreienden Layout verbindet.

Mit Photos lassen sich stille Kalender gestalten, die zu betrachten nicht ermüdet. Der Kiefel-Verlag hat das mit **„O. K. schwarzweiß"** von Oswald Kettenberger (26 Mark) versucht, mit Porträtaufnahmen von ausdrucksstarken Gesichtern, gelegentlich von einem Tierbild untermischt. Wulf Ligges vertraut bei DuMonts **„Blumen Landschaften"** (29,80 Mark) dagegen ganz auf die Ausstrahlung der Natur. Es sind keine ordentlichen Beete, die er aufgenommen hat, sondern Wiesen mit wildwachsenden Blumen, mit kräftig rotem Mohn (den herrlichen Gemälden von Gustav Klimt im Wiener Belvedere ähnlich) oder windbewegten Kornblumen.

Ein hübsches Thema hat sich die Edition Grube & Richter ausgesucht. Sie führt mit **„Leuchttürmen"** (26.80 Mark) durchs Jahr. Da fehlt der berühmteste aller Leuchttürme, Roter Sand, nicht, aber auch einem so bescheidenen Leuchtfeuer wie der Markierung der Hafeneinfahrt von Konstanz gelang es ein stimmungsvolles Photo abzugewinnen.



Karin Székessy: Madame Recamier II

Während sich diese Kalender vor allem al Abbildungen schöner Gegebenheiten ve stehen, präsentiert der Cicero-Verlag m **„Karin Székessy"** wirklich einen Photo kunst-Kalender. Die Frau des Malers un Graphikers Paul Wunderlich hat sich einer sehr eigenen Genre zugewandt (das viel Bilder ihres Mannes beeinflußt hat). Si liebt die kunstvoll inszenierten Arrange ments mit leicht entblößten Mädchen i kargen Räumen. Dabei gewinnt sie ein seltsame Spannung aus dem labilen Gleich gewicht der Komposition, aus den schwe benden leichten Kleidern, dem hellen Inka nat und den meist dunklen, die Raumsitu tion verschleiernden Hintergründen. E sind sehr schöne Aufnahmen, die nicht (wi woanders oft) schon am dritten Tag langwe len. P. I.

Ein Bier, das auch Ziegen schmeckt

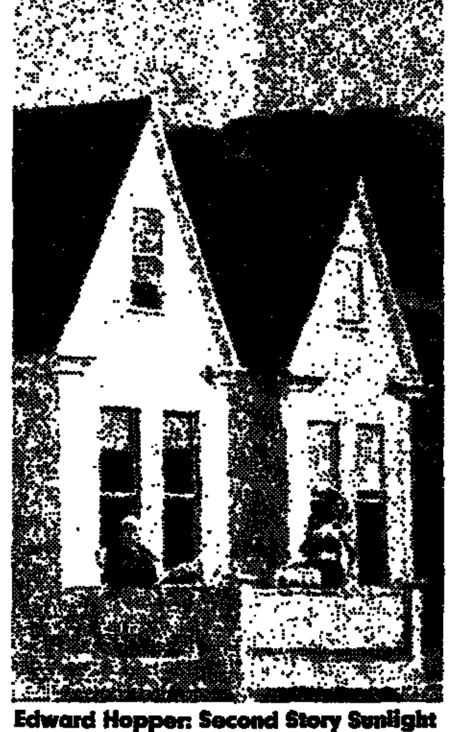
Der Kunstverlag Weingarten hat **„Schöne alte Werbeplakate"** zu einem Kalender gebündelt (36 Mark). Das älteste stammt aus dem Jahre 1880 und wirbt, mit einem verdächtig europäisch wirkenden Araber, für die Dresdner Zigarettenmarke „Saladin". Eine dralle Brünette bot 1905 Lager-Bier aus der Actien-Brauerei in Hamburg an, und das Bier muß selbst den Ziegen geschmeckt haben, will man einem Plakat von 1910 glauben, das die Hansa-Brauerei, ebenfalls aus Hamburg, in Auftrag gegeben hat. Bei soviel Gerstensaft dürfen die Münchner natürlich nicht zurückstehen; ein behäbiger Kutscher fährt seine Gäste zum Salvator-Keller. Audi wirbt für seinen Horch, und die Firma Opel fürs Fahrrad, das eine Dame im lange Kleid überraschend souverän beherrscht. 1896 hat ein gewisser Jan Toorop heftig bei Aubrey Beardsley abgekupfert, um für eine Produkt namens „Delftsche Salome" (Salatöl?) zu werben, und auf dem Dezember-Blatt spielt eine Dame zur Weihnachtsbescherung das Hofberg-Harmonium aus Leipzig. no



Schöne alte Werbeplakate

Über Nacht zu einer Kultfigur geworden

Zeit seines Lebens haben sich die Kunstbeobachter nur mäßig um den Amerikaner Edward Hopper gekümmert, er wurde als „Regionalist" abgetan und – wenn überhaupt – in die dunkleren Ecken der großen amerikanischen Museen gehängt. Wie der Blitz schlug vor drei Jahren in Amerika und vor zwei Jahren in Europa die große Hopper-Retrospektive des Whitney Museum of American Art bei Kritikern und Besuchern ein: Über Nacht wurde aus dem Regionalisten eine Kultfigur. Zwölf Blätter aus dieser Retrospektive sind in dem **„Edward Hopper"**-Kalender der Edition Cicero in sorgfältigen Faksimile-Drucken zusammengefaßt (52 Mark), allerdings sind die Bildbeschreibungen der Blätter III und VII vertauscht. – Nun hat endlich auch einer der „Neuen Wilden" den Sprung in einen Kunstkalender geschafft: Georg Jiři Dokupils „Ohne Titel, 1981" ziert den Monat März des **„DuMont Art"-Kalenders** (29,80 Mark). Auf den elf restlichen großformatigen Blättern finden sich u. a. ein selten gesehener Max Ernst und ein überraschend junger Dali. bis



Edward Hopper: Second Story Sunlight

Schöne Landschaft an der Ostseeküste

Erich Heckels große Zeit, das hat erst kürzlich die umfängliche Jubiläumsausstellung im Essener Museum Folkwang zu Heckels 100. Geburtstag gezeigt, war die Zeit des expressionistischen Jahrzehnts. Auf diese Phase konzentriert sich zu Recht der Kunstkalender des Verlages Dr. Wolfgang Schwarze, Wuppertal: **„Erich Heckel 1883–1970"** (39 Mark). Es ist der kunsthistorisch bedeutende Augenblick, wo sich die „Brücke"-Leute zusammenfanden, wo sie den Tingeltangel der Großstadtbars aufblitzen ließen, aber auch die Natur der Ostseeküstenlandschaft ins Recht hoben. Die zwölf Monatsblätter des Kalenders, Reproduktionen von Holzschnitten, Lithographien und Aquarellen, geben davon beeindruckende Beispiele wieder. Besonders schön, weil von bestürzender Kraft, fast visionärer Dynamik und gleichwohl von einer elegischen Sensibilität, ist der in herbstlichem Braun kolorierte Holzschnitt „Landschaft auf Alsen" aus dem Jahr 1913. – Bilder, die man gern aufhebt. Min.



Erich Heckel: Blaues Kleid

Konzentration bei der Probe

Viele Aufnahmen vom tanzenden Menschen

Ballett ohne Plüsch und Pleureusen, im fahlen Licht des Ballettsaals: So fotografiert Thomas Kaiser John Neumeier und seine Hamburger Truppe für den Kalender **„ballet exercises – John Neumeier"** (edition cicero, Mark). Der Glanz auf der Bühne interessiert weit weniger als die Knochenarbeit hinter den Kulissen, das Aschenputteldasein in Wollstrumpf und Trikot. Gerade dem aber gewinnt Kaiser Ansichten von viel tieferer melancholischer Berührtheit ab, als sie sich im Licht der Bühne jemals einfangen ließen. Hier wird deutlich, wie sehr gerade Neumeiers Tanzstücke nicht erlesene Dressurakte sind, sondern Werke, die vom tanzenden Menschen und nichts sonst handeln. – **„Ballett '84"** (Nymphenburger Verlag, 19,80 Mark) hat traditionsgemäß eine andere Ambition: Geführt von dem Choreographen Günter Pick, der Textporträts von Tänzern und Compagnien beisteuert, durchstreift man noch einmal die vergangene Ballett-Spielzeit, blättert bemerkenswerte Abende der verschiedensten deutschen und gastierenden Truppen auf, dem Tanz ins Gesicht schauend. ebi



M. M. Prechtl: Joachim Ringelnatz

Porträts von Poeten mit Papagei und Rum

Literatur per Kalender zu vermitteln, ist ein scheinbar unlösbares Problem. Denn das dichterische Wort versagt sich der adäquaten Umsetzung ins Bild. Und trotzdem gibt es einen Kalender, der auf raffinierte Weise Literaturpropaganda betreibt. Die Büchergilde Gutenberg hat ihn herausgegeben, und Michael Matthias Prechtl hat ihn gestaltet (36 Mark). Das Verfahren ist sehr einfach. Jedes Monatsblatt schmückt das Porträt eines Poeten – und das Titelblatt blieb der Jahreszahl entsprechend George Orwell vorbehalten. Ihm folgen dann Michelangelo und George Sand, die Droste und Traven, Jakob von Hoddis, Kleist und noch sechs weitere Autoren unterschiedlicher Prominenz und Provenienz. Prechtl hat sie allerdings nicht einfach porträtiert, er hat sie mit Sinnbildern und Symbolen versehen. Jaroslav Hašek kleidet sich da z. B. mit einem Faß, und sein Gesicht spiegelt sich in einem Bierkrug, Ringelnatz trägt eine Flasche Rum im Arm und einen Papagei auf dem Kopf. Ein schönes Bilder- und Kalendervergnügen. P. JO.



Bären sind doch bessere Menschen

Der ganze Charme zotteliger Gesellen

Einen Bären für jede Jahreszeit biete der Kölner Dumont-Verlag in seinen **„Teddybär-Kalender"** an (12,8 Mark). Gedacht ist er für Leute unter zehn doch auch jenseits dieser Altersgrenze wir er Freunde finden; denn dem Charme de zotteligen Gesellen kann man sich schwe entziehen. Und schließlich – der Kalende behauptet es, und man glaubt ihm gern „Bären sind doch bessere Menschen." Dic bestrickt präsentieren sie sich im Janua und nostalgisch in Spitze im Wonnemon Mai. Meistens sind sie lustig, aber sie kön nen auch ziemlich traurig aus ihren Knop augen blicken, auf einer einsamen Parkban unter blauem Julihimmel, wo sie warten wi auf Godot. – Nicht mit Bären, sondern m Enten geht der Zeichner Peter-T. Schulz da neue Jahr an in den **„Kalendergeschichte vom Ollen Hansen"** (Dumont, 29,80 Mark die zwischen Kunst und Niedlichke schwanken, doch nicht ohne grafischen Re sind. Sein optimistischer Slogan für 198 lautet: „Ente gut, alles gut!" Wenn das kei tolles Jahr wird! bl

